

Tirol hat gewählt

Angesagte Revolutionen finden nicht statt. Zehn Listen waren am 28. April angetreten, eine neuerliche Amtszeit von ÖVP-Landeshauptmann Platter zu verhindern. Doch der hat die Wahl gewonnen – und kann sich seinen Koalitionspartner aussuchen.



Foto: ÖVP Tirol

Der alte und neue Landeshauptmann von Tirol, Günther Platter, konnte mit 39,56 Prozent der Stimmen Platz eins verteidigen.

Viele Szenarien wurden durchgesponnen, wer als Sieger aus der dritten Landtagswahl im heurigen Jahr hervorgehen wird. Noch im März hatten massive Verluste die Kärntner Freiheitlichen aus der Landesregierung gefegt und – Umfragen zufolge – hätten die zehn in Tirol zur Wahl angetretenen zu einen ähnlichen „Umbruch“ erreichen wollen. Die ÖVP, die ohne Unterbrechung seit dem Jahr 1945 den Landeshauptmann stellt, hatte beim vorletzten Wahlgang bereits

Stimmen eingebüßt: 2008 sackte sie von 49,89 % (2003) auf 40,5 % ab. Grund dafür war das Antreten des damaligen (ÖVP-)AK-Präsidenten Fritz Dinkhauser mit einer eigenen Liste, mit der er auf Anhieb 18,35 % der Stimmen auf sich vereinen konnte. Dies und ein Plus für die FPÖ von 4,44 % gingen auf Kosten von ÖVP (-9,39 %), SPÖ (-10,39 %) und Grüne (-4,86 %). So wirkte das Antreten der im Jänner gegründeten Liste Vorwärts Tirol mit den Ex-Landesräten Hans Linden-

berger (für SPÖ) und Anna Hosp (für ÖVP) an der Spitze – als neues Damoklesschwert. Es war damit zu rechnen, daß sie der ÖVP einiges an Stimmen kosten würde. Die 9,3 %, die aus dem Stand heraus erreicht wurden, waren aber nicht nur der ÖVP, sondern auch den anderen Parteien „auf den Kopf gefallen“. Und das vorläufige Endergebnis zeigt: Landeshauptmann Günther Platter konnte die Mehrheit der ÖVP halten.

Lesen Sie weiter auf der Seite 3 ➤

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,

wieder einmal hat uns der Kampf mit den Terminen eingeholt. Man könnte meinen, ohne fixen Termin in einer Druckerei würde es sich als Herausgeber leichter leben lassen – wenn man einfach selbst entscheidet, wann eine Magazin-Ausgabe erscheinen soll. Die aktuelle ist ein gutes Beispiel für unsere Kopfzerbrechen: Da das vorläufige Endergebnis der Landtagswahl in Tirol erst am 30. April feststand, haben wir uns entschlossen, das Erscheinen auf den 3. Mai zu verschieben. Oder sollten wir nicht vielleicht doch noch die Ergebnisse von Salzburg abwarten? Dann wäre es schon der 7. Mai – und es gäbe möglicherweise noch keine Reaktionen aus der Bundespolitik... Also: Lesen Sie daher über die Zeit »nach Salzburg« in unserer Ausgabe 119.

Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 118

Österreich ist kein Steuerparadies	7	Trimodale Drehscheibe in Europa	60
BürgerInnenbeteiligung	10	Steiermark-Frühling in Wien	63
Österreich-Ausstellung in Auschwitz ausgeschrieben	13	MS Wien getauft	64
»Wien 2025 – meine Zukunft«	14	Österreich Menü 2013	67
Neue Kärntner Landesregierung setzt auf Transparenz	15	»An seinem Erbe weiterbauen« Landeshauptmann a. D. Siegfried Ludwig ist gestorben.	69
NÖ Landtag konstituiert	16	James Last erhielt »Gold«	72
Die Bahn und Nationalsozialismus in Österreich 1938-1945 in Linz	18	Erstes Passivbürohochhaus der Welt steht in Wien	73
Staatsbesuch aus Luxemburg	19	Mikroorganismen zur Stromspeicherung	75
Außenminister im Libanon und am Golan	23	Bessere Pharmaprodukte aus lebenden Zellen	76
Europäisches Jahr 2013 »Jahr der BürgerInnen«	25	Autos mit Vergangenheit	77
Sozialer Wohnbau – Wien in NY	27	Expertise im Schienenverkehr	78
Brücken zur alten Heimat	32	Trendige Taschen und Rucksäcke erzeugen Solarstrom	79
Austrian Holocaust Memorial Award verliehen	33	Der größte Kühlschrank Wiens ging ans Netz	80
M. Linhart übernimmt Amt des Generalsekretärs im BMeiA	36	Das Land hören und Sound designen	84
BMeiA: Besetzung von Leitungsfunktionen im Ausland	36	Serie heimische Universitäten und Fachhochschulen. In der Folge 2: Die Universität Innsbruck	85
-----		Das modernste Opernhaus Europas in Linz eröffnet	89
»Burgenland Journal«		Von oben her betrachtet. Sommerausstellung in Kitzbühel Von Wido Sieberer.	97
Augenmerk auf Wachstum und Beschäftigung	37	Museum der Völker in Schwaz	100
Fahrplan zur Gesamtverkehrs- strategie Burgenland vorgestellt	38	Die Rotunde Sonderausstellung im Bezirks- museum Wien-Leopoldstadt	102
Gesundheitsbericht 2012	41	Kunst und Natur Von Michael Ellenbogen.	109
Viel Sonne drin	43	Wiener Festwochen 2013	111
Zooming Culture	44	Serie »Österreicher in Hollywood« von Rudolf Ulrich- diesmal: der Autor Frederick Kohner	114
Bernstein. Das Gold des Nordens.	46	Musikstadt Wien	
-----		Ein Überblick über die wichtigsten Wiener Musikinstitutionen.	117
Minderheitenpreis an Dalai Lama	48		
Sozialer Dialog in Europa	50		
Rekorddaten im Tourismus	51		
Industrie weiter in Warteposition	53		
Positive Bilanz zu Biotechnologie- Patenten	54		
Neue Trends bei Österreichs KMU	55		
Jobmotor Gewerbe und Handwerk	56		
Wien: »Mingo Award« 2013	57		
Jeder fünfte Euro sofort verfügbar	59		



BürgerInnenbeteiligung

S 10



Staatsbesuch aus Luxemburg

S 19



LH a. D. Siegfried Ludwig ist gestorben

S 71



Modernstes Opernhaus Europas in Linz

S 89



Musikstadt Wien

S 117

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos S. 1: ÖVP Tirol; S. 2: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz; Christian Jobst/PID; NÖ Landesregierung; Musiktheater Linz/ Sigrid Rauchdobler; Österreich Journal/Michael Mössmer.

Innenpolitik

Foto: ÖVP Tirol



Nach dem Bekanntwerden des erfreulichen Wahlergebnisses in bester Stimmung (Bildmitte v.l.): Landeshauptmann Günther Platter, ÖVP-Bundesparteiobmann Vizekanzler Michael Spindelegger und Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle

➤ Wie das Institut SORA erhob, wurde die ÖVP bei dieser Wahl überdurchschnittlich von Älteren sowie von Personen unterstützt, die die Entwicklung Tirols positiv sehen. Abgewandert sind hingegen WählerInnen, die mit der Entwicklung des Landes nicht zufrieden sind. Generell ist die ÖVP-Wählerschaft älter geworden: Während von den unter-30jährigen im Jahr 2008 noch mehr als ein Drittel ÖVP gewählt hatte, sind es 2013 ein gutes Viertel (26 %). Stärkstes Motiv der ÖVP-WählerInnen für ihre Entscheidung war, daß die ÖVP in die Landesregierung kommen soll (82 % „trifft sehr zu“) gefolgt vom Wunsch, Günther Platter möge Landeshauptmann (74 %) bleiben sowie der Ansicht, die ÖVP sorge für Stabilität (72 %).

SPÖ spricht Unzufriedene an

Personen, die die Entwicklung des Landes negativ beurteilen, haben sich bei dieser Wahl insbesondere für die SPÖ entschieden. Wahlentscheidende Themen waren für die SPÖ-WählerInnen Arbeitsplätze, die Kosten des täglichen Lebens (je 81 % „sehr wichtig“) gefolgt von Gesundheit und Pflege.

Grüne bei Jungen stark

Die Grünen wurden auch bei dieser Wahl vor allem von Jüngeren gewählt und erreichen bei den unter-30jährigen 20 %. Wichtigste Wahlmotive waren für die Grün-WählerInnen die Kontrolle von Mißständen, die Interessensvertretung sowie der Wunsch, die Grünen mögen in die Landesregierung kommen (jeweils 72-73 % „sehr wichtig“).

Vorwärts Tirol: Alternative zur ÖVP

Die Wählerschaft von Vorwärts Tirol unterscheidet sich von jener der ÖVP hinsichtlich der Einschätzung der Entwicklung des Landes seit der letzten Landtagswahl: Während ÖVP-WählerInnen diese überwiegend positiv sehen, herrscht unter Vorwärts-WählerInnen ein negatives Bild vor. Wichtigste Wahlmotive für Vorwärts sind demgemäß der „frische Wind“, den diese neue Liste bringen soll, sowie die Ansicht, es handle sich um eine „gute Alternative“ zur ÖVP.

FPÖ verliert an NichtwählerInnen

Wie auch bei anderen Wahlen sind FPÖ-WählerInnen bei dieser Landtagswahl überwiegend männlich sowie jünger. Der Stimmenverlust der Partei gegenüber dem Er-

gebnis aus dem Jahr 2008 ist vor allem einer mangelnden Mobilisierung zuzurechnen: Nahezu jede/r dritte FPÖ-WählerIn von 2008 ist dieses Mal zuhause geblieben.

Kleinparteien und neue Listen

Mit elf Listen kämpften in Tirol mehr Parteien denn je um die Stimmen der Wahlberechtigten. Gemeinsam haben die Kleinparteien und erstmals antretenden Listen, daß ihre WählerInnen sich mehrheitlich erst unmittelbar vor der Wahl oder in den 2-3 Wochen vor der Wahl entschlossen haben.

Überregionale Themen dominierten

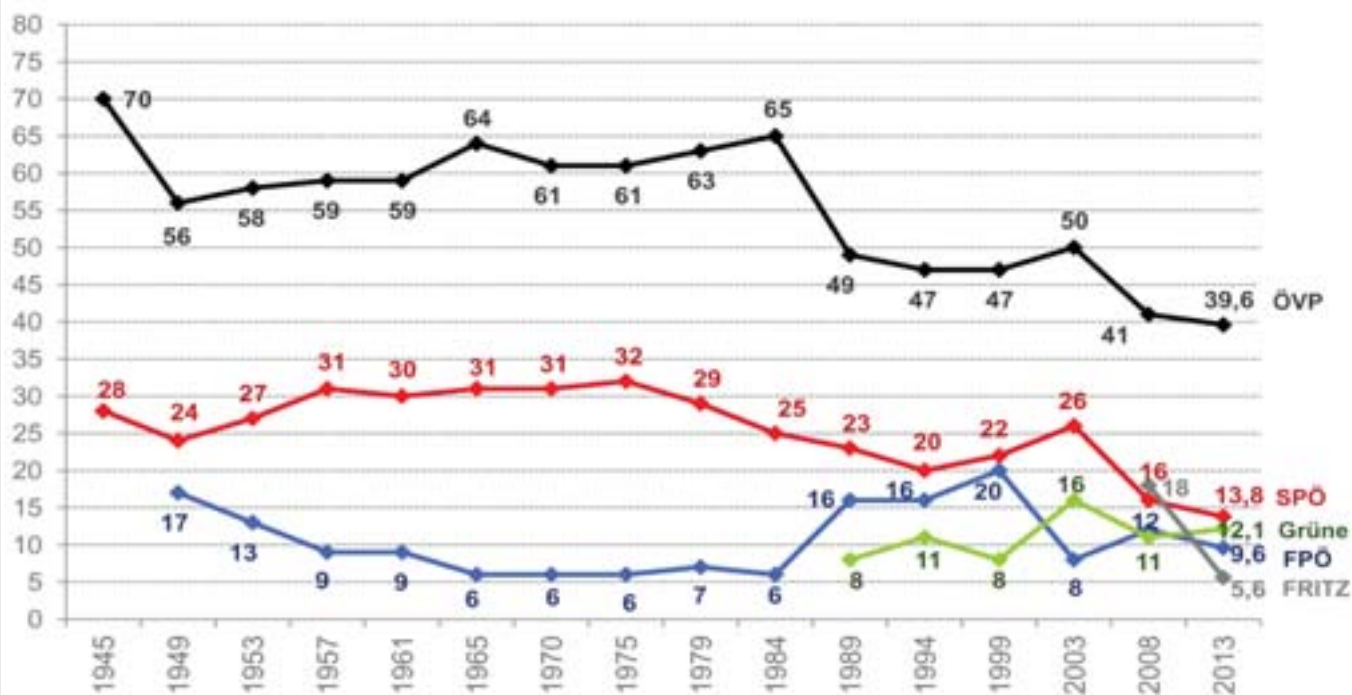
Wichtigstes Thema für die Entscheidung waren bei dieser Wahl die Arbeitsplätze (für 75 % „sehr wichtig“) – wie auch schon bei

Gesamtergebnis der Landtagswahl in Tirol 2013 (Vergleich zu 2008)



Innenpolitik

Zeitreihe (in % der Deklarierten)



Grafik: SORA I SA

SORA Institute for Social Research and Consulting

ISA Institut für Strategieforschung

den Wahlen in Niederösterreich und Kärnten im März. Dahinter folgten die weiteren wichtigen Themen Bildung (71 %), „Kosten des täglichen Lebens“ (70 %) sowie die Bekämpfung der Korruption (69 %).

Vergleichsweise weniger wichtig war für die Bevölkerung die Debatte der Tiroler Parteien um „Agrargemeinschaften“ (für 47 % „sehr wichtig“). Auch das Thema Zuwanderung und Integration wurde von weniger als der Hälfte der Befragten als „sehr wichtig“ eingeschätzt.

Wahlverhalten und die Entwicklung von Tirol

Im Rahmen der Wahltagsbefragung wurde auch erhoben, wie sich das Bundesland Tirol aus Sicht der Befragten seit der letzten Landtagswahl 2008 entwickelt hat. 52 % der Befragten gaben an, daß sich praktisch nichts im Land verändert habe, 18 % sahen Verbesserungen, 24 % Verschlechterungen.

Personen, die eine negative Entwicklung Tirols sahen, stimmten bei der Landtagswahl überdurchschnittlich für die SPÖ sowie Vorwärts Tirol. Knapp drei Viertel der Personen, die eine positive Entwicklung wahrgenommen haben, haben die ÖVP gewählt. Befragte, die keine besondere Veränderung sahen, entsprachen in ihrem Stimmverhalten in etwa dem Gesamtergebnis.

Wahlbeteiligung

Das wichtigste Motiv der NichtwählerInnen für ihr Fernbleiben von der Wahl waren wahrgenommene Korruption und Skandale in der Politik (50 %). Weitere Gründe waren eine Enttäuschung über die bisher gewählte Partei (44 %), Protest gegen die Politik in Tirol (43 %) und generell ein unattraktives Angebot an Parteien und KandidatInnen (38 %).

Personen, die eine positive Entwicklung in Tirol in den vergangenen Jahren wahrgenommen haben, sind deutlich häufiger zur Wahl gegangen. Sie gaben ihre Stimme zu über zwei Drittel der ÖVP.

Männer gingen etwas stärker zur Wahl als Frauen, nach Alter beteiligten sich die 30 bis 59-jährigen mehr als jüngere oder ältere WählerInnen. Personen, die eine positive Entwicklung in Tirol in den vergangenen Jahren wahrgenommen haben, sind deutlich häufiger zur Wahl gegangen.

Die SORA Wählerstromanalyse

Die ÖVP kann bei dieser Wahl 102.000 (= 74 %) ihrer WählerInnen von 2008 wieder für sich gewinnen. Bei Zugewinnen von 7.000 und Verlusten von 4.000 Stimmen kommen im Saldo 3.000 Stimmen von der Liste Fritz hinzu. Ebenfalls 3.000 Stimmen im Saldo gewinnt die ÖVP von der SPÖ hin-

zu, 1.000 von der FPÖ. Den größten Verlust erleidet die ÖVP an die Liste Vorwärts (12.000 Stimmen). Im Saldo 2.000 Stimmen gehen an die Grünen, 1.000 an die NichtwählerInnen verloren.

Für die Liste Fritz wirken sich der Rückzug von Fritz Dinkhauser und das Antreten des „Bürgerklub-Tirol“ (Gurgiser) in einem massiven Einbruch gegenüber dem Ergebnis von 2008 aus: 16.000 Fritz-WählerInnen von 2008 bleiben bei dieser Wahl zuhause, 10.000 Stimmen gehen an die Sonstigen verloren (v.a. Gurgiser), 7.000 an die ÖVP und je 6.000 an Vorwärts und die Grünen. Nennenswerte Zugewinne von 4.000 Stimmen kann Fritz von ehemaligen ÖVP-WählerInnen erzielen.

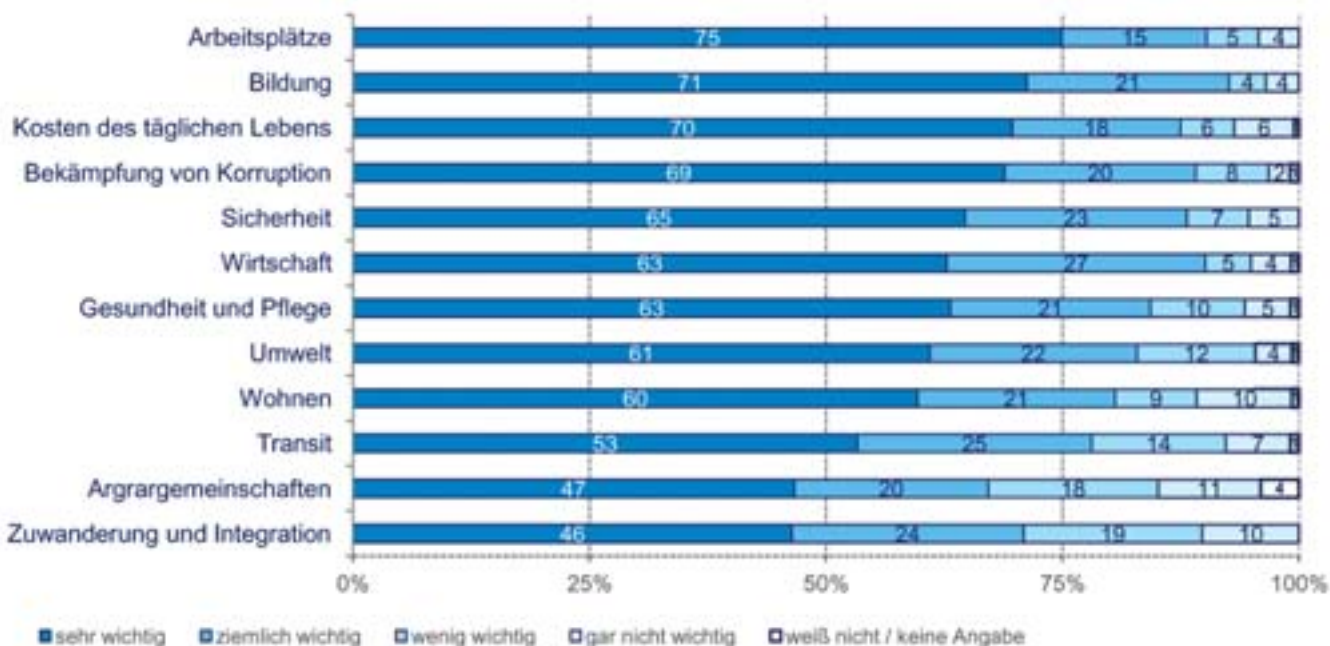
Die SPÖ mobilisiert 56% ihrer WählerInnen von der letzten Landtagswahl wieder für sich. Zugewinne von jeweils 3.000 Stimmen kommen von Fritz, Grünen und ehemaligen NichtwählerInnen, je 2.000 gewinnt die SPÖ von der ÖVP und der FPÖ hinzu. Den größten Verlust (8.000 Stimmen) erleidet die SPÖ bei dieser Wahl an die NichtwählerInnen gefolgt von der ÖVP (5.000 Stimmen). Je 3.000 Stimmen gehen an die FPÖ und die Grünen verloren.

Die FPÖ kann mit einer Behalterate von 33% nur jede/n dritte/n WählerIn von 2008 wieder für sich gewinnen. Zugewinne von

Innenpolitik

Wichtige Themen für Wahlentscheidung

in Prozent aller Befragten – Wahltagsbefragung Landtagswahl Tirol im Auftrag des ORF



Grafik: SORA I SA

im Saldo 3.000 Stimmen kommen von der Liste Fritz; den größten Verlust von im Saldo 10.000 Stimmen erleidet die FPÖ an die NichtwählerInnen.

Die Grünen überzeugen bei dieser Wahl 58 % ihrer UnterstützerInnen von 2008 wieder für sich. Im Saldo 5.000 Stimme kommen von der Liste Fritz hinzu, 2.000 von der ÖVP. Verluste erleiden die Grünen an die Liste Vorwärts (3.000 Stimmen) sowie an die NichtwählerInnen (1.000 Stimmen im Saldo).

Die Wählerschaft der Liste Stronach setzt sich bei ihrem ersten Antreten in Tirol wie folgt zusammen: Je 3.000 Stronach-WählerInnen sind ehemalige UnterstützerInnen der ÖVP und der FPÖ, je 2.000 Stimmen stammen von Fritz und NichtwählerInnen von 2008 und 1.000 Stimmen gewinnt das Team Stronach von der SPÖ.

Ebenfalls erstmals trat bei dieser Wahl Vorwärts Tirol an und erreichte nach dem vorläufigen Endergebnis (ohne Briefwahl) 9,3% der Stimmen. Der größte Teil der Vorwärts-WählerInnen (12.000 Stimmen) stammt von der ÖVP gefolgt von Fritz (6.000) und NichtwählerInnen von 2008 (5.000). 3.000 Vorwärts-Stimmen kommen von den Grünen, 2.000 von der FPÖ und 1.000 von der SPÖ.

Die Listen Bürgerklub-Tirol (Gurgiser), KPÖ, Für Tirol sowie die Piratenpartei werden in der Wählerstromanalyse als „Sonstige“ zusammengefasst.

Stimmen aus der Landespolitik

Günther Platter (ÖVP)

„Ein großes Dankeschön an alle, die uns das Vertrauen ausgesprochen haben“, bedankte sich Platter bei allen WählerInnen. „Es war eine besonders schwere Wahl. Deshalb ist dieses Ergebnis ein umso großartigerer Erfolg für die Tiroler Volkspartei.“, freute er sich. „Trotz der Konkurrenz von zehn Listen erreichte die Tiroler Volkspartei das Wahlziel, nämlich das Halten der 16 Mandate im Landtag. Tirol wird stabil bleiben. Wir werden den Tirol-Plan, unser Programm für die Zukunft des Landes, umsetzen. Darüber werden wir mit allen in Frage kommenden Parteien sofort Gespräche aufnehmen. Ich möchte in einer Woche wissen, mit wem wir in Verhandlungen treten!“

Gespräche werde es auch mit „Vorwärts Tirol“ geben, so Platter, der die Reihenfolge der folgenden Gespräche nach der Stimmenstärke der jeweiligen Partei richten will. Eine Landesregierung werde es dann mit jener geben, mit der möglichst viel des sogenannten „Tirol-Plans“ der ÖVP umgesetzt werde könne. Rechnerisch gibt es für Platter mehrere Varianten, doch ist anzunehmen, daß er eine Zweierkoalition bilden wird. Dafür kommen SPÖ und Grüne in Frage. Wenn nun Schwarz-Grün weithin als „Experiment“ bezeichnet wird, vergessen wohl viele, daß in Oberösterreich die Koalition von ÖVP und Grünen bereits seit Oktober 2003 intakt ist.

Andrea Haselwanter-Schneider

Die Spitzenkandidatin der Liste Fritz, Andrea Haselwanter-Schneider, meinte in einer ersten Stellungnahme, man habe das Ziel „Regierung ohne ÖVP“ klar verfehlt. Es sei deren Konzept, die WählerInnen mit Angst zur Wahl zu motivieren, mit dem Chaos zu drohen, aufgegangen, „die Angstmache hat funktioniert“.

Gerhard Reheis (SPÖ)

„Es freut mich, daß wir den zweiten Platz für die SPÖ zurückgewinnen konnten. Eines unserer Wahlziele haben wir damit erreicht“, so Tirols SP-Chef Gerhard Reheis, nachdem das vorläufige Endergebnis der Landtagswahl feststand. Weniger glücklich ist Reheis naturgemäß damit, daß die SPÖ Stimmen verloren hat: „Die Stimmung in der Wahlbewegung war hervorragend, allerdings schlägt sich das leider nicht im Ergebnis nieder. Meine Zeit als gf. Vorsitzender der SPÖ war offenbar zu kurz, um meine neue Handschrift auch den Wählerinnen und Wählern entsprechend deutlich zu vermitteln.“ Demgegenüber habe die ÖVP mit ihrer Strategie, auf die Angst der Menschen zu setzen, offenbar punkten und entsprechend mobilisieren können.

„Ich habe den Wählerinnen und Wählern das Angebot gemacht, als Landeshauptmann zur Verfügung zu stehen. Offenbar ist der Wille zum Wandel aber weniger ausgeprägt

Innenpolitik

als angenommen“, resümiert Reheis. Die Ausgangslage mit elf kandidierenden Listen sei natürlich schwierig gewesen.

Gerald Hauser (FPÖ)

Der Spitzenkandidat der FPÖ wies eine Aussage von seinem Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache zurück, er sei möglicherweise der falsche Landeshauptmann-Spitzenkandidat gewesen: „Ich habe ja nie als Landeshauptmann kandidiert. Wir haben unser Wahlziel nicht erreicht, ich bin aber froh, daß wir die vier Mandate halten konnten – wodurch sich durchaus Möglichkeiten ergeben können.“

Ingrid Felipe (Grüne)

Die Sprecherin der Tiroler Grünen freute sich über die Zugewinne (+ 1,4 Prozent) auf 12,14 Prozent – obwohl es sich die Grünen zum Ziel gesetzt hatten, das „beste Ergebnis aller Zeiten“ zu holen. Das ist bei weitem nicht gelungen, dennoch hält Felipe fest, ihre Partei sei die einzige der im Landtag vertretenen, die sich über eine Bestätigung durch die WählerInnen bzw. Zugewinne freuen könnten bei weitem verfehlt, aber die Grünen konnten als einzige etablierte Partei Zugewinne verbuchen. Die Grünen würden wohl zwar gerne Regierungsverantwortung übernehmen, das hänge aber auch davon ab, ob „gewisse Bedingungen und Eckpunkte“ erfüllt würden.

Hans-Peter Mayr (Team Stronach)

Nach dem enttäuschenden Abschneiden bei den Wahlen in Kärnten und in Niederösterreich war das Team Stronach auch vom Ergebnis in Tirol schwer enttäuscht, denn man hat 3,4 Prozent klar den Einzug in den Landtag verfehlt. Gegenüber der „Tiroler Tageszeitung“ sagte Mayr, man habe Fehler gemacht in Tirol und Wien. Man wolle die Strukturen in Tirol aber weiter ausbauen.“

Fritz Gurgiser

vom BürgerKlub-Tirol bedauerte, daß er den Einzug in den Landtag nur ganz knapp verpaßt hat, wies aber darauf hin, daß er die fast fünf Prozent ohne jede Parteienförderung geschafft habe. Die Auseinandersetzungen der anderen Parteien untereinander hätten die gesamte mediale Aufmerksamkeit auf sich gezogen, für ihn sei wohl wenig davon übrig geblieben.

Hans Lindenberg (Vorwärts Tirol)

Spitzenkandidat der Liste „Vorwärts Tirol“, erinnerte daran, daß seine Partei die

jüngste der angetretenen Parteien sei und, obwohl man sich mehr an Stimmen erwartet habe, „ist es ein tolles Ergebnis und wir sind sehr stolz darauf.“ Man habe „mit den Ersten um den zweiten Platz mitgespielt, das muß uns einmal jemand nachmachen.“

Stimmen aus der Bundespolitik

Werner Faymann (SPÖ)

Bundesparteivorsitzender der SPÖ, zeigte sich überzeugt davon, daß es bis zur Nationalratswahl im Herbst gelingen werde, das Vertrauen der Tirolerinnen und Tiroler zu gewinnen und die Menschen davon zu überzeugen, daß Beschäftigung und Stabilität wichtige Themen seien.

In einer ersten Reaktion erklärte SPÖ-Bundesgeschäftsführer Norbert Darabos: „Erfreulich ist, daß die SPÖ den zweiten Platz geholt hat. Bei der letzten Landtagswahl waren wir noch Dritter. Nicht zufriedenstellend aber ist das leichte Minus, das eingefahren wurde.“ Panikmache der ÖVP ala „Italienische Verhältnisse“ habe laut SPÖ-Bundesgeschäftsführer offenbar insofern gefruchtet, als daß ein starkes Minus beim ÖVP-Ergebnis vermieden werden konnte.

Als besonders bedenklich hob Darabos die niedrige Wahlbeteiligung hervor und konstatierte: „Offenbar sind die Wählerinnen und Wähler mit dem Angebot einer übermächtigen VP und deren Abspaltungen nicht zufrieden. Während die SPÖ sich aber noch nicht in gewünschtem Ausmaß als Alternative positionieren konnte.“

Michael Spindelegger (ÖVP)

Der ÖVP Parteichef freut sich mit Landeshauptmann Günther Platter und den Tirolern über den Wahlausgang. Die ÖVP ist dreimal so stark wie die nächstfolgende Partei. „Trotz einer historischen Listenvielfalt haben die Tiroler ihre Stimme für eine stabile Regierung abgegeben.“

Im Vorfeld der Wahl wurde von den politischen Mitbewerbern jede Möglichkeit genutzt, um die ÖVP in „Schmutzkübel-Kampagnen“ zu diskreditieren, und auch in den Medien wurde keine Gelegenheit ausgelassen, der Volkspartei eine historische Niederlage zu prophezeien. Tatsache ist, daß die ÖVP und Landeshauptmann Günther Platter gestärkt aus der Wahl hervorgehen! Die TirolerInnen haben sich ganz bewußt für die Stabilität und Zukunftsorientierung der ÖVP entschieden und mit ihrer Stimme ein klares Zeichen für das Land gesetzt.

Die ÖVP stellt jene Kompetenz und Energie bereit, die notwendig ist, um Öster-

reich auch in den kommenden Jahren erfolgreich, fortschrittlich und lebenswert zu machen: „Es hat sich heute gezeigt, daß 2013 das Jahr der ÖVP wird.“

Heinz-Christian Strache (FPÖ)

„Mit dem heutigen Wahlergebnis in Tirol hat die FPÖ die Talsohle durchschritten und befindet sich auf einem guten Weg der Erneuerung“, sagte der freiheitliche Bundesparteiobmann. Trotz bedauerlicher Stimmverluste, sei es der FPÖ gelungen die Mandatsstärke von vier Abgeordneten zu halten, bedankte sich Strache bei der Tiroler Landesgruppe für den engagierten Wahlkampf unter erschwerten Bedingungen.

Nun sei es wichtig, den Tirolern eine bürgerliche Alternative zu dem drohenden Linksschwenk anzubieten, von denen schon einige bei Rot, Grün und Vorwärts träumen würden, sieht Strache nun die Nagelprobe für die ÖVP bei den Koalitionsverhandlungen. „Die Entscheidung darüber liegt aber letztendlich bei den Landesfreiheitlichen“, betonte Strache.

Eva Glawischnig (Grüne)

Die Bundessprecherin freut sich über den dritten Wahlerfolg der Grünen und sieht dies als Bestätigung des eingeschlagenen Kurses. Es sei eine sehr interessante Wahl gewesen, waren doch sehr viele neue Parteien angetreten – und die Grünen als einzige im Landtag Vertretene hätten von den WählerInnen Bestätigung erfahren. „Es gibt eine interessante Situation in Tirol, möglicherweise sogar eine schwarz/grüne Mehrheit – von den Mandaten her jedenfalls. Das hat Ingrid Felipe hervorragend gemacht.“

Frank Stronach (Team Stronach)

Der Parteigründer sagte, natürlich sei es schade, „daß wir den Einzug in den Tiroler Landtag nicht geschafft haben. Es sind Fehler passiert, aus denen wir für die Zukunft ganz sicher lernen werden. Wir sind eine junge Bewegung und lassen uns von unserem Ziel, eine neue politische Kultur in Österreich zu etablieren, sicher nicht abbringen. Ich bin überzeugt davon, daß wir bei der Landtagswahl in Salzburg am Sonntag wieder erfolgreich sein werden.“ Das große Ziel sei und bleibe die Nationalratswahl im Herbst. Dort wolle man mit einem geschlossenen und starken Team antreten und so viele Stimmen wie möglich erreichen.

Das BZÖ hat nicht kandidiert. ■

Alle Detailergebnisse zur Wahl finden Sie hier: http://wahlen.tirol.gv.at/landtagswahl_2013/

Österreich ist kein Steuerparadies

»In Österreich schätzen die Menschen, daß ihre Privatsphäre, ihre einzelnen privaten Bankbewegungen, die Behörden nichts angehen«, bringt Finanzministerin Maria Fekter jenen Konsens auf den Punkt, daß das Bankgeheimnis beibehalten wird – so wie es auch in der Verfassung steht.

Er, der wohl in einem jener Unternehmen an der Quelle saß, die Steuerflüchtlingen beim Verschieben ihrer Gelder in sogenannte Steuerparadiese behilflich sind, er war anonym und hatte – im Gegensatz zu seinen Schweizer „Kollegen“ (die steuerrelevante Daten an die deutsche Finanz verkauft haben) – offenbar keine wirtschaftlichen Interessen: Die Weitergabe von sage und schreibe 27 Gigabyte brisanter Daten an das in Washington ansässige Internationale Konsortium für investigative Journalisten (ICIJ) war kostenfrei.

Das passierte vor rund einem Jahr, über die Beweggründe kann man nur spekulieren. Der Grund dafür, daß die Veröffentlichung der ersten Daten daraus so lange dauerte, lag darin, daß auf dieser Festplatte mehrere Millionen Dateien verschiedenster Formate enthalten waren. Es brauchte daher ein extra für diese schwierige Anwendung programmiertes Computerprogramm, das Zusammenhänge über all die Daten herausfiltert: aus Mails, Texten, Tabellen, pdf- und Bilddateien.

Die nun kürzlich veröffentlichten Vorergebnisse der Aufarbeitung und die Meldung, es handle sich um 130.000 Oligarchen, Finanzjongleure, Waffenhändler und auch „einfache Steuersparer“, hat nicht nur weltweit Erstaunen ausgelöst, sondern auch wohl so manche in Schrecken versetzt, die ihre Schäfchen bisher im Trockenen wähten. Wohin wohl die Tausenden Milliarden nun fließen werden? Die britische Nichtregierungsorganisation „Tax Justice Network“ hat im vergangenen Jahr eine Studie erstellt, laut

der in diesen Steueroasen 21 bis 32 Billionen Dollar (!) vor dem Fiskus versteckt werden, wodurch den Staaten Steuern von bis zu 280 Milliarden Dollar entgangen sein sollen. Für Deutschland gibt es eine Schätzung, daß die hinterzogenen Abgaben der Größenordnung eines Bundesbudgets entsprechen.

richtet werden, tragen wesentlich zum Budget der jeweiligen Länder bei. Auf den im Kronbesitz Großbritanniens befindlichen Jungferninseln kommen drei britische Firmen auf vier Einwohner, auf der Isle of Man ist das Verhältnis fast eins zu zwei. Doch die Kanalinsel Sark hängt diese Steuerparadiese

noch ab: 24 britische Firmen kommen hier auf einen Einwohner, wie die „SZ“ berichtete. Dem Schreiber dieser Zeilen ist es aber entgangen, daß sich die Spitzen der EU darüber dermaßen echauffiert hätten, wie sie dies – nicht zum ersten Mal – Österreich gegenüber getan hätten. Geschlossen wird gefordert, Österreich möge nun endlich das Bankgeheimnis aufheben und doch endlich automatischen Zugriff auf Informationen von Konten ausländischer Bank-



Österreich will das Bankgeheimnis keinesfalls lüften.

Die Annahme, die Schwarzgelder würden nun freiwillig in die Legalität zurückgeführt und versteuert werden, wäre naiv. Die Steuerbehörden müssen wohl darauf warten, vom ICIJ mit verwertbaren Unterlagen versorgt zu werden. Und in der Zwischenzeit geht man aber – zumindest in der Europäischen Union – daran, mögliche und vermeintliche Schlupflöcher zu schließen.

Haltet den Dieb

Es sind rund 50 Staaten weltweit, die als Steueroasen gelten. Sie heben geringe oder gar keine Steuern ein, halten das Bankgeheimnis konsequent ein und gewähren weitreichende Anonymität. Die Gebühren, die von den unzähligen Briefkastenfirmen ent-

kunden ermöglichen. Nachdem nun jüngst auch das mit Österreich gemeinsam teils ultimativ aufgeforderte Luxemburg verlauten ließ, man werde sich beugen und dem Datenaustausch zustimmen, steht Österreich alleine auf dem Pranger.

Finanzministerin bleibt hart

Frankreichs Budgetminister Bernard Cazeneuve hatte damit gedroht, Österreich auf eine schwarze Liste setzen zu wollen, wenn es beim Bankgeheimnis nicht nachgebe, Finanzminister Pierre Moscovici hatte sich kurz darauf für die Aussagen entschuldigt; EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta sagte: „Wenn das Land sich weiter wehrt gegen den unvermeidlichen Fortschritt in Richtung

Innenpolitik

mehr Transparenz, dann manövriert es sich selbst in eine einsame und unhaltbare Lage.“; und im Land selbst sprechen sich Experten wie WIFO-Chef Karl Aiginger dafür aus, das Bankgeheimnis aufzugeben. Steuerexperte Werner Doralt geht davon aus, daß es dieses in zwei Jahren nicht mehr geben werde.

Finanzministerin Maria Fekter hält dem entgegen, sie werde auch künftig für den Erhalt des Bankgeheimnis in Österreich kämpfen, „denn ich will weder einen Schnüffelsstaat noch sinnlose Datenfriedhöfe. Die Österreicher haben auch wenn es um's Erbsparte geht, ein Recht auf Privatsphäre.“ Sparrer, die sich etwas zur Seite legen, seien nicht per se Kriminelle. Das Bankgeheimnis ist bereits heute kein Schutz für Verbrecher und Kriminelle, da es schon jetzt auf Anfrage einer Behörde im Einzelfall aufgehoben werden kann.

Viel effizienter im Kampf gegen Steuer-sünder seien gezielte Abkommen mit Staaten wie der Schweiz oder Liechtenstein, wie sie erst kürzlich abgeschlossen wurden. „Wir holen uns aus diesen Abkommen über 1,5 Milliarden Euro von Steuersündern zurück, ohne das Bankgeheimnis zu opfern. So macht man das richtig und dieses Modell ist ausgesprochen effizient“, so Fekter. Bereits heute sei das Bankgeheimnis kein Schutz für Verbrecher und Kriminelle, daher fordert Fekter „einen raschen Stopp dieser irreführenden Debatte.“ Selbstverständlich werde schon heute in Österreich – wie dies weltweit Standard ist – im Einzelfall auf Anfrage einer Behörde Auskunft erteilt.

Die Wertschöpfung durch das Bankgeheimnis für den Standort Österreich ist enorm, denn neben hohen Steuereinnahmen, hängen wirtschaftliche Impulse und tausende Arbeitsplätze daran. Fekter: „Wer für die Abschaffung des Bankgeheimnisses ist, gefährdet heimische Arbeitsplätze und hemmt das Wirtschaftswachstum. Das werde ich nicht zulassen!“

Österreich sei mit einer 25prozentigen Kapitalertragsteuer (KESt) alles andere als eine Steueroase, vielmehr seien wir Hochsteuerland und definitiv kein Anreiz für Steuerflucht, so Fekter. Andererseits lasse man Steuerparadiese in Europa, wie die Kanalinseln von Großbritannien oder Monaco im Hinterhof Frankreichs, zu. Angesichts dieser Tatsachen sei es für Fekter „scheinheilige Tatsachenverdrehung“, wenn man das heimische Bankgeheimnis kritisiere.

„Ich werde auf EU-Ebene auch weiterhin gegen den automatischen Datenaustausch

und für das österreichische Bankgeheimnis kämpfen“, so Fekter.

In der Öffentlichkeit – vor allem in den ausländischen Medien – kommt dieser wesentliche Aspekt allerdings nicht zur Geltung, gebetsmühlenartig wird Österreich als Paradies für Steuerhinterzieher bezeichnet, wo jedermann gefahrlos hinterzogenes Kapital „parken“ kann.

Jedenfalls eignet sich dieses Thema hervorragend für das populistische Stiften von Verwirrung auf breiter Ebene, für die objektive Darstellung des Themas an sich bleibt wenig Raum.

Ganz Österreich, wie es immer so schön heißt, ist gegen die Aufhebung des Bankgeheimnisses, fünf der sechs im Parlament vertretenen Parteien bestehen auf dessen Beibehaltung, verbieten sich die Einmischung in geltendes Recht. Nur die Grünen sind für die Lüftung des bisher so geschützten Geheimnisses.

Faymann: Wir denken nicht daran, das Bankgeheimnis zu ändern

Bundeskanzler Werner Fayman (SPÖ) erklärte grundsätzlich, es bestehe „in Österreich ein Bankgeheimnis, das für Österreicherinnen und Österreicher mit einer Zweidrittel-Mehrheit abgesichert ist. Wir denken nicht daran, das zu ändern.“ Bei dem von der EU geforderten automatischen Datenaustausch über Konten von Ausländern in Österreich „sind wir verhandlungsbereit. Bisher haben wir nur im begründeten Verdachtsfall Daten freigegeben, das ist zu wenig. Wir müssen im Kampf gegen Steuerbetrug schneller und stärker agieren.“

Es stelle einfach eine Ungerechtigkeit dar, wenn sich einige über komplizierte Konstruktionen ihrer Steuerpflicht entziehen. „Das müssen wir abstellen, der Scheinwerfer kann gar nicht stark genug sein“, betonte Faymann.

Österreich sei keine Steueroase, das belege auch das Ranking des „Tax Justice Network“, bei dem Österreich bei Steuerschlupflöchern weit hinter Deutschland auf dem 17. Platz liegt. „Wir wollen aber auch nicht den 17. Platz. Wir wollen nicht nur Vorbild in Europa für geringe Arbeitslosigkeit sein, sondern auch in diesem Punkt klare Verhältnisse.“

„Es ist jedoch deutlich zu sagen, daß es nicht um das Sparbuch der Großmutter geht. Wir machen eine scharfe Trennung zwischen dem Bankgeheimnis für die Österreicherinnen und Österreicher und dem internationalen Datenaustausch über Konten von Aus-

ländern. Das ist rechtlich möglich und politisch sinnvoll“, sagte der Bundeskanzler.

Spindelegger: Österreich ist keine Steueroase!

Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP) betonte die gemeinsame Position innerhalb der Bundesregierung. „Als erstes muß man klarstellen: Österreich ist keine Steueroase! Unsere Gesetzgebung stellt sicher, daß es keine anonymen Konten gibt. Außerdem kann niemand Steuern aus Gewinnen hinterziehen, denn 25 Prozent des Zinsgewinns müssen an den Staat abgeliefert werden“, erteilt Spindelegger Kritikern eine Absage. Österreich sei kein Ort für Menschen, die ihr Geld veranlagten wollen, ohne sich namentlich auszuweisen. Außerdem seien die gemeinsamen Vereinbarungen mit der Schweiz und Liechtenstein ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Geldwäsche.

„Beim automatischen Informationsaustausch bei Bankdaten ist sich die Regierung einig: Zum ersten ist Österreich keine Steueroase. Zweitens bleiben wir beim Bankgeheimnis und drittens sind wir zu einer Zusammenarbeit mit der Europäischen Union bereit“, so Spindelegger. Gespräche über einen vollautomatischen Datenaustausch für Ausländer seien zwar ein Thema, entscheidend seien aber die Details, die in den anstehenden Verhandlungen geklärt werden müssen. „Unser Ziel ist es zu kooperieren, damit es keine Steuersünder gibt, die in Österreich ihr Geld parken“, betont Spindelegger, der aber auf wichtige Detailfragen verweist, die vorab zu klären wären. Bis zum EU-Gipfel im Mai erwartet er sich eine Lösung. Die Regierungsposition sehe vor, an der Quellensteuer festzuhalten. „Das ist für uns das gerechteste System und dieses System werden wir auch erhalten können“, so der Vizekanzler.

Strache warnt davor, das Bankgeheimnis zu opfern

FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache (FPÖ) spricht sich für eine Volksabstimmung über die Zukunft des Bankgeheimnisses aus. „Es geht nicht an, daß sich unsere Regierungsspitzen anschicken, den Eurokraten in Brüssel das nächste Geschenk zu machen. Eine so weitreichende Entscheidung wie der staatliche Einblick auf sämtliche Geldvermögensdaten der Bürger bedarf einer Entscheidung der Wähler“, so Strache, der gleichzeitig davor warnt, das Bankgeheimnis zu opfern.

„Wird das Bankgeheimnis abgeschafft, drohen in Österreich Zustände wie jene, de-

Innenpolitik

nen Arbeitslose in Deutschland – sogenannte Hartz-IV-Bezieher – ausgesetzt sind“, zeigt Strache auf. In Deutschland sei es jedem Finanzbeamten, aber auch den Sozialbehörden möglich, ohne begründeten Verdacht auf ein Steuervergehen auf Knopfdruck bei einer zentralen Kontoevidenz sämtliche Kontoverbindungen und Wertpapierdepots abzurufen. „Die Behörden brauchen keine richterliche Erlaubnis, Bank und Kontoinhaber werden nicht informiert.“ Verliert ein Bürger seine Arbeit und hat er etwas angespart, kann es sein, daß ihm erst nach Verbrauch des Ersparten Sozialleistungen ausbezahlt werden. „Als soziale Heimatpartei sagen wir dazu ganz klar Nein“, hält Strache fest.

Der Bürger habe ein Recht auf ein gesundes Mißtrauen gegenüber der Politik. Denn die Österreicher hätten zu Recht die Angst, daß ihr hart erspartes Geld politischen Fehlentscheidungen der EU bzw. der rot-schwarzen Regierung zum Opfer fällt. „Diese Befürchtung ist durch die irrwitzigen Rettungsmaßnahmen für europäische Pleiteststaaten – Stichwort ESM-Diktat – bereits Realität geworden. Bankspekulanten werden mit Steuerzahlergeld gerettet“, erklärt Strache. Staat und Banken durch ein Ende des Bankgeheimnisses noch weiter anzunähern, sei daher ein völlig falsches Vorhaben und würde die Bürger umfassender staatlicher Schnüffelei aussetzen.

Bucher: Bankgeheimnis nicht auf dem Brüsseler Altar opfern

BZÖ-Bündnissprecher Josef Bucher sagte, SPÖ und ÖVP würden das österreichische Bankgeheimnis „auf dem Brüsseler Altar“ opfern. „Es ist ein Wahnsinn, wie Kanzler und Vizekanzler auf Zuruf vor der EU in die Knie gehen, anstatt die österreichischen Interessen zu vertreten. Wenn Faymann und Spindelegger behaupten, ein Aus für das Steuergeheimnis treffe nur ausländische Anleger, dann ist das Augenauswischerei. Schlußendlich werden – wenn es nach Rot und Schwarz geht – alle Behörden auf die Daten von den österreichischen Sparern zugreifen können.“

„Das BZÖ besteht darauf, daß das Bankgeheimnis unangetastet bleibt. Die Bürgerrechte wurden von dieser rot-schwarzen Koalition – etwa bei der Vorratsdatenspeicherung – schon genug beschnitten. Die Österreicher haben ein Recht darauf, daß ihre Bankdaten vor einem willkürlichen Behördenzugriff geschützt werden“, so Bucher, der daran erinnerte, daß Österreich mit dem Beschluß des Amtshilfedurchführungsver-

fahrens im September 2009 die geforderten OECD-Standards erfüllt habe. „Österreich hat die notwendigen Hausaufgaben gemacht. Eine noch stärkere Aushöhlung des Bankgeheimnisses wäre massiv gegen die Interessen Österreichs und würde einen Kapitalabfluß aus Österreich bedeuten. Das Bankgeheimnis muß unangetastet bleiben und darf keinesfalls gelockert werden.“

Kogler: Rot und Schwarz müssen endlich ihre Blockade aufgeben

Werner Kogler, Finanzsprecher der Grünen, stellte fest, „ausländische Steuerkriminelle dürfen nicht länger in Österreich ihren Zufluchtsort haben“. Es brauche nun rasch einen vollständigen Datenaustausch in der Europäischen Union, „damit ausländische

Zitiert...

„Ich glaube nach wie vor, daß es ein elementares Interesse vieler Leute ist, zu sagen, ich will ganz einfach nicht, daß die Finanz ohne mein Wissen erfährt, wo ich ein Konto habe.“ Das Thema Bankgeheimnis sei in den letzten Wochen aufgeblasen und aufgebauscht worden. „Nur weil man nichts zu verbergen hat, braucht man es nicht zu veröffentlichen.“

*RZB-Generaldirektor
Walter Rothensteiner
(im ORF Radio Ö1)*

„Durch das Bankgeheimnis wurde die Prävention von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung in Österreich nie behindert. Die Erstattung einer Geldwäsche-Verdachtsmeldung durchbricht schon heute das Bankgeheimnis. Wir schöpfen alle Möglichkeiten aus, die uns zur Verfügung stehen. So überprüfen wir beispielsweise jeden auffälligen Geldeingang und verlangen vom Kunden Belege über die Herkunft seiner Gelder.“

*Bank-Austria-Generaldirektor
Willibald Cernko (im „profil“)*

Für den Finanzrechtler Werner Doralt ist die Aufdeckung internationaler Steueroasen und ihrer Nutznießer ein Anlaß, umgehend gegen derartige Steuerparadiese vorzugehen. Er spricht von einem „Wirtschaftskrieg“, auf den man entsprechend reagieren müsse. Und er ruft dazu auf, sofort über das österreichische Bankgeheimnis nachzudenken.

(im ORF Radio Ö1)

Steuerbetrüger und Großkriminelle nicht länger gedeckt werden. Die derzeitige Situation in Österreich nutzt Steuerbetrügern grossen Stils und dient dem Verstecken von Verbrechen Geldern der Mafia und Schwarzgeldern der Oligarchen.“

„Rot und Schwarz müssen endlich ihre Blockade aufgeben. Denn es ist eine doppelte Gaunerei, die Faymann, Spindelegger und Fekter hier betreiben. Schlimm genug, daß in Österreich Steuerbetrüger und Großkriminelle unerkannt Unterschlupf finden. Zusätzlich torpedieren Faymann, Spindelegger und Fekter in ihrem populistischen Starrsinn beim Bankgeheimnis, daß die gesamte EU schärfere Maßnahmen gegenüber Steueroasen durchsetzen könnte.“ Denn durch Österreichs Blockade werde die Verhandlungsaufnahme der EU-Kommission für ein weitgehendes Betrugsbekämpfungsabkommen verhindert.

Lugar: Nein zum Ende des Bankgeheimnisses

Team Stronach Klubobmann Robert Lugar verlangt, ein Bundeskanzler habe sich „für sein Land und dessen Bevölkerung einzusetzen. Doch Faymann ist der EU hörig und geht bei jedem Zuruf aus Brüssel in die Knie. Nein zum Ende des Bankgeheimnisses, kein Faymann-Kniefall!“ Das sei typisch für diese Regierung: „Will die ÖVP das Bankgeheimnis beibehalten, will es die SPÖ aufheben – auf der Strecke bleiben die Österreicher, die kleinen Sparer, die jedes Vertrauen in die Banken verlieren, und damit auch die Wirtschaft!“, warnt Lugar und fordert die Regierung auf, ein klares Bekenntnis zur Beibehaltung des Bankgeheimnisses abzulegen.

EU-Gipfel am 22. Mai

EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy kündigte bereits an, der EU-Gipfel am 22. Mai werde sich angesichts des unvorstellbaren Entgangs an Steuern in einer Größenordnung von einer Trilliard (!) Euro jährlich vorrangig mit dem Kampf gegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung befassen. Das entspreche dem spanischen Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder dem Gesamtbudget der EU über einen Zeitraum von sieben Jahren. „Europa muß mit einer Stimme sprechen“, sagte Van Rompuy, die einzelnen EU-Staaten könnten das Problem nicht alleine lösen. „Wir können uns Steuernachlässigkeit einfach nicht leisten und nicht tolerieren.“ ■

Quellen: SPÖ, ÖVP, FPÖ, BZÖ, Grüne, Team Stronach, Europäische Union und „Süddeutsche Zeitung“

BürgerInnenbeteiligung

Enquete des Bundesrats – Direkte Demokratie
als Chance für Länder und Gemeinden

Foto: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz



Parlamentarische Enquete des Bundesrates – Am Rednerpult Universität Wien Theo Öhlinger

Die BürgerInnenbeteiligung auf Landes- und Gemeindeebene war am 9. April Gegenstand einer parlamentarischen Enquete, zu der die Länderkammer in den Bundesratssitzungssaal des Hohen Hauses lud. Der Titel „Mehr direkte Demokratie, mehr Chancen für die Bürgerinnen und Bürger in den Ländern und Gemeinden“ gab dabei den Ton für die Veranstaltung vor, bei der ReferentInnen in drei Themenblöcken – „Grundsatzfragen“, „Praxis und neue Instrumente“, „Europa und benachbarte Staaten“ – die rechtlichen und politischen Möglichkeiten der Partizipation auf Ebene der Länder und Gemeinden ausloteten.

Mayer: BürgerInnenbeteiligung braucht regionale und föderale Strukturen

Bundesratspräsident Edgar Mayer begründete in seinen Begrüßungsworten die Einladung zu dieser Enquete mit dem Auftrag an den Bundesrat, als Stimme der Länder aufzutreten. Die Erkenntnis, daß vor allem in Konzepten des Regionalismus und des Föderalismus großes Potential für die Lösung vieler Probleme liegt, führe unmittelbar zu mehr BürgerInnenbeteiligung und mehr direkter Demokratie, betonte er und verwies

dabei auf die Erfahrungen in seinem Bundesland Vorarlberg. Kritisch nahm Mayer in diesem Zusammenhang zu Forderungen nach Abschaffung des Bundesrats Stellung,



Bundesratspräsident Edgar Mayer

wobei er zu bedenken gab, dies würde das bundesstaatliche Prinzip in Frage stellen und mehr Zentralisierung hervorrufen, mit der, wie er sagte, niemandem gedient wäre. Bür-

gerInnenbeteiligung brauche vielmehr regionale Strukturen und föderale Voraussetzungen, stand für Mayer fest, der daraus für den Bundesrat die Devise ableitete: „Aufwerten statt abschaffen!“

Wallner: Partizipation als Aktivierung von positivem Sozialkapital

Der Vorarlberger Landeshauptmann Markus Wallner (er ist aktueller Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz, Anm.) sah das steigende Interesse an direkter Demokratie vor allem auch als Folge des rasanten Vertrauensverlusts in die Politik und meinte, mehr BürgerInnenbeteiligung und der Ausbau von Volksbegehren seien eine von mehreren Möglichkeiten, gegen diese Politikverdrossenheit anzukämpfen. Wesentlicher war für Wallner dabei aber die Frage, wie es gelingen könne, in einer Zeit der „Verhinderungskultur“ die positiven Kräfte der Gesellschaft zu aktivieren und neue Instrumente der Partizipation zu finden, um wieder Vertrauen aufzubauen und eine bessere Beteiligung am politischen Prozeß zu ermöglichen.

Gerade in Vorarlberg habe man der Aktivierung von positivem Sozialkapital besondere Bedeutung beigemessen, unterstrich

Innenpolitik

Wallner und erinnerte an das Modell des Bürgerrates. Sein Bundesland habe die partizipative Demokratie bewußt in die Landesverfassung aufgenommen und setze damit ein Zeichen für mehr BürgerInnenbeteiligung auf Basis neuer Instrumente. Wallner sprach von positiven Erfahrungen Vorarlbergs mit der verstärkten Partizipation und meinte unter Hinweis auf den Bürgerrat, vieles an Negativem könne dadurch neutralisiert werden. Der Landeshauptmann schloß in diesem Sinn mit einem Bekenntnis zu mehr BürgerInnenbeteiligung und versicherte, Vorarlberg werde diesen Weg weiter beschreiten.

Öhlinger: Direkte Demokratie muß von unten wachsen

Einen ausführlichen Überblick über die Instrumente der direkten Demokratie, die in der Bundesverfassung verankert sind, gab sodann der emeritierte Universitätsprofessor Theo Öhlinger. Volksabstimmungen gab es in der Geschichte der demokratischen Republik auf Bundesebene bislang nur zweimal (Zwentendorf und EU-Beitritt), eine Volksbefragung überhaupt nur ein einziges Mal unlängst bei der Wehrpflicht, erinnerte er. Lediglich Volksbegehren kamen bereits mehr als 30 Mal zustande, die allerdings bislang regelmäßig mit einem für die Initiatoren enttäuschenden Ergebnis endeten. Als Beispiel nannte Öhlinger das Bildungsvolksbegehren. Der Nationalrat habe auf dieses Begehren zwar mit der Einsetzung eines besonderen Ausschusses reagiert, letztendlich war der Nationalrat – wie bei allen früheren Volksbegehren – offensichtlich aber nicht bereit oder nicht in der Lage, ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren einzuleiten.

Damit aus einem Volksbegehren im Parlament selbst ein Gesetz entstehen kann (was der verfassungsrechtliche Sinn eines Volksbegehrens ist), müssen nach Auffassung von Öhlinger zwei Voraussetzungen erfüllt werden: Der Gegenstand des Volksbegehrens sollte rechtlich einigermaßen präzise sein und die legislatorische Kompetenz des Parlaments müßte erheblich gesteigert werden. Eine Verbesserung und ein Ausbau der direkten Demokratie würde daher auch eine Stärkung des Parlaments bedingen, meinte Öhlinger. Als problematisch bezeichnete er, daß sich die aktuelle Diskussion zu sehr auf die Bundesebene konzentriert. BürgerInnenbeteiligung, die ein viel weiterer Begriff als direkte Demokratie ist, müsse von unten wachsen, das zeige gerade das Beispiel der



Markus Wallner
Landeshauptmann von Vorarlberg



Theo Öhlinger
Universität Wien



Max Haller
Universität Graz

Schweiz. Auf den unteren Ebenen des Staates könne das Interesse, aber auch das Verständnis der Bürger sowie der Politiker für die Möglichkeiten und Grenzen der direkten Demokratie am besten entwickelt werden.

Haller: Alle Bevölkerungsgruppen befürworten direkte Demokratie

Universitätsprofessor Max Haller (Institut für Soziologie, Karl-Franzens-Universität Graz) präsentierte in seinem Kurzreferat vor allem die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage aus dem Jahr 2012 zum Thema direkte Demokratie. Einleitend stellte der Wissenschaftler fest, daß das generelle politische Interesse sehr gering und weiter rückläufig sei. Wenig Zufriedenheit gebe es auch mit den gewählten VolksvertreterInnen und der Arbeit des Nationalrats. Ein wichtiges Resultat der Umfrage sei jedoch, daß über alle Gruppen hinweg eine sehr starke Befürwortung zum Ausbau der direkten Demokratie erkennbar ist. Besonders starke Unterstützer finden sich dabei in den Gruppen der politisch Interessierten (84 Prozent), den Anhängern der Oppositionsparteien (90 Prozent), der mit der aktuellen Demokratie Unzufriedenen (82 Prozent) und den VorarlbergerInnen (88 Prozent).

Die Ergebnisse der Umfrage zeigten zudem eindeutig, daß es durch die Anwendung von mehr direktdemokratischen Instrumenten zu einer Steigerung des Interesses der Bevölkerung an den zur Abstimmung gebrachten Themen komme und sich die Chancen der weniger gebildeten Schichten erhöhen würden, ihre Interessen zur Geltung zu bringen. Um diese positiven Effekte zu erreichen, müßten allerdings einige Voraussetzungen erfüllt werden: Die Hürden für die Einleitung von Abstimmungen dürfen nicht zu hoch sein (in der Schweiz derzeit 100.000 bzw. 50.000); die Fragen müssen allgemein verständlich und eindeutig formuliert und mit Ja oder Nein zu beantworten sein (negatives Beispiel: Italien); es müssen auch die klar absehbaren Implikationen einer Entscheidung dargestellt werden; vor jeder Abstimmung muß die Bevölkerung umfassend informiert werden und die Abstimmung muß direkt zu Konsequenzen führen. Die Umfrage belege auch deutlich, daß ein Mehr an direkter Demokratie nicht automatisch zu fragwürdigen, chauvinistisch-nationalistischen Resultaten oder zu menschenrechtlich problematischen Entscheidungen führen würde, unterstrich Haller, wie dies oft von Kritikern vorgebracht werde.

Hellrigl: Positive Erfahrungen mit Vorarlberger Bürgerräten

Die Entstehungsgeschichte und die Funktionsweise der „Vorarlberger Bürgerräte“ erläuterte sodann Manfred Hellrigl (Zukunftsbüro im Amt der Vorarlberger Landesregierung). Dieses Modell wurde ursprünglich in Amerika entwickelt („wisdom councils“) und stehe für ein Zusammenspiel von Zivilgesellschaft und staatlichen Stellen, erläuterte der Referent. Bereits seit über 20 Jahren habe man sich von seiten des Landes die Frage gestellt, wie man mit den BürgerInnen besser kooperieren und sie für Themen begeistern könne, da große Veränderungsprozesse nur gemeinsam entwickelt und umgesetzt werden könnten. Tatsache sei, daß die Gesellschaft vor gewaltigen Herausforderungen stehe und man Antworten darauf finden müsse, wie mit der wachsenden Demokratie- und Politikverdrossenheit umgegangen werden soll. In Vorarlberg wurden daher neue Formen der partizipativen Demokratie entwickelt, die auch in der Landesverfassung verankert wurden.

Die Bürgerräte sind eine kleine Gruppe von Personen (12 bis 16), die streng nach dem Zufallsprinzip ausgesucht werden und die an einem Wochenende an einem bestimmten Thema arbeiten. Die Herausforderung für diese Gruppe besteht darin, eine gemeinsam getragene Erklärung zu verfassen. Die zahlreichen praktischen Erfahrungen damit – in den letzten sieben Jahren wurden über 40 Bürgerräte zu den verschiedensten Themen auf lokaler, kommunaler und Landesebene durchgeführt – zeigen, daß durch oft simple Mittel große Fortschritte erreicht werden können. Nach Ansicht von Hellrigl ist die Politik generell gefordert, loszulassen und mehr Freiräume für die BürgerInnen zu schaffen, damit diese sich aktiv einbringen können. BürgerInnenbeteiligung dürfe nicht als lästig betrachtet werden, sondern als unglaubliche Chance, mehr Vertrauen zwischen allen Beteiligten zu schaffen und zu einer starken Zivilgesellschaft beizutragen.

Poier: Instrumente für BürgerInnen

Den Fokus seiner Ausführungen legte Universitätsprofessor Klaus Poier von der Universität Graz auf die Instrumente direkter Demokratie und deren tatsächliche Ausgestaltung auf Länder- und Gemeindeebene. Dabei skizzierte das Mitglied des Österreich-Konvents eingangs die Entwicklung der direkten Demokratie im Bereich der Länder bis zum flächendeckenden Ausbau der Initia-



Manfred Hellrigl, Vorarlberger Landesregierung, Zukunftsbüro



Klaus Poier
Universität Graz



Christine Bachofner
Magistrat Wien

tivrechte in allen österreichischen Bundesländern. Es gebe in Österreich im internationalen Vergleich auf Länder- und Gemeindeebene eine durchaus beachtliche Palette an Instrumenten, aber einen einheitlichen Katalog an direktdemokratischen Maßnahmen für alle Bundesländer gebe es nicht.

Problemfelder hinsichtlich direkter Demokratie auf Länder- und Gemeindeebene ortete Poier zum einen in den bundesverfassungsrechtlichen Grenzen der Ausgestaltung. Es bestehe hier nach wie vor Unklarheit sowie die Hemmschwelle eines verfassungsrechtlichen Freiraums. Zum anderen sei die eher bescheiden ausfallende Praxis direkter Demokratie in Österreich und der Dominanz der repräsentativen Vertretungsorgane problematisch. Eine Kultur des Etatismus in Österreich sei ausschlaggebend für das eher unterentwickelte zivilgesellschaftliche Engagement, was sich wiederum auf die Praxis direktdemokratischer Partizipation auswirke, warnte Poier. Instrumente zur direkten Demokratie sollten im Sinne echter Partizipation im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß und nicht zur Legitimation bereits getroffener Entscheidungen auf repräsentativer Ebene oder zur Mobilisierung von Parteien im Hinblick auf bevorstehende Parteien eingesetzt werden. Er empfiehlt, die Initiierung viel stärker in die Hände der BürgerInnen zu legen.

Bachofner: Angebot zur Partizipation wird angenommen

Welche Erfahrungen Wien mit dem Instrument der Volksbefragung gemacht hat, wo Probleme und Grenzen direkter Demokratie diagnostiziert werden konnten und wie sich die Akzeptanz der BürgerInnen auf dieses Initiativrecht gestaltete, waren Themenschwerpunkte, die Christine Bachofner vom Magistrat Wien den anwesenden Enquete-Gästen näherbrachte. Die Stadt Wien pflege bereits seit langer Zeit eine Tradition der direkten Demokratie, wobei sich das Instrument der Volksbefragung seit 40 Jahren zu einem zentralen Element herausgebildet hätte. Besonderes Augenmerk legte Bachofner auf die beiden aktuellsten Volksbefragungen 2010 und 2013 mit dem Titel „Wien will's wissen“, mit Themen wie Ganztagschulen, Nacht-U-Bahn oder Parkraumbewirtschaftung. Eine der zentralsten Erfahrungen sei im Bereich der Stimmabgabe zu verzeichnen, resümierte die Rednerin, denn weit über 90 Prozent der BefragungsteilnehmerInnen hätten die Möglichkeit der Briefwahl genutzt. Ein weiteres Novum zeigte sich im Jahr

Fotos: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

Innenpolitik

2013 im Bereich Information. So sei im Internet weniger auf eigens eingerichteten Diskussionsplattformen diskutiert worden als vielmehr in sozialen Netzwerken wie Facebook. Abschließend meinte Bachofner, daß das Angebot für BürgerInnen, sich demokratiepolitisch zu engagieren und sich stadtpolitisch einzubringen, angenommen wird.

BürgerInnen sollen besser eingebunden werden

In einer anschließenden kurzen Diskussionsrunde meldete sich zunächst Bundesrat Gottfried Kneifel (V/O) zu Wort, der von einer sehr wichtigen Veranstaltung zum richtigen Zeitpunkt sprach. Man müsse sich permanent damit auseinandersetzen, wie der demokratische Prozeß verbessert, verfeinert und für die BürgerInnen interessanter gestaltet

werden könne. Er, als Politiker, habe überhaupt keine Angst vor mehr Mitbestimmung, betonte Kneifel, vielmehr könnte das Risiko einer schlechten Entscheidung verringert werden. Josef Taucher (S/W) setzte sich dafür ein, vor allem der jungen Generation die Werte und Prinzipien der Demokratie noch besser zu vermitteln. Außerdem müsse man gewährleisten, daß sich wirklich alle Schichten am politischen Prozeß und der Weiterentwicklung der Gesellschaft beteiligen können.

Hermann Brückl (F/O) war fest davon überzeugt, daß ein weiterer Ausbau an direkter Demokratie nur mit einem Mehr an Föderalismus zu verwirklichen sei. Er hält das Schweizer Modell für einen guten Lösungsansatz, weil damit die Verantwortung dort hingebraucht werde, wo die Menschen zu Hause

sind. Bundesrätin Elisabeth Kerschbaum (A/N) hielt es für entscheidend, daß die BürgerInnen im Vorfeld umfassend informiert werden und eine echte Mitsprache erhalten, da sie sonst kaum zu einer höheren Beteiligung an den diversen direktdemokratischen Instrumenten motiviert werden könnten. Nationalratsabgeordneter Christoph Hagen (T) berichtete über seine persönlichen politischen Erfahrungen auf kommunaler Ebene in Vorarlberg und war der Auffassung, daß man mit direkter Demokratie sehr viel bewirken könne. Nachdenken sollte man auch über eine Abschaffung des Bundesrats und darüber, diesen durch die Landeshauptleuterkonferenz zu ersetzen, die mit einem absoluten Vetorecht in verschiedenen Bereichen ausgestattet werden könnte.

hof/sue/keg

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Nationalfonds schreibt neue Österreich-Ausstellung in Auschwitz aus

Die Neugestaltung der 1978 eröffneten Österreich-Ausstellung im Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau wird im Mai 2013 europaweit ausgeschrieben. Der damit betraute Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus sucht in Zusammenarbeit mit dem Bundeskanzleramt im ersten Schritt eine/n KuratorIn und eine/n wissenschaftliche/n LeiterIn für die inhaltliche Konzeption der neuen Ausstellung. Die gestalterischen Arbeiten werden in einem späteren Schritt ausgeschrieben.

In der neuen Österreich-Ausstellung soll im Sinne einer zeitgemäßen Gedenkkultur das Schicksal österreichischer Opfer in Auschwitz, der Widerstand österreichischer Häftlinge, aber auch die Involvierung von ÖsterreicherInnen als TäterInnen und HelferInnen an den dort begangenen Verbrechen thematisiert werden.

Der/die KuratorIn wird die Gesamtleitung der Realisierung innehaben und die Grundidee der neuen Ausstellung bestimmen. Der/die wissenschaftliche LeiterIn ist für die Sicherstellung der Qualität und historischen Fundiertheit der Ausstellung verantwortlich. Die Wahl des besten eingereichten Entwurfs wird durch eine fachkundige Bewertungskommission erfolgen.

Der Beginn der Ausschreibung ist für Mitte Mai 2013 vorgesehen. Die Ausschreibungsunterlagen mit den detaillierten Teilnahmeerfordernissen werden auf der Website des Bundeskanzleramtes veröffentlicht.



Foto: HBF / Stefanik

Im Block 17 des Stammlagers befindet sich die Österreichische Ausstellung.

„Das Projekt ist von großer gesellschaftspolitischer Bedeutung“, sagt die Generalsekretärin des Nationalfonds, Hannah Lessing. „Es freut mich, daß Österreichs Bekenntnis zu seiner Verantwortung und der erkennbare Perspektivenwechsel auf die österreichische NS-Vergangenheit nun in der internationalen Holocaust-Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau ihren Ausdruck finden werden“, so Lessing weiter.

Im März 1978 wurde unter maßgeblicher Beteiligung von Auschwitz-Überlebenden die österreichische Länderausstellung eröffnet. Seither wurde die Ausstellung jedoch nicht verändert und wird aufgrund der Ausblendung der Frage der Mittäterschaft und

hinsichtlich des Wandels in der europäischen Gedenkstättenlandschaft als nicht mehr zeitgemäß angesehen.

Der Nationalfonds wurde 2009 von der Bundesregierung mit der Koordinierung der Neugestaltung betraut. Ein wissenschaftlicher und ein gesellschaftlicher Beirat wurden eingerichtet, um den Neugestaltungsprozeß zu begleiten.

Im Jahr 2014 wird das Gebäude, in dem sich die Ausstellung befindet, in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau saniert und für die zukünftige Ausstellung adaptiert – sie soll im Frühjahr 2015 eröffnet werden.

■ <http://www.nationalfonds.org>

»Wien 2025 – meine Zukunft«

Breit angelegter Diskussions-, Informations- und Beteiligungsprozeß gestartet – Vassilakou: Kluge Zukunftsstrategien gemeinsam mit WienerInnen erarbeiten

Die Stadt Wien startete mit 10. April den breit angelegten Diskussions-, Informations- und Beteiligungsprozeß „Wien 2025 – meine Zukunft“. Im Rahmen dessen sollen die WienerInnen zu Wort kommen und ihre Meinung zur Zukunft ihrer Stadt und ihres Wohnviertels abgeben. Ziel von Wien 2025 ist, in zahlreichen Formaten eine breite öffentliche Diskussion über die künftige Entwicklung Wiens zur Zwei-Millionen-Metropole zu führen und Themen aus dem Diskussionsprozeß in die Erstellung des Stadtentwicklungsplans einfließen zu lassen.

„Wir starten einen breit angelegten und in dieser Form neuen Prozeß, bei dem wir viele Hebel in Bewegung setzen. Dabei wollen wir von den Wienerinnen und Wienern wissen, welche Vision sie von der Zukunft ihrer Stadt haben. Es ist wichtig zu erfahren, wie sie die Entwicklung ihrer Stadt in den nächsten 10 bis 15 Jahren sehen. Unsere Aufgabe ist, die Meinung der Bevölkerung mit dem abzugleichen, was ExpertInnen, Politik und Verwaltung als sinnvolle Entwicklung ansehen“, so Wiens Vizebürgermeisterin und Planungsstadträtin Maria Vassilakou.

Chancen durch Wachstum

Wien ist die am schnellsten wachsende Stadt im deutschsprachigen Raum, alleine im Jahr 2012 ist die Bevölkerung um rund 25.000 EinwohnerInnen gewachsen. „Diese Entwicklung eröffnet uns viele Chancen. Aber wir haben auch mit einer Reihe von Herausforderungen bestmöglich umzugehen. Dabei geht es vor allem um die Schaffung von leistbarem Wohnraum, die Errichtung von neuen Stadtteilen mit Qualität und Identität, Schaffung von Arbeitsplätzen, Strategien für Klimaschutz und vieles mehr. Dafür brauchen wir kluge Zukunftsstrategien, die wir nur gemeinsam mit den Wienerinnen und Wienern erarbeiten können“, betont Vassilakou.

Website und soziale Medien

Informationen sowie die Möglichkeit zu Diskussionen und zu Partizipation bietet die neue Website <http://www.wien2025.at> – die BesucherInnen erhalten Infos zu lokalen und regionalen Strategien, zu Thesen der Stadtentwicklung aber auch zu nationalen und

internationalen Beispielen und können ähnlich der Beteiligung zum Schwedenplatz ihre Meinung abgeben und nach Priorität gewichten. Für Diskussionen steht in erster Linie die Facebook-Seite zur Verfügung – in Kombination mit YouTube, Flickr und Twitter. Hochgeladen werden können Beiträge, Videos und Fotos zum Thema.

future.labs: experimentell und innovativ mit Zukunft befassen

In future.labs werden von unterschiedlichen Interessensgruppen eigenständig Arbeitsveranstaltungen zu Wien 2025 realisiert. Sie geben Spielraum für ungewohnte Herangehensweisen, Perspektiven und Positionen und machen damit neugierig auf Unerwartetes und Überraschendes. Innerhalb der future.labs werden Inhalte und Positionen zur Wiener Stadtentwicklung erarbeitet. Gestaltung, Umsetzung und thematische Fokussierung der future.labs liegen in der Verantwortung der jeweiligen Träger. Die Stadt Wien unterstützt bei der Durchführung der Veranstaltungen. Umgesetzt werden future.labs beispielsweise von der Technischen Universität Wien, dem AZW, der Lokalen Agenda 21, Siemens oder der Architekten- und Ingenieurskammer.

Diskussion »Wien wohin?«: Reality Check für Politik und Verwaltung

In drei öffentlichen Veranstaltungen „Wien wohin? Stadt entwickeln“ werden Strategien der Wiener Stadtentwicklung dem Reality Check einer interessierten Öffentlichkeit unterzogen. Es werden Ziele für die Entwicklung Wiens diskutiert und dem kritischen Urteil der mitwirkenden WienerInnen und Fachleuten unterzogen. Das Publikum hat die Möglichkeit, die vorgebrachten Argumente und Thesen zu kommentieren und mittels Voting im Zuge der Debatte zu bewerten. Die Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung erhalten dadurch eine Rückmeldung auf ihre Arbeit und handfeste Hinweise auf alternative Konzepte oder Strategien. Die erste Veranstaltung zum Thema Wachstum findet am 22. Mai im Wiener Odeon statt. Teilnehmen können bis zu 400 WienerInnen. Programm und Anmeldemöglichkeit finden Sie auf der Wien 2025-Website.

BürgerInnenrat und Ausstellung

Als Beitrag zum Wien 2025 Prozeß organisiert der Verein Lokale Agenda 21 den ersten wienweiten BürgerInnenrat. Darin werden 12 zufällig ausgewählte WienerInnen vertreten sein. Ohne Fachkenntnisse haben zu müssen, können sie ihre Meinung einbringen. In der Gruppe wird intensiv zu Stadtentwicklungsthemen wie Wachstum oder öffentlicher Raum gearbeitet. Die Resultate aus dem BürgerInnenrat werden in die Veranstaltungsreihe „Wien wohin?“ einfließen. Alle Ergebnisse zu Wien 2025 werden von Herbst 2013 bis Frühjahr 2014 in der Wiener Planungswerkstatt ausgestellt.

Zum Stadtentwicklungsplan STEP 2025

Die Stadt Wien arbeitet derzeit am neuen Stadtentwicklungsplan STEP 2025, der nächstes Jahr vom Gemeinderat beschlossen werden soll. Er wird die wesentlichen Entwicklungshorizonte Wiens aufzeigen und gibt den strategischen Rahmen für die Entwicklung der Stadt bis 2025 vor. Der STEP befaßt sich mit der gesamten Stadtregion und hat einen vorwiegend strategisch-leitbildhaften Charakter. So breit wie der Themenkreis ist auch die Gruppe an Interessierten, die in die Erstellung einbezogen wird: VertreterInnen aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Tourismus und viele mehr.

In Wien wird in etwa alle 10 Jahre ein neuer Stadtentwicklungsplan ausgearbeitet. Die aktuelle Fassung stammt aus dem Jahr 2005. Seit 2011 arbeitet die Verwaltung eng vernetzt mit ExpertInnen aus vielen unterschiedlichen Fachbereichen, Politik und den WienerInnen am STEP 2025, der 2014 veröffentlicht wird und Leitlinien für eine erfolgreiche Entwicklung Wiens vorgibt. Vor allem folgende Themen behandelt:

- Siedlungsentwicklung,
- Entwicklung wichtiger Zentrums- und Wirtschaftsstandorte – Mobilität,
- öffentlicher Raum,
- Grün- und Erholungsräume,
- städtische Versorgungssysteme unter besonderer Berücksichtigung neuer Technologien und
- Fragen der effektiven Steuerung räumlicher Prozesse (Governance).

<http://www.wien2025.at>

Neue Kärntner Landesregierung setzt auf Transparenz

Pflegeregreß abgeschafft – Ergebnisse aus Blitzkassasturz bis Ende Mai

Am 2. April wurde Peter Kaiser von Bundespräsident Heinz Fischer offiziell als Landeshauptmann von Kärnten angelobt und verlieh den wartenden Herausforderungen mit den Worten „Der Ernst des Lebens hat schon lange begonnen, jetzt werden wir die Dinge in Kärnten angehen“ Nachdruck. Per Handschlag und Unterschrift wurde die Gelöbnisformel von Kaiser und Fischer im Beisein von Bundeskanzler Werner Faymann und Staatssekretär Josef Ostermayer sowie Kaisers Familie besiegelt.

„Ich bin mir bewußt, daß ein großes Stück Arbeit vor uns liegt, um unsere Heimat Kärnten wieder auf Kurs zu bringen. Doch bin ich zuversichtlich, daß wir gemeinsam mit konsensorientierten Koalitionspartnern in den kommenden Jahren viel Positives für die Kärntnerinnen und Kärntner bewirken werden können“, so der neue Landeshauptmann.

Eine Woche später, am 9. April, fand die erste Regierungssitzung der neuen Kärntner Landesregierung statt. Wie Landeshauptmann Peter Kaiser in der anschließenden gemeinsamen Pressekonferenz der „neuen Kärntner Zukunftscoalition“ berichtete, wurden elf Beschlüsse einstimmig und einer, nämlich die Abschaffung des Pflegeregresses, mehrheitlich gefaßt. Die sechs Regierungsglieder wurden vom Landeshauptmann auf die Bundesverfassung angelobt und es wurden neue Spielregeln für die Regierungssitzungen festgelegt. Wie Kaiser sowie die Landesräte Wolfgang Waldner und Rolf Holub unisono betonten, lege man großen Wert auf Transparenz und eine rechtzeitige Bekanntgabe der Tagesordnung.

Kaiser sprach von einer sehr positiven Atmosphäre bei der ersten Regierungssitzung. „Die Abschaffung des Pflegeregresses macht Kärnten ein Stück menschlicher und sozialer“, betonte er. Nach der Ausarbeitung des entsprechenden Gesetzestextes durch die Sozial- und die Verfassungsabteilung sowie den Beschluß im Landtag solle der Pflegeregreß mit 1. Mai abgeschafft sein. Beschlossen wurden laut dem Landeshauptmann zudem ein Blitzkassasturz sowie eine mittelfristige strukturelle Analyse des Landeshaushaltes. Finanzreferentin LHStv. Gaby



Foto:

Bundespräsident Heinz Fischer (r.) in seinen Amtsräumen in der Hofburg nach der Angelobung des Landeshauptmannes von Kärnten, Peter Kaiser.

Schaunig werde dabei von den Rechnungshöfen, dem Finanzministerium und externen Experten unterstützt. Die Ergebnisse des Blitzkassasturzes sollen spätestens bis Ende Mai vorliegen, man wolle danach rasch ein Budget 2013 aufstellen.

Landesrat Waldner bestätigte, daß es auch für ihn sehr wichtig sei, daß der bisher von der Koalition praktizierte gute Stil des Miteinanders in der Regierungssitzung Eingang gefunden habe. Es sei auch wichtig gewesen, die Spielregeln zu ändern, bezüglich der Dringlichkeit sowie der Protokollerstellung, die jeweils bis oder vor der nächsten Regierungssitzung abgeschlossen sein werde. Die Pressekonferenz sei auch Aus-

druck der Transparenz. Das Thema Pflege werde in Zukunft große Bedeutung erhalten, hier brauche es neue Konzepte, vor allem sei die Pflege zuhause zu forcieren. Insgesamt müsse alles der Zielsetzung „in Würde altern“ zu können, untergeordnet werden. Auch Waldner wies auf den Kassasturz hin, der notwendig sei als Basis für das neue Budget und mögliche Neustrukturierungen. Es brauche sinnvolle Sparmaßnahmen, ebenso aber auch Investitionen.

Für ihn sei ein besonderer Tag gewesen, sagte Landesrat Holub. Er unterstrich ebenfalls die Sinnhaftigkeit der Abschaffung des Pflegeregresses und bezeichnete diesen als sozialpolitische Schande. Das Thema Pflege werde eine immer wichtigere Rolle einnehmen, wegen der Langlebigkeit der Menschen und der damit verbundenen steigenden Kosten. Auch das Modell einer Pflegeversicherung sei anzudenken, so Holub. Zum bevorstehenden Blitzkassasturz meinte er, daß das Budget gleichsam jeder verstehen sollte. Waldner und Holub dankten ihren Regierungskollegen für die Offenheit und den vertrauensvollen Umgang miteinander.

Im Sinne der Transparenz werden auch alle Beschlüsse aus den Regierungssitzungen den Medien über die Landeshomepage zugänglich gemacht. ■



Foto: Büro LH Kaiser

LR Wolfgang Waldner, LH Peter Kaiser und LR Rolf Holub in ihrer ersten gemeinsamen Pressekonferenz nach Regierungssitzung

NÖ Landtag konstituiert

Arbeitsübereinkommen zwischen ÖVP und SPÖ in Niederösterreich als Basis für neue Landesregierung – Regierungserklärung von Landeshauptmann Erwin Pröll

Ein Arbeitsübereinkommen für die nächsten fünf Jahre haben Landeshauptmann Erwin Pröll (ÖVP) und St. Pöltens Bürgermeister Matthias Stadler (SPÖ) nach mehrstündigen Verhandlungen vereinbart. Damit besiegelten Pröll und Stadler am 10. April nach eigenen Worten eine „neue Qualität der Zusammenarbeit für NÖ in den nächsten fünf Jahren“ und bildeten damit die Basis für die neue Landesregierung.

Grundlage dieser Zusammenarbeit ist eine vereinbarte Leitlinie, nach der Niederösterreich in verschiedenen Bereichen seinen Spitzenplatz in Österreich und Europa behaupten soll. Wesentliche Felder dabei sind Bildung, Familien, Soziales, Gesundheit, Forschung und Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft und Arbeit, Landwirtschaft, Umwelt und Energie, Wohnen, Verwaltung und Bürgerbeteiligung.

Ein wesentlicher Punkt der Vereinbarung war die gemeinsame Vorgangsweise in der Frage des Budgets, der Finanzwirtschaft und der Veranlagung. Das mit dem Bund vereinbarte Spekulationsverbot sollte noch in der ersten Arbeitssitzung des Landtages beschlossen werden, die Umsetzung im Rahmen eines eigenen Landesgesetzes soll bis Herbst 2013 erfolgen.

Neben den Kompetenzvereinbarungen erhielt die SPÖ Niederösterreich ein völlig neuartiges und wesentliches Zugeständnis: Es werden Strukturkommissionen eingerichtet, die die folgenden Themenbereiche umfassen werden:

- Landeskliniken
- Gemeindekooperationen
- Bildungswesen
- Regionalinitiativen
- Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung und
- Finanzwirtschaft und Veranlagungen.

Im Rahmen dieser Strukturkommissionen sollen jenseits der Kompetenzzuordnungen die jeweiligen Themenbereiche diskutiert und Lösungsansätze erarbeitet werden, auch eine Erweiterung dieser Themenbereiche ist nicht ausgeschlossen.

Die ÖVP verzichtet auf Wunsch der SPÖ Niederösterreich in dieser Legislaturperiode auf eine Abschaffung des Proporz, weil, so Pröll, „wir nicht über den Kopf der zweit-



Foto: NÖ Landespressdienst/Pfeiffer

Präsentierten das Arbeitsübereinkommen zwischen ÖVP und SPÖ (v.l.): Klubobmann Alfredo Rosenmaier, Bürgermeister Matthias Stadler (SPÖ), Landeshauptmann Erwin Pröll und Klubobmann Klaus Schneeberger (ÖVP)

stärksten politischen Kraft im Land hinweg derartig tiefgreifende Veränderungen in der Verfassung vornehmen wollen.“

Pröll und Stadler abschließend: „Mit diesem vereinbarten Kompetenz- und Maßnahmenpaket signalisieren wir der niederösterreichischen Bevölkerung den Willen zu einer konstruktiven Zusammenarbeit in Niederösterreich für die nächsten fünf Jahre.“

Die Konstituierende Sitzung

Der Landtag von Niederösterreich trat dann am 24. April zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Hans Penz (ÖVP) wurde mit 56 von 56 abgegebenen Stimmen zum Landtagspräsidenten gewählt. Er bedankte sich beim NÖ Landtag für die Wahl und sagte: „Jede Stimme, die ich bekommen habe, bestärkt mich in meinem Bemühen, die Pflichten und die Verantwortung, die das Amt des Landtagspräsidenten mit sich bringt, gewissenhaft zu erfüllen.“ Mit diesem Tag beginnt eine neue Ära im NÖ Landtag, weil ihm erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik fünf Fraktionen angehören. Bei aller Verschiedenheit sei eines gemeinsam: „Wir sind frei gewählte Abgeordnete für die nächsten fünf Jahre, die den Bürgern in Niederösterreich verpflichtet sind.“ Die NiederösterreicherInnen hätten am 3. März klar entschieden, und die Arbeit für die 18. Gesetz-

gebungsperiode könne nun beginnen. Österreich stehe heute vor enormen Herausforderungen im Bund genauso wie in den Ländern und in den Gemeinden. Die Arbeit im NÖ Landtag solle von den Tugenden Respekt, Vertrauen und Verantwortung getragen werden. Überdies habe der Landtag die Meinungen der BürgerInnen bei Entscheidungen gebührend zu berücksichtigen. Wichtig sei auch, Anwalt der Bürger zu sein, und dabei auch das übergeordnete Ganze im Auge zu behalten und Zuversicht, Mut und Optimismus zu verbreiten, so Penz abschließend.

Bei der darauffolgenden Wahl wurde mit 56 gültigen Stimmen Johann Heuras (ÖVP) zum Zweiten Landtagspräsidenten gewählt. Franz Gartner (SPÖ) wurde mit 55 gültigen Stimmen zum Dritten Landtagspräsidenten gewählt. Anschließend wurde Erwin Pröll mit 51 Stimmen zum Landeshauptmann gewählt und von Präsidenten Penz angelobt.

Weiters stand die Wahl der Mitglieder der Landesregierung auf der Tagesordnung: LH-Stv. Wolfgang Sobotka (ÖVP), LH-Stv. Karin Renner (SPÖ), LRin Petra Bohuslav (ÖVP), LR Stephan Pernkopf (ÖVP), LRin Barbara Schwarz (ÖVP), LR Karl Wilfing (ÖVP), LRin Maurice Androsch (SPÖ), LRin Elisabeth Kaufmann-Bruckberger (Team Stronach). Deren Angelobung erfolgte durch Landeshauptmann Erwin Pröll.

Innenpolitik

Foto: NÖ Landespressdienst/Pfeiffer



Landeshauptmann Erwin Pröll (l.) wurde von Landtagspräsident Hans Penz angelobt.

Regierungserklärung

Am Beginn seiner Regierungserklärung sagte Landeshauptmann Erwin Pröll, dies sei bereits seine sechste Regierungserklärung, aber es sei die erste, bei der keiner seiner beiden Amtsvorgänger „mehr unter uns“ sei. Andreas Maurer und Siegfried Ludwig hätten für Niederösterreich wichtige Weichen gestellt und dieses Land gestaltet, geprägt und geformt. Von diesen beiden Persönlichkeiten habe man die Verpflichtung übernommen, das Erbe verantwortungsvoll weiter zu gestalten. In den kommenden fünf Jahren setze man auf eine ehrliche und vernünftige Zusammenarbeit, denn je breiter die Basis sei, umso mehr könne das Land profitieren. Er lade dazu ein, dafür zu arbeiten, daß Niederösterreich seinen Spitzenplatz in Österreich und in Europa beibehalten könne. Das Bundesland Niederösterreich habe in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine großartige Entwicklung genommen. Im ersten Jahrzehnt sei es gelungen, neue Strukturen zu entwickeln, etwa durch die eigene Landeshauptstadt und durch die neue Infrastruktur. Im zweiten Jahrzehnt sei es gelungen, Niederösterreich eine gute Position auf internationaler Ebene zu sichern, etwa durch die Internationalisierung der Wirtschaft und durch Initiativen in Kultur und Wissenschaft.

Im nächsten Jahrzehnt sei man mit neuen Arbeitswelten und neuen Lebenswelten konfrontiert. Niederösterreich müsse daher „innovativer, schneller und sozialer sein als andere“. In den kommenden fünf Jahren müsse man „vorausschauen, wo es um die Chancen des Landes geht, und hinschauen, wo es um die Sorgen und Nöte der Menschen geht“. Niederösterreich müsse Heimat der Talente sein, um Heimat der Patente werden zu können. In den nächsten zehn Jahren habe man

dabei das Ziel, die Zahl der Wissenschaftler in Niederösterreich von 7000 auf 14.000 zu verdoppeln.

Wer Freiraum für die Kultur biete, der schaffe Spielraum für das Land, betonte er weiters. Denn Kultur bringe Kreativität in die Gesellschaft, Offenheit im Zusammenleben und Unverwechselbarkeit in Europa. Wer die Kultur stärke, der stärke auch den Tourismus, und wo der Tourismus laufe, dort laufe auch die Wirtschaft, so Pröll.

Die anderen in Europa mögen größer sein, Niederösterreich müsse und könne besser sein, meinte der Landeshauptmann und nannte dafür die schlanke Verwaltung, die bessere Unterstützung für Betriebe und die ausgezeichnete Infrastruktur auf Straße und Schiene als Beispiele.

Für die Familien wolle man „Partner sein, aber nicht Vormund“. Niederösterreich habe die höchste Frauenerwerbsquote, weil es eine tatsächliche Wahlfreiheit bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gebe. Das gebe es nur durch die Vielfalt an Kinderbetreuungseinrichtungen. Gut sei das, was von den Menschen gebraucht werde und nicht das, was vom Staat diktiert werde. Man setze auch auf den Zusammenhalt zwischen den Generationen, darum habe man den Pflegeregreß für Kinder und Partner abgeschafft und das werde auch in Zukunft so bleiben.

In den kommenden fünf Jahren brauche es wieder handfeste Arbeit, ehrliches Bemühen, Respekt vor den anderen und Liebe zur Heimat, so der Landeshauptmann.

Klubobfrau Madeleine Petrovic

von den Grünen bezog sich auf die Themen öffentlicher Verkehr und öffentliche Gelder, für die sie im Wahlkampf positive Signale ortete. Die Ordnung im Budget müsse mit

Transparenz verbunden sein. In jeder entwickelten Demokratie seien insbesondere jene, die nicht an der Macht seien, zur Kontrolle berufen. Das Proporzsystem in der Regierung sei nicht mehr zeitgemäß. Eine Demokratiereform sei nicht nur im Sinne der kleineren Parteien.

Klubobmann Gottfried Waldhäusl

von der FPÖ meinte, es sei wichtig, auch weiterhin im Sinne der Bürger kritisch aufzuzeigen, wenn man glaube, der Weg sei der falsche. Im Mittelpunkt werde der niederösterreichische Bürger stehen, das Leben sei für viele von ihnen nicht mehr leistbar. Seine Fraktion wolle Ansprechpartner für die Schwächeren sein.

Klubobmann Walter Laki

vom Team Stronach betonte, man wolle mit Demut dem Wählerauftrag gerecht werden. Man sehe sich als Mahner in einer rauen Umwelt. Was in Griechenland u. a. passiere, betreffe auch Niederösterreich. Oberstes Ziel sei es, die Schulden zu stabilisieren, Verwaltung und Verfassung sowie die Steuern zu reformieren.

Klubobmann Alfredo Rosenmaier

von der SPÖ sprach von einer klaren Entscheidung des Souveräns Bürger. Mitreden heiße mitgestalten, die SP NÖ werde sich mit aller Kraft einbringen. Man sei sich der Herausforderung und Verantwortung bewußt. Wichtig für die Gestaltung des Landes sei eine Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe, getragen von Respekt und gegenseitiger Achtung.

Klubobmann Klaus Schneeberger

von der ÖVP hob die große Freude nach einem „kurzen, harten Wahlkampf“ hervor. Die Gründe für den Erfolg lägen in fünf Jahren harter und zielorientierter Arbeit, einer großen Zufriedenheit mit der Landesverwaltung, großem Vertrauen in die handelnden Personen, einem hohen Maß an Bürgernähe, einer guten Zusammenarbeit mit den Gemeinden, einem fortschrittlichen Wahlrecht u. a.

Man müsse den erfolgreichen Weg des Landes weitergehen, etwa in der Sozialpolitik, der Gesundheitspolitik oder auch der Wirtschaftspolitik. Das Arbeitsübereinkommen mit der SP sehe er als gute Grundlage, die neue Periode optimistisch zu beginnen. Er sehe in der neuen Form der Zusammenarbeit die beste Voraussetzung, den Spitzenplatz Niederösterreichs in Europa zu halten und auszubauen. ■

Verdrängte Jahre

Die Bahn und Nationalsozialismus in Österreich 1938-1945 in Linz
ÖBB-Ausstellung von 30. April bis 7. Juni 2013 im Wissensturm

Obwohl die Bahn in der Zeit des Nationalsozialismus eine zentrale Rolle spielte, blieb sie in der Geschichtsschreibung der Österreichischen Bundesbahnen bisher so gut wie unerforscht und ausgeblendet. Die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) wurden 1938 nach dem „Anschluß“ Österreichs an Hitler-Deutschland sofort in die Deutsche Reichsbahn integriert. Ohne Bahn als Transportmittel wären die Kriegslogistik der deutschen Wehrmacht und die Massentransporte in die Vernichtungslager nicht machbar gewesen.

Züge in den Tod

Ohne die logistische Kapazität der Bahn wäre der systematische Mord an den europäischen Jüdinnen und Juden, an Roma und Sinti, die Deportation von Sloweninnen und Slowenen, von Homosexuellen, Zeuginnen und Zeugen Jehovas und politisch Andersdenkenden nicht möglich gewesen. Drei Millionen Menschen aus fast ganz Europa wurden im Zweiten Weltkrieg mit Zügen in die Vernichtungslager des NS-Regimes transportiert. Die Deutsche Reichsbahn war durch die Deportation zahlloser Menschen unmittelbar am Holocaust beteiligt und mit ihr auch die ehemals österreichischen Bahnbediensteten, die während der Zeit – nach dem „Anschluß“ Österreichs an Hitler-Deutschland und dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Mai 1945 – Bedienstete der Deutschen Reichsbahn waren. Hunderttausende ÖsterreicherInnen, darunter die gesamte jüdische Bevölkerung, wurden gezwungen, ihre Heimat zu verlassen oder in Konzentrations- und Vernichtungslager geschickt. Die Transporte erfolgten mit der Bahn.

Eisenbahner im Widerstand

Die nationalsozialistischen Machthaber versuchten von März 1938 an die Bahnbediensteten an ihr Regime zu binden. EisenbahnerInnen hatten strengere Regeln als Berufsbeamte zu befolgen, mußten „jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat eintreten“ und sie wurden flächendeckend einer politischen Untersuchung und Überwachung unterzogen. Dennoch waren sie maßgeblich am Widerstand gegen den Nationalsozialismus beteiligt. So berichtet



Foto: Gedenkstätte Yad Vashem, Jerusalem

o.: Ankunft in Auschwitz; u.: Hermann Göring besucht die Hermann Göring Werke



Foto: Lentia-Verlag, Linz

das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) 1941 über den Widerstand bei der Bahn, daß im Vergleich zum „Altreich ... die Ostmark seit Ausbruch des Krieges 1939 in sabotagepolizeilicher Hinsicht eine größere Rolle spielte, da hier die fremdländischen Nachrichtendienste und die inländischen Gegnergruppen es bereits früher verstanden hatten, Sabotageorganisationen aufzubauen, ...“ 154 Bahnbedienstete wurden wegen ihres Widerstandes zum Tode verurteilt und hingerichtet, 135 starben in Konzentrationslagern oder Zuchthäusern, 1438 wurden zu KZ- oder Zuchthausstrafen verurteilt.

Die Ausstellung

Im Blickpunkt der Thementausstellung Verdrängte Jahre. Bahn und Nationalsozialismus in Österreich stehen

○ Der „Anschluß“: Die Österreichischen

Bundesbahnen bis 1938 und ihre Eingliederung in die Deutsche Reichsbahn

- Die Bahnbediensteten: Das Beamtenrecht und der Berufsalltag im Nationalsozialismus
- Emigration und Kindertransporte: Transporte im Auftrag des NS-Regimes
- Die Sondertransporte: Die Sonderzüge in die Vernichtungslager
- Der Widerstand: Österreichs EisenbahnerInnen im Widerstand
- Die Zwangsarbeit: Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter bei der Deutschen Reichsbahn
- Das geraubte Vermögen: Beteiligung der Deutschen Reichsbahn an der „Arisierung jüdischen Vermögens“
- Die Restitution: Nach dem Krieg und der Umgang mit der Vergangenheit.

<http://konzern.oebb.at/de/verdraengtejahre/virtuelltour/index.html>

Staatsbesuch aus Luxemburg

Der Großherzog und die Großherzogin von Luxemburg waren von 15. bis 17. April zu einem Staatsbesuch nach Österreich gekommen.

Henri von Nassau, Großherzog von Luxemburg, und die Großherzogin Maria Teresa Mestre weilten von 15. bis 17. April zu einem Staatsbesuch in Österreich. Beim Eintreffen im Inneren Burghof wurden die beiden durch Bundespräsident Heinz Fischer und dessen Frau Margit mit militärischen Ehren empfangen. Danach zogen sich die beiden Staatsoberhäupter ins Arbeitszimmer des Bundespräsidenten zu Gesprächen zurück.

Am darauffolgenden Nachmittag trugen sich Großherzog und Großherzogin in das Goldene Buch der Stadt Wien ein. Bürgermeister Michael Häupl präsentierte die Stadt Wien als Stätte der Begegnung und des Dialogs. Luxemburg und Österreich seien nicht nur durch die deutsche Sprache miteinander verbunden. Als Mitgliedsländer der EU seien sie sich der Bedeutung auch der kleinen Staaten in der Völkergemeinschaft sehr wohl bewußt. Häupl erwähnte auch, daß es an der Universität Wien zahlreiche StudentInnen aus Luxemburg gebe.

Der Großherzog lobte die hohe Lebensqualität und das große kulturelle Angebot der Stadt Wien und würdigte Wien als Bildungsmetropole, die wie bereits erwähnt, als Universitätsstadt von StudentInnen aus Luxemburg sehr geschätzt würde. Er freue sich, daß auch der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen geplant sei.

Nationalratspräsidentin Prammer im Gespräch mit Großherzog Henri

Am Vormittag des 16. April traf der Großherzog zu einem Gedankenaustausch mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer im Parlament zusammen. An dem Gespräch nahmen auch die Abgeordneten des Nationalrats Renate Csörgits (SPÖ), Werner Amon (ÖVP), Dagmar Belakowitsch-Jenewein (FPÖ), Herbert Scheibner (BZÖ) und Robert Lugar (Team Stronach) teil. Der Delegation aus Luxemburg gehörte auch Außenminister Jean Asselborn an.

Prammer betonte in ihrer Begrüßung der Gäste aus Luxemburg die traditionell guten Beziehungen der beiden Länder. Es gebe eine Reihe von Themen, in denen ein gemeinsames Vorgehen wünschenswert sei, etwa in der Frage der Gentechnik, der Stär-



Foto: Christian Jobst/PID

Nachdem sich das Großherzogspaar von Luxemburg ins Goldene Buch der Stadt Wien eingetragen hatte, überreichte Bürgermeister Michael Häupl (l.) Großherzogin Maria Teresa ein Tuch mit Wien-Motiv. Rechts im Bild: der Großherzog.



Foto: Parlamentsdirektion/HBE/Carina

Großherzogin und Großherzog und Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (v.l.)

kung der interparlamentarischen Zusammenarbeit und nicht zuletzt hinsichtlich des derzeit diskutierten automatischen Datenaustausches über Bankkonten.

Großherzog Henri unterstrich die exzellenten Beziehungen zwischen Österreich und Luxemburg. Österreich habe für sein Land eine wichtige Vorbildfunktion, vor allem, was die Diversität seiner Wirtschaft und den Stellenwert der kleinen und mittleren Unternehmen betreffe, die viel zur wirtschaftlichen Stabilität beitragen.

Business-Forum in der Wirtschaftskammer

Am Nachmittag fand in der Wirtschaftskammer Österreich ein Business-Forum mit einer 50köpfigen luxemburgischen Unternehmerdelegation sowie österreichischen Firmenvertretern statt. Eröffnet wurde das Forum mit einem Pressegespräch vor luxemburgischen und österreichischen Medienvertretern vom luxemburgischen Wirtschaftsminister Etienne Schneider, dem österreichischen Wirtschaftsminister Reinhold

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Peter Lechner/HBF



Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl, Großherzogin Maria Teresa, Henri von Nassau, Großherzog von Luxemburg, Bundespräsident Heinz Fischer und Luxemburgs Wirtschaftsminister Etienne Schneider (v.l.)

Mitterlehner, WKÖ-Präsident Christoph Leitl und dem Hauptgeschäftsführer der luxemburgischen Handelskammer, Pierre Gramnega.

In seiner Begrüßungsrede wies Leitl auf die guten wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Staaten hin sowie auf die gemeinsame Linie in vielen wirtschaftlichen Belangen.

Bundespräsident Heinz Fischer betonte, daß derartige Wirtschaftsforen, wie sie von der Wirtschaftskammer Österreich regelmäßig auch im Rahmen von Staatsbesuchen abgehalten werden, positiv zu einer Intensivierung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den jeweiligen Staaten beitragen. Gerade von dem luxemburgisch-österreichischen Wirtschaftsforum erhofft sich der Bundespräsident eine Belebung der wirtschaftlichen Aktivitäten zwischen beiden Ländern, da hier noch viel Platz nach oben bestehe und es auch viele Möglichkeiten auf beiden Seiten gebe.

Großherzog Henri unterstrich ebenfalls die exzellenten Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Österreich habe für sein Land eine wichtige Vorbildfunktion, vor allem, was die Diversität seiner Wirtschaft und den Stellenwert der kleinen und mittleren Unternehmen betreffe, die viel zur wirtschaftlichen Stabilität beitragen. Der Großherzog bedankte sich auch für die gastfreundliche Aufnahme von jährlich rund 800 luxemburgischen Studierenden auf österreichischen Universitäten.

Wirtschaftsminister Schneider wies auf die guten bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten hin, „die aber

noch ausgebaut werden können“. Österreich ist aktuell der zwölftwichtigste Handelspartner Luxemburgs. Das Außenhandelsvolumen zwischen beiden Staaten machte im Vorjahr knapp 400 Mio. Euro aus. Österreich exportierte Waren im Wert von 184 Mio. Euro (+20 % gegenüber 2011) nach Luxemburg, das Importvolumen betrug 211 Mio. Euro (- 4%). Schneider betonte, daß Luxemburg und Österreich nicht nur von den guten wirtschaftlichen Eckdaten her vergleichbar seien, sondern auch auf europäischer Ebene an einem Strang ziehen. Auch in der Debatte um den Datenaustausch im Bankwesen, sei man grundsätzlich einer Meinung. So wolle auch Luxemburg das Bankgeheimnis für Inländer aufrechterhalten.

„Wir arbeiten mit Luxemburg auf bilateraler und auf europäischer Ebene sehr gut zusammen, wollen aber die Handelsbeziehungen beispielsweise bei der Energie- und Umwelttechnologie weiter ausbauen. Schon jetzt sind zahlreiche österreichische Firmen mit thermischer Sanierung in Luxemburg erfolgreich“, sagte Wirtschaftsminister Mitterlehner. „Auch in den Gremien der EU sind wir gut abgestimmt. Wir erzeugen beide keine Atomkraft, arbeiten beim Ausbau der Netze im pentalateralen Forum, beim Aktionsplan zur Stärkung der europäischen Stahlindustrie und bei der Entwicklung einer zukunftsfähigen Automobilbranche zusammen.“ Ähnlich sei die Positionierung auch in der Finanzwirtschaft.

Einig zeigten sich die luxemburgischen und österreichischen Repräsentanten, daß

der Anteil der Industrie am Wirtschaftswachstum in Europa nicht zurückgedrängt werden dürfe. In diesem Zusammenhang solle unter anderem sichergestellt werden, daß CO₂-Zertifikate, die wegen zu niedriger Preise und wegen der Konjunkturfalte aus dem Markt genommen werden, bei einem späteren Anspringen des Konjunkturmotors wieder in den Markt zurückgeführt werden. Darauf angesprochen, betonte WKÖ-Präsident Leitl, daß Umweltpolitik ein ganz wichtiger Aspekt im globalen Kontext sei, es aber nicht in die Richtung gehen dürfe, daß „wir Europäer uns selbst ständig regulieren, wenn der Rest der Welt nicht mitspielt“. Die EU sei derzeit „nur“ mehr für rund 10 Prozent des CO₂-Ausstosses verantwortlich. Leitl: „Die Gefahr ist, daß wir durch unsere Vorreiterrolle auf diesem Gebiet den europäischen Industriestandort schwächen. Wer aber im globalen Wettbewerb mitspielen will, muß neben dem wichtigen Fokus auf Umweltpolitik auch auf Forschung & Entwicklung sowie Industrialisierung setzen und diese forcieren.“

Unis unterzeichneten Abkommen

„Österreich und Luxemburg arbeiten seit vielen Jahren erfolgreich und eng in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung zusammen. Die heutige Unterzeichnung von drei Universitätsabkommen ist ein wichtiger Schritt zur Vertiefung dieser Kooperation“, so Staatssekretär Reinhold Lopatka anlässlich der Unterzeichnung der Universitätsabkommen im Beisein des luxem-

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BMeA / Minoritenplatz 8 / Mahmoud



v.l.: Prof. Frank Leprévost, Vizerektor der Universität Luxemburg, Univ.-Prof. Adalbert Precht, Vizerektor der Technischen Universität Wien, der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn, Univ.-Prof. Roland Psenner, Vizerektor der Universität Innsbruck, Staatssekretär Reinhold Lopatka und Hubert Wurth, der luxemburgische Botschafter in Wien.

burgischen Vizepremierministern und Außenministern Jean Asselborn in Wien.

Die drei Abkommen zwischen der Universität Luxemburg mit der Universität Wien, der Universität Innsbruck und der Technischen Universität Wien betreffen Spitzenbereiche der Grundlagenforschung. Gerade aus diesen Sektoren kommen wichtige Impulse für die Wirtschaft. Bereits im

Vorjahr konnte ein Kooperationsabkommen zwischen den Instituten für Grundlagenforschung, dem Centre National de la Recherche (CNR) und dem Fonds für Wissenschaftliche Forschung (FWF) abgeschlossen werden. Damit wurde die Grundlage für eine Intensivierung der Zusammenarbeit von Forscherinnen und Forschern geschaffen.

„Es freut mich, daß Österreich – insbesondere die Universitäten Wien und Innsbruck – als Studienort bei luxemburgischen Studierenden nach wie vor hoch im Kurs steht. Dieser Austausch trägt wesentlich zum guten Ruf Österreichs als Wissenschaftsstandort bei“, so der Staatssekretär.

„Ich hoffe, daß es uns auch in Österreich gelingt, noch mehr Hochqualifizierte für den

Foto: NÖ Landespressdienst



Hoher Besuch im Stift Melk: Luxemburgs Wirtschaftsminister Etienne Schneider, Prälat em. Abt. Burkhard Ellegast, Landeshauptmann Erwin Pröll, Großherzog Henri von Luxemburg, Großherzogin Maria Teresa, Bundespräsident Heinz Fischer, Margit Fischer, die Gattin von Luxemburgs Außenminister Sylvie Asselborn sowie Pater Adolf (v. l.)

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Land OÖ / Kraml

Sylvie Asselborn, Landeshauptmann Josef Pühringer, Großherzogin Maria Teresa, Großherzog Henri von Luxemburg und Bundespräsident Heinz Fischer (mit Adjutant) und Luxemburgs Wirtschaftsminister Etienne Schneider (v.l.)

Wissenschaftsaustausch mit Luxemburg zu motivieren. Die heute unterzeichneten Abkommen sind dafür eine gute Voraussetzung“, so Lopatka abschließend.

LH Pröll: Eine große Referenz für unser Bundesland

Am 17. April reisten der Großherzog und dessen Gattin weiter und trafen im Stift Melk mit Landeshauptmann Erwin Pröll zusammen. In Begleitung von Bundespräsident Heinz Fischer und Pröll besichtigten die königlichen Hoheiten das Stift und trugen sich auch in das Goldene Buch des Landes Niederösterreich sowie in das Gästebuch des Stiftes Melk ein. Die Führung durch das Stift – u. a. besichtigte man den Marmorsaal, die Stiftskirche und die Bibliothek – wurde durch Prälat em. Abt Burkhard Ellegast vorgenommen.

Pröll bezeichnete den Besuch der königlichen Hoheiten aus Luxemburg als „große Referenz für das Bundesland Niederösterreich“. Gleichzeitig sei ein derartiger „Freundschaftsbesuch auch eine der schönsten und effizientesten Tourismuswerbungen“, so Pröll: „Das kulturelle und vor allem auch das historische Profil Niederösterreichs haben eine starke Werbekraft.“ Mit Luxemburg habe das Bundesland Niederösterreich „in regelmäßigen Abständen sehr intensiven Kontakt“, betonte der Landeshauptmann und verwies dabei besonders auf die Freundschaft mit Premierminister Jean-Claude Juncker, mit dem man sich besonders in europäischen Fragen „sehr gut“ abspreche.



Foto: Martin Hieslmair

Der Großherzog von Luxemburg im FabLab des Ars Electronica Center – mit dem Rücken zur Kamera, Gerfried Stocker (Künstlerischer Leiter Ars Electronica)

Der Großherzog in Oberösterreich

Vorletzte Station des Staatsbesuchs war das ehemalige Konzentrationslager Mauthausen, wo Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer die Gäste begrüßte. Nach der Kranzniederlegung beim Denkmal des Großherzogtums Luxemburg besichtigte die Delegation die Gedenkstätte und den ehemaligen Steinbruch.

Anschließend fuhr der Konvoi nach Linz in die voestalpine Stahlwelt, wo der Großherzog von Generaldirektor Wolfgang Eder und Bürgermeister Franz Dobusch empfan-

gen wurde. Nach dem Mittagessen erfolgte im Gästehaus eine Präsentation des voestalpine-Konzerns.

Den Abschluß bildete ein Besuch des Ars Electronica Centers. Danach verließen Großherzog Henri und seine Delegation vom Flughafen Hörsching aus Österreich, wo sie von LH Pühringer verabschiedet wurden. Mit einem Sonderflugzeug kehrten sie – eskortiert von Maschinen des Bundesheeres bis zur Grenze – nach Luxemburg zurück. ■

Quellen: Hofburg, Bundespressedienst, Rathauskorrespondenz, Parlamentskorrespondenz, NÖ und OÖ Landeskörrespondenz

Außenminister im Libanon und am Golan

Spindelegger will bald Entscheid zu Teilnahme an UNO-Libanon-Mission und bekräftigt bei österreichischen Blauhelmen: Werden gegen Aufhebung des Waffenembargos gegen Syrien auftreten – Zustimmung bei Netanyahu



Foto: BMeIA / Dragan Tatic

Vizekanzler Michael Spindelegger besuchte bei seiner Nahost-Reise die am Golan stationierten österreichischen UNO-Truppen.

Österreich erwägt eine Beteiligung an der UNO-Mission UNIFIL („United Nations Interim Force in Lebanon“) im Libanon, und Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP) hat sich am 18. April im Süden des Landes bei der Truppe aufgehalten, „um prinzipiell zu klären, ob wir dem Einsatz positiv gegenüberstehen“. „Ich fände es richtig, wenn wir das bald entscheiden“, sagte er in einem Telefongespräch mit der APA.

Wie sich dies Österreich für eine Beteiligung an UNIFIL erwarbe, „ist die Situation an und für sich ruhig, und es flammen nicht ständig Kämpfe auf“, wußte Spindelegger zu berichten. „Die Lage im Südlibanon hat sich in den letzten drei Jahren beruhigt“, sagte er nach einem Briefing an Ort und Stelle durch den Kommandanten der Mission, Generalmajor Alberto Asarta Cuevas (Spanien). Positiv äußerte sich der Außenminister auch zum Klima zwischen den Blauhelmen und der regionalen Bevölkerung sowie dem Zusammenwirken der einzelnen, von 30 verschiedenen Staaten gestellten Truppenteile.

Die heute 15.000 Personen starke UNIFIL überwacht seit mehr als 30 Jahren über Frieden und Sicherheit im Süden des Libanon. Die ersten UNIFIL-Einheiten kamen nach einem israelischen Einmarsch von 1978 als Beobachter ins Land.

Nach dem Ende des 34tägigen Libanon-Kriegs der Israelis gegen die schiitische Hisbollah von 2006 wurden die UNO-Blauhelme mit einem neuen Mandat ausgestattet. Danach können sie notfalls Waffengewalt anwenden, um „feindliche Aktivitäten“ zu unterbinden.

Belgien, derzeit mit einem Personal von 256 an UNIFIL beteiligt, will sich aus der Mission zurückziehen. Die UNO hat bei Österreich, das sein militärisches Auslandsengagement auf dem Balkan gerade reduziert, angefragt, sich bei UNIFIL zu engagieren. Spindelegger pochte diesbezüglich lediglich auf eine rasche Entscheidung über ein Ja oder Nein zu einer Beteiligung im Libanon, nicht aber auf ein Ja zu UNIFIL, hieß es aus diplomatischen Kreisen erläuternd.

Spindelegger selbst betonte, daß eine militärische Beurteilung hinsichtlich einer österreichischen UNIFIL-Teilnahme in das Ressort von Verteidigungsminister Gerald Klug (SPÖ) falle.

Bei dem israelischen Beschuß des UNO-Beobachtungspostens in Khiam im Südlibanon waren 2006 mehrere UNO-Beobachter, unter ihnen der österreichische Bundesheer-Major Hans-Peter Lang, ums Leben gekommen.

Seit 1974 sind über 380 österreichische Soldaten bei UNDOF

Bundesheersoldaten sind im Nahen Osten im Rahmen der UNO bereits seit Jahrzehnten präsent: Seit 1974 sind über 380 österreichische Soldaten bei UNDOF („United Nations Disengagement Observer Force“) auf den 1967 von Israel eroberten und 1981 annektierten Golanhöhen vertreten.

Sie überwachen dort eine Waffenstillstandsvereinbarung zwischen Syrien und Israel und eine entsprechende Linie.

Österreich, Europa und die Welt



Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger (l.) traf im Rahmen seiner Nahost-Reise mit dem designierten libanesischen Premierminister Tammam Salam in Beirut zu Gesprächen zusammen.



Fotos: BMeIA / Dragan Tatic

Vizekanzler Michael Spindelegger besucht im Rahmen seiner Nahost-Reise das Flüchtlingslager Delhamieh welches von der Caritas verwaltet wird.

Spindelegger am Golan: »Sorge um Sicherheit unserer Soldaten«

„Wir machen uns Sorgen um die Sicherheit unserer Soldaten und werden alles tun, um sie zu gewährleisten.“ Der Vizekanzler nutzte seinen Besuch bei den österreichischen UNO-Truppen auf den Golanhöhen am 19. April nicht nur dafür, ihnen Lob und Unterstützung zu übermitteln: Um die Sicherheit der Golan-Mission weiter zu gewährleisten, werde sich Österreich „ganz klar“ gegen eine Aufhebung des Waffenembargos für Syrien einsetzen, bekräftigte

Spindelegger neuerlich. Ein Standpunkt, für den er auch vom israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu Zustimmung und Unterstützung erhalten hat. Mit Blick auf Syrien hatte dieser bei einem Gespräch mit Spindelegger erklärt: „Wir haben einige der gefährlichsten Waffen der Welt und wir dürfen nicht erlauben, daß diese in die gefährlichsten Hände der Welt fallen. Hisbollah, Al-Kaida und andere Terrorgruppen bereiten uns große Sorge und auch Ihnen.“ Er wolle mit Österreich zusammenarbeiten, um das zu verhindern, ergänzte Netanyahu.

Spindelegger bekräftigte auch bei seinem Besuch am Golan bereits gemachte Aussagen, wonach eine Weiterführung eines österreichischen Golan-Einsatzes nach einem etwaigen Fall des Waffenembargos für Österreich kaum vorstellbar sei. Spindelegger war am 19. April von Jerusalem in einer dreistündigen Autofahrt über israelisches Gebiet zu der österreichischen Position auf den Golanhöhen gefahren – eine Route, die auch künftig die offizielle Versorgungsstrecke für die Blauhelm-Mission sein soll, nachdem die bisherige Versorgungslinie über Damaskus nicht mehr als sicher bewertet wird.

Im Ministerrat in Wien

berichtete der Außenminister am 23. April über seine Reise und stellte fest, „für all das, was die Soldaten vor Ort leisten, haben wir ihnen unsere Wertschätzung und Unterstützung ausgedrückt. Obwohl es ein gefährlicher Einsatz ist, sind wir Österreicher nicht diejenigen, die sofort abziehen. Wir bleiben so lange es geht.“ Sollte es die Sicherheitssituation vor Ort allerdings nicht mehr zulassen, werde man die Soldaten unverzüglich abziehen. Von Seiten Israels und des Libanon werde das Engagement Österreichs als besonders wertvoll gelobt, berichtete Spindelegger. Vor allem sei es notwendig, das Waffenembargo aufrechtzuerhalten. „Mein Ziel ist es, unsere Partner in der Europäischen Union zu überzeugen, daß es keine gute Idee wäre, Waffen zu liefern. Das würde zu einem noch größeren Rüstungswettlauf in der Region führen.“ ■

Quellen: BMeIA/APA

Europäisches Jahr 2013 »Jahr der BürgerInnen«

Was sind Ihre Rechte als UnionsbürgerIn
innerhalb und außerhalb der Europäischen Union?

Seit Jahresbeginn stehen viele Veranstaltungen und Informationsinitiativen der Europäischen Kommission und EU-Mitgliedsstaaten im Zeichen des „Europäischen Jahres der BürgerInnen“. Im Rahmen des Europäischen Jahres 2013 sollen Vorteile und Nutzen der vor 20 Jahren durch den Vertrag von Maastricht eingeführten Unionsbürgerschaft und die sich daraus ergebenden Rechte thematisiert und mit den BürgerInnen in den Mitgliedsstaaten, Regionen und Gemeinden diskutiert werden.

Ziel ist, die BürgerInnen besser über ihre Rechte als Unionsbürger aufzuklären und auch dazu beizutragen, bestehende Hindernisse für die Ausübung der Unionsbürgerschaftsrechte abzubauen sowie Bewußtsein für EU-Programme, die insbesondere jungen Menschen EU-weit offen stehen, zu schaffen. Eurobarometer-Umfragen bestätigen, daß EU-weit nur knapp die Hälfte der BürgerInnen das Gefühl hat über ihre Unionsbürgerrechte Bescheid zu wissen und 62 Prozent mehr Information darüber wünschen. Auch im Hinblick auf die im Jahr 2014 stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament soll das Europäische Jahr 2013 dazu beitragen, die aktive Beteiligung der BürgerInnen am politischen Entscheidungsprozeß der EU zu fördern.

AuslandsösterreicherInnen mit Wohnsitz in einem EU-Mitgliedsland profitieren als EU-BürgerInnen von den Unionsbürgerrechten, wie beispielsweise dem Wahlrecht bei Kommunal- und Europawahlen im Wohnsitzland und von den Vorteilen der Personenfreizügigkeit. Aber auch in Drittstaaten kommen die UnionsbürgerInnen in den Genuß zusätzlicher Rechte, indem sie konsularischen Schutz durch die Konsulate anderer EU-Mitgliedsstaaten in Anspruch nehmen können.

Damit EU-BürgerInnen ihre Rechte und auch ihre durch die EU ermöglichten individuellen Chancen und Möglichkeiten besser nutzen und damit Hindernisse, die den BürgerInnen die Ausübung ihrer Rechte erschweren, erkannt und beseitigt werden, ist es wichtig, die Informationstätigkeiten zu intensivieren, öffentliche Debatten anzuregen

und konkrete Vorschläge für die Beseitigung bestehender Hindernisse zu erarbeiten.

Im Mai dieses Jahres wird die Europäische Kommission einen neuen Bericht über die Unionsbürgerschaft veröffentlichen, der als Aktionsplan für die Beseitigung solcher Hindernisse dienen soll. Grundlage war eine im Vorjahr von der Europäischen Kommission durchgeführte breite Konsultation der Öffentlichkeit, bei der die BürgerInnen befragt wurden, mit welchen Problemen sie bei der Ausübung ihrer Rechte als Unionsbürger konfrontiert sind.

Was genau ist die Unionsbürgerschaft und welche Rechte leiten sich daraus ab?

BürgerInnen, die Staatsangehörige eines EU-Mitgliedsstaates sind, sind zugleich UnionsbürgerInnen. Die Unionsbürgerschaft ergänzt die nationale Staatsbürgerschaft, ersetzt sie aber nicht. Aus der Unionsbürgerschaft ergeben sich umfassende Rechte und sie bringt EU-BürgerInnen in allen EU-Mitgliedsstaaten Vorteile und Erleichterungen.

Einer der sichtbarsten Vorzüge der Europäischen Union ist das sich aus der Unionsbürgerschaft ergebende Recht auf Freizügigkeit, d.h. das Recht jedes EU-Bürgers, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedsstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten. Es ist auch jenes Recht, das den Unionsbürgern am stärksten am Herzen liegt, was nicht verwunderlich ist, da immer mehr EuropäerInnen das Recht auf freie Mobilität nutzen. So leben ca. 12 Mio. UnionsbürgerInnen in einem anderen EU-Mitgliedsstaat als ihrem Heimatland. Noch größer ist die Zahl derer, die regelmäßig aus geschäftlichen Gründen oder als Touristen in andere Länder der EU reisen.

UnionsbürgerInnen haben auch die Möglichkeit demokratischer Mitwirkung. Alle EU-BürgerInnen können in jenem EU-Mitgliedsland, in dem sie ihren Wohnsitz haben, sowohl an den Wahlen zum Europäischen Parlament als auch an den Kommunalwahlen, grundsätzlich zu denselben Be-

Wussten Sie, daß ...

- ... die UnionsbürgerInnen in dem Mitgliedsstaat, in dem sie ihren Wohnsitz haben, das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunal- und Europawahlen besitzen? Dabei gelten für sie dieselben Bedingungen wie für die Angehörigen des betreffenden Mitgliedsstaates (Einschränkungen durch eine Mindestwohnsitzdauer sind möglich).
- ... im Zeitraum 22. bis 25. Mai 2014 Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) stattfinden werden und Sie mittels Wahlkarte mitwählen können?
- ... es Ihnen als AuslandsösterreicherIn in einem anderen EU-Staat frei steht, bei Wahlen zum EP entweder die Mitglieder des EP Ihres Wohnsitz-Mitgliedsstaates oder die österreichischen Mitglieder des EP zu wählen?
- ... Sie als Unionsbürger auch eine Europäische Bürgerinitiative unterstützen können?
- ... jeder EU-Bürger, der sich in einem Nicht-EU-Mitgliedsstaat befindet, in dem sein Herkunftsmitgliedstaat nicht durch eine Botschaft oder ein Konsulat vertreten ist, das Recht auf Schutz durch die diplomatischen oder konsularischen Vertretungen eines jeden anderen EU-Mitgliedsstaates hat? EU-BürgerInnen können diese Hilfe unter denselben Bedingungen in Anspruch nehmen wie die Staatsangehörigen dieser Länder.

dingungen wie die Angehörigen des betreffenden Mitgliedsstaates, teilzunehmen.

Weitere wichtige Unionsbürgerrechte sind die Möglichkeit der Teilnahme an Europäischen Bürgerinitiativen, die Möglichkeit der Beschwerde beim Europäischen Bürgerbeauftragten und das Petitionsrecht beim Europäischen Parlament.

**Bundesministerium für europäische
und internationale Angelegenheiten**

Österreich, Europa und die Welt

Darüber hinaus können sich jede EU-Bürgerin/jeder EU-Bürger sowie in der EU lebende Personen auf die in der EU-Grundrechtecharta verankerten Rechte stützen, wenn es um die Anwendung von EU-Recht durch die EU-Organen oder dessen Umsetzung durch die nationalen Behörden geht.

Schließlich können UnionsbürgerInnen überall außerhalb der EU, wo es keine Botschaft und kein Konsulat ihres Heimatstaates gibt, den diplomatischen und konsularischen Schutz jedes anderen EU-Mitgliedsstaates in Anspruch nehmen. Dies ist für ÖsterreicherInnen von Bedeutung, die sich in einem Nicht-EU-Mitgliedsstaat befinden, in dem es keine österreichische Botschaft oder kein österreichisches Konsulat gibt. Einen entsprechenden Hinweis darauf findet man auch in allen neu ausgestellten österreichischen Reisepässen.

Welche Informations- und Veranstaltungsschwerpunkte setzt Österreich im Europäischen Jahr der BürgerInnen?

Im Rahmen des heurigen Europäischen Jahres werden die Unionsbürgerschaft und Unionsbürgerrechte österreichweit Thema von Bildungsveranstaltungen, Seminaren, Europatags- und Schulveranstaltungen sowie öffentlichen Diskussionsveranstaltungen sein. Sowohl Bundesministerien als auch Bundesländer, Städte, Gemeinden, Sozialpartner und NGOs beteiligen sich an diesem Europäischen Jahr mit verschiedenen Aktivitäten.

Auch dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten ist der Dialog mit den BürgerInnen und die Förderung der Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene ein Anliegen. Insbesondere die EU-Townhall-Meetings, in deren Rahmen sich Vizekanzler Spindelegger gemein-

sam mit Vertretern der Europäischen Kommission den Fragen der BürgerInnen zu Europäischen Union stellt, als auch die „Darum Europa“-Informationstour, in deren Rahmen Staatssekretär Reinhold Lopatka bis Juli 2013 österreichische Firmen in allen Bundesländern besucht, um direkt mit ArbeitnehmerInnen über die Europäische Union und Österreichs Mitgliedschaft in der EU zu diskutieren bieten Möglichkeiten für Diskussionen über aktuellen Entwicklungen in der Europäischen Union bieten. Auch die Einbindung der regionalen und kommunalen Ebene ist wichtig, wie die 2010 vom Außenministerium und der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich ins Leben gerufene EU-Gemeinderäteinitiative zeigt. Mittlerweile stehen in den Gemeinden rund 500 EU-Gemeinderäte als Ansprechpartner für alle EU-Fragen zur Verfügung.

Wie kann ich mich als AuslandsösterreicherIn über meine Unionsbürgerrechte und das Europäische Jahr der BürgerInnen informieren?

Am 6. Mai 2013 erscheint eine Informationsbroschüre zu den Unionsbürgerrechten, die in Zusammenarbeit zwischen der Vertretung der Europäischen Kommission in Wien, den Europe Direct Regionalbüros und dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten erstellt wurde und die Unionsbürgerrechte praxisnah und anschaulich darstellt.

Eine elektronische Fassung der Informationsbroschüre ist ab 6. Mai auch auf der Website des Außenministeriums online verfügbar: <http://www.aussenministerium.at>

Auch in den Österreichischen Botschaften und Generalkonsulate werden Exemplare der Broschüre aufliegen.

Dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten ist es ein Anliegen, daß im Rahmen dieses Europäischen Jahres der BürgerInnen insbesondere auch die AuslandsösterreicherInnen über ihre Unionsbürgerrechte, die sie in einem anderen EU-Mitgliedsstaat oder in einem Nicht-EU-Mitgliedsstaat genießen, informiert werden. Interessante und für AuslandsösterreicherInnen inner- und außerhalb der Europäischen Union nützliche Informationen werden daher auch Gegenstand der



kommenden Aussendungen sein und können gerne auch allen InteressentInnen zur Verfügung gestellt werden.

Weitere Informationen und Veranstaltungshinweise zum Europäischen Jahr der BürgerInnen können der von der EK betreuten offiziellen Website entnommen werden:

<http://europa.eu/citizens-2013/de/home>

<http://www.auslandsosterreicher.at>

ES GEHT UM EUROPA
ES GEHT UM SIE

Reden Sie mit!



Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013
www.europa.eu/citizens-2013



Sozialer Wohnbau

Wien ist internationales Vorbild und besticht durch hohe Innovation – StR Ludwig informierte in New York über das Wiener Erfolgsmodell und eröffnete im Österreichischen Kulturforum die Ausstellung »The Vienna Model – Housing in the 21st Century City«

Auf besonders starkes Interesse stößt derzeit die Präsentation des Wiener Wohnbaus und der Wiener Wohnbaupolitik in der US-Metropole New York. Im Rahmen eines mehrtägigen Besuches, bei dem der Wiener Wohnbaustadtrat Michael Ludwig in zahlreichen Fachgesprächen mit VertreterInnen der New Yorker Regierung sowie mit StadtplanerInnen, ArchitektInnen und Bauträgern über das Wiener Modell des geförderten Wohnbaus und die aktuellen Wohnbauprogramme informierte, wurde von ihm am 16. April gemeinsam mit Andreas Stadler, dem Direktor des Österreichischen Kulturforums (ACFNY) die neue Ausstellung „The Vienna Model – Housing in the 21st Century City“ im „Big Apple“ eröffnet.

Breiter Überblick

Anhand ausgewählter Projekte, die mit Schautafeln und multimedialen Elementen präsentiert werden, wird den BesucherInnen ein umfangreicher Einblick in den Wiener Wohnbau und insbesondere den sozialen und geförderten Bereich geboten. Der zentrale Schwerpunkt der Schau, die den Bogen von den auch in den USA bekannten Gemeindebauten des „Roten Wien“ bis ins Heute spannt, liegt auf aktuellen Projekten, die zeitgemäße Antworten auf die sich wandelnden gesellschaftlichen und individuellen Bedürfnisse geben. Die Ausstellung, die von den Kuratoren Wolfgang Förster (Leiter der Wiener Wohnbauforschung) und William Menking (Architekturkritiker und Herausgeber der größten US-Architekturzeitschrift „The Architect’s Newspaper“) gemeinsam mit Andreas Stadler entwickelt wurde, ist täglich und bei freiem Eintritt bis inkl. 2. September 2013 im Austrian Cultural Forum (Österreichisches Kulturforum) zu sehen.

60 Prozent leben in gefördertem Wohnbau

„Die Wiener Wohnbaupolitik nimmt seit Jahrzehnten eine internationale Vorrangstellung ein und wird – gerade auch aufgrund der aktuellen weltweiten Entwicklungen in Zeiten von Finanz- und Wirtschaftskrisen – zunehmend zum Vorbild zahlreicher Städte

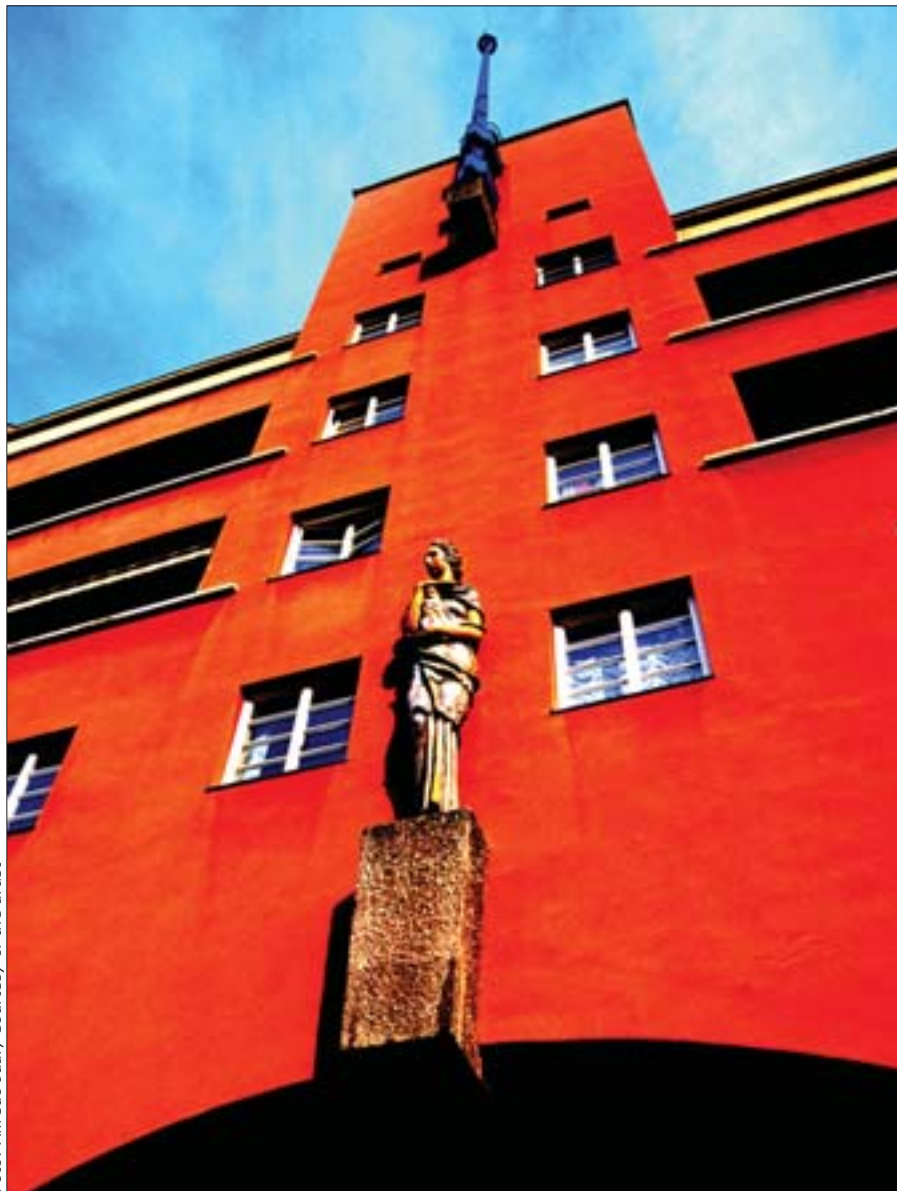


Foto: Alfredo Jaar, Courtesy of the artist

Alfredo Jaar, »Rotes Wien« (2004)

und Metropolen“, zeigte sich Wiens Wohnbaustadtrat vom enormen Interesse erfreut. „Rund 60 Prozent der Wienerinnen und Wiener wohnen heute im geförderten Wohnbau“, betonte Ludwig. Dies trage nicht nur maßgeblich zur ausgesprochen hohen Wohn- und Lebensqualität in der österreichischen Bundeshauptstadt bei, sondern es sei auch ein wesentlicher Grund dafür, daß in Wien trotz der international stark preissteigernden Entwicklungen ein vergleichsweise günsti-

ges Mietzinsniveau am gesamten Wohnungsmarkt herrsche. „Gleichzeitig investieren wir kontinuierlich und gezielt in den geförderten Wohnbau und schaffen so erschwingliche Angebote für alle Wienerinnen und Wiener“, so Ludwig.

Gemeinsam mit seinen New Yorker AmtskollegInnen Kaye Matheny, Deputy Commissioner for Housing, und David Burney, Commissioner of the Department of Design and Construction, ist sich der Wiener Wohn-

Österreich, Europa und die Welt

baustadtrat auch einig, daß „gerade die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise und die Folgen internationaler Immobilienspekulationen die enorme Bedeutung des sozialen Wohnbaus aufzeigen. Mit dem erfolgreichen Wiener Weg beweisen wir auch, daß die Verbindung innovativer Architektur und sozialer Wohnbaupolitik nicht nur kein Widerspruch ist, sondern im Gegenteil ein ganz wichtiges Fundament für eine ausgewogene Stadtentwicklung und ein funktionierendes Miteinander bildet.“

Unterschiede und Gemeinsamkeiten

Im Gespräch der Stadtverantwortlichen wurden auch Unterschiede und Gemeinsamkeiten von New York und Wien thematisiert. Was die Städte verbindet, ist die Tatsache, daß beide Metropolen im Wachstum begriffen sind. Außerdem steigt die Anzahl der Single-Haushalte und sowohl in New York als auch in Wien gibt es einen zunehmenden Trend zu kleineren Wohnungen. Während man in New York auf „Micro-Apartments“ – Wohneinheiten mit max. 35 Quadratmetern – setzt und auch an der Entwicklung der ersten Projekte arbeitet, hat Wien bereits vor mehr als einem Jahr das neue SMART-Wohnbauprogramm gestartet. „Mit den neuen SMART-Wohnungen schaffen wir ein zusätzliches, zeitgemäßes Angebot, das eine wichtige Ergänzung im sozialen Wohnbau darstellt“, so Ludwig. „Durch eine optimale Flächennutzung durch kompakte und durchdachte Grundrisse können wir besonders kostengünstigen Wohnraum anbieten“, erläuterte Ludwig die Vorzüge dieses Modells. Anders als in New York werden die SMART-Wohnungen nicht in eigenständigen Wohnbauten errichtet, sondern in geförderte Projekte integriert. SMART-Wohnungen gibt es zudem auch als Zwei-, Drei-, Vier- und Fünf-Zimmer-Angebote.

Klares Bekenntnis zum sozialen Wohnbau und konsequente Wohnbaupolitik

„Wien bietet ein von Vielfalt geprägtes, bedarfsgerechtes und vor allem leistbares Angebot an Wohnungen. Das ist das Ergebnis unseres jahrzehntelangen klaren Bekenntnisses zu einer sozialen Wohnbaupolitik mit dem konsequenten Einsatz von jährlich hundert Millionen Euro, die wir über die Wohnbauförderung in die Errichtung geförderter Wohnungen und die Sanierung von Altbauten investieren“, erklärte Ludwig im Rahmen der Ausstellungseröffnung.

Matheny und Burney, die auch an den wöchentlichen Galerieführungen teilnehmen



(v.l.) Kaye Matheny (Deputy Commissioner for Housing, NY), David Burney (Commissioner of the Department of Design and Construction, NY), Stadtrat Michael Ludwig und ACFNY-Direktor Andreas Stadler



Fotos: David Plakke Media NYC 2013 / davidplakke.com

(v.l.) William Menking (Architekturkritiker und Herausgeber von »The Architect's Newspaper«), Andrea Holzmann (GF WBV-GPA), Generalkonsul Peter Brezovsky, Stadtrat Michael Ludwig, ACFNY-Direktor Andreas Stadler und Wolfgang Förster (einer der beiden Kuratoren der Ausstellung)

und daran anschließend mit dem Publikum über den Wohnbau in Wien und New York diskutieren wollen, unterstrichen die große internationale Vorbildwirkung der Wiener Wohnbaupolitik. „Seit den 1930er-Jahren ist Wien für seinen außergewöhnlichen Wohnbau bekannt“, erklärte Burney. „Jeder Architekt hier kennt den Karl-Marx-Hof.“ Und so verwundert es auch nicht, daß sich mit den Amalgamated Dwellings in Lower Manhattan – eines der ältesten Sozialwohnbauprojekte in New York, das in den 1930er-Jahren mit Geldern der Gewerkschaft der Textilarbeiter errichtet wurde – ein Wohnbau findet, der von

der Architektur und Gestaltung sehr stark an die Wiener Gemeindebauten der Ersten Republik erinnert. Die Architekten sollen hier, beeindruckt vom Wiener Karl-Marx-Hof, ganz bewußt Anleihe an den großen Wohnbauten des „Roten Wien“ genommen haben. Sie errichteten ein Projekt, das seinen BewohnerInnen erschwinglichen Wohnraum mit viel Licht, Luft und Sonne bietet. Unter FachexpertInnen werden die Amalgamated Dwellings, die wie ihre „Vorbilder“ aus Wien über Gemeinschaftseinrichtungen und einen grünen Hof verfügen, auch Karl-Marx-Hof von New York genannt.

Österreich, Europa und die Welt

ArchitektInnen und StadtplanerInnen sind begeistert

Andreas Stadler, Direktor des Österreichischen Kulturforums und Gastgeber für die Ausstellung „The Vienna Model – Housing in the 21st Century City“, erklärte: „Gerade in einer Stadt wie New York, in der es einen für die USA starken sozialen Wohnbau gibt, stößt diese Ausstellung an der Schnittstelle zwischen hochwertiger Architektur, sozial engagierter Stadtplanung und Kunst im öffentlichen Raum auf enormes Interesse. Aber auch außerhalb von New York sind Architektinnen und Architekten und Stadtplanerinnen und Stadtplaner davon begeistert, daß gutes Wohnen auch für untere und mittlere Einkommensschichten möglich gemacht wird.“

Mit »The Vienna Model – Housing in the 21st Century City« auf US-Tournee

„The Vienna Model – Housing in the 21st Century City“ ist noch mehr als vier Monate, bis inkl. 2. September 2013, nahe der 5th Avenue im Austrian Cultural Forum New York, 11 East 52nd Street, zu besichtigen. Später wird sie in einer Reihe weiterer US-amerikanischer Städte zu sehen sein. Unter anderem sind Präsentationen in Baltimore, Washington, Los Angeles, San Francisco und Chicago geplant. Ab 2015 soll die Ausstellung schließlich – in einer deutschen Fassung – auch in Wien zu sehen sein.

Es wurde eine komplett neue Ausstellung entwickelt: Bereits zuvor sorgte die Schau „Wiener Wohnbau. Innovativ. Sozial. Ökologisch“, die vom Architekturzentrum Wien kuratiert und durch das Wohnbauressort der Stadt Wien beauftragt wurde, für enormes internationales Interesse. „Wiener Wohnbau. Innovativ. Sozial. Ökologisch“ wurde 2009 auf der Architektur-Biennale in Venedig erstmals präsentiert. Seither war die Ausstellung u.a. in München, Berlin, Belgrad, Ankara, Brüssel sowie auch auf der Architektur-Biennale in der chinesischen Metropole Shenzhen zu sehen.

Die Ausstellung umfaßt rund 80 Panels und ein filmisches Essay zur Geschichte des Wiener Wohnbaus.

Thematisch ist die Präsentation in zehn Schwerpunkte gegliedert: Historischer Überblick, sozialer Mix, Planung neuer Stadtteile, Diversität und Integration, Mitbestimmung, Umwelt- und Klimaschutz, Nutzung und Gestaltung von Freiräumen, Verdichtung bestehender Stadtteile, Siedlungsbau am Stadtrand sowie Kunst im Wohnbau. ■

<http://www.acfny.org>

Foto: Wiener Substanzerhaltungsg.m.b.H. / Thomas Maria Laimgruber



Werkbundsiedlung 1932, Architect (pictured project): Gerrit T. Rietveld



Alt Erlaa, Architekten Harry Glück, Requat & Reinthaller & Partner, Kurt Hlaweniczka



Peter Fattinger, Veronika Oros, Michael Rieper »add on« (2005)

Foto: Michael Nagl / Courtesy of the artists

Nachhaltige Landnutzung im Donaauraum

LH Pröll: Verbindung von Wissenschaft, Umsetzungspartnerschaften und Bewußtseinsbildung bringt starke Impulse für die Regionen Europas

Foto: NÖ Agrarbezirksbehörde, Fachabteilung Landentwicklung / Nadja Meister



Bei der 20. Jahrestagung des Arbeitskreises Nachhaltigkeit trafen etwa 180 ExpertInnen aus ganz Europa in Tulln zusammen.

Bei der 20. Jahrestagung des Arbeitskreises Nachhaltigkeit der auf niederösterreichische Initiative gegründeten Arbeitsgemeinschaft der Donauländer trafen etwa 180 ExpertInnen aus ganz Europa in Tulln zusammen. Die von der Europäischen Union geförderten Projekte SONDAR (Soil Strategy Network in the Danube Region) und „SoPro – Soziale Produktion“ arbeiten mit den Nachbarländern Slowakei, Tschechien und Ungarn an konkreten Umsetzungsprojekten und für den Aufbau eines Nachhaltigkeits-Netzwerks im Donaauraum. In Vertretung von Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll eröffnete LAbg. Alfred Riedl die Veranstaltung. Professor Jaroslava Sobocka vom Bodeninstitut (VUPOP) in Bratislava überbrachte Grüße des slowakischen Staatssekretärs Stefan Adam.

Riedl stellte in der Eröffnungsrede fest: „Wir müssen nachhaltig wirtschaften, damit die nächsten Generationen auch noch etwas von den Ressourcen des Planeten haben. Außerdem braucht es einen wertschätzenden

Umgang mit Menschen und ihren Lebensgrundlagen. Unsere Gesellschaft muß ‚enkerltauglich‘ werden und allen die Möglichkeit bieten, sich kreativ und den eigenen Fähigkeiten entsprechend einzubringen!“

Science + Alliance + Awareness: EU Nachhaltigkeitsnetzwerk startet in Tulln

Im Eröffnungsreferat wies Univ. Prof. Walter Wenzel (von der Universität für Bodenkultur Wien und Vertreter des CASEE-Life-Science Netzwerks) auf die „Globalen Herausforderungen für Bodenschutz und nachhaltige Landnutzung“ hin. Gemeinsam mit Partnern der EU-Projekte SONDAR und „SoPro – Soziale Produktion“ wurden aktuelle Projekte des vorsorgenden Bodenschutzes und einer nachhaltigen Entwicklung im Donaauraum beraten. Die an konkreter Umsetzung orientierte, enge Zusammenarbeit von Wissenschaft, Bündnis-Partnerschaften und Bewußtseinsbildung auf Regions- und Kommunalebene ist einzigartig in Europa. In den

vier angebotenen Workshops reichte die Bandbreite vom „Wurmkompost-Trainingskurs“ für Lehrkräfte über „Sozialintegrative Landwirtschaft“ bis zu „Fallstudien über Zusammenhänge des Bodens als Hochwasser-Indikator“ und „Nachhaltigen Strategien der Landnutzung im Donaauraum“.

»Sozialintegrative und Know-How-intensive Landwirtschaft«

Der im Projekt „SoPro HU-AT“ konzipierte Workshop mit „Foundations for Farming“ Bioforschung Austria, Verein Biene und Green Care beschäftigte sich mit Praxisbeispielen, Grundlagen und Kriterien für sozialintegrative Landwirtschaft.

Zur rechten Zeit, mit höchstem Standard, ohne Abfall – mit Freude: Das sind die einfachen Regeln, nach denen Brian Oldrieve aus Zimbabwe und Initiator der „Foundation“ Menschen aus aller Welt in der schon in der Schöpfungsordnung des Bewahrens und Bebauens grundgelegten Kunst von Landwirtschaft und Gartenbau unterweist.

Österreich, Europa und die Welt

Boden und Hochwasser: Ergebnisse aus EU-Projekt »SONDAR SK-AT«

Im Rahmen des Projekts SONDAR SK-AT eröffnete Prof. Eduard Klaghofer von der wpa Beratende Ingenieure GmbH Einblicke in die Funktion des Bodens als Indikator von Hochwasserereignissen. Diese Annahme wurde im Projektgebiet Angern an der March (AT) / Zahorska Ves (SK) überprüft. Aus den Ergebnissen entstand unter anderem ein Handbuch, das über den Gebrauch von Bodenkarten als Prognose- und Sensibilisierungsinstrument informiert.

Maßnahmen gegen Bodenerosion: EU-Projekt »SONDAR CZ-AT«

Am 2. Tag der Veranstaltung standen unter der Leitung von Wilfried Hartl (Bio Forschung Austria) Erfahrungsberichte zu Maßnahmen gegen Bodenerosion in Österreich und Tschechien im Mittelpunkt, ebenso wie gemeinsame Beratung mit den ExpertInnen des CASEE-Netzwerks.

Die Stellungnahme von Anton Reinl (Landwirtschaftskammer Österreich) gegen wuchernden Flächenverbrauch und gegen die Verschwendung von Nahrungsmittel-Ressourcen als „Lebensmittelabfälle“ sprach die im internationalen Kreis erwähnten Schwachstellen und Problemfelder des Bodenschutzes und seiner nachhaltigen Nutzung an.

Otto Kaurzim, Amtsvorstand der NÖ Agrarbezirksbehörde, ernannte gemeinsam mit Bürgermeister Michael Singraber vom Verein Biene 28 Bodenbotschafter aus den Donauländern. Die NÖ Agrarbezirksbehörde betreibt seit Jahrzehnten aktiven Bodenschutz und pflegt jährlich 200 ha Bodenschutzanlagen und 40 ha kommen jährlich dazu.

Florian Ballnus aus Bayern (Koordinator der EU-Donauraumstrategie für den Bereich „Erhalt der biologischen Vielfalt, der Landschaften und der Qualität von Luft und Boden“) betonte die große Bedeutung der gezeigten Praxis-Projekte und der intensiven Vernetzung der Ebenen Science / Alliance / Awareness für die Europäische Donauraumstrategie (EUSDR).

Basis und auch „Erfolgsrezept“ dafür ist die langjährige Zusammenarbeit im Donauraum. Die Arge Donauländer besteht seit 31 Jahren. Niederösterreich führt das ständige Sekretariat und leitet die Arbeitskreise Wissenschaft und Kunst sowie Nachhaltigkeit. Im Rahmen des Arbeitskreises Nachhaltigkeit wird der Themenbereich ländliche Entwicklung von Christian Steiner und die

Themenbereiche Bodenschutz und Soziale Produktion von Erwin Szlezak geleitet.

Aktivitäten des Arbeitskreises Nachhaltigkeit der ARGE Donauländer

Durch verschiedene Maßnahmen der Initiative „unser Boden wir stehen drauf“ sind in NÖ bereits 80.000 Menschen mit dem „Wert des Bodens“ in Berührung gekommen. Knapp 30.000 Kinder und Jugendliche haben sich mit dem „Malen mit Erdfarben“ beschäftigt und tausende Kunstwerke gestaltet. Die Ausstellung „Soilart – Kunst und Engagement für unseren Boden“ wandert durch Europa – Niederösterreich hat die höchste Mitgliederdichte im Europäischen Bodenbündnis (ELSA) – im Rahmen der Projektreihe „SONDAR“ werden bis 2014 im Donauraum etwa 60 neue Mitgliedschaften

im Bodenbündnis gestiftet – Durch das Projekt „Kreislauf im Klassenzimmer“ werden ca. 20 Schulen aus NÖ, SK, HU mit Hochbeeten und Wurmkompost-Kisten ausgestattet – Im Projekt „Soziale Produktion“ ist die gezielte Entwicklung und Vermittlung von Produkten und Dienstleistungen von Sozialbetrieben an Firmen und Öffentliche Einrichtungen angelaufen.

Bis nächstes Jahr sollen in Ostösterreich und Westpannonien 1000 Kontaktberatungen stattfinden und über 100 kreative Produkt- und Dienstleistungslösungen vermittelt werden. ■

<http://www.argedonau.at>

<http://www.sondar.eu>

<http://www.unserboden.at>

<http://www.soilart.eu>

<http://www.sozialproduziert.at>

Spindelegger: EIB-Gelder verstärkt zur regionalen Entwicklung einsetzen



Foto: BMeIA / Dragan Tatic

v.l.: EIB-Präsident Werner Hoyer, Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger und EIB-Vizepräsident Wilhelm Molterer

In einem Gespräch mit den Präsidenten und Vizepräsidenten der Europäischen Investitionsbank (EIB), Werner Hoyer und Wilhelm Molterer, betonte Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger am 26. April die Verantwortung der EIB, das Wachstum in Österreichs Nachbarschaft und im Donauraum anzukurbeln.

„Die Europäische Investitionsbank ist ein langjähriger und verlässlicher Partner der öffentlichen Hand, der Banken und der österreichischen Unternehmen. Heute stellen sich auch für die EIB neue Herausforderungen, besonders in unseren Nachbarländern und dem Donauraum. Hier ist jeder Wachstumsschub willkommen!“, so der Vizekanzler.

Spindelegger betonte, daß KMU-Finanzierungen, neue Unternehmensgründungen, Projekte im Bereich Forschungs- und Innovation und Projekte zur Nutzung von Energieeffizienzpotentialen direkt zu Wachstum und Beschäftigung beitragen können. Dabei sei aber das Angebot der Kommerzbanken in den neuen Mitgliedsländern und den Beitrittskandidaten noch oft lückenhaft.

„Österreich hat im Rahmen der Donauraumstrategie Initiativen gesetzt, wie etwa das Danube Business Forum und den Donaufinanzierungsdialog. Hier kann die EIB auf bereits vorhandene Strukturen aufbauen und direkt KMU erreichen. Auch kleine Projekte, aber mit hohem Gemeinschaftswert, sollen finanziert werden“, so Spindelegger. ■

Brücken zur alten Heimat

Jewish Welcome Service lud 70 jüdische EmigrantInnen und Überlebende aus sechs Nationen nach Wien ein.

Im Rahmen des „Jewish Welcome Service“ sucht die Stadt Wien aktiv Kontakt zu jüdischen EmigrantInnen und Überlebenden des Holocaust. Tausende Vertriebene und ihre Nachkommen wurden in den letzten 30 Jahren auf diesem Weg nach Wien geholt. „Die Stadt Wien versteht diese Einladung nicht nur als Geste der Versöhnung, sondern auch als Bemühung, die Erinnerung wach zu halten an das wohl dunkelste Kapitel der österreichischen Geschichte“, erklärte Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny am 16. April bei einem Empfang für die jüdischen Gäste des „Jewish Welcome Service“ im Wiener Rathaus.

„Wir wollen möglichst vielen Vertriebenen und Überlebenden die Gelegenheit geben, ihre alte Heimat zu besuchen und ihren mitgereisten Kindern die Stadt zu zeigen, in der sie ihre Kindheit und Jugend verbrachten. Wir wollen Brücken bauen – auch zur nächsten Generation – und den jüdischen Gästen zeigen, daß das Wien der Gegenwart so sehr ihr zu Hause ist, wie es das für Hunderttausende ihrer Vorfahren vor dem Nationalsozialismus war“, so Mailath.

„Mit dieser Einladung zeigt die Stadt Wien, wie wichtig ihr die öffentliche Wahrnehmung und die Anerkennung des Leides der Holocaust-Überlebenden und ihrer Familien sind“, so Susanne Trauneck, Generalsekretärin des „Jewish Welcome Service“, der bis 21. April Gastgeber einer Gruppe von JüdInnen war, die in ihrer Jugend aus Österreich vertrieben wurden. Die Gäste – insgesamt 70, darunter auch viele Kinder und Enkelkinder – kamen diesmal aus den USA, Israel, Argentinien, Mexiko, Australien und England. Im Rahmen des Aufenthalts standen auch Besichtigungen jüdischer Einrichtungen, eine Stadtrundfahrt sowie Besuche im Rathaus und im Bundeskanzleramt auf dem Programm. Darüber hinaus hat die jüdische Komponistin Erika Fox im Institut für Wissenschaft und Kunst in der Berggasse über ihre Wiener Wurzeln erzählt („Music from the Roots“ – eine Veranstaltung der Frauen AG der österreichischen Gesellschaft für Exilforschung).

Marion Wolff, sie ist als Achtjährige mit dem „Kindertransport“ nach England dem Nazigreuel entkommen, hat einen Zeitzeu-



Foto: RK / Walter Schaub-Walzer

Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny, Susanne Trauneck (Generalsekretärin des »Jewish Welcome Service«), Barbara Grötschnig (Wiener Städtische Versicherungsverein) und die Komponistin Erika Fox

genvortrag in der Berufsschule Castelligasse gehalten. Die SchülerInnen waren sehr berührt und es war für sie sehr interessant über diese Geschehnisse zu hören. Wolff erzählte von den straßenwaschenden Juden in der Seitenstetengasse, daß Kinder sie mit Steinen beworfen haben und wie es ihr auf ihrer Fahrt ins unbekannte England gegangen ist. Es war sehr emotional.

Auch der Heurigenbesuch war wie immer was Besonderes. Die Gäste haben mitgesungen und auch getanzt. Trotz all dem, was ihnen widerfahren ist, haben sie sich in Wien wohlfühlt und gemeint, sie würden sehen, daß es Veränderungen zum Positiven gebe.

Der Jewish Welcome Service

1980 wurde die Organisation auf Initiative des damaligen Bürgermeisters Leopold Gratz und des Stadtrates Heinz Nittel gemeinsam mit dem 2007 verstorbenen Leon Zelman gegründet. Präsident ist der jeweilige Bürgermeister der Stadt Wien. Weitere Aufgaben neben dem Besuchsprogramm sind die Unterstützung von Gedenk- und Erinnerungsinitiativen sowie Information und Service für jüdische Wien-BesucherInnen. Darüber hinaus organisiert der „Jewish Welcome Service“ auch Einladungen für die jüngere Generation. Finanziert wird dessen Tätigkeit von der Stadt Wien, mit Unterstützung der Republik Österreich.

Seit 2012 unterstützt der Wiener Städtische Versicherungsverein, Hauptaktionär der Vienna Insurance Group, die Arbeit des „Jewish Welcome Service“. Neben der Förderung von kulturellen und sozialen Projekten sieht sich der Wiener Städtische Versicherungsverein als Brückenbauer zwischen Kulturen und Generationen. Das Thema der Vertreibung und Rückkehr findet sich auch in seiner Geschichte. So waren Menschen, die in der Zeit des Nationalsozialismus ihre Heimat Österreich verlassen mußten, maßgeblich am Wiederaufbau und nachhaltigen Erfolg des Unternehmens beteiligt.

Leon Zelman (1928-2007)

ist 1928 in Szczekociny, Polen, geboren. Er war Überlebender der Konzentrationslager Auschwitz und Mauthausen-Ebensee, wo er im Mai 1945 von den Amerikanern befreit wurde. 1946 Ankunft in Wien. Nach Abschluß der Matura Beginn des Studiums der Zeitungswissenschaften an der Universität Wien, das er 1954 mit dem Doktorat abschloß. Während des Studiums war Zelman führender Funktionär der Jüdischen Hochschülerschaft. 1963 übernahm er vom Österreichischen Verkehrsbüro die Leitung des Reisebüros City, um den Israel-Tourismus aufzubauen. ■

<http://www.jewish-welcome.at/de/index-de.html>

Austrian Holocaust Memorial Award verliehen

Holocaust (Pharrajimos)-Überlebender Hugo Höllenreiner wurde im Jüdischen Museum München geehrt

Am Abend des 2. Mai wurde der Zeitzeuge Hugo Höllenreiner, ein in München geborener Sinto, im Jüdischen Museum München mit dem Austrian Holocaust Memorial Award ausgezeichnet. Höllenreiner wurde 1943 in das Zigeunerlager Auschwitz-Birkenau deportiert. Über die Lager Ravensbrück und Mauthausen kam er nach Bergen Belsen, wo er 1945 von britischen Soldaten befreit wurde.

Hugo Höllenreiner wurde vom Verein Österreichischer Auslandsdienst für sein Lebenswerk, das er seit über 20 Jahren dem aktiven Wachhalten der Erinnerung an die Leiden der Sinti und Roma widmet, ausgewählt. „Ich kämpfe dafür, dass sich dieser grauenhafte Teil unserer Geschichte nicht mehr wiederholt und bin über diese Anerkennung mehr als überwältigt“, sagte er nach der Überreichung der Urkunde.

„Es ist wichtig sich das alles ins Gedächtnis zu rufen und auch darüber zu sprechen. Kein Buch oder Film kann ein Zeitzeugengespräch mit Hugo Höllenreiner ersetzen“, betonte Charlotte Knobloch, die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern und ergänzte „sein Leben und Überleben macht ihn zum lebendigen Denkmal“. In ihrer Laudatio hob sie auch hervor, dass „Diskriminierung nicht ein Problem der betroffenen Gruppen ist, sondern der Gesellschaft, die sie ausübt.“ Mit den Worten „unsere Freiheit und Demokratie lebt von Zivilcourage jedes Einzelnen und Hugo Höllenreiner nimmt das besonders ernst. Danke, daß sie nicht aufhören zu schweigen“, beendete sie ihre emotionale Ansprache. Knobloch ist kurzfristig für den Münchner Oberbürgermeister Christian Ude eingesprungen, der sich auf Grund einer unvorhersehbaren Dienstreise für seine Abwesenheit entschuldigen ließ.

Der Initiator des Preises, Andreas Maislinger, würdigte bei seiner Begrüßungsrede dessen große Verdienste für die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus und zitierte Rudolf Sarközi „Roma und Sinti rücken in die Mitte der Gesellschaft und es ist höchste Zeit, daß wir mit dieser Ehrung dazu beitragen.“



Foto: Nikolai Atefie / auslandsdienst.at

Charlotte Knobloch, Hugo Höllenreiner und Andreas Maislinger

Für musikalische Begleitung sorgte der junge österreichisch-rumänische Pianist Adrian Gaspar, selbst Sinto, gemeinsam mit dem Violinisten Florian Willeitner. Unterstützt wurden sie vom Jugendchor der Freien Walldorfschule Karlsruhe. Während des Abends wurde auch ein Filmausschnitt aus der Dokumentation „Dui Roma – Zwei Lebenskünstler“ von Iovanca Gaspar gezeigt. Ein persönliches Highlight für Höllenreiner war die Überreichung einer Zeichnung von seinem engen Freund Adrian Gaspar.

An der Ehrung in dem bis auf den letzten Platz gefüllten Jüdischen Museum nahmen neben den Generalkonsuln von Israel, Kroatien, den Niederlanden, Österreich und Ungarn auch hohe VertreterInnen der Stadt München, Mitglieder des Bundestags, sowie weitere namhafte Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft teil.

Austrian Holocaust Memorial Award

Der 2006 vom Verein Österreichischer Auslandsdienst gestiftete Austrian Holocaust Memorial Award (AHMA) gilt als Symbol gegen Rechtsextremismus und als Zeichen für das Gedenken der Verbrechen des Nationalsozialismus. Alljährlich wird

auf Anregung vom Vereinsvorstand eine Person oder Organisation, die sich durch spezielles Engagement im Bereich der Gedenkarbeit verdient gemacht hat, mit diesem Preis geehrt. „Gerade in einer Situation, wenn manche Stimmen diese Verbrechen historisieren und relativieren wollen, ist es ein wichtiges Signal, daß eine österreichische NGO einen derartigen Preis stiftet“, sagte der Leiter der Kulturpolitischen Sektion des österreichischen Außenministeriums, Botschafter Emil Brix, anlässlich der ersten Preisverleihung 2006.

<http://www.hrb.at/ahma>

Pharrajimos – der Holocaust an Roma und Sinti

Das Romanes-Wort Porajmos (auch Porrajmos, deutsch: „das Verschlingen“) bezeichnet den Völkermord an den europäischen Roma in der Zeit des Nationalsozialismus. Dieser bildet den Höhepunkt einer langen Geschichte von Diskriminierung und Verfolgung. Die Zahl der Opfer ist nicht bekannt. Nach unterschiedlichen Schätzungen ist sie bei einer großen Spannweite jedoch sechsstellig. (Quelle: de.wikipedia.org) ■

<http://www.auslandsdienst.at>

Österreich, Europa und die Welt

Gemeinsame Geschäftsstelle der Europaregion Donau-Moldau

In ihrer Präsidiumssitzung vom 23. April haben die Vertreter der sieben Partnerregionen der Europaregion Donau-Moldau (EDM) unter dem Vorsitz des südböhmischen Kreishauptmanns Jiri Zimola in Budweis die Errichtung einer gemeinsamen Geschäftsstelle beschlossen und damit einen wichtigen Schritt zur trilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Forschung, Bildung und Tourismus gesetzt.

„Die Geschäftsstelle wird ihren Sitz bis 2014 in Linz haben und ist der zentrale Knotenpunkt im Netzwerk der Europaregion Donau-Moldau. Oberösterreich steht damit nicht nur geografisch, sondern auch inhaltlich im Zentrum“, sagte Wirtschafts- und Europa-Landesrat Michael Strugl. Leiterin der Geschäftsstelle wird Romana Sadravetz, die aus einer Ausschreibung in Österreich, Tschechien und Bayern als Erstgereichte hervorgegangen ist.

An der Europaregion Donau-Moldau sind folgende sieben Regionen beteiligt: das Land Oberösterreich, das niederösterreichische Most- und Waldviertel, die tschechischen Kreise Südböhmen, Pilsen und Vysočina, die



Foto: Euregio Bayerischer Wald-Böhmenwald-Unterer Inn

v.l.: LR Michael Strugl, der südböhmische Kreishauptmann Jiri Zimola und der niederösterreichische LABg. Johann Hofbauer

Oberpfalz und Niederbayern mit Altötting. Europa-Landesrat Strugl sieht große Chancen in einer engeren Zusammenarbeit mit den Partnerregionen in Deutschland und Tschechien: „Durch die trilaterale Kooperation können wir uns den Herausforderungen der

Zukunft wie dem demografischen Wandel, der Veränderung des Arbeitsmarktes und dem wachsenden Energiehunger gut vorbereitet stellen. Oberösterreich bringt sich in die Arbeit der Wissensplattformen stark ein.“ ■

<http://www.europaregion-donau-moldau.at>

Innsbruck und Freiburg feiern »Goldene Hochzeit«

Vor 50 Jahren, am 3. Mai 1963, wurde die Städtepartnerschaft zwischen Innsbruck und Freiburg im Breisgau geschlossen. Als Zeichen der dauerhaften Verbundenheit und Freundschaft erneuerten Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer und ihr Amtskollege aus Freiburg, Oberbürgermeister Dieter Salomon, am 19. April die Partnerschaftsurkunde.

Anlässlich des Festaktes fand sich eine Reihe von Gästen im Plenarsaal des Innsbrucker Rathauses ein, darunter Landtagspräsident Herwig van Staa, Alt-Landeshauptmann Alois Partl, der Innsbrucker Alt-Bürgermeister Romuald Niescher, Innsbrucks Vizebürgermeisterin Sonja Pitscheider, der Erste Bürgermeister von Freiburg, Otto Neideck, Freiburgs Oberbürgermeister a.D. Rolf Böhme sowie zahlreiche Stadt- und GemeinderätInnen beider Städte. Musikalisch untermalt wurden die Feierlichkeiten von einer Abordnung der Stadtmusikkapelle Wilten unter der Leitung von Peter Kostner.

„Im Jahre 1963 wurde mit der Unterzeichnung der Partnerschaftsurkunde Geschichte geschrieben, immerhin ist Freiburg Innsbrucks älteste und einzige deutschsprachige Partnerstadt“, eröffnete Bürgermei-



Foto: RMS / Reinisch

Oberbürgermeister Dieter Salomon und Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer

sterin Oppitz-Plörer ihre Festansprache: „Die Partnerschaft unserer beiden Städte ist nach wie vor eine junge, lebendige und dynamische, die wir mit der neuerlichen Unterzeichnung nun auferstehen lassen und vertiefen wollen.“

„Auch wenn wir heute Goldene Hochzeit feiern, sind Freiburg und Innsbruck noch lange kein ‚altes Ehepaar‘“, betonte Freiburgs Oberbürgermeister Salomon die stabi-

le Verbundenheit mit Innsbruck: „Es ist dies eine Partnerschaft der Menschen, Vereine und Organisationen. Wir freuen uns über die dauerhafte, vitale Verbindung und besonders darüber, mit Innsbruck eine Perle inmitten der Alpen als Partnerstadt zu haben.“

Im Anschluß an die feierliche Unterzeichnung fand ein landesüblicher Empfang durch die Tiroler Schützen vor dem Urchhaus am Bergisel statt. ■

Österreich, Europa und die Welt

Eisenstadt: 35 Jahre Städtepartnerschaft mit Bad Kissingen

Am 26. August 1978 wurde der Partnerschaftsvertrag zwischen Bad Kissingen und Eisenstadt im Rathaus der burgenländischen Landeshauptstadt feierlich unterzeichnet. Anlässlich dieses Jubiläums besucht eine Stadtrats-Delegation Eisenstadt und verbringt ein ereignisreiches und interessantes Wochenende in der Partnerstadt.

Angeführt von Oberbürgermeister Kay Blankenburg wurde die 45köpfige Delegation aus Bad Kissingen am Abend des 19. April von Bürgermeister Thomas Steiner herzlich im Rathaus Eisenstadt empfangen, um das 35. Jubiläum der Städtepartnerschaft zu feiern. „Bad Kissingen und Eisenstadt sind mehr als nur Partnerstädte. Seit über drei Jahrzehnten verbindet die beiden Städte eine innige Freundschaft, die weit über die offizielle Kooperation hinausgeht“, betont Steiner beim Partnerschaftsfest. Auch Bürgermeister a.D. Kurt Korbatits, der im August 1978 den Partnerschaftsvertrag seitens der Landeshauptstadt unterschrieben hatte, war gekommen, um das erfolgreiche Zusammenarbeit der beiden Städte zu feiern.

Neben den offiziellen Besuchen von Delegationen haben sich auch zahlreiche persönliche Kontakte entwickelt und Freundschaften gebildet. Ein gutes Beispiel dafür sind die beiden Feuerwehren. Hier gibt es einen regen Austausch und regelmäßige



Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Eisenstadt

Oberbürgermeister Kay Blankenburg und Bürgermeister Thomas Steiner und Delegation aus Bad Kissingen gemeinsam mit Vertretern der Stadtgemeinde Eisenstadt

Treffen. Auch bei Veranstaltungen sind die jeweiligen Partnerstädte gerngesehene Gäste. So besuchen EisenstädterInnen regelmäßig das große Rakoczy-Fest in Bad Kissingen und bei den Wein- und Genußtagen in Eisenstadt gibt es einen eigenen Stand mit Spezialitäten aus der unterfränkischen Kur-Metropole.

Den Gästen aus Bad Kissingen wurde an ihrem Wochenende in der burgenländischen Landeshauptstadt ein ebenso abwechslungsreiches wie umfangreiches Programm geboten. Nach der gemeinsamen Jubiläums-

Feierlichkeit wandelte die Delegation am 20. April bei einer Stadtführung auf den Spuren Joseph Haydns durch die Landeshauptstadt. Nach einem gemeinsamen Mittagessen steht eine Führung durch das renovierte Kultur- und Kongreßzentrum an sowie eine Weingarten- und Kellerwanderung durch St. Georgen. Winzer Hans Moser führt die Bad Kissinger Freunde dabei – unter anderem – zum Fundort der St. Georgener Urrebe. Einen krönenden Abschluß fand der Abend dann in geselliger Runde beim Heurigen. ■

Antworten zur e-card bei Reisen ins Ausland

Die Reisezeit naht und eine der wichtigsten Vorkehrungen, die man treffen sollte, ist die entsprechende Absicherung im Krankheitsfall. Die Rückseite der e-card mit der Bezeichnung „Europäische Krankenversicherungskarte“ (EKVK) ersetzt den Auslandskrankenschein. In welchen Fällen sie ausreichenden Schutz bietet, darüber informiert Georg Mentschl vom Europäischen Verbraucherzentrum Österreich:

Wo gilt die e-card bzw. die EKVK?

Sie gilt auf Urlaubsreisen in EU-Mitgliedsstaaten, EWR-Staaten (daher z.B. auch in Norwegen oder Island) und in der Schweiz. Bei Reisen nach Bosnien-Herzegowina, Kroatien (bis 30. Juni 2013), Mazedonien, Montenegro, Serbien und in die Türkei gibt es Abkommen und man muß sich beim Dienstgeber oder beim Krankenversicherungsträger einen Auslandsbetreuungsschein besorgen, der vor Ort gegen einen gültigen Behandlungsschein eingetauscht werden

kann. Ab 1. Juli 2013 ist Kroatien Vollmitglied der EU und daher gilt ab diesem Zeitpunkt die Versicherungskarte wie in allen anderen EU-Ländern.

Was deckt die EKVK?

Die EKVK ist keine Fullservice-Versicherung. Sie deckt nur medizinisch notwendige Behandlungen ab. Bergkosten oder Rücktransporte vom Urlaubsort in die Heimat sind nicht gedeckt. Die EKVK kann, so wie in Österreich die e-card, für Behandlungen in öffentlichen Spitälern und bei Vertragsärzten der Krankenversicherungsträger genutzt werden.

Wenn die EKVK nicht akzeptiert wird...

Vor allem in den Urlaubsdestinationen am Mittelmeer befinden sich öffentliche Spitäler oft im Landesinneren. Urlauber landen daher häufig bei privaten Ärzten, Hotelärzten oder Kliniken, die keine Vertragspartner sind und die EKVK daher nicht

akzeptieren. In diesem Fall bezahlt man – analog zum Besuch eines Wahlarztes oder eines Privatspitals in Österreich – vorerst selbst und reicht nach der Heimkehr die Rechnung beim Krankenversicherungsträger ein. Berechnet wird auf Basis der österreichischen Tarife. Daher kann es vorkommen, daß die Kosten – je nach Land – nicht vollständig abgedeckt werden. Hier kann zusätzlich eine private Reiseversicherung sinnvoll sein.

Wie sichere ich mich bei Reisen außerhalb des EKVK-Raums ab?

Hier müssen Arzt- und Spitalskosten zunächst ebenfalls selbst bezahlt werden. In Österreich werden die Kosten für eine vergleichbare Behandlung dann ersetzt. Der Ersatz kann auch hier – je nach Reiseland – deutlich unter den tatsächlichen Ausgaben liegen. In diesem Fall ist eine private Auslandsreisekrankenversicherung dringend zu empfehlen. ■

<http://www.europakonsument.at>

M. Linhart übernimmt Amt des Generalsekretärs im BMeiA

Michael Linhart, bisheriger Leiter der Sektion für Entwicklungszusammenarbeit im Außenministerium, wird – einer vorangegangenen öffentlichen Ausschreibung und dem einstimmigen Vorschlag der Besetzungskommission folgend – von Außenminister Michael Spindelegger zum neuen Generalsekretär des Ministeriums bestellt. Er übernimmt damit das Amt von Botschafter Johannes Kyrle, der im Jänner 2002 zum Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten bestellt worden war.

„Michael Linhart verfügt über langjährige Erfahrung im diplomatischen Dienst und hat höchst unterschiedliche verantwortungsvolle Funktionen im Außenministerium erfüllt. Sowohl in der Entwicklungszusammenarbeit als auch als Botschafter in Syrien und Griechenland hat er sich hervorragend bewährt und dabei diplomatisches Fingerspitzengefühl und seine Managementqualitäten bewiesen. Beide Eigenschaften wird er als Generalsekretär des Außenministeriums in den kommenden Jahren sehr gut gebrauchen können“, zeigte sich Außenminister Spindelegger überzeugt.

Michael Linhart, geboren 1958 in Ankara und aufgewachsen in Vorarlberg, trat nach dem Studium der Rechtswissenschaften in



Foto: BMeiA / Dragan Tatic

Dekretüberreichung an den neuen Generalsekretär im Außenministerium Michael Linhart (r.) durch Außenminister Michael Spindelegger (Mitte) und den scheidenden Generalsekretär Johannes Kyrle (l.)

Salzburg und Wien 1986 in das Außenministerium ein. Im Lauf seiner Karriere war er unter anderem an den österreichischen Vertretungsbehörden in Addis Abeba und Zagreb tätig und war österreichischer Botschafter in Damaskus und zuletzt in Athen.

In Wien war Linhart von 1995 bis 2000 im Kabinett von Außenminister a.d. Wolfgang Schüssel tätig und folgte ihm kurzzeitig als außenpolitischer Berater ins

Kanzleramt, bevor er Ende 2000 erneut ins Ausland wechselte. Seine Managementqualitäten konnte Linhart nicht zuletzt auch als Geschäftsführer der damals neu gegründeten Austrian Development Agency unter Beweis stellen, der er von 2003 bis 2007 vorstand. Seit 2012 ist er Leiter der Sektion für Entwicklungszusammenarbeit im Außenministerium. Michael Linhart ist verheiratet und hat drei Kinder. ■

BMeiA: Besetzung von Leitungsfunktionen im Ausland

Auf Antrag von Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger wurde in der Sitzung des Ministerrates vom 23. April die Neubesetzung von mehreren österreichischen Vertretungsbehörden beschlossen. Dabei wurde vorgeschlagen, folgende Personen mit Leitungsfunktionen im Ausland zu betrauen:

- Elisabeth Betagnoli, Österreichische Botschaft Seoul,
- Ernst-Peter Brezovszky, Österreichische Botschaft Kopenhagen,
- Thomas Buchsbaum, Österreichische Botschaft Warschau,
- Christophe Ceska, Österreichische Botschaft Kuala Lumpur,
- Enno Drogenik, Österreichische Botschaft Bangkok,
- Christian Ebner, Österreichische Botschaft Nairobi,
- Johann Fröhlich, Österreichische Botschaft Podgorica,
- Eva Hager, Österreichische Botschaft Mexiko,
- Georg Heindl, Generalkonsulat in New York,

- Peter Huber, Österreichische Botschaft Madrid,
- Helmut Koller, Österreichische Botschaft München,
- Rudolf Lennkh, Ständige Vertretung beim Europarat in Straßburg,
- Thomas Loidl, Österreichische Botschaft Hanoi,
- Nikolaus Marschik, Österreichische Botschaft Berlin,
- Andreas Melan, Österreichische Botschaft Addis Abeba,
- Josef Müllner, Österreichische Botschaft Manila,
- Silvia Neureiter, Generalkonsulat in Shanghai,
- Martin Pammer, Österreichische Botschaft Sarajewo,
- René Pollitzer, Österreichische Botschaft Rom,
- Karin Proidl, Österreichische Botschaft Buenos Aires,
- Claudia Reinprecht, Generalkonsulat in Hongkong,

- Andreas Rendl, Österreichische Botschaft Lima,
- Ulrike Ritzinger, Generalkonsulat in Los Angeles,
- Ralph Scheide, Österreichische Botschaft Budapest,
- Thomas Schnöll, Österreichische Botschaft Tirana,
- Johann Spitzer, Österreichische Botschaft Wilna,
- Thomas Stelzer, Österreichische Botschaft Lissabon,
- Friedrich Stift, Österreichische Botschaft Teheran,
- Christine Wendl, Generalkonsulat in Istanbul,
- Arthur Winkler-Hermaden, Österreichische Botschaft Stockholm, und
- Bernhard Wrabetz, Österreichische Botschaft New Delhi.

Die Betrauung mit den genannten Leitungsfunktionen erfolgt nach Einholung des erforderlichen Agréments des Empfangsstaates und nach Ausstellung des Beglaubigungsschreibens durch den Bundespräsidenten. ■

Augenmerk auf Wachstum und Beschäftigung

Festlegung auf Additionalitätsprogramm für das Burgenland fix

Foto: Regina Aigner/BKA



v.l.: LH-Stv. Franz Steindl, Vizekanzler Michael Spindelegger, Bundeskanzler Werner Faymann und LH Hans Niessl

Bezugnehmend auf die Sitzung der Bundesregierung am 3. April über die Zusage des Additionalitätsprogrammes*) (AP) für das Burgenland zeigten sich Landeshauptmann Hans Niessl und Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl höchst erfreut über das positive Zeichen für weitere Förderungen. „Es hat ein konstruktives Gespräch mit den VertreterInnen der Bundesregierung gegeben mit dem Ziel, ein weiteres Förderprogramm zwischen Bund und Land Burgenland für die Förderperiode 2014-2020 zu initiieren. Dieses Förderprogramm – das sogenannte Additionalitätsprogramm – soll zusätzlich zum EU-Förderprogramm als Wirtschaftsförderung erstellt werden“, berichtete der Landeshauptmann vom Ausgang der Sitzung.

Die EU-Kommission hat das Burgenland als Übergangsregion eingestuft. Hierfür wurden als Förderung 56 Millionen Euro be-

schlossen. Dies ist aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung des Burgenlandes deutlich weniger, als in der momentanen in der Endphase befindlichen Förderperiode 2007-2013. Außerdem gibt es einen sehr intensiven Kontakt mit den zuständigen Behörden des EU-Parlaments, um mit einem dementsprechenden Beschluß die Summe auf rund 70 Millionen Euro anzuheben.

Dazu LH-Stv. Franz Steindl: „Unabhängig davon wurde mit Bundeskanzler Faymann und Vizekanzler Spindelegger vereinbart, daß es für die nächste Förderperiode ein zusätzliches Programm (AP) geben wird.“ Die Argumente des Burgenlandes für dieses Additionalitätsprogramm und dadurch zusätzliche Förderungen waren:

1. Das Burgenland und Brandenburg sind in Europa die einzigen Übergangsregionen, die an Ziel 1-Regionen angrenzen. Es wäre daher kontraproduktiv, wenn das Fördergefälle zwischen dem Burgenland und seinen Nachbarn zu groß sei.
2. Schon in der vergangenen Förderperiode hat es ein Additionalitätsprogramm gegeben. Diese finanziellen Mittel wurden vor allem zur Absicherung der bestehenden und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zielführend eingesetzt.

3. Trotz des dynamischen Aufholprozesses liegt das Burgenland im BIP unter den anderen Bundesländern. Durch dieses zusätzliche Wirtschaftsprogramm soll der Abstand zu den anderen Bundesländern reduziert werden.

4. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten muß der Schwerpunkt auf Wachstum und Beschäftigung gelegt werden. Durch Förderungen und das Additionalitätsprogramm soll diese Entwicklung weiter gefestigt werden.

Für Landeshauptmann Hans Niessl ist die grundsätzliche Festlegung der Bundesregierung und der Landesregierung, ein Wirtschaftsförderprogramm auf die Beine zu stellen, ein positiver Schritt in die richtige Richtung.

Die Landesspitze zeigt sich mit dem Ergebnis sehr zufrieden, denn es konnten für zwei wichtige Förderprogramme Finanzierungszusagen des Bundes ausverhandelt werden. Einerseits das EU-Förderprogramm, welches von EU, Bund und Land finanziert wird. Andererseits das AP, welches ausschließlich vom Bund und dem Land Burgenland finanziert wird. Damit wird das Burgenland auch weiterhin die besten Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung aller österreichischen Bundesländer haben. ■

*) Das Additionalitätsprogramm ist eine zusätzliche Fördermöglichkeit im Rahmen des Phasing Out Programms Burgenland, bei dem nur Landes- und Bundesmittel (nicht jedoch EU-Strukturfondsmittel) zur Verfügung stehen. Nach VO EG Nr. 1080/2006 Artikel 15 „Zusätzlichkeit“ dürfen Strukturfondsmittel bestehende nationale Förderungen nicht ersetzen. Deshalb ermöglicht das Additionalitätsprogramm zusätzliche nationale Fördermittel, die analog zu den Aktivitäten des Operationellen Programms Phasing Out vergeben werden. *Quelle: R M B – Regionalmanagement Burgenland GmbH*

Fahrplan zur Gesamtverkehrsstrategie Burgenland vorgestellt

Enquete als Auftakt für die Erarbeitung einer umfassenden Verkehrsstrategie für das Burgenland – Bevölkerung soll eingebunden werden – Burgenland soll von grenzüberschreitenden Bahnprojekten profitieren

Foto: Bgld. Landesmedienservice



v.l.: Wolfgang Sodl (Obmann Pendlerforum Burgenland), Csaba Székely (stv. Gen.Dir. GYSEV), Peter Zinggl, Gesamtverkehrskordinator (im Hintergrund), Landeshauptmann Hans Niessl, Helmuth Wolf (ÖBB-Personenverkehr AG), Werner Rosinak (ZT-GmbH Rosinak & Partner), und em. Univ. Prof. Gerd Sammer (Universität für Bodenkultur Wien)

Zu einer Verkehrsenquete hatte Landeshauptmann Hans Niessl am 25. April ins Kultur- und Kongreßzentrum Eisenstadt geladen. Die Enquete mit Podiumsdiskussion war Auftakt für die Erarbeitung einer Gesamtverkehrsstrategie für das Burgenland für die Zukunft. Der Einladung gefolgt waren Landtagspräsident Gerhard Steier, Agrarlandesrat Andreas Liegenfeld, Landesamtsdirektor WHR Robert Tauber, viele weitere Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung, der Sozialpartner und Interessensvertretungen sowie Gäste und Partner aus Ungarn. Peter Zinggl, Burgenlands Verkehrskordinator, präsentierte den Fahrplan zur Gesamtverkehrsstrategie Burgenland, Werner Rosinak von der ZT-GmbH Rosinak & Partner skizzierte österreichweite Standards des öffentlichen Verkehrs. In seinem Impulsreferat zeigte der em. Univ. Prof. Gerd Sammer von der Universität für Bodenkultur Wien Perspektiven künftiger Mobilität aus der Sicht der Verkehrsnachfrage und des Verkehrsangebotes auf. Neben den Experten soll beim Strategieprozeß vor allem auch die Bevölkerung mit einbezogen werden. Ein Fachbeirat wird den gesamten Strategieprozeß begleiten.

Geänderte Rahmenbedingungen, neue Herausforderungen

Das derzeitige Gesamtverkehrskonzept stammt aus dem Jahr 2002. Seither hätten sich die verkehrstechnischen und politischen Rahmenbedingungen grundlegend geändert, nannte Zinggl einen Ausgangspunkt für die neue Gesamtverkehrsstrategie: „Der Beitritt unseres Nachbarlandes Ungarn zur EU, die Öffnung der Schengengrenzen oder die Veröffentlichung des ÖBB-Zielnetzes 2025 stellen uns vor neue Herausforderungen“.

Aufwertung des Wirtschaftsstandortes, Entlastung für Pendler, Sicherheit, Umweltschutz

Landeshauptmann Niessl erwartet sich vom neuen Gesamtverkehrskonzept eine Aufwertung des Wirtschaftsstandortes Burgenland und attraktive Mobilitätsangebote für die Bevölkerung sowie ein Mehr an Sicherheit, sieht darin aber auch einen Beitrag zum Klimaschutz. Die Anbindung an internationale Verkehrswege sei für die wirtschaftliche Entwicklung von zentraler Bedeutung, erklärte Niessl. „Erreichbarkeit stärkt den Wirtschaftsstandort, und sie ist auch wichtig

für den Tourismus. Vor allem gilt es auch die burgenländischen Pendler zu entlasten, sie haben für die Fahrt zur Arbeit überproportional hohe Kosten zu tragen“. Bereits jetzt würden 15 Mio. Euro jährlich für den öffentlichen Verkehr aufgewendet. Alle künftigen Maßnahmen müßten jedoch im Einklang mit der Natur und mit dem Leitbild des Landes stehen, so Niessl.

Nachhaltigkeit und klare Ziele gefragt

Die derzeitige Verkehrsentwicklung in Österreich sei derzeit weit von Nachhaltigkeit entfernt, stellte Prof. Sammer in seinem Impulsreferat fest. Motorisierter Verkehr und Motorisierungsgrad würden weiter wachsen, die Autoabhängigkeit außerhalb von Stadtzentren weiter zunehmen. „Es braucht deshalb klare verkehrspolitische Ziele, eine nachhaltige Entwicklungsanalyse mit quantifizierbaren Zielen, eine neue Entscheidungs- und Planungskultur und vor allem die Internationalisierung der Kosten für den Verkehr“. Voraussetzung dafür seien eine offene Informationspolitik mit BürgerInnenbeteiligung und eine ehrliche Verkehrspolitik.

Projektlaufzeit 12 Monate

In die Strategie fließen sämtliche Parameter rund um den Sektor Mobilität und Verkehr und dessen Auswirkungen auf Umwelt, Wirtschaft und Bevölkerung, nationale und internationale Rahmenbedingungen, Expertenempfehlungen, Wünsche der BürgerInnen sowie alle bereits erarbeiteten Konzepte – Schienenverkehrskonzept, das Verkehrskonzept Südburgenland, Ausarbeitungen zum grenzüberschreitenden Verkehr Burgenland–Westungarn – ein. Die Ergebnisse sollen in ein Strategiepapier münden. „Das Strategiepapier soll die künftige Grundlage für alle verkehrspolitischen Entscheidungen darstellen, aber auch in allen übergeordneten Zielvorstellungen des Landes Berücksichtigung finden“, hielt Niessl fest. Eingebunden sind die Fachabteilungen des Landes sowie alle Institutionen und Experten, die mit dem Thema Verkehr im Rahmen ihrer Aufgabenbereiche mittelbar oder unmittelbar befaßt sind. Ein Fachbeirat soll in koordinierender Funktion den gesamten Strategieprozeß begleiten. Die Projektlaufzeit für die Erarbeitung der Verkehrsstrategie beträgt 12 Monate. Der Strategieprozeß beginnt sofort.

BürgerInnenbeteiligung, öffentlicher Diskussionsprozeß

Großer Wert werde auf die Einbindung der Bevölkerung gelegt, die man über Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen, Befragungen, über Netzwerkgruppen, Internet und social media erreichen wolle. Es solle ein öffentlicher Diskussionsprozeß stattfinden, kündigte Zinggl an. Der Landeshauptmann sieht dabei die PendlerInnen als wichtige Zielgruppe: „Wichtig sind uns die Meinung und Verbesserungsvorschläge der Menschen, die tagtäglich im Pendlerzug oder -bus sitzen oder mit dem Auto vor der Wiener Stadteinfahrt im Stau stehen. Wir wollen die Menschen aber auch zu mehr persönlicher Bewegung, zum Radfahren oder zu Fuß gehen motivieren.“

Die PendlerInnenproblematik stand schließlich im Fokus der rege geführten Podiumsdiskussion. Einigkeit herrschte im klaren Bekenntnis zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Bahnstrecke Oberwart–Szombathely

Das Burgenland setzt den seit Jahren forcierten konsequenten Ausbau des Öffentlichen Verkehrs fort. Eine zentrale Rolle im Ausbau der Verkehrsinfrastruktur nehmen Schienenprojekte auf überregionaler Ebene ein wie die geplante Elektrifizierung der



Foto: Bild. Landesmedienservice

v.l.: Der burgenländische Verkehrskoordinator Peter Zinggl (Leiter der Stabstelle Raumordnung und Wohnbauförderung, SETA-Leadpartner), Landeshauptmann Hans Niessl und Szilárd Kövesdi (Generaldirektor der Raaberbahn/GYSEV) nach der Pressekonferenz zur Bahnstrecke Oberwart–Szombathely

Bahnstrecke Jennersdorf–Szombathely sowie die Neuerrichtung der Strecke von Oberwart nach Szombathely. „Vom Ausbau der regionalen und überregionalen Verkehrsinfrastruktur wird das Burgenland enorm profitieren. In den konkreten Fällen gilt das besonders für die südlichen Landesteile. Um unsere Vorhaben umzusetzen, müssen und wollen wir auch EU-Mittel anzapfen. Wir sind in intensiven Gesprächen mit den Verantwortlichen der Raaber Bahn und der ungarischen Regierung und ziehen gemeinsam an einem Strang“, betonte Landeshauptmann Hans Niessl in Sopron im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Szilárd Kövesdi, Generaldirektor der Raaberbahn (GYSEV) und Peter Zinggl, dem Leiter der Stabstelle Raumordnung und Wohnbauförderung. In der ungarischen Me-

tropole fanden am 10. und 11. April Expertengespräche zum Projekt SETA (South East Transport Axis) statt.

„Unser Ziel ist es, das südliche Burgenland näher an die Landeshauptstadt Eisenstadt und an die Bundeshauptstadt Wien in Zukunft via Eisenbahnverbindungen anzubinden. Mit Unterstützung der Europäischen Union, dem Bund sowie den zuständigen Stellen in Ungarn soll die Eisenbahnstrecke Szombathely–Oberwart–Friedberg errichtet werden“, so LH Niessl. Die Kosten dafür werden mit ungefähr 100 Millionen Euro geschätzt und die Realisierung ist nur mit tatkräftiger Unterstützung der EU möglich. Ein zweiter Schwerpunkt ist auch der Ausbau der Strecke Jennersdorf–Szombathely. Hier werden bis zu 10 Millionen an Kosten gerechnet. Auch dieses Projekt müßte im



Foto: wikimedia / Creative Commons Attribution-ShareAlike License

Es ist eine neue Bahnverbindung zwischen Oberwart und der ungarischen Stadt Szombathely (im Bild deren Bahnhof) geplant.

Foto: Priwo / Wikimedia / Creative Commons Attribution-ShareAlike License



Der Bahnhof Oberwart der Pinkatalbahn im Burgenland

Rahmen eines grenzüberschreitenden EU-Projektes Zustimmung finden.

Um das Maximum an EU-Mitteln ausschöpfen zu können sei es wichtig, sinnvolle Projekte – wie die Elektrifizierung der Bahnstrecke Jennersdorf-Szombathely sowie die Neuerrichtung der Strecke von Oberwart nach Szombathely – auf die Beine zu stellen und über den eigenen Tellerrand zu blicken, so der Landeshauptmann: „Der Verkehr macht nicht vor Staatsgrenzen halt. Maßnahmen zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur müssen grenzübergreifend bewertet werden. Verbesserung der internationalen Bahnanbindung des Burgenlands im Personen- und Güterverkehr bedeuten eine höhere Standortqualität für Betriebe und eine höhere Lebensqualität für die Bevölkerung.“ Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur seien auch ein zentrales Element zur Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen. „Zwischen unseren ungarischen Partnern und dem Burgenland gibt es grundsätzlich Einigkeit. Ich habe erst vor kurzem mit dem ungarischen Regierungschef Viktor Orban dazu Gespräche geführt“, sagt Niessl. Diese Gespräche müßten nun intensiviert werden. Das sieht auch Szilárd Kövesdi, Generaldirektor der Raaberbahn (GYSEV), so, denn: „Von einem Ausbau entsprechender Leistungen im Personen- und Güterverkehr würden letztendlich beide Seiten profitieren.“

Das Burgenland hat ein Gesamtbudget für den öffentlichen Verkehr von 15 Millionen Euro jährlich. Das Land unterstützt mit diesem Betrag die Kosten für die Fahrgäste, den Ankauf von komfortablen Zügen sowie den Ausbau der Infrastruktur.

SETA Korridor

Der SETA Korridor zwischen Wien-Bratislava-Zagreb und den nordadriatischen Häfen stellt somit das Rückgrat im internationalen Schienenpersonen- und Güterverkehr dar. Damit die Bevölkerung und die Unternehmen aus den Regionen von dieser Achse profitieren, muß der Zugang zu dieser Achse sichergestellt werden. Aus diesem Grund ist es notwendig, konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Anbindung an die SETA Achse zu entwickeln. Mit den Initiativen Szombathely-Szentgotthart-Jennersdorf und Oberwart-Szombathely hat das Land

Burgenland einen ersten wichtigen Schritt in die Richtung verbesserter grenzüberschreitender Verbindungen gesetzt.

Ziel von SETA ist es, Mitteleuropa mit Südosteuropa bzw. den nördlichen Adria Häfen enger und vor allem schneller hinsichtlich Services – zum Beispiel Fahrzeiten – zu verbinden, daher wird im Projekt unter anderem ein Maßnahmen- und Investitionsplan für den Personen- und Güterverkehr erarbeitet. Davon würde auch das Burgenland, besonders die südlichen Landesteile, profitieren, wie eine erste erfolgreiche Pilotaktion zeigt: Ende September legte ein Zug die Strecke von Zagreb über Westungarn und dem Burgenland nach Wien in weniger als fünf Stunden Fahrzeit zurück. Ermöglicht wurde diese wesentliche Verbesserung durch Zusammenarbeit der Bahngesellschaften von Ungarn, Kroatien und Österreich und GySEV (Raaber Bahn). „Dieser Zug ist der erste Schritt zur Einführung eines wettbewerbsfähigen Personenverkehrs auf internationalem Niveau. Unser Ziel ist, auf dieser Strecke, von der besonders das Südburgenland profitieren kann, eine Fahrzeit von vier Stunden zu erreichen“, so Niessl.

SETA wurde im Frühjahr 2011 auf Initiative des Burgenlandes gestartet und hat sich zum Ziel gesetzt, durch Erarbeitung von kurz- und mittelfristigen Maßnahmen im Bereich des Schienenverkehrs Verbesserungen zu erreichen.

<http://www.seta-project.eu>



Der SETA-Entwicklungsplan zeigt die Achse zwischen Wien-Bratislava-Zagreb und den nordadriatischen Häfen – als Rückgrat internationalen Schienenverkehrs

Gesundheitsbericht 2012

LR Rezar: »Der Gesundheitsbericht 2012 ist eine wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung des burgenländischen Gesundheitsversorgungssystems.«

Die Fachhochschule Burgenland – Department Gesundheit – verfaßte im Auftrag der Burgenländischen Landesregierung den dritten burgenländischen Gesundheitsbericht. Dieser umfaßt den Berichtszeitraum 2007 bis 2012 und informiert über die Gesundheitssituation und -versorgung der Bevölkerung und enthält Kerndaten aus den Bereichen Lebenserwartung und Mortalität, Demographie und Morbidität.

Für Gesundheitslandesrat Peter Rezar stellt der nunmehr vorliegende Bericht eine wichtige Grundlage für gesundheitspolitische Entscheidungen dar: „Die Analyseergebnisse von Gesundheitsdaten zeigen gesundheitsrelevante Entwicklungen auf und werden im Rahmen der Planung und Durchführung gesundheitspolitischer Maßnahmen herangezogen.“

Neben traditionellen Bestandteilen eines Gesundheitsberichtes wie Bevölkerungsentwicklung, Gesundheitszustand, Gesundheitsverhalten und Krankenversorgung beinhaltet der Burgenländische Gesundheitsbericht 2012 eine umfassende Darstellung von Faktoren, die Einfluß auf die Gesundheit der Bevölkerung haben. Dies sind neben dem Gesundheitsverhalten z.B. ökologische Umweltbedingungen wie die Feinstaubbelastung sowie sozioökonomische Faktoren wie das Einkommen. Erstmals wurde im Rahmen der burgenländischen Gesundheitsberichterstattung auch das Thema „Kinder- und Jugendgesundheit“ mit einem eigenen Kapitel bedacht. „Der vorliegende Gesundheitsbericht soll dazu dienen, bestehende gesundheitliche Problemfelder zu identifizieren und ist eine wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung des burgenländischen Gesundheitsversorgungssystems“, so Rezar.

Projektleiter Florian Schnabel von der FH Burgenland hat neben der Aufbereitung der notwendigen Statistiken auch eigene Daten im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung erhoben. So wurden z.B. Eltern in Kindergärten und Volksschulen im Bezirk Oberwart zum Gesundheitszustand und -verhalten ihrer Kinder befragt. Auch ExpertInnen aus dem Gesundheitswesen und anderen politischen Bereichen konnten ihr Wissen sowie Erfahrungen in Form von Workshops und Interviews einbringen.



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Präsentierten den Gesundheitsbericht 2012 (v.l.): Prof. (FH) Erwin Gollner, Leiter des Departments Gesundheit der FH Burgenland mit Gesundheitslandesrat Peter Rezar und Projektleiter Florian Schnabel.

Ungesunder Lebensstil

Männer und Frauen im Burgenland leben etwa gleich lang wie jene im Rest Österreichs, allerdings verbringen sie einen größeren Teil ihrer Lebenszeit in Krankheit: So weist Burgenland den höchsten Anteil chronisch Kranker in ganz Österreich auf. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist Übergewichtig. Die meisten BurgenländerInnen sterben an Herz-Kreislauferkrankungen, Krebs oder sonstigen Krankheiten (z.B. Diabetes).

BurgenländerInnen weisen einen eher ungesunden Lebensstil auf. Dies betrifft vor allem das Bewegungsverhalten: Nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung kommt mindestens einmal pro Woche durch körperliche Aktivität ins Schwitzen.

Weniger Krebserkrankungen als im Durchschnitt Österreichs

Im Gegensatz dazu sind BurgenländerInnen im Bereich der Vorsorgeuntersuchungen absoluter Spitzenreiter: Etwa jeder fünfte Erwachsene nimmt an allgemeinen Vorsorgeuntersuchungen teil. Es zeigt sich auch, daß es im Burgenland weniger Krebserkrankte gibt als im österreichischen Durchschnitt.

Spezialanalyse: Kindergesundheit

Während die Krankenversorgung der erwachsenen Bevölkerung im allgemeinen

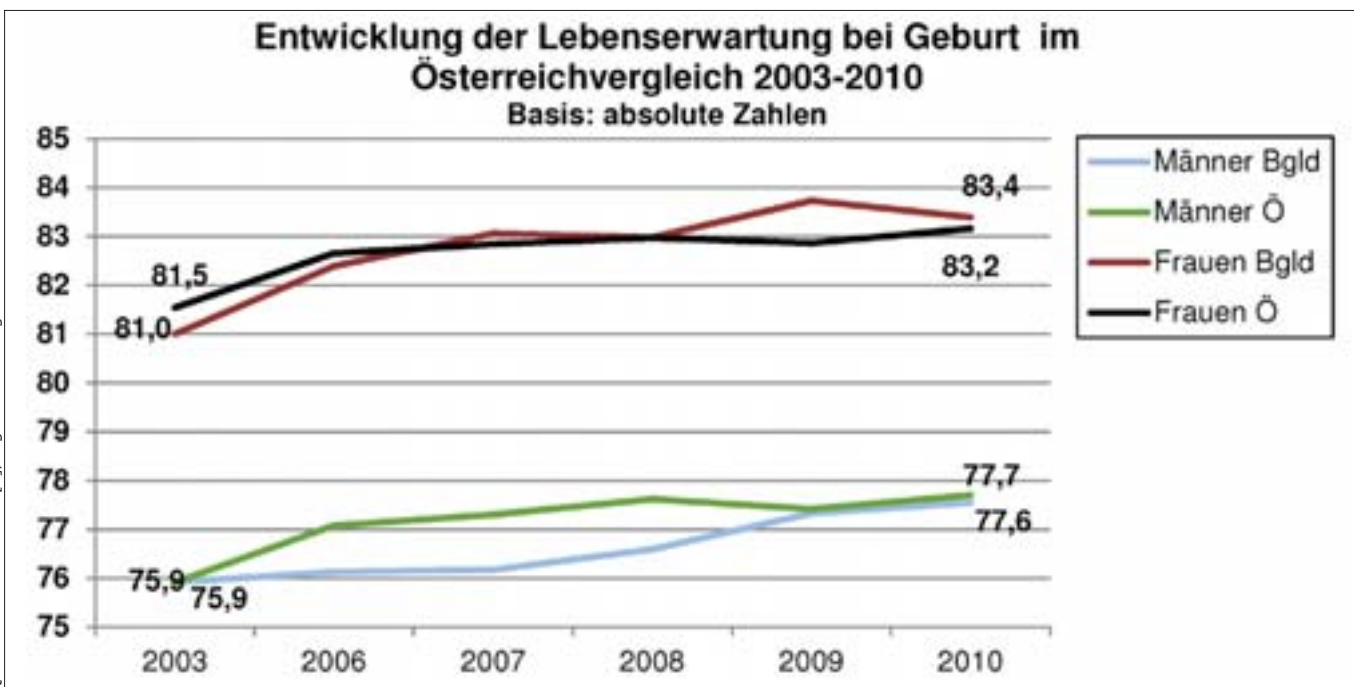
als gut bewertet werden kann, zeigt sich für burgenländische Kinder und Jugendliche Nachholbedarf. ExpertInnen bemängeln vor allem die fehlende psychiatrische, ergotherapeutische, logopädische und physiotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen. Positiv hervorgehoben wird die flächendeckende Versorgung im Bereich der Kinderbetreuungseinrichtungen, hier ist das Burgenland besser ausgestattet als die meisten anderen Bundesländer.

Versorgung und Vorsorge gut, Nachholbedarf im Bereich der Förderung

Während im Burgenland der Bereich Krankenversorgung und Gesundheitsvorsorge vergleichsweise gut vertreten ist, besteht Nachholbedarf im Bereich der Gesundheitsförderung. Dies betrifft besonders den Süden des Landes: So zeigen Ergebnisse, daß SüdburgenländerInnen eine schlechtere Gesundheit und ein schlechteres Gesundheitsverhalten haben als NordburgenländerInnen. Um allen BürgerInnen gleiche Gesundheitschancen zu bieten, sollten aus diesem Grund in Zukunft vermehrt Gesundheitsförderungsaktivitäten im Südburgenland stattfinden.

„Gemeinsam mit den burgenländischen Verantwortlichen im Gesundheitswesen wurde erstmalig in Österreich eine ökonomische Abschätzung von Empfehlungen für gesund-

Quelle: Statistik Austria [2], Eigene Erstellung



Entwicklung der Lebenserwartung bei Geburt im Österreichvergleich 2003 bis 2010, Stand: 2010, Basis: Absolute Zahlen

heitspolitische Maßnahmen entwickelt“, so Prof.(FH) Erwin Gollner, Leiter des Departments Gesundheit der FH Burgenland. So sollen in Zukunft durch Initiativen BurgenländerInnen zu mehr Bewegung im Alltag animiert, das Speise- und Getränkeangebot an Schulen, in Gasthäusern sowie in Betrieben verbessert und Nachbarschaftshilfen gefördert werden. Die Durchführung dieser Maßnahmen könnte jährlich rund 3600 Krankheitsfälle und 13 Todesfälle verhindern. Ko-

stenmäßig würde dies eine Einsparung im burgenländischen Gesundheitswesen von 10 Millionen Euro pro Jahr bei einem jährlichen Kostenaufwand von 250.000 Euro bedeuten.

FH Burgenland

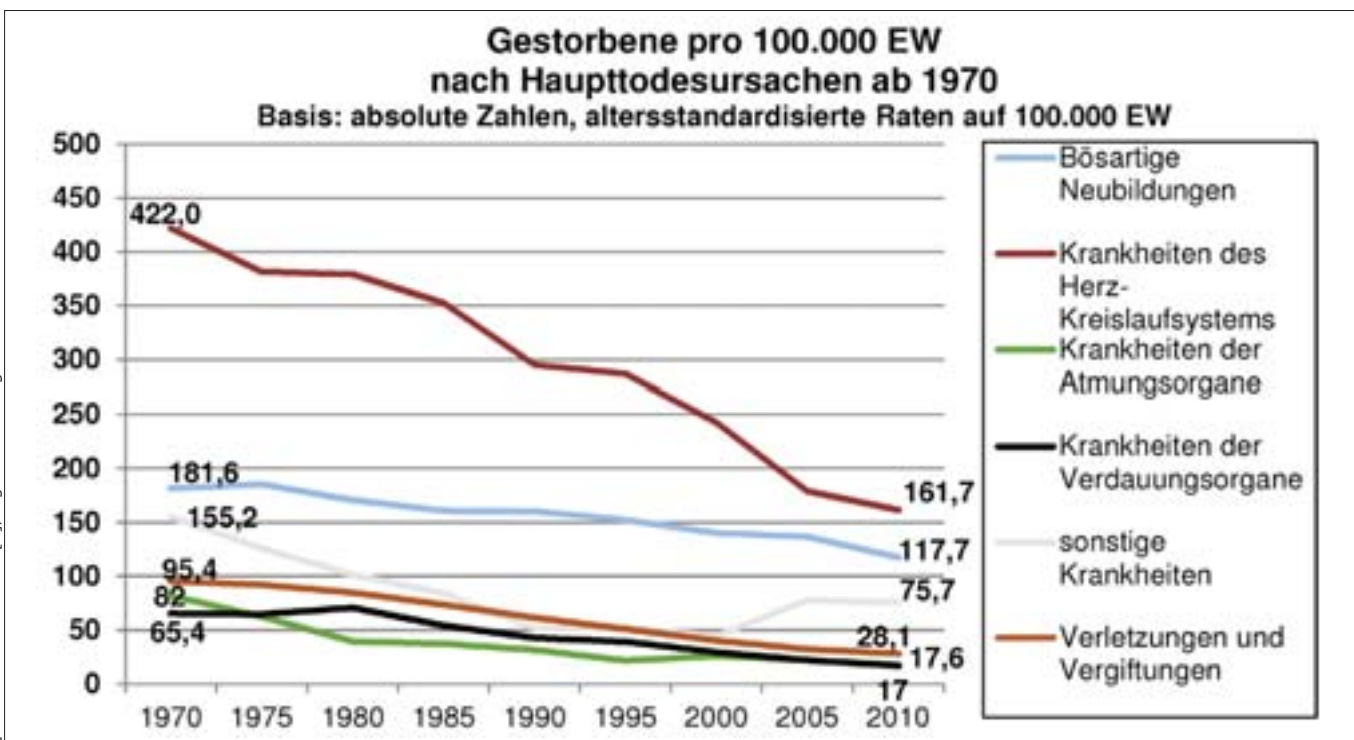
„Der burgenländische Gesundheitsbericht unterstreicht erneut die Wichtigkeit der Zusammenarbeit der FH Burgenland bei aktuellen Forschungsprojekten mit der Wirtschaft und der Politik“, betont Gollner. „Bei

diesem Vorzeigeprojekt konnten sich die heimischen Gesundheitsverantwortlichen auf das herausragende Know-how eines gesamten Studienbereiches und deren qualifizierte Lehrende verlassen.

Die FH Burgenland wird als wichtiger Bildungsträger und als wesentlicher Faktor für das Burgenland gesehen, so Gollner. Das bestätigt auch eine kürzlich veröffentlichte SORA-Studie.

<http://www.burgenland.at/gesundheit-soziales/berichte>

Quelle: Statistik Austria [9], Eigene Erstellung



Gestorbene ab 1970 nach Haupttodesursachen, Std: 2010, Basis: abs. Zahlen, altersstandardisierte Raten auf 100.000 EW

Viel Sonne drin

Highlights und Marketingmaßnahmen für Frühjahr und Sommer



Foto: Bgld. Landesmedienservice

LR Michaela Resetar, Präsidentin, LH Hans Niessl, gf. Präsident Burgenland Tourismus, und Tourismusdirektor Mario Baier

Zur Präsentation der Highlights und Aktivitäten für die Frühjahrs- und Sommersaison lud Burgenland Tourismus am 10. April ins Seerestaurant Katamaran in Rust. Bei wechselhaftem Aprilwetter stellten Landeshauptmann Hans Niessl, geschäftsführender Präsident von Burgenland Tourismus, Tourismuslandesrätin Michaela Resetar, Präsidentin von Burgenland Tourismus, und Tourismusdirektor Mario Baier die wichtigsten Events und Kampagnen – nunmehr im Erscheinungsbild der neuen Werbelinie „Urlaub mit Sonne drin“ – und ein neues Burgenlandmagazin vor. Im Fokus stehen die weitere Internationalisierung, bessere Vernetzung der Angebote sowie die Forcierung des Tagungs- und Kongreßtourismus.

Saisonauftakt mit Natur.Erlebnis.Tag

Den Saisonauftakt bildeten die dritten landesweiten Natur.Erlebnis.Tage vom 25. bis 28. April. Die Besucher erwarteten 47 Naturabenteuer an 125 Terminen. Ein Tagesticket kostete zehn Euro, Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre zahlten nichts. 30 auf Naturerlebnisse spezialisierte Beherbergungsbetriebe boten dazu interessante Pauschalen. „Diesen frühzeitigen Impuls durch die Naturerlebnistage sehe ich als sehr wichtig an. Kein anderes Bundesland kann dies bieten. Mit unserem Nationalpark und den sechs Naturparks haben wir erstklassige Aushängeschilder im Naturtourismus, mit den Naturerlebnistagen können wir unsere Besonderheiten und Nachhaltigkeit authentisch vermitteln“, freut sich LH Niessl.

Frühlingsbote bringt 32 Pakete

Mehr als 1,3 Millionen Prospekte sind derzeit zu den Gästen unterwegs: Der neue „Frühlingsbeileger“ bewirbt auf 16 Seiten schwerpunktmäßig das burgenländische Familien- und Kulturangebot. Partner aus dem ganzen Land haben 32 buchbare Packages beigesteuert. Beigelegt wird in den Kernmärkten Österreich, Deutschland und der Schweiz sowie in den Landessprachen in Ungarn, Tschechien und der Slowakei. „Die Betriebe stellen sich immer besser auf das Buchungs- und Reiseverhalten der Gäste ein und bieten vermehrt ‚Urlaub mit Mehrwert‘ und kürzerer Aufenthaltsdauer an. Der Frühlingsbeileger trägt dem Rechnung“, erklärt Resetar. Die Kosten der Kampagne betragen rund 250.000 Euro.

Tagungstourismus

Im Seminar-, Tagungs- und Kongreßtourismus kräftig mitmischen wollen künftig vorerst 30 Partner mit der Plattform „Convention Burgenland“. Das Burgenland soll als „Meeting- und Kongreß-Destination“ etabliert werden. „Experten sehen in der Kombination mit unserem Natur-, Kultur-, Kulinarik- und Weinangebot ein unglaubliches Potential für das Burgenland, deshalb soll das die sechste Säule im Tourismusmarketing werden“, erklärt Baier. Die ersten Verkaufsaktivitäten starten jetzt im Raum Wien, Bratislava und Westungarn, klassische PR-Maßnahmen folgen. Bis Ende Mai soll es eine Broschüre geben, noch vor dem Sommer eine eigene Webplattform online gehen.

Surf Worldcup und Sommer-Opening

Zum Hotspot für alle Surf- und Trendsportliebhaber und Partytiger wurde einmal mehr Podersdorf beim Surf Worldcup und Sommer-Opening vom 26. April bis 5. Mai – die Weltelite der Surferszene hatte sich wieder angesagt.

Schwimmfestival Neusiedler See

Die klassische Seedurchquerung wird in Mörbisch neu belebt. Beim ersten „Schwimmfestival Neusiedler See“ vom 14. bis 16. Juni werden Schwimmdistanzen für verschiedene Leistungsstufen angeboten, auf Kinder wartet ein „Aquathlon“, eine Kombination von Schwimmen und Laufen. Ein Rahmenprogramm mit Sommernachtsparty, „Sundowner“ am Schiff, Weinverkostung und Naturführungen sollen das Schwimmfestival zum Erlebnis für die Familie werden lassen.

»Genuß mit Sonne drin«

Ein Überraschungspaket öffneten die beiden Tourismus-Präsidenten am Schluß: Ein brandneues, 64 Seiten starkes Burgenland-Magazin, das unter dem Slogan „Genuß mit Sonne drin“ neben Tipps auch direkt buchbare Urlaubsvorschläge enthält. Das Magazin wurde gemeinsam mit dem Schau-Media-Verlag gestaltet, die Auflage beträgt 40.000 Stück. Das „Burgenland Magazin“ wird in allen Tourismusbüros, bei den Kulturfestivals und touristischen Anbietern aufgelegt und kann auch im Internet bestellt werden.

<http://www.burgenland.info>

Zooming Culture

Jugendkulturinitiative geht in ihre sechste Saison

Die burgenländische Jugendkulturinitiative Zooming Culture nimmt ihre sechste Saison zum Anlaß, um die vergangenen fünf Jahre Revue passieren zu lassen. Dies geschieht in Form einer Ausstellung und eines Booklets. Darüber hinaus werden erprobte Aktionen, wie ein Jugendfotowettbewerb, ein Foto-, ein Multimedia- sowie ein Musikworkshop, ein Bandwettbewerb und ein Festival im OHO durchgeführt. „Der Name war von Beginn an Programm. Die Inhalte sind auf Entwicklungen in der Jugendkultur abgestimmt. Jungen Talenten soll die Möglichkeit geboten werden, sich Fertigkeiten anzueignen und zu präsentieren“, betonte der Initiator, Kulturlandesrat Helmut Bieler.

Bilder im Kopf

Der Fotoworkshop wurde bereits am 23. März 2013 als Mentoringprojekt für die Ausstellung „Bilder im Kopf. 5 Jahre Zooming Culture“ in Eisenstadt abgehalten. Ziel des Workshops war es, unter Anleitung von Steve Haider eine Ausstellung zusammen zu stellen. Die Teilnehmer waren Preisträger der Zooming Culture Fotowettbewerbe der Jahre 2008 bis 2012. Acht junge FotokünstlerInnen fanden sich zu einem Ausstellungsprojekt zusammen. Mit Unterstützung von Fotokünstler Steve Haider entsteht eine „Leistungsschau“ des künstlerischen Nachwuchses. Die Ausstellung wird von 10. Oktober bis 11. November 2013 im Projekt-raum der Landesgalerie in Eisenstadt sowie im Februar 2014 in der KUGA Großwarasdorf zu sehen sein. Teilnehmende FotokünstlerInnen sind Sandra Rauchbauer, Iris Enz, Bianca Geiger, Mary Binder, Elias Stangl, Babsi Amon, Christoph Welkovits und Daniela Hanzl. Im Workshop wurde auch das Thema des Fotowettbewerbes festgelegt.

Der Burgenländische Jugendfotowettbewerb ist seit Beginn das Herzstück von Zooming Culture und wird heuer das Thema „Traumbilder“ zum Inhalt haben. Jugendliche bis zum 29. Lebensjahr, die im Burgenland geboren sind und/oder ihren ständigen Wohnsitz bzw. das Zentrum ihrer Lebensinteressen im Burgenland haben, können am Wettbewerb teilnehmen und ihre Beiträge von 7. bis 18. Oktober 2013 im Kulturreferat einreichen. Insgesamt wird ein Preisgeld in der Höhe von 2600 Euro vergeben, wobei



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landesrat Helmut Bieler präsentiert die Highlights von Zooming Culture 2013

die 5 Preise mit 1000, 700, 500, 300 und 100 Euro dotiert sind. Die Teilnahme ist mit maximal drei Einzelfotos bzw. einer aus maximal drei Fotos bestehenden Serie möglich. Die eingereichten Bilder müssen ein Mindestformat von 20 x 30 cm haben und dürfen eine maximale Größe von 50 x 70 cm nicht überschreiten. Jedes Foto muß auf der Rückseite mit Namen, Adresse und Geburtsdatum versehen sein, einen Titel aufweisen, in ausstellungsfertiger Form abgegeben werden und auf einem Trägermaterial, wie beispielsweise Fotokarton, Bilderrahmen ohne Glas aufgebracht sein. Darüber hinaus ist dem Kulturreferat eine digitale Version der Fotos auf CD oder per E-Mail zur Verfügung zu stellen.

Einladung zum Workshop

Zooming Culture und das Offene Haus Oberwart laden zu einem ganz besonderen Workshop ein. Am 18. und 19. Mai 2013, dem Pfingstwochenende, können Interessierte in die Welt der Fotografie und Videoprojektionen eintauchen. Es werden Foto-strecken und Fotoframes erarbeitet, die dann über eine spezielle Software und Projektoren

in den Stadtpark und die umliegenden Häuser projiziert werden. Der Workshop findet im Rahmen des Projektes „Schlaflos durch den Tag, wach durch die Nacht“ statt, bei dem neben dem Fotoworkshop elektronische Musiker in ähnlicher Manier Samples erarbeiten, um daraus eine gemeinsame Improvisation zu gestalten. Das dabei entstehende Gesamtkunstwerk aus Projektionen und elektronischer Akustik wird am Abend des Pfingstsonntags, dem 19. Mai 2013, ab 20 Uhr im Stadtpark Oberwart – bei Schlechtwetter in der Rotunde Oberwart – präsentiert.

Produziere deine eigenen Beats!

Der Workshop „Urbane Kunstform Elektronische Musik“ unter der Leitung von Peter „Pjune“ Prunner am 7. September 2013 in der Cselley Mühle in Oslip gibt eine Einführung in die Produktion Elektronischer Musik. DJ'ing und Equipment sowie die Techniken von Mischen, Cutten und Scratching sind zentrale Inhalte des Workshops. Anmeldeschluß ist der 30. August 2013. 24 Acts erwarten die Gäste auf dem Ride on Festival 2013 am 11. Mai. Organisator Pjune hat sich wieder einiges einfallen lassen, um

»Burgenland Journal«

die Cselley Mühle und die Umgebung mächtig ins Grooven zu bringen. Erstmals wird auf vier Floors – darunter die Zooming Culture Terrace – Musik vom Feinsten geboten. Zooming Culture unterstützt diese Veranstaltung, da das Ride on Festival ein fixer Punkt in der burgenländischen Jugendkultur geworden ist. Darüber hinaus erhalten junge, burgenländische Artists die Möglichkeit, ihre Projekte vorzustellen.

Jugendkulturfestival

Bis 2. September 2013 können sich junge Bands melden, die beim Zooming Culture Jugendkulturfestival gemeinsam mit namhaften Bands aus dem Burgenland auf der Bühne stehen wollen. Heuer wird bereits

zum dritten Mal einer burgenländischen Nachwuchsband im Rahmen eines Wettbewerbes die Chance geboten, Bühnenerfahrungen unter professionellen Rahmenbedingungen zu sammeln. Neben einem ca. 30minütigen Auftritt beim Jugendkulturfestival winkt eine Künstlergagge in Höhe von 500 Euro. Die Anmeldung erfolgt mittels Video (DVD) bzw. CD oder durch Bekanntgabe eines Links auf YouTube, facebook oder myspace unter Angabe von Namen, Alter und Wohnorten der teilnehmenden Bandmitglieder sowie einer kurzen Bandhistorie. Teilnahmeberechtigt sind Burgenländer bis zum vollendeten 29. Lebensjahr und Bands, die sich mehrheitlich aus burgenländischen MusikerInnen zusammensetzen bzw. ihren

künstlerischen Schwerpunkt im Burgenland haben. Die Siegerband ist integrierter Bestandteil des Jugendkulturfestivals und auf den Werbemitteln prominent vertreten.

Das Zooming Culture Festival am 16. November 2013 im OHO stellt auch heuer wieder den Abschluß des Fotowettbewerbs dar. Es wird in Zusammenarbeit mit Nick Wukovits und Tom Schmidt mit Live-Acts von österreichischen und burgenländischen Bands gestaltet. Wie in den Vorjahren wird in diesem Rahmen eine Ausstellung der Beiträge des Fotowettbewerbs zusammengestellt sowie die Prämierung der Preisträger durchgeführt. Alle Termine und Ausschreibungen können online abgefragt werden. ■

<http://www.zooming-culture.at>

Diese Jugendlichen braucht unser Land!

147 Lehrlinge aus 16 Branchen zeigten bei der 6. Lehrlingsshow, was sie können.

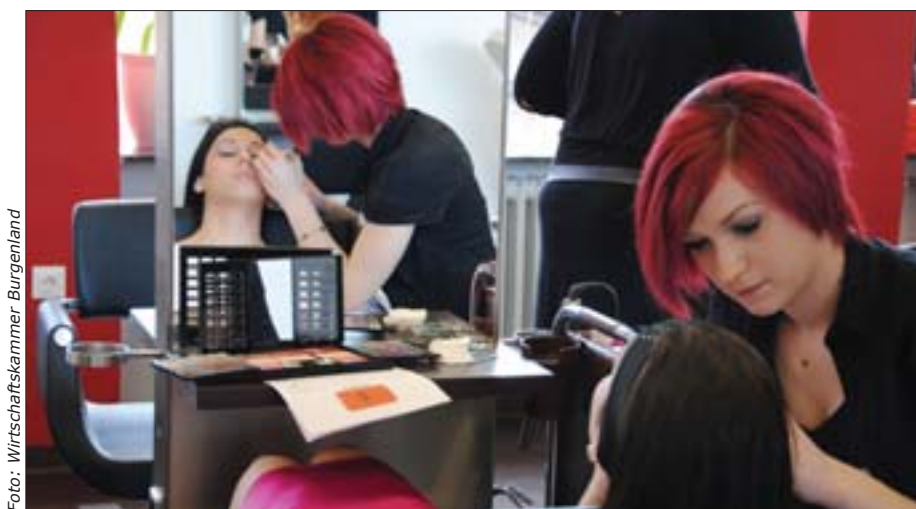
Vom Maurer- bis zum Bäckerlehrling, vom Fliesenleger bis zur Bürokauffrau: 147 Lehrlinge aus 16 Branchen zeigten bei der Lehrlingsshow am 11. April in allen vier Berufsschulen des Burgenlandes ihr Können.

Die Lehrberufe im Einzelnen

- Landesberufsschule Eisenstadt:
Bäcker, Friseur, Maler und Anstreicher, Einzelhandel, Bürokaufmann/Bürokauffrau
- Berufsschule Mattersburg:
Karosseriebautechnik, Sanitärtechnik, Mechatroniker
- Landesberufsschule Pinkafeld:
Maurer, Tischler, Zimmerer, Kraftfahrzeugtechnik, Hafner, Platten- und Fliesenleger, Metalltechnik
- Berufsschule Oberwart: Elektrotechnik

„Lehrlinge und Ausbilder waren mit vollem Eifer bei der Sache und haben ihr Bestes gegeben“, freut sich Honorarkonsul Peter Nemeth, Präsident der Wirtschaftskammer Burgenland, über das große Engagement der Jugendlichen im Rahmen der Lehrlingsshow. „Genau solche Jugendlichen braucht das Land um den Fachkräftenachwuchs zu sichern. Viele interessierte Jugendliche und Eltern haben außerdem die Chance genutzt, den Lehrlingen über die Schultern zu schauen, um sich über Berufsbilder, Ausbildungsmöglichkeiten und den Lehrlingsalltag zu informieren“, so Nemeth.

Neben der Lehrlingsshow, die als erste Berufsinformation dient, unterstützt die Wirtschaftskammer Burgenland Jugendliche



Auch Lehrlinge aus der Landesberufsschule Eisenstadt zeigten, was sie können.

bei der Suche nach dem richtigen Lehrberuf und der optimalen Lehrstelle mit einem umfassenden Beratungs- und Serviceangebot. Von der Bildungs- und Karriereberatung bis hin zur Lehrstellenbörse.

Mit Stichtag 31. Dezember 2012 wurden im Burgenland 2798 Lehrlinge ausgebildet. Einen leichten Rückgang gab es bei den Lehrlingseinstellungen. Mit 906 Lehrlingen haben sich um vier Jugendliche weniger für eine Lehre entschieden als im Jahr 2011.

Beinahe jeder zweite Lehrling absolviert seine Ausbildung in einem Gewerbe- und Handwerksbetrieb. Mit 1319 Lehrlingen steht diese Sparte traditionell an der Spitze, gefolgt von den Branchen Handel mit 358 Lehrlingen und Tourismus mit 227 Lehrlingen. Die Industrie bildet im Burgenland 208

Lehrlinge aus, die Sparte Information und Consulting 32. Mit Jahresende 2012 bildeten insgesamt 985 Betriebe Lehrlinge aus.

Regional gesehen ist Oberwart der stärkste Bezirk mit 742 Lehrlingen und 207 Lehrbetrieben, gefolgt von den Bezirken Eisenstadt mit 597 Lehrlingen und 202 Lehrbetrieben und Neusiedl mit 454 Lehrlingen und 177 Lehrbetrieben. Im Jahr 2012 traten 1496 Lehrlinge zu Lehrabschlussprüfungen an. 1264 bestanden die Prüfung, davon 282 mit gutem Erfolg und 154 mit Auszeichnung. Die Erfolgsquote liegt damit bei 84,5 Prozent. Einen buchstäblichen Run gab es im vergangenen Jahr auf den „Dokortitel der Wirtschaft“ – den Meistertitel. 287 Kandidaten – mehr als je zuvor – feierten 2012 ihre bestandene Meister- oder Befähigungsprüfung. ■

Bernstein. Das Gold des Nordens.

Die Wiederentdeckung der Bernsteinstraße von
19. April bis 27. Oktober 2013 auf Schloß Halbturn



Foto: Kulturverein Schloß Halbturn

Der Höhepunkt in der Ausstellung ist der großartige Nachbau des berühmten Bernsteinzimmers.

Im Barockschloß Halbturn wurde am 18. April durch Landeshauptmann Hans Niessl die Jahresausstellung „Bernstein. Das Gold des Nordens.“ mit zahlreichen Gästen feierlich eröffnet. Die Ausstellung widmet sich vor allem der großen Bernsteinstraße, dem vor 5000 Jahren entstandenen ersten wintersicheren Handelsweg zwischen Norden und Süden.

Der Höhepunkt in der Ausstellung ist der großartige Nachbau des berühmten Bernsteinzimmers. Das Originalzimmer mit einer kompletten Wandvertäfelung aus Bernstein wurde 1701 vom kunstsinnigen König Friedrich Wilhelm I. in Auftrag gegeben und später von dessen Sohn an den russischen Zaren Peter den Großen verschenkt. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges gilt das sogenannte 8. Weltwunder als spurlos verschwunden und es ranken sich viele Legenden darum. Im Schloß Halbturn hat man nun die Möglichkeit, dieses berühmte Zimmer direkt zu bestaunen.

Am Eröffnungsabend begrüßte Hausherr Markus Graf zu Königsegg-Aulendorf gemeinsam mit Tourismuslandesrätin Michaela Resetar und Bürgermeister Markus Ulram rund 200 prominente Gäste, darunter Mariya Tauschitz von Art Vision, Otto Potsch (Der Magier aus dem Weinviertel), Niko Potsch (Felsenmuseum), Franz Humer (Amt der NÖ Landesregierung), Direktor Eduard Pollhammer (Archäologischer Park Carnuntum), HR. Vera Hammer (NHM Wien) und Vertretern der Botschaft Lettland und Estland und vielen mehr. Landesarchäologe Mag. Hannes Herdits vom Burgenländischen Landesmuseum sowie der Kurator Georg Halbgebauer sprachen zum Thema Bernsteinstraße.

Bevor Baronin Marietheres Waldbott Bassenheim, Obfrau des Kulturvereins Schloß Halbturn, ihre Dankesworte sprach, erzählte Markus Zohner von seiner aufregenden neunmonatigen Wanderung entlang der Bernsteinstraße von Venedig nach St. Petersburg.

Seine Fotodokumentation ist mit Tagebuchtexten dieser Reise in der Ausstellung zu bewundern.

Nach der offiziellen Eröffnung durch Landeshauptmann Hans Niessl, der Schloß Halbturn als kulturelle und touristische Visitenkarte würdigte, führte Kurator Georg Halbgebauer die Gäste persönlich durch die Welt des Bernsteins. Das fossile Harz fasziniert seit Jahrtausenden und war zeitweilig wertvoller als Gold.

Bernsteinschmuck, historische Kostüme, großartige Fotografien von Inkluden des Künstlers Otto Potsch, ein Segelschiff oder etwa Tabakutensilien aus Bernstein gefertigt gaben gestern den Ehrengästen genug Gelegenheit, dieses kostbare Harz unter die Lupe zu nehmen.

BesucherInnen der Jahresausstellung auf Schloß Halbturn haben bis 27. Oktober 2013 die Möglichkeit, die Bernsteinstraße wieder zu entdecken.

■ <http://www.schlosshalbturn.com>

Die »Miss Burgenland« kommt aus Eisenstadt

Ende März wurde im Pannonia Tower Hotel in Parndorf die „Miss Burgenland 2013“ gesucht. Fündig wurden die Juroren in der Landeshauptstadt. Die 18jährige Eisenstädterin Julia Kraft setzte sich gegen elf Mitbewerberinnen durch und vertritt nun das Burgenland bei der Wahl zur „Miss Austria 2013“ am 23. Juni in Baden.

Zwölf Bewerberinnen aus dem ganzen Land wurden nach einem ersten Casting zur Wahl der „Miss Burgenland 2013“ am 23. März nach Parndorf eingeladen. Unter den fachmännischen Argusaugen der zwölfköpfigen Jury (prominent besetzt mit unter anderem Gitta Saxx, Schwimmerin Fabienne Nadarajah und „Miss Burgenland 2012“ Theresa de Monte) mußten die Finalistinnen zwei Durchgänge auf dem Laufsteg absolvieren, einmal in eleganter Abendmode und einmal in Badebekleidung, sowie sich einer Interviewrunde mit Moderator Dieter Chmelar stellen. Die schlagfertige Julia Kraft setzte sich gegen die Mitbewerberinnen durch und wurde zur „Miss Burgenland 2013“ gekrönt.

Die 18jährige Schülerin hat derzeit zwar viel um die Ohren, nahm sich aber dennoch die Zeit, um von Bürgermeister Thomas Steiner die offiziellen Glückwünsche ihrer Heimatstadt entgegen zunehmen. „Ich bin



Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Eisenstadt

Bürgermeister Thomas Steiner gratulierte der »Miss Burgenland 2013« Julia Kraft.

sehr stolz, daß heuer eine Eisenstädterin zur „Miss Burgenland“ gewählt wurde und gratuliere Julia von ganzem Herzen. Bei der Wahl zur „Miss Austria“ im Sommer wird sie ebenfalls eine gute Figur machen“, ist der Bürgermeister von der neuen „Miss Burgen-

land“ überzeugt. Die „Miss Austria Wahl“ findet am 23. Juni im mondänen Rahmen des Grand Casino in Baden statt. Hier treten die Erst- und Zweitplatzierten der Länderwahlen an, um die österreichische Vertreterin für die Wahl zur „Miss World“ zu ermitteln. ■

Storchenpostkarten von Sabine König im Kunsthaus Rust

Das Kunsthaus Rust hat 2012 die Idee von künstlerisch gestalteten Postkarten über die Störche des Burgenlandes während der erfolgreichen Ausstellung der Fotokünstlerin Sabine König geboren. Am 4. Mai präsentiert das Kunsthaus Rust exklusiv die neue Kunst-Karten- Edition in Kooperation mit Sabine König.

Meistens posieren Sportgrößen wie Marcel Hirscher, Franz Klammer, Hermann Maier, Roman Hagara, Anna Fenninger u.v.m. vor der Linse von Starfotografin Sabine König. Als aktive Naturschützerin stehen aber auch Berggorillas, Großkatzen, Elefanten oder Adler im Focus von Sabine König. Doch diesmal hat sie zu ihren absoluten Stars keine geringeren als die Störche im Burgenland – Rust und Umgebung – erkoren. Von der Ankunft der Störche im Frühling über die Aufzucht der Jungen bis hin zum Abflug in den Süden hat Sabine König teils berührende, teils witzige und ausdrucksstarke Interaktionen des Meister Adebars eingefangen und in ansprechenden künstlerischen Bildern umgesetzt.



Foto: Sabine König

In Form von eigens gestalteten Storchenpostkarten sind diese Werke nun für jedermann zu erwerben, zu sammeln oder sie als Botschafter Burgenlands in die ganze Welt fliegen zu lassen. Zudem werden 50 Cent

pro verkaufter Karte an den Ruster Storchenverein und die Pflegestation weitergeleitet.

Eine sehr gelungene Kombination von Kunst und Naturschutz!

<http://www.kunsthausrust.at>

Minderheitenpreis an Dalai Lama

Luis Durnwalder: Ein gewonnener Kampf an der Minderheitenfront ist einer, der nur Gewinner kennt und keine Verlierer.

Bereits zum vierten Mal ist der Dalai Lama in Südtirol zu Gast, dessen Autonomie-Modell von den Vertretern der Exil Tibeter in den letzten Jahren im Detail studiert worden ist. Diesmal, am 9. und 10. April, war der Besuch allerdings weniger ein Studienaufenthalt: „Wir sind hoch erfreut, daß der Dalai Lama uns die Ehre erweist und den Südtiroler Minderheitenpreis persönlich entgegen nimmt“, so Landeshauptmann Durnwalder, der den hohen Besuch am Flughafen Bozen empfangen hatte. „Wir empfinden die Zuerkennung dieses Preises als kleinen Beitrag, den unermüdlichen Einsatz des Dalai Lama um die Tibeter zu würdigen und ihn dafür zu ehren, daß er stets nach friedlichen Lösungen für das Tibet-Problem gesucht hat“, so Durnwalder.

Alle zwei Jahre vergibt die Landesregierung den Südtiroler Minderheitenpreis an Persönlichkeiten oder Organisationen, die sich besonders um den Schutz und die Förderung von Minderheiten verdient gemacht haben. In diesem Jahr ging der Preis an Tenzin Gyatso, den 14. Dalai Lama, das geistliche und bis vor zwei Jahren auch weltliche Oberhaupt der Tibeter. In einer feierlichen Verleihung im Innenhof des Palais Widmann in Bozen wurde der mit 20.000 Euro dotierte Preis dem Dalai Lama persönlich überreicht.

Kampf um eigene Rechte und Identität

Landeshauptmann Durnwalder hob in seiner Laudatio hervor, daß es zwar große Unterschiede zwischen Tibet und Südtirol gebe, daß beiden aber der Kampf um die eigenen Rechte und den Erhalt der eigenen Identität gemeinsam sei. „Wir hatten dabei das Glück, auf demokratische Kräfte zählen zu können, die uns den Weg zur Autonomie ermöglicht haben.“ Andernorts würde Minderheiten keine auch nur annähernd ähnliche Aufmerksamkeit zuteil. „Das Anders-Sein wird dort als Provokation aufgefaßt, auf die mit Unterdrückung reagiert wird“, so Durnwalder. Damit auf diese Unterdrückung nicht mit Gewalt von Seiten der Minderheit geantwortet werde, brauche es Führungspersönlichkeiten, die Gewaltlosigkeit und Toleranz vorlebten. Der Dalai Lama sei eine solche Persönlichkeit, die stets auf Diplomatie, Sanftmut, Großmut und Herzlichkeit gesetzt



Foto: Dikom/Perth

Mittlerweile ein Südtirol-Freund: der Dalai Lama wurde von LH Durnwalder am Flughafen Bozen empfangen.

habe. „Sie, Eure Heiligkeit, sind der beste Botschafter der Gewaltlosigkeit“, so der Landeshauptmann.

Durnwalder unterstrich zudem, daß Minderheiten einander unterstützen müßten, und zwar auch dadurch, daß man Vorbilder biete. „Unser Autonomie-Modell ist ein solches Vorbild, weil es das Beispiel eines gewonnenen Kampfes um die Rechte der Minderheiten ist.“ Südtirol sei zudem ein Beispiel – „nicht das Beispiel“, wie Durnwalder betonte – für das friedliche Zusammenleben verschiedener Sprachgruppen und damit so etwas wie ein Freiluftlabor für die Lösung von Minderheitenfragen.

Der Landeshauptmann betonte zudem, daß sich der diesjährige Minderheiten-Preisträger von den bisherigen (Gottscheer-Vertreter August Gril sowie Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen FUEV) unterscheide. Hätte er in den ersten beiden Fällen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf Minderheiten und deren Anliegen gelenkt, sei diese im Falle Tibets schon gegeben. „Es geht vielmehr darum, Ihnen, Eure Heiligkeit, zu zeigen, daß auch andere Minderheiten Ihren Kampf aufmerksam verfolgen und Ihren Weg der konsequenten, der bedingungslosen

Gewaltlosigkeit unterstützen“, so Durnwalder. Und es gehe darum, anhand des Südtiroler Beispiels zu zeigen, daß sich Einsatz, Beharrlichkeit, Prinzipientreue und das feste Vertrauen in den gewaltlosen Weg lohne, weil es ein Beispiel eines gewonnenen Kampfes sei. „Wir möchten mit diesem Preis allen Beteiligten, Minderheiten wie Mehrheiten, vor Augen führen, daß ein gewonnener Kampf an der Minderheitenfront einer ist, der nur Gewinner kennt und keine Verlierer“, so Durnwalder.

Drei Leitlinien

Der Dalai Lama nannte die Zuerkennung des Preises eine große Ehre, auch weil er von einem kleinen Volk komme, mit dem die Tibeter eine enge Freundschaft entwickelt hätten. Er unterstrich, daß der Kampf der Tibeter einer echten Autonomie gelte, in der sie ihre Fähigkeiten und ihre Kreativität auspielen könnten. Dies in einer Demokratie, die zwar Schwächen habe, trotzdem aber das beste politische System sei. Ausführlich ging der Dalai Lama auf die drei Leitlinien ein, denen er sein Leben gewidmet habe. Die erste davon sei die Erkenntnis, daß alle Menschen gleich seien. „Schließlich streben

Aus Südtirol

alle Menschen gleichermaßen nach einem glücklichen Leben“, so der Dalai Lama, der zudem dafür plädierte, alles daran zu setzen, die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen.

Als zweite Leitlinie nannte er die Harmonie zwischen den Religionen. „Diese Harmonie ist nicht etwa eine Utopie, sondern in vielen Teilen der Welt bereits Realität“, so der Dalai Lama. Möglich sei dies nicht zuletzt deshalb, weil auch alle Religionen letztendlich die gleichen Ziele verfolgten: die Förderung der Liebe, des Mitleids, der Toleranz und des Respekts. Leitlinie Nummer drei sei schließlich der Kampf um die Erhaltung der tibetischen Kultur, die wiederum im Buddhismus gründe und damit auf den Prinzipien der Gewaltlosigkeit und des Friedens basiere.

Im Anschluß an die Überreichung des Südtiroler Minderheitenpreises haben sich der Dalai Lama und Landeshauptmann den Medien gestellt.

Der Dalai Lama betonte dabei die wichtige Rolle der Medien in Minderheitenfragen: „Den Journalisten kommt bei der Durchsetzung der Menschenrechte eine wichtige Rolle zu: Sie müssen die Menschen informieren und objektiv berichten. Die Medien sind wie ein Rüssel, der alles aufsaugt und die Wahrheit weitergibt.“ Zur Verleihung des Minderheitenpreises meinte der Dalai Lama, daß es zwischen den Tibetern und den Südtiroler Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten gebe und gerade aus diesem Grund der Preis einen besonderen Stellenwert habe. „Ich kenne Südtirol und den Landeshauptmann, den ich für seinen ‚starken‘ Charakter schätze, schon sehr lange und sehe in dem Preis eine ehrlich und ernst gemeinte Ehrung“, unterstrich der Dalai Lama.

Landeshauptmann Luis Durnwalder wies auf Nachfrage darauf hin, daß es bisher von chinesischer Seite noch keine Protestnote wegen des Besuches des Dalai Lama bzw. der Verleihung des Südtiroler Minderheitenpreises gegeben habe. Dies sei bei den bisherigen drei Besuchen anders gewesen, so der Landeshauptmann.

Der Dalai Lama bezog während der Pressekonzferenz zu zahlreichen weiteren Themen wie Nordkorea, dem Verhältnis zur chinesischen Regierung, der Verbreitung des Buddhismus oder den Selbstverbrennungen seiner Landsleute Stellung. Zu letzterem sagte er: „Ich habe zu dieser Form des Protests bereits mein Bedauern geäußert, weil ich die Sinnhaftigkeit bezweifle. Deshalb würde ich auch nie zu einer derartigen Form des Pro-



Für seinen gewaltlosen Kampf für Minderheitenrechte ausgezeichnet: LH Durnwalder überreicht dem Dalai Lama den Südtiroler Minderheitenpreis.



Fotos: Dikom/Pertl

Der Dalai Lama als frischgebackene Minderheiten-Preisträger im Kreise der Südtiroler Landesregierung

tests aufrufen. Aber die Menschen, die sich verbrennen, haben diese Entscheidung aus Überzeugung getroffen. Ich kann zwar Empfehlungen dagegen abgeben, kann dadurch aber nicht alle Menschen beeinflussen oder davon abhalten.“

Auch zur aktuellen Situation in Korea bezog der Dalai Lama Stellung: „Man kann kein Problem mit Gewalt lösen. Heute noch viel weniger als früher. Für Korea gilt wie für alle anderen Konflikte, daß nur die Diskussion und die Argumentation zu einer tragfähigen Lösung führen kann. Konflikte müssen gewaltfrei durch Zusammenarbeit, Mitleid, Liebe und Verständnis gelöst werden.“

Die Rolle der chinesischen Regierung gegenüber Tibet ist vom Dalai Lama eben-

falls analysiert worden: „Die chinesischen Regierungen haben in den vergangenen Jahrzehnten Tibet gegenüber immer wieder eine andere Ausrichtung vertreten. Einmal war diese Ausrichtung ideologisch, einmal wirtschaftlich. Wir streben seit 60 Jahren eine Autonomie an. Auch China kann sich auf lange Sicht dem Wandel der Welt nicht verschließen. Diese ist in den vergangenen Jahrzehnten demokratischer geworden. Seit Anfang der 1980er-Jahre hat es auch in der chinesischen Regierung eine Öffnung gegeben, aber leider sind diese Ansätze nicht vertieft worden, die Situation hat sich danach verschlechtert. Aber es gibt aus der chinesischen Kulturgesellschaft immer mehr Veröffentlichungen und Äußerungen, die unseren Weg unterstützen. Das sind wichtige Zeichen.“ ■

Arbeitsbeziehungen

Sozialer Dialog in Europa neuem Bericht zufolge unter Druck

Die andauernde Wirtschaftskrise stellt eine ernsthafte Herausforderung für den Dialog zwischen Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Regierungen dar. Dies ergibt sich aus einem am 11. April von der Europäischen Kommission veröffentlichten Bericht. Aus dem Bericht geht hervor, daß die jüngsten staatlichen Reformen nicht immer mit einem funktionierenden sozialen Dialog einhergingen, woraus zunehmend konfliktbeladene Arbeitsbeziehungen in Europa resultieren.

László Andor, Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration, erklärte: „Der soziale Dialog ist vor dem Hintergrund einer schwachen makroökonomischen Nachfrage, von Steuererhöhungen und staatlichen Ausgabenkürzungen zunehmend unter Druck. Wir müssen die Rolle der Sozialpartner auf allen Ebenen stärken, wenn wir diese Krise überwinden und die Vorzüge des europäischen Sozialmodells erhalten wollen. Nur mit einem gut strukturierten sozialen Dialog können wir den demografischen Wandel bewältigen und bessere Arbeitsbedingungen und einen stärkeren sozialen Zusammenhalt schaffen. Der soziale Dialog in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten ist derzeit deutlich schwächer ausgeprägt und muß gestärkt werden.“

Problemlösungspotential des sozialen Dialogs kann helfen, Krise zu überwinden

Die Einbeziehung von Arbeitnehmer und Arbeitgebervertretern – den „Sozialpartnern“ – bei staatlichen Reformen ist entscheidend, da Lösungen im Rahmen des sozialen Dialogs in der Regel größere gesellschaftliche Akzeptanz finden und in der Praxis leichter umsetzbar und weniger konfliktträchtig sind. Einvernehmliche Vereinbarungen unter Einbeziehung der Sozialpartner tragen also zur langfristigen Nachhaltigkeit wirtschaftlicher und sozialer Reformen bei. Ein gut strukturierter sozialer Dialog kann effektiv dazu beitragen, die wirtschaftliche Widerstandskraft Europas zu stärken. In Ländern, in denen der soziale Dialog fest etabliert ist und starke Strukturen für Arbeitsbeziehungen bestehen, ist im allgemeinen die wirtschaftliche und soziale Situation stabiler und weniger unter Druck. Das Problemlösungspotential des sozialen



Foto: European Union, 2013

László Andor, Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration

Dialogs kann dazu beitragen, die aktuelle Krise zu überwinden. Der neue Bericht zeigt, wie die Ergebnisse des europäischen sozialen Dialogs einen deutlichen Einfluß auf das Arbeitsleben der Menschen in Europa haben können, etwa durch die Verbesserung von Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz sowie der Arbeitsbedingungen.

Angesichts der staatlichen Ausgabenkürzungen in vielen Mitgliedsstaaten konzentriert sich der Bericht auf Arbeitsbeziehungen im öffentlichen Sektor (öffentliche Verwaltung, Bildungs- und Gesundheitswesen). Bei der Umstrukturierung des öffentlichen Sektors haben die Regierungen hauptsächlich auf Effizienzgewinne geachtet. Einige Länder gehen weiterhin so vor, verwenden dabei aber einen ausgewogeneren Ansatz, der weniger Konflikte auslöst und Spielraum für zwischen Gewerkschaften und öffentlichem Arbeitgeber ausgehandelte gemeinsame Lösungen bietet. Anderswo wurde bei der Umsetzung der Entscheidungen häufig der soziale Dialog außer Acht gelassen. Dieser Trend ist nicht auf diejenigen Länder beschränkt, die finanzielle Unterstützung von der EU und dem Internationalen Währungsfonds erhalten. In vielen Mitgliedsstaaten haben Steuererhöhungen und staatliche Ausgabenkürzungen deshalb eine Welle von Arbeitskonflikten ausgelöst und gezeigt, wie umstritten einige der Reformmaßnahmen sind, die ohne sozialen Dialog eingeführt wurden.

Mittel- und osteuropäische Länder

In dem Bericht wird auch die Situation des sozialen Dialogs in Mittel- und Osteuropa analysiert. Zwar gibt es große Unterschiede zwischen den Ländern der Region, aber in allen – mit der bemerkenswerten Ausnahme Sloweniens – sind die Strukturen der Arbeitsbeziehungen schwach und zersplittert. Einige Reformen unterminieren die Einbeziehung der Sozialpartner bei Veränderungen sogar noch. Der Bericht zeigt, daß die Wiederbelebung der nationalen Systeme der Arbeitsbeziehungen und die Förderung und Wiederherstellung einer Konsenskultur von wesentlicher Bedeutung dafür ist, die langfristige Nachhaltigkeit der aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Reformen zu gewährleisten.

Andere im Bericht untersuchte Aspekte sind die Einbeziehung der Sozialpartner bei der Reform von Arbeitslosenversicherung und Rentensystemen sowie beim Übergang zu einer nachhaltigeren und weniger von fossilen Brennstoffen abhängigen Wirtschaft. Während in Ländern wie Belgien, Frankreich, den Niederlanden und Spanien Gewerkschaften in den Prozeß der Rentenreformen einbezogen waren, ist die Rolle der Sozialpartner anderswo äußerst gering, was zu Konflikten führt. In bezug auf den Klimawandel belegt der Bericht, daß die Sozialpartner in diesem Bereich aktiver geworden sind und ihre Einstellung zur „Grünen Agenda“ zunehmend positiv ist. ■

Rekorddaten im Tourismus

3. Tourismuskonferenz von Bund und Ländern – Tourismusstrategie und Tourismuswerbung zeigen Wirkung - Aktuelle Arbeitsmarktdaten beweisen: Tourismuswirtschaft ist krisenfester Beschäftigungsmotor

Foto: BMWFJ/ Martin Steiger



v.l.: Vorarlbergs Landesstatthalter Karlheinz Rüdiss, Tourismusminister Reinhold Mitterlehner und ÖW-Chefin Petra Stolba

Unsere vor drei Jahren gestartete Tourismusstrategie hat sich hervorragend bewährt. Durch ein abgestimmtes Vorgehen stärken wir Österreichs Position im internationalen Wettbewerb und können unsere Marktanteile gemeinsam ausbauen“, sagte Wirtschafts- und Tourismusminister Reinhold Mitterlehner am 25. April zum Auftakt der 3. Tourismuskonferenz in Bregenz im Rahmen eines Pressegesprächs mit Vorarlbergs Landesstatthalter Karlheinz Rüdiss und Petra Stolba, der Geschäftsführerin der Österreich Werbung.

„Der Tourismus hat die Krise besser überstanden als die meisten anderen Branchen und ist eine wichtige Konjunkturstütze. Auf Basis einer aktuellen Wifo-Einschätzung rechnen wir auch 2013 mit mehr Gästen und Nächtigungen und vor allem mit einem Plus bei den Umsätzen“, so Mitterlehner. „Unsere Tourismusstrategie setzt die richtigen Rahmenbedingungen: Auf dieser Basis erschließen unsere Betriebe neue Angebote und Märkte und forcieren den Ganzjahrestourismus.“ Diese Entwicklung zeige sich auch an den Rekorddaten der bisherigen Wintersaison. „Eine günstige Feiertagskonstellation, gute Schneeverhältnisse und stimmige Angebote festigen Österreichs Ruf als Wintersportdestination Nummer 1.“

Österreich wirbt verstärkt mit Kultur um Gäste

Laut dem neuen Expertenbericht zur Tourismusstrategie kann Österreich seine Marktanteile inmitten des stärkeren internationalen Wettbewerbs halten und sind trotz des erreichten hohen Niveaus auch in Zukunft moderate Wachstumsraten zu erwarten. „Voraussetzung dafür ist, daß die Internationalisierung weiter vorangetrieben wird, die Angebotsstruktur sich entsprechend ausrichtet und insbesondere Kurz- und Kulturlauber verstärkt angesprochen werden“, sagt Mitterlehner. „Um unsere Wachstumspotentiale voll auszuschöpfen, soll daher auch der Kulturtourismus eine Hauptrolle spielen. Mit der einzigartigen Mischung aus Hochkultur, Sehenswürdigkeiten, Kulinarik, Brauchtum und Lebenskultur hat Österreich hervorragende Chancen am Markt“, so Mitterlehner. „Zudem fördern wir auch den österreichischen Film als Imageträger.“

In diesem Sinne steht 2013 auch bei der Österreich Werbung im Zeichen des Alleinstellungsmerkmals Städte und Kultur: „Insbesondere in Fernmärkten wie Japan, China, USA und Australien aber auch in Spanien, Frankreich und Italien setzen wir in der Marketingkampagne einen Fokus auf Kultur. In Deutschland und der Schweiz gibt es dazu

zusätzlich Kurzreisekampagnen“, so ÖW-Geschäftsführerin Petra Stolba. Dank einer Förderung des Wirtschaftsministeriums kann die ÖW auch im Inland einen Schwerpunkt setzen: „Hören.Schauen.Staunen. Kultur in Stadt und Land.“ lautet der Titel der neuen Inlandskampagne, die bis Mitte August läuft.

Neuer Unternehmerfonds bietet zinsfreien Kredit für Betriebsübernehmer

Bei der 3. Tourismuskonferenz besprechen Bund und Länder auch die Erleichterung von Betriebsübergaben. Bis 2020 stehen laut einer Schätzung der KMU-Forschung Austria rund 2000 Hotels in Österreich zur Übergabe an, 80 Prozent davon sind Familienbetriebe. „Daher wollen wir einen neuen Unternehmerfonds schaffen, der bei größeren Investitionen anlässlich einer Betriebsübernahme hilft. Das soll Investitionen und Innovationen unterstützen“, so Mitterlehner.

Konkret erfolgt die Finanzierung über einen zinsfreien ERP-Kredit, der von der Österreichischen Hotel- und Tourismusbank (ÖHT) in einer Bandbreite von 350.000 bis zu einer Million Euro an Kreditvolumen abgewickelt wird. Dabei übernimmt der Bund zur Besicherung die Haftung für 80 Prozent der Kreditsumme, während die Länder in den

Wirtschaft

ersten zehn Jahren der Laufzeit den Zinsendienst übernehmen. Für diese Unterstützung stehen zehn Millionen Euro zur Verfügung.

Chancen des E-Tourismus in Zukunft besser nützen

Ein wichtiger Schwerpunkt der Tourismuskonferenz liegt auf dem Forcieren des E-Tourismus. Auf Basis einer vom Wirtschafts- und Tourismusministerium bei der TU-Wien beauftragten Studie schlägt Mitterlehner mehrere Stoßrichtungen zur weiteren Diskussion und Abstimmung vor: „Österreich Werbung und Landestourismusorganisationen könnten ihre Datenstruktur harmonisieren, um eine zentrale Aufbereitung und Weiternutzung zu ermöglichen. Darüber hinaus soll die ÖW-Homepage zur „Österreich-Suchmaschine“ ausgebaut und alle österreichischen buchbaren Online-Angebote für Gäste einfach und direkt verfügbar gemacht werden“, so Mitterlehner.

Vorarlberg als ideale Bühne für 3. Tourismuskonferenz

Vorarlberg bietet mit den Bregenzer Festspielen, der Schubertiade, dem Kunsthhaus, der vielfach ausgezeichneten und international anerkannten Architektur, dem traditionellen Brauchtum sowie der lebendigen zeitgenössischen Kulturszene die ideale Bühne für die Tourismuskonferenz 2013, bei der Bund, Länder und Branchenvertreter zusammenkommen. „Kulturtourismus hat in Vorarlberg einen hohen Stellenwert, um Besuchern und Gästen ein vielfältiges, qualitativ hochwertiges und abgerundetes Angebot bieten zu können. Insbesondere mit dem Ziel der Forcierung des Ganzjahrestourismus werden unsere Bestrebungen auch in Zukunft darauf ausgerichtet sein, die Schnittstelle zwischen Kultur und Tourismus weiter zu stärken“, sagt Vorarlbergs Landesstatthalter Karlheinz Rüdissler.

Kooperationen im touristischen Netzwerk, und dafür steht der Tourismusstrategieprozeß, sind enorm wichtig, um die Wettbewerbsfähigkeit des Tourismusstandorts Österreich langfristig zu sichern. Dazu Rüdissler: „Der von Bundesminister Mitterlehner eingeleitete Strategieprozeß mit jährlich stattfindenden Tourismuskonferenzen hat sich in den vergangenen Jahren sehr bewährt. In enger Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern wurden und werden aufeinander abgestimmt touristische Handlungsfelder und Maßnahmen erarbeitet, die eine wichtige Arbeitsgrundlage bilden. Strategische Weichen werden gemeinsam gestellt.“

Positives Signal für Gesamtwirtschaft

„Mit den neuerlichen Höchstwerten für die bisherige Wintersaison zeigt die Tourismuswirtschaft einmal mehr, daß sie eines der wichtigsten Zugpferde der österreichischen Wirtschaft ist und setzt zudem mit den Ergebnissen ein positives Signal für unsere Gesamtwirtschaft“, kommentiert Hans Schenner, Obmann der Bundessparte Tourismus und Freizeitwirtschaft in der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), die von der Statistik Austria veröffentlichte Bilanz für die bisherige Wintersaison 2012/13. Demnach legte die Zahl der Nächtigungen von November 2012 bis März 2013 um 5,3 Prozent auf 59,86 Mio. zu, jene der Ankünfte stieg um 3,6 Prozent auf 14,85 Mio. Zurückzuführen ist das positive Nächtigungsergebnis vorwiegend auf die Zunahme der Nächtigungszahl von ausländischen Gästen (46,65 Mio.; +6,7 Prozent), aber auch die Zahl der inländischen Gästennächtigungen stieg um 0,7 Prozent auf 13,21 Mio. „Die positiven Ergebnisse sind für mich ganz klar das Ergebnis der verstärkten Zusammenarbeit von Bund und Ländern auf Basis der Tourismusstrategie von Wirtschaftsminister Mitterlehner sowie der effektiven Tourismuswerbung der ÖW und den Verbänden“, so Schenner anlässlich der Tourismuskonferenz in Bregenz.

Erfreut über Nächtigungsplus der wichtigsten Herkunftsmärkte

Besonders erfreut zeigt sich Schenner über das Nächtigungsplus der Gäste aus dem wichtigsten Herkunftsmarkt Deutschland mit einer Steigerung von 11 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (November bis März) auf knapp 24 Mio. Nächtigungen. Positiv auch die Nächtigungsentwicklung der Gäste aus dem Vereinigten Königreich mit einer Steigerung von 6,9 Prozent auf knapp 2 Mio. Nächtigungen, jener aus der Schweiz mit plus 6 Prozent auf rund 1,9 Mio. Nächtigungen sowie jener aus Rußland mit plus 11,5 Prozent auf 1,25 Mio. Nächtigungen von November 2012 bis März 2013.

Über ein tolles Ergebnis konnten sich die Skigebiete – vor allem in Westösterreich – freuen, wo es Nächtigungs-Zuwächse bis zu zehn Prozent gab. Ungebrochen zeigt sich auch in der heurigen Wintersaison, so Schenner, der Trend zum Thermen- und Städtetourismus. So konnte Wien seine starke Position bei Nächtigungen im Vergleich zum Vorjahr sogar ausbauen (+ 6 Prozent und 4,3 Mio. Nächtigungen). Auffallend sei, daß die Nächtigungen in jenen Bundesländern, de-

ren Anteil an inländischen Gästen traditionell hoch ist, wie etwa Niederösterreich oder Oberösterreich, leicht rückläufig sind, analysiert Schenner.

Tourismusbranche ist attraktiver Arbeitgeber und verlässlicher Partner

Angesichts der stetig wachsenden Nächtigungszahlen festigte, so Schenner, der Tourismus auch seine besondere Stellung als krisenfester Beschäftigungsmotor der heimischen Wirtschaft, denn: „Nicht nur die Nächtigungszahlen, auch die Arbeitsmarktdaten geben Grund zur Freude.“ Gemäß Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger gab es in der Wintersaison 2012 – 2013 (Dezember 2012 bis März 2013) rd. 207.121 Beschäftigte (ohne Geringfügig Beschäftigte). Dies sind im Durchschnitt um 7765 Beschäftigte mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres und bedeutet die höchste Steigerung seit fünf Saisons. „Diese Zahlen zeigen, daß die Menschen ihre Chancen im Arbeitsmarkt des Tourismus erkennen und daß unsere Branche ein verlässlicher Partner und attraktiver Arbeitgeber ist“, zeigt sich Schenner zufrieden.

59,86 Mio. Nächtigungen und 14,85 Mio. Gäste

In der bisherigen Wintersaison 2012/13 (November 2012 bis März 2013) nahm laut vorläufigen Ergebnissen von Statistik Austria die Zahl der Nächtigungen um 5,3 % auf 59,86 Mio. zu, jene der Ankünfte stieg um 3,6 % auf 14,85 Mio. Das positive Nächtigungsergebnis ist vorwiegend auf die Zunahme der Nächtigungszahl von ausländischen Gästen zurückzuführen (46,65 Mio.; +6,7%); die Zahl der inländischen Gästennächtigungen stieg leicht um 0,7% auf 13,21 Mio. Damit liegen neuerlich Höchstwerte vor, wenngleich eine Gesamteinschätzung der laufenden Wintersaison erst mit Vorliegen des Aprilergebnisses möglich ist, da diesjährig die gesamte Karwoche in den März, im Vorjahr aber in den April fiel. In der bisherigen Wintersaison entwickelten sich die Nächtigungen nach den wichtigsten Herkunftsländern durchwegs positiv: Der nächtigungsstärkste Herkunftsmarkt Deutschland erreichte eine Zunahme der Nächtigungen von 11,0% auf 23,97 Mio., weitere Herkunftsländer wie das Vereinigte Königreich (+6,9%; 1,91 Mio.) und die Schweiz (+6,0%; 1,87 Mio.) konnten überdurchschnittlich hohe Zuwächse erzielen. Die Zahl der Nächtigungen in Hotels und ähnlichen Betrieben entwickelte sich in allen Kategorien positiv. ■

Industrie weiter in Warteposition

Startschuß für Erholung verzögert sich – Bank Austria EinkaufsManagerIndex im April mit 47,8 Punkten weiter knapp unter Wachstumsniveau, leichte Abwärtsbewegung seit Jahresbeginn setzt sich fort

Die österreichische Industriekonjunktur kommt aufgrund fehlender Nachfrageimpulse weiter nicht in Fahrt. „Der Bank Austria EinkaufsManagerIndex liegt mittlerweile den zehnten Monat in Folge knapp unterhalb der Neutralitätsgrenze, die Wachstum signalisiert. Zudem hat der Indikator im April den seit dem Jahresbeginn 2013 laufenden leichten Abwärtstrend mit einem Rückgang um 0,3 auf 47,8 Punkte fortgesetzt“, meint Bank Austria Chefvolkswirt Stefan Bruckbauer. Das Umfrageergebnis in Österreich folgt dem Trend europäischer Pendanten: In der Eurozone ist der EinkaufsManagerIndex im April ebenfalls um 0,3 Punkte auf einen jedoch etwas tieferen Wert von 46,5 gesunken und in Deutschland, dem wichtigsten Abnehmer österreichischer Industrieerzeugnisse, liegt der Indikator nach einem etwas stärkeren Rückgang aktuell bei 47,9 Punkten. „Der bei allen europäischen Stimmungsindikatoren für den April etwas überzeichnete Pessimismus hängt wahr-

scheinlich mit den spürbaren Unsicherheiten der zum damaligen Umfragezeitpunkt diskutierten Zypernkrise zusammen, jedoch ändert dies nichts an der Tatsache, daß der österreichischen Industrie derzeit weiterhin die Aufträge fehlen, was zu fortgesetzten Produktionskürzungen führt und sich im April auch in einem Beschäftigungsabbau niedergeschlagen hat. Das schwache Nachfrageumfeld spiegelt sich weiters in sinkenden Preisen und einem hohem Kostenbewußtsein im Lagermanagement wider“, skizziert Bruckbauer die wichtigsten Eckpunkte aus der heimischen Umfrage unter den Einkaufsmanagern des Produktionssektors.

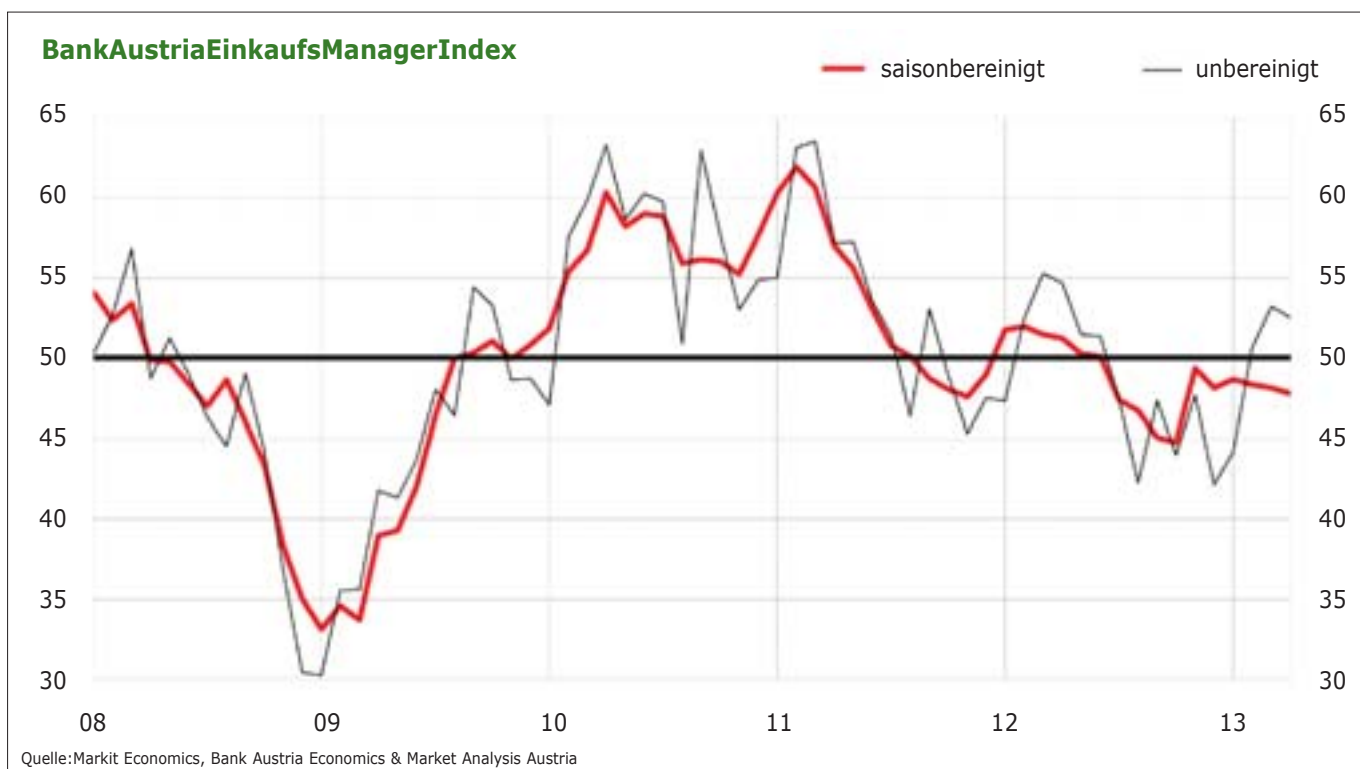
Noch fehlt die nötige Zuversicht

Die Stimmung in der österreichischen Industrie ist angesichts der Verunsicherungen in Europa durch die schwierige Regierungsbildung in Italien und vor allem durch den Umgang mit der Zypernkrise gedämpft.

Noch fehlt die nötige Zuversicht, neue Projekte in Angriff zu nehmen. „Obwohl im Export zaghafte Signale für einen Nachfrageumschwung mit Beginn des zweiten Quartals erkennbar sind, hat sich die Auftragslage insgesamt im April weiter verschlechtert. Folglich haben die heimischen Unternehmen die Produktion gekürzt“ faßt Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl zusammen. Die Produktionsleistung ist im April bereits den fünften Monat in Folge geschrumpft. Der Teilindikator für die Produktion zeigt mit aktuell 48,8 Punkten nach nur 46,9 im Vormonat, daß sich das Tempo der Abnahme jedoch spürbar reduziert hat.

Auftragspolster gingen im April stärker zurück

Die Rücknahme der Produktionskapazitäten konnte die Auftragsrückgänge nicht kompensieren. Die Auftragspolster gingen im April stärker zurück als in den vergangenen sechs Monaten. Zudem reagierten die



Wirtschaft

Unternehmer auf den Mangel an Neugeschäft mit Personalmaßnahmen. Nach dem leichten Zuwachs an Jobs im Vormonat führten erforderliche Anpassungen an die anhaltende Auftragsflaute im April zu Stellenstreichungen im Produktionssektor.

Preise im Einkauf gingen zurück

Das anhaltend schwache Nachfragemfeld machte sich sehr stark in den jüngsten Preistrends bemerkbar. Die Preise im Einkauf gingen bereits das dritte Mal in Folge zurück und der Rückgang war zudem der stärkste seit Juli vorigen Jahres. Infolge der harten Konkurrenz bei zurückhaltendem Kundeninteresse sanken auch die Verkaufspreise den zweiten Monat in Folge – allerdings nur geringfügig. „Seit Jahresbeginn 2013 stärken die Preistrends die Ertragslage der heimischen Unternehmen, da die spürbaren Kostensenkungen im Einkauf nicht in vollem Umfang von den Verkaufspreisen abgeschlagen werden. Zudem wird durch Lagerabbau gezielt versucht, die Kosten- bzw. Ertragslage positiv zu beeinflussen“, meint Pudschedl. Allerdings veränderten sich die Bestände an Fertigwaren im April nicht, da es in vielen Betrieben aufgrund der schwachen Absatzlage sogar zu einem unerwünschten Lageraufbau kam. Die Bestände an Vormaterialien sinken dagegen nun bereits seit einem Jahr und im April sogar mit wieder gesteigertem Tempo, was sich auch in einer kräftigen Rücknahme der Einkaufsmenge widerspiegelte. Aufgrund der verringerten Einkaufstätigkeit der Industriebetriebe verkürzten sich die durchschnittlichen Lieferzeiten der Zulieferer nunmehr den dritten Monat in Folge.

Erhoffte Erholung in der Industrie verzögert sich weiter

Der Bank Austria EinkaufsManagerIndex mit seinem neuerlichen leichten Rückgang im April und der Stagnation seit dem Jahreswechsel 2012/2013 macht im Verbund mit der fehlenden Verbesserung der europäischen Pendants klar, daß sich die erhoffte Erholung in der Industrie weiter verzögert. „Die österreichische Industrie befindet sich auf einem gesunden, international sehr konkurrenzfähigen Fundament – allerdings weiter in Warteposition. Wir sind aber optimistisch, daß die Erholung etwas verspätet im zweiten Halbjahr 2013 in die Gänge kommt und damit die heimischen Industriebetriebe immerhin ein Produktionsplus von 1 Prozent im Jahresdurchschnitt 2013 erreichen können“, so Bruckbauer.

Leitzinssenkung erwartet

Die im April europaweit abermals enttäuschenden EinkaufsManagerIndizes sowie der Rückgang des deutschen IFO-Geschäftsklimaindex erhöhen die Wahrscheinlichkeit, daß die Europäische Zentralbank doch noch weitere Zinsschritte nach unten setzen wird, um die Konjunktur zu unterstützen. Dazu Bruckbauer: „Wir gehen davon aus, daß die Europäische Zentralbank innerhalb der kommenden zwei Monate den Leitzins um 25 Basispunkte auf 0,5 Prozent senken wird, wenn

auch angesichts des bereits niedrigen Zinsniveaus das Potential für eine Stimulierung der realen Wirtschaft mit konventionellen Maßnahmen sehr begrenzt ist“.

Der genaue Zeitpunkt der Zinsentscheidung ist nach Einschätzung der Ökonomen der Bank Austria wesentlich von der Qualität der in den nächsten Wochen eintreffenden Frühindikatoren abhängig, wobei mehr für den Juni spricht, da zu diesem Zeitpunkt bereits die BIP-Daten für das erste Quartal vorliegen. ■

Positive Bilanz zu Biotechnologie-Patenten

Wie eine Studie des WIFO zur Nutzung von Biotechnologie-Patenten in Österreich zeigt, spielen Patente bei der Akquisition und Sicherung der Finanzierung sowie im Aufbau von Kooperationen mit anderen Unternehmen für Österreichs Biotechnologie-Unternehmen eine bedeutende Rolle. Die Finanzierungsfunktion hat vor allem für junge oder neu gegründete Unternehmen außerordentliches Gewicht: Deren Zugang zu Risikokapital und öffentlichen Förderungen hängt maßgeblich davon ab, wieweit sie über geschützte oder schützbar erfindungen verfügen. Im Bereich der Forschung wirkt sich die vermehrte Patentierung von Forschungsergebnissen, anders als oft befürchtet, nicht negativ auf die wissenschaftliche Produktivität der Forschungseinrichtungen aus. Vielmehr melden wissenschaftlich produktivere Forschungseinrichtungen auch häufiger Patente an. Diese Patentanmeldungen ergeben sich dabei zumeist aus Kooperationen mit Unternehmen.

Österreichs Biotechnologie-Unternehmen versuchen, ihre Erfindungen und Märkte durch die Gestaltung ihres Patentportfolios sowie durch die Formulierung der Ansprüche in den Patenten breit zu schützen. Dies wird aber aufgrund des raschen technischen Wandels im Bereich der Biotechnologie und Gentechnik immer schwieriger. In der Biotechnologie bauen Erfindungen stark aufeinander auf. Ein zu weit reichender Erfindungsschutz kann dabei höhere Kosten, etwa durch rechtliche Konflikte, zur Folge haben, aber auch bedeutende und volkswirtschaftlich unerwünschte Einschränkungen der Verbreitung und Anwendung von neuen Erkenntnissen mit sich bringen. Im Streitfall oder wenn eigene Erfindungen von der Nutzung fremder Patente abhängig sind, bevor-

zugen die meisten Unternehmen außergerichtliche Regelungen. Häufig werden solche Abhängigkeiten durch wechselseitige Lizenzierung gelöst. Die Unternehmen sind aber bestrebt, durch detaillierte Analysen des technologischen Umfeldes Konflikte mit bestehenden Patentrechten bereits im Vorfeld zu vermeiden. Dadurch werden solche Probleme frühzeitig abgefangen. Die Ergebnisse der Studie deuten auf Vorteile größerer Unternehmen im Management und der Durchsetzung von Patentrechten hin.

Keine Hinweise gibt es auf eine maßgebliche Beeinträchtigung der Forschungstätigkeit von Unternehmen oder Forschungseinrichtungen durch geschützte Forschungswerkzeuge (z. B. Antikörper, Zelllinien). Unternehmen wie auch Forschungseinrichtungen prüfen häufig, ob eigene Forschungsvorhaben von geschützten Forschungswerkzeugen abhängen. In den seltenen Fällen, in denen eine Abhängigkeit die Durchführung beeinträchtigt, sind am ehesten Projektverzögerungen die Folge, kaum aber die Einstellung von Forschungsprojekten. Fallweise versuchen Unternehmen und Forschungseinrichtungen, die Abhängigkeit von Forschungswerkzeugen durch die Entwicklung eigener Verfahren oder Technologien zu umgehen.

Die Studie „Die wirtschafts- und forschungspolitische Bedeutung der Umsetzung der Biopatentrichtlinie im österreichischen Patentgesetz“ basiert auf einer Befragung, die zwischen Oktober und Dezember 2011 durchgeführt wurde. Die Bruttostichprobe umfaßte mit 108 Unternehmen und 209 Forschungseinrichtungen annähernd die gesamte Population der in der Biotechnologie tätigen Unternehmen und Forschungseinrichtungen in Österreich und erreichte eine Rücklaufquote von 46 Prozent. ■

Neue Trends bei Österreichs KMU

Interesse an alternativen Finanzierungsformen stark gestiegen, knapp ein Viertel der Unternehmen plant zukünftige Nutzung

Die jährliche Strukturbefragung unter österreichischen Unternehmen, durchgeführt von der Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws), der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und dem Marktforschungsinstitut marketmind, zeigt neue Trends bei den heimischen KMU: So ist die Nutzung alternativer Finanzierungsformen 2012 weiter gestiegen und hat einen Anteil von beinahe 9 % erreicht. Knapp ein Viertel (24 %) der befragten Unternehmen plant darüber hinaus eine zukünftige Nutzung (z.B. Venture Capital, Mezzaninkapital, stille Beteiligungen, Mitarbeiterbeteiligungen, Business Angels oder externes Eigenkapital). Zur Zeit finanzieren 44 % der österreichischen Unternehmen ihre Investitionen hauptsächlich über Cash Flow; nur 25,5 % der Befragten nennen hierbei den Bankkredit als Finanzierungsquelle.

„Die Ergebnisse der Studie zeigen, daß 2011 und 2012 merkbare Verschlechterungen bei den Rahmenbedingungen für Finanzierungen wahrgenommen wurden. Gerade junge Unternehmen und Neugründungen leiden darunter und es liegt auf der Hand, daß sie sich nach alternativen Finanzierungsmitteln umsehen. Genau aus diesem Grund stellen wir seit Jahresbeginn 2013 mit dem aws Gründerfonds GründerInnen eine zusätzliche Risikokapitalfinanzierung zur Verfügung“, erklärt Bernhard Sagmeister, Geschäftsführer der aws. „Mit dem aws Gründerfonds können wir die zukünftigen Eigenkapital-Bedürfnisse von jungen Unternehmen noch stärker abdecken und ihnen so die Verwirklichung ihrer neuen Ideen zu erleichtern. Das hilft den Entrepreneuren, aber vor allem dem heimischen Wirtschaftsstandort: Denn Neugründungen von Unternehmen sind ein starker Wachstumsmotor und Impulsgeber für die österreichische Wirtschaft.“

WKÖ-Maßnahmenpaket

„Diese aktuelle Erhebung zeigt die Dringlichkeit der Forderung der WKÖ nach einer Forcierung alternativer Finanzierungsformen“, betont Ralf Kronberger, Leiter der Abteilung für Finanzpolitik in der WKÖ. Die Wirtschaftskammer hat dazu konkrete Vorschläge für ein umfassendes Maßnahmenpaket vorgelegt, das unter anderem die Wiederbelebung der Mittelstandsfinanzierungs-



Bernhard Sagmeister, Geschäftsführer Austria Wirtschaftsservice GmbH, und Ralf Kronberger, Leiter der Abteilung für Finanz- und Handelspolitik WKÖ

gesellschaft, moderne Rahmenbedingungen für Crowdfunding und Bürgerbeteiligungsmodelle sowie Anreize zur Forcierung von Business Angels und Venture Capital umfaßt.

So schlägt die WKÖ etwa eine Änderung des Begriffs „Einlagengeschäft“ im Bankwesengesetz vor, wonach Unternehmen von Privaten Kredite zur Finanzierung realwirtschaftlicher Projekte – beispielsweise für den Kauf einer Maschine – bis zu einer Obergrenze von 5 Mio. Euro aufnehmen können und dies nicht als Bankgeschäft angesehen wird. Im Kapitalmarktgesetz soll es statt der bisherigen Untergrenze für die Prospektpflicht von 100.000 Euro ein „Phasing in“ geben, bei dem der von der EU vorgegebene Spielraum genützt wird: Demnach soll es eine Informationspflicht „Mini“ für Projekte ab 500.000 Euro (anstatt der bisherigen 100.000 Euro-Grenze), eine erweiterte Informationspflicht („Midi“) für Projekte ab 2,5 Mio. Euro und die Prospektpflicht („Maxi“) erst ab der von der EU schon derzeit zugelassenen Untergrenze von 5 Mio. Euro geben.

Innovation und Auslandsaktivitäten gehen Hand in Hand

Der F & E Anteil ist mit 18,5 % weiter gestiegen, Produktentwicklung ist bei den

österreichischen Unternehmen weit verbreitet: Rund 29 % aller befragten Unternehmen haben in den letzten drei Jahren Produktinnovationen durchgeführt, etwas weniger (27 %) Dienstleistungsinnovationen. Das stellt in beiden Bereichen eine Steigerung zum Vorjahr dar.

Sowohl bei Exporten, als auch bei Direktinvestitionen, zeigt sich ein Zusammenhang zur Innovationstätigkeit der Unternehmen. Betriebe, die zwischen 2010 und 2012 Innovationen getätigt haben, exportieren zu 35 % – Betriebe ohne Innovationstätigkeit nur zu 11 %. Für etwa die Hälfte der befragten Unternehmen sind Auslandsaktivitäten generell kein Thema. Hingegen planen die meisten Unternehmen, die bereits in den vergangenen zwei Jahren im Ausland aktiv waren, hier weiter tätig zu sein. Spitzenreiter hierbei sind mittlere Unternehmen, fast drei Viertel (73 %) haben Pläne für Auslandsaktivitäten von 2013 bis 2015. „Mit Qualität und Innovation punkten Österreichs Unternehmen weltweit. Die aws unterstützt sie dabei bei Bedarf als verlässlicher Partner. Die Studienergebnisse zeigen uns, daß gerade die Absicherung des wirtschaftlichen Risikos als hilfreichstes Finanzierungsinstrument im Rahmen von Auslandsaktivitäten empfunden wird“, betont Sagmeister.

Laut Umfrage sehen Unternehmen die Finanzierung als größtes Hemmnis für Export und Internationalisierungsaktivitäten. „Daher ist es wichtig, daß den Unternehmen weiter ein breites Garantie-Instrumentarium für Auslandsaktivitäten zur Verfügung steht, die zum Teil auch von der aws angeboten werden“, erläutert Kronberger. Einschränkungen nach Zielländern hält der WKÖ-Experte für nicht sinnvoll, weil es eine rein unternehmerische Entscheidung ist, welche Märkte bearbeitet werden.

Die Ergebnisse unterstreichen auch die Wichtigkeit der Unterstützungsmaßnahmen der Wirtschaftskammerorganisation, wie die Internationalisierungsoffensive, die den Unternehmen in Kooperation mit dem Wirtschaftsministerium angeboten wird, sowie die Dienstleistungen der Außenwirtschaftsorganisation.

Im Rahmen der Initiative go-international werden Unternehmen mit Beratungen, Veranstaltungen, aber auch Förderungen und anderen Unterstützungsleistungen zum Schritt über die Grenzen motiviert, und bestehenden Exporteuren wird die Bearbeitung neuer Auslandsmärkte erleichtert. Die Offensive für mehr Export wird von der Aussenwirtschaft Austria abgewickelt.

„Letztlich gilt es, nicht nur bei Finanzierung und Export stützenden Maßnahmen anzusetzen, sondern insgesamt günstige Rahmenbedingungen für den heimischen Wirtschaftsstandort zu schaffen“, unterstreicht Kronberger. Wie aus der Umfrage hervorgeht, sind innovative Unternehmen im Schnitt deutlich exportfreudiger. „Ein wettbewerbsfähiger Standort mit optimalen Bedingungen für Innovation ist daher das Um und Auf, damit heimische Unternehmen auch im internationalen Wettbewerb bestehen können“, so Kronberger.

Austria Wirtschaftsservice

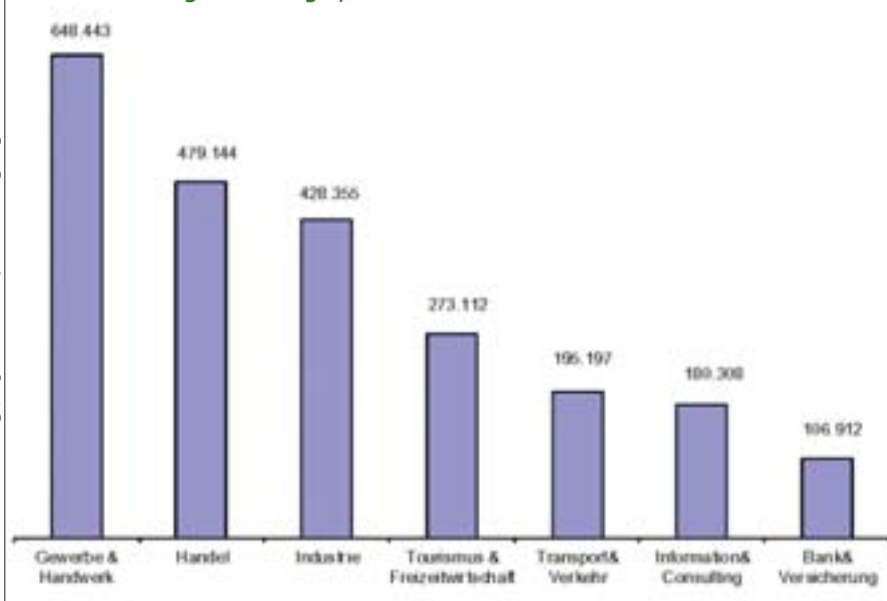
Die Austria Wirtschaftsservice GmbH ist die Förderbank des Bundes. Als Spezialbank im öffentlichen Eigentum ist sie auf Unternehmensfinanzierung mit Schwerpunkt Gründer sowie KMU ausgerichtet. Die aws sorgt für Wachstums- und Entwicklungschancen dort, wo der freie Markt diese nicht in vollem Umfang garantieren kann: durch Vergabe von Zuschüssen, zinsgünstige Kredite, durch die Übernahme von Haftungen, durch Eigenkapital sowie durch Begleitung und Beratung. Das Angebot erstreckt sich von der Phase der (Vor-)Gründung eines Unternehmens bis hin zu Internationalisierungsvorhaben. ■

<http://www.aws.at>

Jobmotor Gewerbe und Handwerk

Gewerbe- und Handwerksbetriebe haben in den letzten zehn Jahren 106.000 Arbeitsplätze geschaffen

Unselbstständig Beschäftigte, Jahresdurchschnitt 2012



Grafik: kmuforschung / Quelle: WKÖ, Beschäftigungsstatistik 2012

Laut Beschäftigungsstatistik der Wirtschaftskammer blieb das Gewerbe und Handwerk mit 648.443 unselbstständig Beschäftigten auch 2012 der mit Abstand größte Arbeitgeber.

Laut Beschäftigungsstatistik der Wirtschaftskammer blieb das Gewerbe und Handwerk mit 648.443 unselbstständig Beschäftigten auch 2012 der mit Abstand größte Arbeitgeber. An zweiter Stelle der sieben Wirtschaftskammersparten liegt der Handel (479.144) gefolgt von der Industrie (428.355).

235.160 Arbeitsplätze geschaffen

Berechnungen der KMU Forschung Austria ergeben, daß im Zeitraum 2002 bis 2012 in der gewerblichen Wirtschaft 235.160 Arbeitsplätze geschaffen wurden, mehr als 45 % davon (105.999) im Gewerbe und Handwerk. Im Tourismus stieg die Zahl der Beschäftigten um 71.553, im Handel um 41.517 und in der Sparte Information und Consulting um 22.002.

Demgegenüber waren 2012 in der Industrie um 4.316 und im Sektor Transport/Verkehr um 11.281 Personen weniger beschäftigt als 2002. In beiden Sparten wurde der Tiefpunkt 2010 erreicht, seither steigen die Beschäftigtenzahlen aber wieder. In der Industrie gingen in den Krisen Jahren 2009/

2010 mehr als 26.000 Arbeitsplätze verloren, in der Sparte Transport/Verkehr knapp 16.500. In den letzten beiden Jahren stieg die Zahl der Beschäftigten in der Industrie um rd. 12.700 und im Transport/Verkehr um rd. 4700.

Enorme Bedeutung einer vielfältigen Branchenstruktur

Den höchsten relativen Beschäftigtenzuwachs verzeichnete die Tourismus- und Freizeitwirtschaft (+35,5 %).

Für Walter Bornett, Direktor der KMU Forschung Austria, belegen diese Zahlen die enorme Bedeutung einer vielfältigen Branchenstruktur: Je heterogener die Wirtschaftslandschaft, umso stabiler und krisenresistenter ist eine Volkswirtschaft.

Die KMU Forschung Austria ist Mitglied von Austrian Cooperative Research (ACR), der Interessenvertretung der Kooperativen Forschung in Österreich. ACR ermöglicht für kleine und mittlere Betriebe die Umsetzung von Innovationen und ist ihr Netzwerkpartner in Forschung und Forschungspolitik. ■

<http://www.kmuforschung.ac.at>

Die besten Geschäfts-ideen der Stadt

Vier junge Unternehmen wurden beim »Mingo Award« 2013 von der Wirtschaftsagentur Wien mit je 5000 Euro ausgezeichnet



Die Wirtschaftsagentur Wien prämiert die besten Geschäftsideen der Stadt – Die PreisträgerInnen beim »Mingo Award« 2013

Über 8000 Personen haben 2012 in Wien ein Unternehmen gegründet. Der Großteil der jährlichen Gründungen sind Einpersonener Unternehmen (EPU), über ein Drittel der GründerInnen hat Migrationshintergrund. Mit einem kostenlosen Beratungsangebot unterstützt die Wirtschaftsagentur Wien Gründerinnen und Jungunternehmer dabei, ihre Geschäftsidee möglichst nachhaltig umzusetzen. Um die Leistungen der Wiener Start-up-Szene sichtbar zu machen, fand am Abend des 24. April bereits der vierte »Mingo Award« statt. Prämiert wurden Wiener GründerInnen sowie Klein- und Kleinstunternehmer, die innovative Projekte und Geschäftsideen verwirklichen.

„Die zahlreichen Kleinbetriebe sind das Rückgrat der Wiener Wirtschaft. Der »Mingo Award« ist eine Anerkennung für diese unternehmerische Leistung und ein Impuls, dieses Potential am Standort Wien weiter zu fördern“, so Vizebürgermeisterin, Finanz- und Wirtschaftstadträtin Renate Brauner, die die »Mingo Awards« an die GewinnerInnen vor rund 500 Gästen überreichte. Durch den

Abend in der EMS Lounge führte Matthias Euler-Rolle, bekannt aus TV und Radio und selber als junger Medienunternehmer unterwegs.

Viermal 5000 Euro für innovative Projekte und Ideen

Knapp 160 Wiener GründerInnen und JungunternehmerInnen haben beim »Mingo Award« 2013 in einer der folgenden Kategorien eingereicht:

- Unternehmensgründung Business Plan,
- Produkt- und Leistungsangebot,
- Gesellschaftliche Vielfalt sowie
- Wachstumsorientierte Kleinunternehmen.

Eine unabhängige Fachjury hat die jeweils beste und innovativste Einreichung pro Kategorie ausgewählt. Ausschlaggebend für die Jury-Mitglieder waren Originalität und Innovation, aber auch wirtschaftliche Effekte wie die Auswirkung auf die Beschäftigung. „Die jungen Betriebe schaffen Arbeitsplätze, weisen ein hohes Innovationspoten-

tial auf und sind eine wichtige Triebfeder für den Wirtschaftsstandort Wien“, erklärt Gerhard Hirczi, Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur Wien.

Vom Roller Parksystem bis zum Traumberuf via Online-Video

Zu den Preisträgerinnen und Preisträgern beim »Mingo Award« 2013 zählt Katharina Scichilone mit ihrem »Rollerstop«. Tretroller sind zwar beliebte Fortbewegungsmittel, die Aufbewahrung vor und in Gebäuden war bislang jedoch problematisch. Mit dem Abstellsystem Rollerstop werden Tretroller mit einem Handgriff diebstahlsicher geparkt.

Auch das Start-up »Conda« wurde ausgezeichnet. Dahinter steckt eine Online-Plattform für die Finanzierung von neuen Geschäftsideen. Junge Unternehmen präsentieren ihre Projekte, um Investorinnen und Investoren für die Umsetzung zu finden. Die Plattform ist seit 1. März 2013 online und in die ersten Projekte, wie beispielsweise den innovativen Wohnwagen, kann bereits investiert werden.

Wirtschaft

In der Kategorie Gesellschaftliche Vielfalt hat das Schulungs- und Beratungsinstitut „equalizent“, das sich auf Gehörlosigkeit, Schwerhörigkeit, Gebärdensprache und Diversity Management spezialisiert hat, gewonnen. Mit den Aktivitäten fördert das Institut equalizent die Chancengleichheit von gehörlosen und schwerhörigen Menschen vor allem in den Bereichen Bildung und Arbeitsmarkt.

Zu den weiteren Top-Projekten zählt auch „whatchado“. Der Name kommt aus dem amerikanischen Slang und bedeutet „Was machst du“. Seit 2011 zeigen auf dem Online-Portal „whatchado“ verschiedene Berufstätige in Form von Video-Interviews ihren Beruf und Werdegang. Damit werden Jugendliche bei der Berufsorientierung unterstützt. Mit Erfolg: Mehr als 850 Videos sind mittlerweile online – sogar Bundespräsident Heinz Fischer ist dabei – und das Unternehmen hat bereits 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Durchstarten mit Mingo

Seit 2008 bietet die Wirtschaftsagentur Wien mit Mingo ein spezielles Angebot für Wiener GründerInnen und JungunternehmerInnen. Neben kostengünstigen Büroflächen, den sogenannten Mingo Büros, gibt es ein kostenloses Serviceprogramm für die jungen Unternehmen. Das Angebot reicht von individuellen Beratungen bis hin zu Coachings und Fach-Workshops. 2012 haben rund 1600 Personen die 107 Mingo-Workshops besucht, die Anzahl der Coachings zu Gründungs- oder Finanzierungsfragen sind um ca. 30 Prozent im Vergleich zu 2011 gestiegen. Außerdem bietet Mingo muttersprachliche Beratung zur Unternehmensgründung in mittlerweile 14 verschiedenen Sprachen.

<http://www.wirtschaftsagentur.at>



Vizebürgermeisterin Renate Brauner und Gerhard Hirczi, Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur Wien



Fotos: David Bohmann / PID

Prämiert in der Kategorie »Wachstumsorientierte Kleinunternehmen«: »whatchado« mit Vizebürgermeisterin Renate Brauner

Wien Rekord-März mit 9 Prozent Nächtigungsplus

Der heuer – im Gegensatz zu 2012 – in den März fallende Ostertermin ließ Wien seinen vorjährigen Nächtigungsrekord im dritten Jahresmonat um stattliche 9 Prozent übertreffen. 960.000 Gästenächtigungen waren im März 2013 zu verzeichnen. Damit liegt das erste Quartal heuer bei 2,258.000 Nächtigungen und um 5,1 Prozent über dem vorjährigen. Wiens Hotellerie erwirtschaftete im Zeitraum Jänner und Februar insgesamt 60.992.000 Euro Netto-Nächtigungsumsatz.

Fünf von Wiens Top-Ten-Ländern steigerten ihre Nächtigungen im heurigen März zweistellig gegenüber dem vorjährigen. Besonders hervorzuheben ist dabei Deutschland, das trotz seines ohnehin schon hohen Niveaus noch um mehr als ein Viertel zulegte. Die weiteren großen Steigerungen kamen aus Rußland, Großbritannien, der Schweiz und Frankreich. Einstellig wuchsen die Nächtigungen aus den USA und Japan, während aus Österreich, Italien und Rumänien Rückgänge zu verzeichnen waren.

In der Periode Jänner bis März kommt Wien heuer auf 2,258.000 Nächtigungen, das sind um 5,1 Prozent mehr als im ersten Quartal 2012. Die Betten waren in diesem Zeitraum zu durchschnittlich 41,3 Prozent ausgelastet, die Zimmer zu rund 51 Prozent. Der Netto-Nächtigungsumsatz der Wiener Hotellerie für Jänner und Februar 2013 ergibt kumuliert 60.992.000 Euro. Ein statistisch korrekter Vergleich mit dem im entsprechenden Zeitraum 2012 ist aufgrund veränderter Steuerbemessungsgrundlage nicht möglich. ■

Jeder fünfte Euro sofort verfügbar

Finanzvermögen der Haushalte auf Liquiditätskurs – Daten der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung zum Finanzvermögen der Haushalte 2012

Rund 93 von insgesamt 484 Mrd. Euro Finanzvermögen der österreichischen Haushalte bestanden zum Jahresende 2012 aus Bargeld und täglich fälligen Einlagen sowohl bei in- als auch bei ausländischen Banken. Der sich seit Ausbruch der Finanzkrise verstärkende Trend, daß die privaten Haushalte rasch über ihr Vermögen verfügen wollen, setzte sich 2012 fort.

Laut den Daten der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) betrug das Finanzvermögen der privaten Haushalte Ende 2012 484 Mrd. Euro, das bedeutet einen Anstieg um 3,7 % gegenüber dem Jahresanfang. Haushalte investierten 9,3 Mrd. Euro in Finanzanlagen. Neuveranlagungen erklären zwei Prozentpunkte des Jahreswachstums, der Rest ist vor allem auf die positive Entwicklung der Kurse auf den Kapitalmärkten zurückzuführen, von der die Wertpapierbesitzer (15 % der Haushalte) im Jahr 2012 profitierten. Der Marktwert der handelbaren Wertpapiere (verzinsliche Wertpapiere, börsennotierte Aktien und Investmentzertifikate) erreichte damit wieder jenen Stand, den die Privatinvestoren schon Mitte 2007 und Ende 2010 auf ihren Konten auszuzeigen vorgefunden hatten.

Von der gesamten Geldvermögensbildung in Höhe von 9,3 Mrd. Euro entfielen auf die Erhöhung des Bargelds und der täglich fälligen Einlagen 8,1 Mrd. Euro (wovon 2,4 Mrd. Euro durch den Anstieg der Gehalts- und Pensionskonten erklärt werden können). Der Wert aus diesen sofort verfügbaren Finanzanlagen betrug zum Jahresende 2012 rund 93 Mrd. Euro. 18,3 Milliarden Euro davon entfielen auf Bargeldreserven, der Rest auf täglich fällige Einlagen bei Banken. Die Haushalte konnten somit über rund 20 % des gesamten Finanzvermögens sofort verfügen. Dieser hohe Anteil an liquiden Finanzmitteln bedeutet die Fortsetzung eines Trends der letzten Jahre. Vor der Finanzkrise waren nur 15 Prozent rasch verfügbar gewesen. Auf Grund des hohen Verbreitungsgrades von Girokonten und Sparbüchern dürfte diese Erhöhung von einer Vielzahl der Haushalte getragen worden sein.

Zählt man zu den sofort fälligen Finanzmitteln auch noch Einlagen mit einer Bin-



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Rund 93 von insgesamt 484 Mrd. Euro Finanzvermögen der österreichischen Haushalte bestanden zum Jahresende 2012 aus Bargeld und täglich fälligen Einlagen.

dungsfrist und Wertpapiere mit Restlaufzeit jeweils bis zu einem Jahr sowie Geldmarktfondsanteile, dann beliefen sich zum Jahresende 2012 die kurzfristig verfügbaren Finanzanlagen auf insgesamt 170 Mrd. Euro. Der Wert entspricht knapp mehr als einem Drittel des gesamten Finanzvermögens und würde rein rechnerisch damit die Konsumausgaben für das Jahr 2013 fast abdecken.

Die Gründe für die hohe Liquiditätspräferenz dürften mannigfaltig gewesen sein. Die Finanzkrise hat die Nachfrage nach liquiden Mitteln in den letzten Jahren verstärkt anwachsen lassen. Darüber hinaus mußten Interessenten mit einem maximalen Mindestgaranziezin in Höhe von 2 % für Lebensversicherungen bei Neuabschlüssen rechnen.

Hinzu kommt die Unsicherheit auf dem Goldmarkt als alternatives Investment. Nicht zuletzt dürfte auch die Arbeitsmarktsituation eher zu Veranlagungen in kurzfristig verfügbare Vermögenswerte geführt haben. Bei all diesen Überlegungen war offensichtlich die Inflationsentwicklung (HVPI 2012 – Ver-

änderung zum Vorjahr: 2,6 %) nicht maßgeblich, und Haushalte akzeptieren eine negative Realverzinsung für einen Teil ihres Finanzvermögens.

Die Konzentration auf liquide Finanzmittel im Jahr 2012 führte auch dazu, daß Haushalte ihr Portfolio umschichteten: Gebundene Einlagen gingen im Jahr 2012 um insgesamt 4,4 Mrd. Euro zurück, davon entfielen auf Einlagen mit einer Bindungsfrist von mehr als zwei Jahren 1,9 Mrd. Euro trotz des Zuwachses der Bauspareinlagen um 0,7 Mrd. Euro ungeachtet der Verkürzung der Bausparprämie auf 1,5 %.

Daß die Zunahme der liquiden Mittel keine Einbahnstraße für alle Haushalte war, zeigen die Nettokäufe von langfristig orientierten Finanzprodukten: Nicht zuletzt auf Grund von Ertragsüberlegungen veranlagten Privatinvestoren rund 1,1 Mrd. Euro in langfristige Anleihen inländischer Unternehmen und ausländischer Emittenten sowie – nach Nettoverkäufen im Jahr 2011 – wieder in Investmentzertifikate in der Größenordnung von rund 0,8 Mrd. Euro. ■

Trimodale Drehscheibe in Europa

Der Standort Wien zeichnet sich durch seine zentrale Lage in Europa, eine funktionierende Infrastruktur des Güterverkehrszentrums und der Bündelung von Know-how aus. Der Hafen Wien möchte mit Terminalbetreiber und Tochterunternehmen WienCont die Stellung des Standortes an der Donau als Drehscheibe Europas weiter ausbauen. Langfristige und umfangreiche Ausbaumaßnahmen am Hafen Wien Freudenua sollen weiteres Wachstum ermöglichen.



Foto: WienCont Container Terminal Gesellschaft m.b.H.

Die WienCont stellt das Herzstück des Wiener Hafens dar. Das trimodale Terminal im Freudenuaer Hafen Wien sorgt für den reibungslosen Containerumschlag und damit für den zügigen Containerverkehr in ganz Europa.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Hafens Wien ist in den ersten drei Quartalen des Jahres 2012 trotz Wirtschaftskrise erfreulich gut gelaufen. Die umgeschlagene Warenmenge insgesamt liegt trotz weltweit generell schwachem Wirtschaftswachstum nur geringfügig unter den Warenmengen des Jahres 2011. Und das war ein Rekordjahr für den Hafen Wien. So wurden zum Beispiel im Containerbereich im Vorjahr rund 470.000 Containereinheiten umgeschlagen. Mit Ende 2012 ist man mit mehr als 400.000 Containern ebenfalls sehr zufrieden.

Ausbauprogramm am Hafen Wien

Kein Stein ist in den letzten Jahren im Hafen Wien auf dem anderen geblieben. Seit dem Jahr 2006 läuft das größte Ausbauprogramm, das der Hafen Wien in seiner Geschichte erlebt hat. Bis 2012 wurden bereits 170 Millionen Euro in die Modernisierung investiert. Nun geht das Ausbauprogramm bis 2018 in seine zweite Phase. Der Hafen Wien wird zu einem der größten und mo-

dernsten Logistikzentren an der Donau in Europa hochgerüstet.

Neben dem 2008 eröffneten neuen Containerterminal wurden im Rahmen des Ausbauprogrammes zahlreiche weitere Großprojekte realisiert zum Beispiel das Hochwasser Schutztor im Hafen Freudenua, die größte Salzlagerhalle Europas, neue Umschlaganlagen und neue Lagerhallen. Die Straßen- und Schienenverkehrsinfrastruktur auf dem Areal im Hafen Freudenua wurden komplett neu organisiert und errichtet.

Bis zum Jahr 2018 wird der Hafen Wien je nach Wirtschaftslage und in Abstimmung mit seinen Partnern und Kunden noch weitere bis zu 100 Millionen Euro in den Ausbau seiner Infrastruktur investieren, um Nutzflächen zu optimieren, neues Land für Umschlaganlagen zu gewinnen oder den Hochwasserschutz und die Lager- und Verkehrsinfrastruktur weiter zu verbessern. Ein Beispiel dafür ist das Projekt Landgewinnung Freudenua: Dabei wird das Hafenbecken um rund 20 Prozent verkleinert. Auf

den so gewonnenen neuen Flächen können in der Folge neue Anlagen für den Warenumschlag errichtet werden. Auf dem Wasser abgerungenen Landflächen können mittel- bis langfristig trimodalen Umschlaganlagen direkt am Kai angesiedelt werden. Auch der Containerterminal kann auf diesen Flächen bei Bedarf nochmals erweitert werden. Bis Ende 2012 wurden bereits über 30.000 m² Land dem Wasser abgerungen. Diese Fläche wird bereits für Containerlagerung und den Autoumschlag genützt. Das Gesamt-Potential zur Landgewinnung im Hafen Freudenua liegt bei 75.000m².

Langjähriger/Traditioneller Terminalbetreiber mit stetig moderner Erweiterung

Die WienCont, Betreiber des Containerterminals und Tochterunternehmen des Wiener Hafens, stellt dabei das Herzstück des Wiener Hafens dar. Das trimodale Terminal im Freudenuaer Hafen Wien sorgt für den reibungslosen Containerumschlag und damit für den zügigen Containerverkehr in ganz

Wirtschaft

Foto: WienCont Container Terminal Gesellschaft m.b.H. / Eva Kelety



Die neue Kranbrücke ist insgesamt 24,5 Meter hoch und 30,5 Meter breit. Der Stahlriese kommt auf ein Eigengewicht von 315 Tonnen. Die Spannweite des Hauptträgers der Kranbrücke beträgt 54,6 Meter.

Europa. Seit 1979 betreibt WienCont eines der größten und modernsten Containerterminals- und Depots in einem europäischen Binnenhafen. Damit dies so bleibt, wird das Terminal stetig ausgebaut. Auch in diesem Jahr gab es einige Neuerungen im Zuge der Erweiterung des Terminals. Weitere Maßnahmen werden in den kommenden Jahren folgen.

So konnte im Jahr 2012 durch die teilweise Verlandung des Hafenbeckens eine zusätzliche Depottfläche von 15.000m² gewonnen werden, weitere 30.000m² sind bereits in Planung. Ziel der Ausbaumaßnahmen ist es, die Drehscheibenfunktion für Wien am Standort Hafen Wien weiter zu stärken und den Kunden des unbegleitenden kombinierten Verkehrs eine schnellere Abwicklung zu bieten.

Eine zusätzliche Erweiterungsmaßnahme ist die Anschaffung eines weiteren Containerkrans. Mit diesem neuen Kran verfügt das Terminal nun insgesamt über drei der hochmodernen und besonders leistungsfähigen Containerkräne der Firma Künz und einer weiteren Kranbrücke für den Binnenschiffumschlag. Die Gesamtkapazität des Terminals kann damit nochmals um 20 bis

30 Prozent, auf insgesamt 600.000 TEU (Twenty Foot Equivalent Unit = Maßeinheit für die Container-Transportkapazität von Schiffen und Hafeneinrichtungen; 1 TEU entspricht einer 20 Fuß-Einheit), gesteigert und Neukunden dadurch bereits gewonnen



Foto: WienCont Container Terminal Gesellschaft m.b.H.

Auf einer Länge von 650 m sorgen die Kräne für einen optimalen Umschlag zwischen Straße und Schiene.

werden. Durch den zusätzlichen Kran können die mehr als 100 Ganzzüge pro Woche noch optimaler abgefertigt werden. Auf einer Länge von 650 Metern sorgen die Kräne für einen optimalen Umschlag zwischen Straße und Schiene. Bis zu sieben Containerzüge können gleichzeitig abgefertigt werden. Der neue Kran sorgt für eine noch bessere Ausnutzung der Schwungeinfahrt und einem rascheren Umschlag. Bei der Schwungeinfahrt handelt es sich um eine verschublose Abfertigungsmöglichkeit von Zügen. Es wird dadurch ermöglicht, daß die einfahrenden Züge nur mittels Schwung an die gewünschte Position zum be- und entladen rollen und so auf den Einsatz einer Diesel-Verschublok verzichtet werden kann. Darüber hinaus sind neben den zusätzlich möglichen Kapazitäten das minimierte Ausfallrisiko und geringere Wartungskosten von Vorteil. Zusätzlich wurden ab Januar 2013 die Betriebszeiten ausgeweitet, um weitere Kapazitäten zu nutzen. Der Containerumschlag für Zugverkehre ist damit von Montag bis Freitag von 5 Uhr morgens, bis teilweise 1 Uhr Nachts gewährleistet, Samstag bis 13 Uhr.

Für interne Terminalumfuhren von Personal und Ersatzteilen wurde zusätzlich ein

Wirtschaft

elektrisches Terminalfahrzeug angeschafft. Damit wurde der WienCont Fuhrpark erweitert, ohne für eine zusätzliche Umweltbelastung zu sorgen.

Neben den Terminalleistungen wird ein Containerdepot angeboten. Das Depot bietet Stellplatz für insgesamt 7000 TEU. Es stehen hervorragend ausgebildete Checker zur Containerüberprüfung zur Verfügung. Festgestellte Schäden können dann schnell und kostengünstig behoben werden. Anschlüsse für Reefer- und Tankcontainer stehen ebenfalls in ausreichendem Maße zur Verfügung und ein Reeferservice wird angeboten. So vertrauen der WienCont die weltweit wichtigsten Reedereien.

Von Wien quer durch Europa

Der Hafen Wien ist Drehscheibe für Gütertransport quer durch Europa. Die ideale geographische Lage sowie die perfekte Anbindung an die Verkehrswege Schiene, Wasser und Straße ermöglichen dies. Besonders im immer stärker aufkommenden Ost-Westverkehr wird der Standort damit auch in Zukunft an Bedeutung gewinnen.

Um der Funktion als Drehscheibe Europas nachzukommen, werden laufend neue Verbindungen innerhalb Europas angeboten. Die Zugverkehre verbinden mit Wien als Knotenpunkt Osten und Westen sowie Norden und Süden miteinander.

Ausblick

Die Geschäftsführung der WienCont erhofft sich besonders Neukunden aus dem Osten Europas. Rußland und besonders der aufstrebende Markt Türkei, sollen für weite-



Neben den Terminalleistungen wird ein Containerdepot angeboten, das Stellplatz für insgesamt 7000 TEU bietet.

ren Verkehr über die Schiene sorgen. Der Zuwachs aus dem maritimen Bereich werde, nach Angaben der WienCont, vermutlich ähnlich moderat wie im Jahr 2012 ausfallen.

Schätzungsweise 95 Prozent werden in diesem Bereich ohnehin bereits abgedeckt.

Auslastung 2012

Die Auslastungszahlen im Hafen Wien lagen in den Bereichen Autologistik, Lager und Umschlag auf Vorjahresniveau, insgesamt ist man mit Auftragslage und Auslastung im Jahr 2012 zufrieden. Im Bereich Immobilien war die Auslastung ebenfalls auf einem sehr zufriedenstellenden hohen Niveau.

WienCont

WienCont ist Betreiber des Containerterminals am Hafen Wien, einem Unternehmen der Wien Holding. Weiters betreibt WienCont an den Standorten in Graz, Wels und Villach jeweils ein Leercontainerdepot. WienCont ist an allen vier Standorten auch im Containerhandel und in der Containerreparatur tätig. Das Unternehmen bietet darüber hinaus Zoll- und Truckingleistungen am Standort Hafen Wien an.

<http://www.wiencont.com>



Fotos: WienCont Container Terminal Gesellschaft m.b.H.

Insgesamt 13 Containerstapler mit einer Hubkraft von je bis zu 45 Tonnen kommen im WienCont-Terminal zum Einsatz.

Steiermark-Frühling in Wien

Insgesamt 800 SteirerInnen – TouristikerInnen, GastronomenInnen, MusikerInnen, HandwerkerInnen, Weinbauerinnen und -bauern in 67 Hütten – geigen vier Tage auf.



Große Eröffnung am Wiener Rathausplatz mit hochrangigen Gästen (v.l.): Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich, Bürgermeister Michael Häupl, Landeshauptmann Franz Voves, Landeshauptmann-Stv. Hermann Schützenhöfer, Justizministerin Beatrix Karl, Steiermark Tourismus-Chef Georg Bliem, Verteidigungsminister Gerald Klug, Auslandssteirer und Starkoch Johann Lafer (oben), Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und Promi-Köchin Haya Molcho

Es wurde gescherzt, geschnipselt, geschält, mariniert und gebrutzelt. Die Eröffnung des 17. Steiermark-Frühlings in Wien bei strahlendem Sonnenschein und mindestens 18 Frühlingsgraden war ein wahrer geselliger und kulinarischer Hochgenuß passend zum heurigen Motto „Steiermark-Frühling hat Geschmack“. So hatten sich Wiens Bürgermeister Michael Häupl, Landeshauptmann Franz Voves, Landeshauptmann-Stv. Hermann Schützenhöfer und Steiermark Tourismus-Chef Georg Bliem kurzerhand die Schürzen umgebunden und gemeinsam mit Haya Molcho und Auslandssteirer und Starkoch Johann Lafer auf der Bühne inmitten des Steiermark-Dorfes Wiener Schnitzel und Steirisches Backhendl zubereitet. Damit wurde die jahrelange Freundschaft Steiermark-Wien kulinarisch zelebriert. Johann Lafer ließ das Backhendl ganz traditionell mit Kartoffeln und Vogerlsalat zubereiten, die in Tel-Aviv geborene Szene-

gastronomin Haya Molcho brachte mit marokkanischen Beilagen den multikulturellen Aspekt ein. Vier Tage lang konnten die Wiener Gäste Steirisches Lebensgefühl mitten in der Innenstadt genießen. Nicht zu vergessen: Auch Bundespräsident Heinz Fischer gab sich die Ehre.

Natürlich standen auch jede Menge Informationen zur Verfügung, um den nächsten Urlaub ins Grüne Herz Österreichs zu planen.

Nach der Eröffnung ging es genußvoll weiter: 11 Vulcano-Köche zogen ins Steiermark-Dorf ein. Seit 1. April waren sie auf „Schinkenwanderung“ von der Oststeiermark nach Wien unterwegs. 40.000 Euro wurden dabei gesammelt und karitativen Zwecken gewidmet. Im Anschluß sorgte der Gösser Bieranstich (erstmalig mit dem Gösser NaturGold und damit mit einem alkoholfreien Bier) für einen übersprudelnden Auftakt. Die Ministerinnen Beatrix Karl, Johanna Mikl-Leitner und ihre Kollegen Gerald

Klug und Nikolaus Berlakovich meisterten diese Aufgabe bravourös.

Zwischen 12 und 14 Uhr entführte Johann Lafer die BesucherInnen vor der Bühne nochmals auf eine landschaftlich-kulinarische Reise durch die Steiermark. Beginnend beim Geschmack des Südens rund um „Apfel-Kürbis-Wein“ (mit Koch Alois Thaller) widmete er sich dann dem Grazer Krauthäupl (mit Koch Christoph Widakovich) und zum Abschluß bei „Berg & Wasser“ dem Almo-Gulasch (mit Koch Franz Fink).

Bis Sonntag gab es kulinarisch Entdeckenswertes: Die Steiermark Apfel-Lounge mit Spielen und Kostproben, geschmackvolle Workshops beim Vierkanthof Oststeiermark, Hochgenuß in der Steirer-Alm oder im Dorf-Wirtshaus und natürlich bei den vielen AusstellerInnen, die wieder ihre besten Produkte zum Gustieren und Probieren mitgebracht hatten. ■

<http://www.steiermarkdorf.at>

MS Wien getauft

Renate Römer tauft neues Schiff der DDSG, das bei »Großer Donaurundfahrt« in Wien im Einsatz ist.



Foto: PID / Eva Kelety

Vom 20. April bis 27. Oktober 2013 legt die MS Wien zwei Mal täglich zur »Großen Donaurundfahrt« vom Schwedenplatz ab.

Der neue Stolz der DDSG Blue Danube wurde am 19. April auf den Namen MS Wien durch die Patin Renate Römer, Vizepräsidentin der Wirtschaftskammer Österreich, getauft. Die kirchliche Segnung übernahm Dompfarrer Toni Faber.

Eine Schiffstaufe ist ein besonderes und vor allem auch seltenes Ereignis. Fast auf den Tag genau 34 Jahre nach der letzten DDSG-Taufe der MS Vindobona, und zum ersten Mal in der jungen Geschichte der DDSG Blue Danube, fungierte Komm.-Rätin Renate Römer, Vizepräsidentin der Wirtschaftskammer Österreich, als Taufpatin für das neue Ausflugsschiff der DDSG Blue Danube.

Eine Schiffstaufe dient nicht nur der Namensgebung, sondern dieser Brauch soll dem Schiff und seiner Mannschaft Glück auf dem gemeinsamen Weg geben. Die Taufe eines Schiffes ist traditionell den Damen vorbehalten.

Die beiden Geschäftsführer der DDSG Blue Danube, Dir. Wolfgang Hanreich und

Dir. Rudolf Mutz, durften bei der Schiffstaufe zahlreiche Ehrengäste und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Kultur willkommen heißen: Harald Nogrsek, Generaldirektor der Verkehrsbüro Group und Komm.-Rat Peter Hanke, Direktor der Wien Holding, die Frauenvorsitzende des ÖGB Abg. z. NR Sabine Oberhauser, Gabriele Payr, Generaldirektorin der Stadtwerke Wien, sowie Neointendantin der Mörbischer Seefestspiele, Dagmar Schellenberger.

Harald Nogrsek: „Die Schifffahrt auf der Donau erfreut sich seit mehr als 180 Jahren großer Beliebtheit und hat auch in den letzten Jahren nichts an Attraktivität eingebüßt, ganz im Gegenteil. Ich wünsche der DDSG mit dem neuen Flaggschiff MS Wien viel Erfolg und allen Passagieren eine gute Fahrt.“

„Eine Schiffstaufe wie diese ist für die Wien Holding immer ein besonderer Anlaß, auch weil er zeigt, daß das Unternehmen auf gutem Kurs ist und wir kontinuierlich daran arbeiten, die Qualität unserer Flotte und un-

serer Dienstleistungen noch attraktiver zu machen. Gerade in den letzten beiden Jahren hat sich die Personenschifffahrt sehr gut entwickelt. Doch Stillstand würde Rückschritt bedeuten und wir wollen das Potential, das die Schifffahrt auf der Donau hat, weiterhin voll ausschöpfen. Das neue Schiff ist ein wichtiger Beitrag dazu“, so Wien Holding-Direktor Peter Hanke.

Im Rahmen einer feierlichen Zeremonie wurde dem Flottenzugang der Namen MS Wien gegeben und der Wunsch „Allzeit gute Fahrt und eine Handbreit Wasser unter dem Kiel“ ausgesprochen. Die Champagner-Flasche zerschellte unter Beifall an der Bordwand. Im Anschluß wurde zum Beweis der Wirksamkeit der Taufe der Korken untersucht, welcher im oberen Rest des Flaschenhalses sitzen muß. Flottenkapitän Otto Szabo überreichte bei der anschließenden ersten Rundfahrt den Flaschenhals samt Korken, welcher traditionell mit einer Messingschelle auf einer Holzplatte montiert wurde, der Taufpatin.

Chronik

Für die musikalische Umrahmung des Festaktes sorgten das Bläserensemble der Gardemusik sowie der Kinderchor der VS Prandauergasse.

MS Wien

Das Fahrgastschiff wurde 1998 in der Luxwerft in Mohndorf am Rhein erbaut. Nach ersten Adaptionen und Umbauten wurde das Schiff im Februar 2013 nach Österreich überstellt. Während der etwas mehr als eine Woche dauernden Fahrt legte der Flottenneuzugang der DDSG Blue Danube rund 1165 km auf Rhein, Main und Donau zurück und überwand 63 Schleusen.

Das Kasko der MS Wien ist vollständig aus Stahl gefertigt. Sie besitzt eine normale Bugform sowie ein Spiegelheck. Für rund 150 PassagierInnen ist eine lose Bestuhlung auf allen Decks vorhanden. Insgesamt finden 240 Fahrgäste Platz auf dem neuen Schiff. Alle technischen Einrichtungen des Schiffes entsprechen bereits der neuen EU-Schiffahrtstechnik-Verordnung.

Auf dem Hauptdeck befinden sich: ein klimatisierter Salon mit rund 90 Sitzplätzen, eine modern ausgestattete Küche, Toiletten inklusive rollstuhlgerechtem Behinderten-WC, eine große Bar sowie rückwärts der Zugang zum Oberdeck. Für Events stehen Buffetbereiche sowie eine geräumige Tanzfläche zur Verfügung.

Ein klimatisierter Salon mit rund 60 Sitzplätzen, eine Lounge am Freideck mit rund 30 Sitzplätzen sowie das Steuerhaus definieren das Oberdeck. Die Lounge kann offen und geschlossen je nach Witterung genutzt werden. An kühleren Tagen sorgen Heizstrahler auch am Freideck für eine Wohlfühlatmosphäre.

Vom Oberdeck gelangt man auf ein weiteres großes Freideck, welches fast die gesamte Schiffslänge einnimmt. Einige Sitzbänke sorgen auch hier für einen bequemen Aufenthalt an Bord. Ein besonderes Highlight ist eine Live-Cam, welche – am Bug montiert – die Eindrücke und Bilder der Schifffahrt ständig wiedergibt. Die Live-Bilder aus der Sicht des Kapitäns werden am Bildschirm am Oberdeck übertragen.

Das Ausflugsschiff wurde bereits einen Tag nach der Schiffstaupe für Linien- und Themenschifffahrten in Wien eingesetzt. Vom 20. April bis 27. Oktober 2013 legt die MS Wien um 10:30 sowie 14:00 Uhr zur Großen Donaurundfahrt vom Schwedenplatz ab. Das Schiff fährt den Donaukanal stromabwärts, vorbei an der Urania und dem Kunst Haus Wien zur Schleuse Freudenau,



Foto: Eva Kelely

Feierliche Schiffstaupe bei der DDSG Blue Danube (v.l.): Otto Szabo (Kapitän), Renate Römer (Vizepräsidentin der Wirtschaftskammer Österreich), Toni Faber (Dompfarrer), Komm.-Rat. Peter Hanke (Dir. Wien Holding), Harald Nogrased (GD Verkehrsbüro Group), Dir. Wolfgang Hanreich und Dir. Rudolf Mutz (DDSG)

wo die Höhenmeter der aufgestauten Donau überwunden werden. Bei den Anlegestellen „Marina Wien“ und „Wien/Reichsbrücke“ kann die Fahrt beendet oder über die historische Schleusenanlage Nußdorf wieder über den Donaukanal retour zum Schwedenplatz fortgesetzt werden. Ebenso kann die MS Wien natürlich für Events aller Art angemietet werden und überzeugt mit einem modernen Interieur sowie einer hervorragenden technischen Ausstattung.

DDSG Blue Danube: Die Donau neu erleben

Die DDSG Blue Danube ist das größte Personenschifffahrtsunternehmen Österreichs und gehört zu 50 Prozent der Verkehrsbüro Group und zu 50 Prozent über den Hafen Wien der Wien Holding. Mit 65 MitarbeiterInnen und sechs Schiffen auf der Donau wird nicht nur der Linienbetrieb in Wien und der Wachau betrieben, sondern auch mit mehr als 170 Themenfahrten für abendlichen Spaß und Unterhaltung gesorgt. Um auch in Zukunft den hohen Standard der nautischen MitarbeiterInnen gewährleisten zu können, bildet die DDSG Blue Danube laufend 15 Lehrlinge im Berufsbild BinnenschifferIn aus. Als operativer Partner der Central Danube stellt die DDSG Blue Danube die Betriebsleitung und die nautische Besatzung für die beiden Twin City Liner und unterstützt im Ticketing und Vertrieb. ■

<http://www.ddsg-blue-danube.at>

Technische Daten des MS Wien

- Länge: 36,36 m
- Breite: 9,20 m
- Tiefgang: 1,10 m
- Baujahr / Werft: 1998 / Lux in Mohndorf am Rhein
- Motoren: 2 x MAN 6 Zylinder 2866 TE mit je 221 kW
- Ruderanlage: 2 x Schottel SRP 110
- Bugstrahl: Querstrahler Rehinström 110 kW
- Trinkwasser / Brennstoff / Fäkalien: 4.000 l / 10.000 l / 10.000 l Tankkapazität
- Heizung: Warmwasserheizung, Klimaanlage
- Nautische Ausrüstung: AIS, Funkgerät, Radar, Autopilot, Wendekreisanzeiger, Echolot, DoRIS System

Passagiere

- mit Freideck: 240 Personen
- unter Deck (Linienfahrten): 146 Personen (88 Hauptdeck, 58 Oberdeck)
- unter Deck (mit Buffet): 141 Sitzplätze (88 Hauptdeck, 53 Oberdeck)
- unter Deck (mit Buffet & Tanzfläche): 117 Sitzplätze (64 Hauptdeck, 53 Oberdeck)

Chronik

Das »Miteinander« hat ein neues Zuhause

Am 24. April fand im Beisein von MitarbeiterInnen, UnterstützerInnen, zukünftigen BewohnerInnen und FreundInnen die feierliche Einweihung des Hauses Nr. 5 im SOS Kinderdorf Moosburg statt. Hauptfinanziert wurde der notwendig gewordene Zubau vom Land Kärnten und dem ORF Kärnten über die Initiative „Licht ins Dunkel“. Seitens des Landes Kärnten nahm LHStv.in Beate Prettnner als zuständige Sozialreferentin gemeinsam mit der Vorsitzenden von SOS Kinderdorf Kärnten, Barbara Penker-Martin, und Caroline Weberhofer vom ORF Kärnten teil und betonte: „Das Gemeinsame, das Miteinander, die Rundumunterstützung für in Not geratene Jugendliche und Kinder hat ein neues Zuhause bekommen. Seitens des Landes Kärnten haben wir das SOS Kinderdorf Moosburg bei diesem Bauvorhaben gerne unterstützt, denn hier wird vorgelebt, wie eine solidarische Gesellschaft funktionieren kann.“

Die SOS Kinderdörfer geben seelisch und emotional verletzten Kindern und Jugendlichen, die nicht mehr in ihrer Familie leben können, ein liebevolles Zuhause, wo sie in einer SOS-Kinderdorf-Familie, im



Foto: Büro LHStv. Prettnner

LHStv.in Prettnner freute sich mit ORF Lady Weberhofer und dem Team vom SOS Kinderdorf rund um Penker-Martin über die neu eröffnete Wohneinheit.

SOS-Kinderwohnen oder im SOS-Jugendwohnen aufwachsen. „Für jene Kinder und Jugendliche, die nicht das Glück haben in einer behüteten familiären Umgebung aufzuwachsen, werden hier die Grundsteine für einen erfolgreichen Neustart mit Zukunftschancen gelegt. Mein Dank gilt an dieser

Stelle den MitarbeiterInnen und Verantwortlichen im SOS Kinderdorf Moosburg, die sich aufopferungsvoll für diese Kinder und Jugendlichen einsetzen und sie einfühlsam auf dem Start ihres neuen Lebenswegs begleiten“, so Prettnner.

<http://www.sos-kinderdorf.at>

Turmbekrönung am restaurierten Retzer Rathaus

Zum Abschluß der Sanierungsarbeiten wurden am 20. April im Rahmen eines Festaktes am Retzer Hauptplatz die aus Doppeladler, goldener Kugel und Wetterfahne bestehenden Turminsignien wieder auf die Spitze des historischen Retzer Rathauses aufgezogen.

Landeshauptmann Erwin Pröll betonte dabei den Wert des Wahrzeichens für Retz, das Weinviertel und ganz Niederösterreich sowie die Verantwortung, das Erbe der Vorfahren zu hegen und zu pflegen, um Geschichte weiterzutragen. „Der Kern der Kulturarbeit in Niederösterreich liegt darin, Überantwortetes gut zu pflegen. Nur wer seine Wurzeln spürt, der kann weltoffenen Blicks nach vorne gehen. Daß in Niederösterreich Ausgewogenheit zwischen Traditionspflege und dem Schaffen von Neuem herrscht, ist ein guter Weg in die Zukunft, um Familiensinn und Lebensqualität in Niederösterreich weiter zu stärken“, so der Landeshauptmann.

Zudem sei die Kulturarbeit eine wichtige Grundlage für die touristische Entwicklung, bei der gerade das Weinviertel zuletzt große Fortschritte gemacht habe, so Pröll weiter:



Foto: NÖ Landespressediensst/Reihberger

Landeshauptmann Erwin Pröll legte persönlich Hand an, um die Turminsignien wieder am Retzer Rathaus anzubringen.

„Pro Jahr löst der Kulturtourismus in Niederösterreich rund 200 Millionen Euro an Wertschöpfung im Land aus. Mit der Landesausstellung ‚Brot & Wein‘ und dem Viertelfestival steht das Weinviertel dabei heuer ganz besonders im Mittelpunkt.“

Die inklusive des Znaimer Tores mit Kosten von 860.000 Euro verbundene Restaurierung erfolgte u. a. durch Mittel der NÖ

Dorf- und Stadterneuerung, die, so Pröll, in den letzten 21 Jahren unglaublich viel im Land bewegt habe. „Das Retzer Rathaus ist ein gutes Beispiel dafür, daß die Initiativen der Dorf- und Stadterneuerung, mit denen die Menschen ihre Heimat selbst so gestalten, wie sie es für sinnvoll halten, unmittelbar das Lebensgefühl der Menschen treffen.“

<http://www.retz.at>

Österreich Menü 2013

Am BÖG-Kongress (Beste Österreichische Gastlichkeit) stellten sich die 21 Finalisten des Wettbewerbs »Österreich Menü 2013« einer aus internationalen Starköchen besetzten Fachjury.



Foto: BÖG / klaus prokop fotodesign

Die Sieger des »Österreich Menüs 2013«, gekürt am 57. Bundeskongress der Österreichischen Gastronomie in Fuschl (v.l.): Gerd Hammerer, Karlheinz Jung, Christian Reisinger, Daniel Kraft, Reinhold Baumschlager und Erich Mayrhofer

Große Herausforderungen – große Chancen – Unter diesem Motto trafen sich von 14. bis 17. April Persönlichkeiten aus Gastronomie, Wirtschaft und Politik am Fuschlsee um Erfahrungen auszutauschen, aktuelle Entwicklungen zu verfolgen.

Der Kongress bot die beste Gelegenheit des Jahres, um in Vorträgen und Workshops Wissenswertes rund um Gastronomie und Wirtschaft zu erfahren. Das Schloß Fuschl Resort & SPA und das Sheraton Fuschlsee Salzburg Hotel Jagdhof bildeten den perfekten Rahmen dafür.

Prominent besetzt mit Bundesministern, erfolgreichen Wirtschaftskapitänen, 7 Starköchen und 10 Workshops sowie 20 Ausstellern und 30 Podiumsgästen bot der Kongress nicht nur Interessantes und Wissenswertes, sondern auch die perfekten Rahmenbedingungen, um touristische und wirtschaftliche Netzwerke aufzubauen und zu erweitern.

Nachdem die Restaurant-Gäste in den letzten Monaten per Voting die Auswahl der aktuellen Lieblingsgerichte getroffen hatten, wählten zuerst eine prominente Fachjury sowie dann die Kongreßteilnehmer die Sieger

in den einzelnen Kategorien. Gemeinsam mit American Express und C+C Pfeiffer lud die BÖG – Beste Österreichische Gastlichkeit – die Sterneköche aus Österreich (Jörg Wörther, Helmut Österreichischer, Werner Matt, Johann Lafer), Deutschland (Holger Bodendorf), Italien (Norbert Niederkofler) und der Schweiz (André Jaeger) ein, um die Gerichte zu bewerten.

Die Sieger wurden am Abend des 23. April im Rahmen einer eleganten Gala von BÖG-Präsident Toni Mörwald und den Star-

dorf, Italien (Norbert Niederkofler) und der Schweiz (André Jaeger) ein, um die Gerichte zu bewerten.



Foto: BÖG / klaus prokop fotodesign

Die Starkoch-Jury (v.l.): Holger Bodendorf, Jörg Wörther, Johann Lafer, Werner Matt, Toni Mörwald, Helmut Österreichischer, Norbert Niederkofler und André Jaeger

Gastronomie & Kulinarisches

köchen geehrt und nahmen neben Ruhm auch noch eine Jeroboam Schlumberger, einen wertvollen Silberlöffel und einen C+C Pfeiffer Winzerreise-Gutschein mit nach Hause. Einen weiteren Höhepunkt des Abschlußabends stellte das „Thomas Walkensteiner Chef's Cut-Menü“, ein siebengängiges Gala-Menü, bestehend aus den Kreationen der Finalisten des „Österreich Menü 2013“ dar, welches zu diesem Anlaß zum ersten Mal komplett gekocht und den Kongreßteilnehmern in stilvollem Ambiente serviert wurde.

Begeistert, nicht nur vom köstlichen „Österreich Menü 2013“, sondern auch von den informativen Vorträgen und Workshops und der tollen Resonanz des Publikums, zeigte sich auch BÖG Präsident Toni Mörwald: „Gerade für Gastronomen ist Networking das „Salz in der Suppe“ um eine ausgewogene Verbindung zwischen eigener Authentizität und Trends zu schaffen, weshalb solche Kongresse sehr wichtig sind, und vor allem auch der Austausch mit Kollegen eine Bereicherung für die eigene Arbeit ist.“

<http://www.genuss-region.at>

<http://www.boeg.at>

Die Sieger

Vorspeise kalt

Der Reisinger am Neufeldersee

Neufeld, Burgenland

Koch/Köchin:

Christian Reisinger & Tamas Kiss

Gericht: Pöttschinger Räuchersaibling und gebeizte Lachsforelle mit Pastinakenpüree & Hibiskusspiegel

Vorspeise warm

Landgasthof Bärenwirt

Petzenkirchen, Niederösterreich

Koch/Köchin: Erich Mayrhofer & Renate Schaufler

Gericht: Gebackenes Rehbeuscherl auf Schwammerlsauce

Suppe

Landhotel Forstthof

Sierning, Oberösterreich

Koch/Köchin: Markus Huemer

Gericht: Schlierbacher Käserahmsuppe mit Rotem Mönch

Hauptspeise vegetarisch

Gasthof Fröhlich

Fürstenfeld, Steiermark

Koch/Köchin: Karlheinz Jung

Gericht: Ravioli mit Topfen, Spinat, Schwarzer Nuss und Bergkäse gefüllt, mit Walnuss-Preiselbeerbutter

Hauptspeise Fisch

Martinjak Am Ring

Wien

Koch/Köchin: Daniel Kraft

Gericht: Confiertter Zander, Karfiolcreme, rote Rüben, Buchenrasling und Krenschäum

Hauptspeise Fleisch

Haller's Genuss & Spa Hotel

Mittelberg, Vorarlberg

Koch/Köchin: Gerd Hammerer

Gericht: Rosa gebratener Walser Hirschrücken mit Rotkrautrutney, Navetten und Süßkartoffeln

Dessert

Gasthof Fröhlich

Fürstenfeld, Steiermark

Koch/Köchin: Karlheinz Jung

Gericht: Lauwarmer Kürbiskernugelhupf mit Mousse von weißer Schokolade und Vanille mit Passionsfrucht

Edle Weine, Champagner und ein 12gängiges Gourmetmenü

Damit kann nur das Pitztal aufwarten und so erlebten die zahlreichen Besucher von „Firn, Wein & Genuß“ kulinarische Tage auf wahrlich höchster Stufe. Am 12. und 13. April lud der Tourismusverband Pitztal bereits zum vierten Mal zu Frühjahrsskilauf, Weingenuß und Gaumenfreuden auf den Pitztaler Gletscher und nach Mandarfen. Im neuen „Café 3.440“ wurde die Veranstaltung mit Österreichs höchster Weinverkostung gebührend eröffnet. Mit dabei waren in diesem Jahr 15 Winzer aus den bekanntesten österreichischen Weinregionen, ein Weingut aus Venetien sowie erstmalig der Tiroler Weinbauer Peter Zoller aus Haiming. Für Prickelndes sorgten die beiden Champagnerfirmen Gosset und Pommery. Am ersten Abend wurde zur Pitztaler Wein- & Gourmetnacht geladen, welche ihrem Namen alle Ehre erwies: Gemeinsam mit dem Ischgl-Haubenkoch Martin Sieberer verwöhnte eine Auswahl von Pitztaler Spitzenköchen die Gäste mit einem 12gängigen Gourmetmenü. Jeder Gang war eine exklusive Eigenkreation und verwendet wurden ausschließlich Produkte aus der Region. Die rund 250 Besucher genossen einen Abend, wie es ihn sel-



Foto: Tourismusverband Pitztal / Hans Rinnml

Hochkarätiger Wintertreff bei Österreichs höchster Weinverkostung am Pitztaler Gletscher

ten zu erleben gibt: „Von so vielen Top-Winzern und Spitzenköchen gleichzeitig verwöhnt zu werden, das gibt es nicht alle Tage“, zeigt sich der Geschäftsführer des Tourismusverbandes Pitztal, Gerhard Gstettner, zufrieden. Auch Haubenkoch Martin Sieberer, der an diesem Wochenende eigentlich mit einer eigenen Veranstaltung bereits voll

im Einsatz war, genoss den Abend: „Ich war von Anfang an vom Reiz dieser Veranstaltung angetan und kam wirklich wieder sehr gerne ins Pitztal“. Mit zufriedenen Gesichtern zeigten sich auch die Winzer, besonders jene, die sich als Sieger der Pitztaler Firnwein-Wahl rühmen konnten...

<http://www.pitztal.com>

»An seinem Erbe weiterbauen«

Landeshauptmann a. D. Siegfried Ludwig ist gestorben.



Foto: Niederösterreichische Landesregierung

Der Spatenstich zum neuen Landhausviertel in der eigenen Landeshauptstadt St. Pölten am 13. September 1992 gehörte zu den letzten Aktivitäten von Siegfried Ludwig als Landeshauptmann von Niederösterreich.

Siegfried Ludwig stammte aus Südmähren. Am 14. Februar 1926 in Wostiz/ Vlasatice als Sohn einer bäuerlichen Familie geboren, besuchte er das Gymnasium in Znaim und wurde 1944 zur deutschen Wehrmacht eingezogen. Nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft absolvierte er bis 1953 als Werkstudent das Rechtsstudium und wurde 1954 Bediensteter der niederösterreichischen Landesregierung.

Im Jahre 1964 wurde Ludwig in den Niederösterreichischen Landtag gewählt und gehörte seit 1968 der Landesregierung an. In seinem Wohnort Perchtoldsdorf war er von 1975 bis 1981 auch Bürgermeister. Seit 1969 war Ludwig auch Landeshauptmann-Stellvertreter. Am 22. Jänner 1981 wurde er als Nachfolger von Andreas Maurer zum Landeshauptmann gewählt.

Mit der Einleitung der Diskussion über die Schaffung einer Landeshauptstadt und der Durchführung der ersten Volksbefragung in Niederösterreich setzte Ludwig einen

besonderen Markstein der Landesentwicklung. Am 2. März 1986 stimmten 56 Prozent der NiederösterreicherInnen für eine eigene Hauptstadt. Der Spatenstich zum neuen Landhaus am 13. September 1992 gehörte zu seinen letzten Aktivitäten als Landeshauptmann. Am 22. Oktober 1992 übergab Ludwig das Amt des Landeshauptmannes an seinen Nachfolger Erwin Pröll.

Am 16. April verstarb Siegfried Ludwig im 87. Lebensjahr.

Mit Betroffenheit reagierte Bundespräsident Heinz Fischer auf das Ableben des niederösterreichischen Landeshauptmannes. Ludwig habe der Republik Österreich und insbesondere dem Land Niederösterreich in vielen wichtigen öffentlichen Funktionen gedient. Als Bürgermeister, Landtagsmandatar, Personalvertreter sowie in den vielen Jahren seiner Zugehörigkeit zur niederösterreichischen Landesregierung, darunter 11 Jahre als Landeshauptmann von Niederösterreich, habe der Verstorbene entscheidend

zum wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt Niederösterreichs beigetragen.

Die Gründung einer eigenen niederösterreichischen Landeshauptstadt sei ein großes Anliegen von ihm gewesen, das dann im breiten Konsens der politischen Kräfte und der Bevölkerung Niederösterreichs umgesetzt werden konnte. Dieses Großprojekt werde daher stets mit dem Namen Siegfried Ludwig verbunden bleiben.

„Siegfried Ludwig hat sich durch sein Wirken weit über die Grenzen des Heimatbundeslandes hinaus hohes Ansehen erworben. Viele Bürgerinnen und Bürger werden sich daher des Verstorbenen in Dankbarkeit erinnern und auch ich werde ihn stets in guter Erinnerung behalten“, sagte der Bundespräsident.

„Mit tiefem Bedauern haben wir die Nachricht vom Ableben von Siegfried Ludwig vernommen: ein Vollblutpolitiker, der stets mit Weitblick, Herz und Tatkraft für die Menschen agiert hat. Für mich als Nieder-

Personalia

Foto: Niederösterreichische Landesregierung



1992: Siegfried Ludwig (l.) übergibt sein Amt als Niederösterreichs Landeshauptmann an seinen Nachfolger Erwin Pröll

österreicher bleiben mir vor allem seine Verdienste um das Land Niederösterreich in bleibender Erinnerung“, so ÖVP-Bundesparteiobmann Michael Spindelegger. „Mit Siegfried Ludwig verliert Niederösterreich einen der verdientesten Persönlichkeiten. Ich kenne Siegfried Ludwig schon seit Jahrzehnten. Wir sind beide aus demselben Wahlkreis. Ich kann ihn als großen Förderer bezeichnen“, so Spindelegger, der später auch Ludwigs Erbe als Obmann im ÖAAB übernommen hat. Siegfried Ludwig setzte sich stets für sein Bundesland ein, dem er bis zuletzt die Treue schenkte, so Spindelegger: „Courage und Tatkraft waren Werte, die Siegfried Ludwig Zeit seines Lebens getragen hat. Er war ein Mensch, der auf andere zugegangen ist und sich für ihre Anliegen interessierte. Er hatte stets seinen Blick in die Zukunft gerichtet und zahlreiche Projekte für Niederösterreich vorangetrieben. Davon profitiert das Land bis in die Gegenwart.“

Darunter fällt seine Initiative, eine eigene Landeshauptstadt zu gründen wie auch die Gründung der Donau-Universität Krems, die Niederösterreich nachhaltig als Forschungsstandort positioniert. „Mit Siegfried Ludwig ist ein renommierter Politiker von uns gegangen. Sein Tod ist ein schwerer Verlust. In diesen schweren Stunden gilt unser Mitgefühl den Angehörigen“, so Spindelegger abschließend.

„Der Tod von Siegfried Ludwig ist ein schwerer Verlust für Niederösterreich. Er war ein Vorbild in seiner Liebe zur Heimat und ein Vorreiter in seiner Arbeit fürs Land“,

sagte Landeshauptmann Erwin Pröll in einer ersten Reaktion. „Siegfried Ludwig hat diesem Land ein starkes Herz und ein neues Selbstbewußtsein gegeben.“

Foto: Niederösterreichische Landesregierung



1986 wurde St. Pölten zur Landeshauptstadt von Niederösterreich ernannt – die NÖ Landesregierung – bzw. die neue Landeshauptstadt – grüßt die Bundeshauptstadt Wien vom Balkon des NÖ Landhauses in der Wiener Herrengasse.

Trauersitzung der NÖ Landesregierung

„Siegfried Ludwig hat bedeutende Weichenstellungen getroffen, auf denen wir heute aufbauen können. Ohne Siegfried Ludwig wäre Niederösterreich nicht das, was es heute ist. Und ohne Siegfried Ludwig wäre Niederösterreich nicht dort, wo es heute ist“, sagte Landeshauptmann Erwin Pröll am 23. April im Rahmen der Trauersitzung der NÖ Landesregierung.

Pröll erinnert an die Entscheidung für eine eigene Landeshauptstadt, aber auch an die parallel zur Hauptstadtwerdung eingeleitete Regionalisierung. Unter Siegfried Ludwig seien nicht nur die Landesakademie begründet und der Marchfeldkanal sowie die Landessportschule errichtet worden, sondern man habe auch „die Chance der europäischen Perspektive erkannt“, betonte Pröll: „Siegfried Ludwig hat Brücken gebaut über den Eisernen Vorhang hinweg“.

„Siegfried Ludwig hat Spuren hinterlassen und dieses Land geprägt“, so der Landeshauptmann weiter. „Durch seine Arbeit ist er zu einem Vorbild geworden, zu einem Vorbild im Dienst am Land“, sagte Pröll.

Personalia

Foto: Niederösterreichische Landesregierung



Anlässlich einer großen Feier zum 80. Geburtstag erhielt Altlandeshauptmann Siegfried Ludwig (Mitte) am 17. Feber 2006 aus den Händen von seinem Nachfolger Erwin Pröll (r.) eine Statuette des »Goldenen Leopold«, eine Auszeichnung, die bisher nur Papst Johannes Paul II. und der Vorgänger Ludwigs, Andreas Maurer (l., er verstarb am 25. 10. 2010), erhalten haben.

Vor der Trauersitzung der NÖ Landesregierung hat auch der NÖ Landtag eine Trauersitzung zum Gedenken an Siegfried Ludwig abgehalten. Landtagspräsident Hans Penz betonte in diesem Rahmen: „Seine zu Recht schon heute als historisch bezeichnete größte Leistung war und bleibt die Schaffung der Landeshauptstadt. Er hat den Willen gehabt, diese für das Land so wichtige Weichenstellung durchzusetzen, er hat den Mut gehabt, darüber die Menschen in einer Volksbefragung entscheiden zu lassen und er hat die Kraft gehabt, die entsprechende politische Mehrheit für die dafür notwendige Verfassungsänderung zu gewinnen. Er gilt daher zu Recht als Vater unserer Landeshauptstadt.“

Beisetzung in Perchtoldsdorf

Der verstorbene Landeshauptmann wurde am 25. April in Perchtoldsdorf beigesetzt. Das Requiem, an dem eine Vielzahl an Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens teilnahm, fand in der Pfarrkirche Perchtoldsdorf statt. Landeshauptmann Erwin Pröll, Bürgermeister LAbg. Martin Schuster, Bundesminister a. D. Robert Lichal und Prälat Maximilian Fürnsinn sprachen Gedenkworte, weiters wurde ein Kondolenzschreiben von Erzbischof Kardinal Christoph Schönborn verlesen. Seitens der Bundesregierung nahmen Vizekanzler Michael Spindelegger und Innenministerin Johanna Mikl-Leitner teil.

„Sein Motiv für die Politik lautete: Aufbauen, Ausbauen und Weiterbauen“, betonte Landeshauptmann Erwin Pröll in seiner

Trauerrede. Siegfried Ludwig habe auch die „europäische Dimension erkannt“ und damit „ein neues Kapitel für unser Heimatland aufgeschlagen“, so Pröll. „Er legte Hand an und er setzte um. Schritt für Schritt ging er seinen Weg, entschlossen und unbeirrt.“ Es sei nun „unsere Verpflichtung, an seinem Erbe weiterzubauen“, so Pröll, der seine Trauerrede mit den Worten schloß: „Lieber Sigi, im heutigen Niederösterreich wäre ohne dich vieles nicht – das macht den Verlust so groß, aber das macht auch das Gedenken umso tiefer.“

„Wir nehmen Abschied von einem wahrhaft großen Niederösterreicher, der sich ganz und gar der Entwicklung seiner Heimat verschrieben hat“, sagte der Perchtoldsdorfer Bürgermeister Martin Schuster. „Siegfried Ludwig hat sich in die Geschichtsbücher Niederösterreichs eingetragen, und er hat sich auch in die Herzen der Menschen eingetragen.“

In sehr persönlich gehaltenen Worten beschrieb Bundesminister a. D. Robert Lichal den Verstorbenen als „treusorgenden Familienvater“, der sich durch Bescheidenheit und Fleiß ausgezeichnet habe: „Es war ihm keine Mühe zu groß, wenn er ein Ziel erreichen wollte. Er hatte für alle Sorgen seiner Landsleute ein offenes Ohr. Er war ein Mensch, der bereit war, für andere einzutreten.“

„Siegfried Ludwig war ein Freund der niederösterreichischen Stifte und Klöster, er hat sich mit uns sehr verbunden gefühlt“, dankte Prälat Fürnsinn dem Verstorbenen: „Er hat uns sehr geholfen, das gebaute Gedächtnis unseres Landes zu bewahren.“

Nach dem Requiem in der Pfarrkirche wurde Landeshauptmann a. D. Siegfried Ludwig am Friedhof von Perchtoldsdorf beigesetzt. Dem Kondukt gehörten neben der Familie, der Geistlichkeit sowie den Ehren- und Trauergästen u. a. auch mehrere Traditionsverbände, der Kameradschaftsbund, die Jäger, mehrere Sport- und Blaulichtorganisationen, eine Abordnung der Südmährer, eine Ehrenkompanie des Österreichischen Bundesheeres, die Militärmusik und ein Standardblock mit Couleurträgern an. ■



Foto: NÖ Landespressedienst/Reinberger

Vizekanzler Michael Spindelegger (r.) und LH Erwin Pröll mit Gattin Sissy beim Requiem für LH a. D. Siegfried Ludwig in der Pfarrkirche Perchtoldsdorf

Musiklegende vergoldet

James Last erhielt das »Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien«

Zahlreiche Gäste aus Politik und Kultur waren am 8. April ins Wiener Rathaus gekommen, um der Feierstunde beizuwohnen: Sepp Rieder, Ehrenbürger der Stadt und Landeshauptmann-Stv. a. D., Stadtrat Manfred Juraczka und Stadträtin Veronika Matiassek, Museumsquartierleiter Christian Strasser, Stadthallendirektor Wolfgang Fischer und RSO-Manager Christian Scheib.

„James Last ist ein Musiker mit Leib und Seele. Denn ohne Herz, das dahinter steht, schafft man dieses beeindruckende Werk nicht“, betonte Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny. James Last sei seit einem halben Jahrhundert im Musikbusiness tätig, auf Tournee und in den Studios. „Er produzierte 17 Platin- und 200 Goldene Schallplatten. Mit seinem Happy Sound und Easy Listening spricht er zu den Menschen. Daß James Last in Wien ist, hier seinen Geburtstag feiert und ein Konzert gibt, ist eine Auszeichnung für Wien.“

„Dem James Last-Orchester verdanken wir jahrzehntelange Glücksproduktion“, so Elke Tschaikner, Musikchefin von Ö1, in ihrer Laudatio auf den Musiker, Komponisten, Arrangeur, Orchestergründer und -leiter. „James Last hat der Diskussion um Hochkultur versus Popkultur ein verbindendes Element entgegengesetzt. Sein Orchester war eine Verbindungsmaschine – Verbindung zwischen den Generationen und zwischen den Musikstilen. Wegen dieser Offenheit wird James Last auch von vielen Musikern geschätzt – von Hip Hoppern und Rappern genauso wie Pop- und Weltmusikern und jenen, die sich der Klassik verschrieben haben.“

Ein sichtlich gerührter James Last bedankte sich bei Wien für die Auszeichnung und bei seinem Vater, der ihm die Liebe zur Musik weitergegeben hat: „Mein Vater war sehr musikalisch und hat mich mit Wiener Liedern zur Musik gebracht. Musik ist das Schönste, was es auf der Welt gibt. Sie ist eine Sprache, die alle verstehen.“

James Last

wurde als Hans Last 1929 in Bremen geboren. 1943 begann er mit einer Ausbildung im Instrument Fagott an der Heeresmusikschule Frankfurt am Main. Nach deren Zerstörung wurde er an die Heeresmusikschule Bückeburg versetzt, wo er Kontrabaß und Tuba lernte. Gleich nach Kriegsende trat er in verschiedenen Tanzclubs der Besatzungsmächte auf und erhielt ein Engagement als Kontrabassist im Tanzorchester von Radio Bremen. Zusätzlich gründete er aus Mitgliedern des Orchesters das Last-Becker-Ensemble und später das Hans-Last-Orchester.



Foto: Georg Oberweger / PID

Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny (r.) und Allround-Musiker James Last

1955 übersiedelte Hans Last mit seiner Frau von Bremen nach Hamburg, wo er eine Anstellung als Kontrabassist im NWDR-Tanzorchester erhielt. In den folgenden Jahren knüpfte er Kontakte zur Schallplattenfirma Polydor, bei der er dann später auch unter Vertrag genommen wurde. Den ersten Aufnahmen mit seinem eigenen Orchester war ursprünglich kein großer Erfolg beschieden, jedoch konnte sein Stil des sogenannten „Happy Sound“ sich Anfang der 60er-Jahre schlagartig durchsetzen. Die Verkaufszahlen seiner Langspiellplatten schnellten in die Höhe und 1964 erhielt er von Polydor einen Vertrag auf Lebenszeit.

Im Jahre 1965 änderte Last auf Betreiben von Polydor seinen Vornamen auf James, die Band hieß fortan „James Last & His Orchestra“. Er arrangierte im Eilzugtempo und produzierte bis zu zwölf Alben pro Jahr, darunter die berühmtesten wie „Non Stop Dancing“, „Sing mit“, „Beachparty“ und „Classics Up To Date“ mit oft über zehn Fortsetzungen. Durch die hervorragende Verwendbarkeit seiner Musik besonders bei Tanzveranstaltungen und Partys erlangte er bald weltweite Berühmtheit bis hin nach Amerika. In seinen Live-Konzerten trat er mit den bedeutendsten Unterhaltungskünstlern seiner Zeit wie Wencke Myhre, Freddy Quinn, Fred Bertelmann oder Richard Clayderman auf.

James Last ist bis zum heutigen Tag aktiv. Er arrangiert, bestreitet Konzerttourneen und tritt auch als Komponist in Erscheinung. Von ihm stammt u. a. auch die Filmmusik zu „Der Landarzt“ oder „Das Traumschiff“. ■

<http://www.jameslast.com>

Erstes Passivbürohochhaus der Welt steht in Wien

Die Skyline des Donaukanals ist um eine neue architektonische Sehenswürdigkeit reicher: Das RHW.2 der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien, das in Sachen Energieeffizienz neue Maßstäbe bildet, wurde feierlich eröffnet.

Als „Ironie der Geschichte“ bezeichneten am Vormittag des 15. April der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Nikolaus Berlakovich, und Erwin Hameseder, Obmann der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien, die Tatsache, daß am ehemaligen Standort der OPEC-Zentrale, das erste zertifizierte Bürohochhaus der Welt nach Passivhausstandards errichtet wurde. Fossile Energie weicht somit einer nachhaltigen Gebäudenutzungsform.

„Unser Stammhaus am Donaukanal wurde 1975 gebaut. Seit dem sind wir Gott sei Dank gewachsen“, betonte der Aufsichtsratspräsident der Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien, Christian Konrad. Deshalb habe man sich für den Zubau zum Raiffeisenhaus Wien entschieden. „Wir wollten ein modernes, rationelles Gebäude errichten, das energie-technisch heraussticht“.

20.000 m² für rund 900 Mitarbeiter

„Wenn wir etwas angehen, machen wir es ordentlich. Dieses Haus ist eine Familienzusammenführung am besten Standort, den man sich dafür vorstellen kann“, so Erwin Hameseder, Obmann der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien. Im 78 Meter hohen Gebäude sind neben der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien weitere Sektorunternehmen wie etwa AGRA-NA, LLI, RENERGIE, Raiffeisen Immobilien Vermittlung aber auch der Österreichische Raiffeisenverband untergebracht. Insgesamt umfaßt das RHW.2 21 Obergeschoße mit einer vermietbaren Fläche von rund 20.000 m² und bietet für rund 900 Mitarbeiter Platz.

Auch die Landeshauptleute von Wien und Niederösterreich gratulierten zum neuen Bürogebäude und brachten als obligatorisches Gastgeschenk Brot und Salz für die Hausherren. „Wachsende Bauten freuen mich, denn das heißt, daß die Wirtschaft prosperiert“, so Bgm. Michael Häupl. Landeshauptmann Pröll wiederum „hofft, daß das Gebäude ein Symbol bleibt für die gute Zusammenarbeit zwischen Raiffeisen und dem Land Niederösterreich“.

Auszeichnung in Gold

„Raiffeisen steht für Nachhaltigkeit. Dieses Gebäude ist ein Best-Practice-Beispiel für Energieeffizienz“, lobte Berlakovich bei der Eröffnung. Das RHW.2 wurde nach dem klima.aktiv Gebäudestandard bewertet und

erreichte 900 von 1000 möglichen Punkten. Aus diesem Grund überreichte Berlakovich „die höchste Auszeichnung, die wir vergeben können“, die Klima-Aktiv-Gold-Plan-kette, an den Obmann der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien, Erwin Hameseder.



Foto: rhnoew / Manfred Burger

Die Skyline des Donaukanals ist mit dem RHW.2 der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien um eine neue architektonische Sehenswürdigkeit reicher.



Foto: rhnoew / Manfred Burger

v.l. Präs. Christian Konrad, Bürgermeister Michael Häupl, LH Erwin Pröll, Obmann Erwin Hameseder, BM Nikolaus Berlakovich, GD Klaus Buchleitner und Geschäftsleiterin Michaela Steinacker mit Kindern des Betriebskindergartens

Klimaschonendes Vorzeigehochhaus

Das RHW.2 wurde von den Architekten Dieter Hayde, Ernst Maurer und Radovan Tajder geplant. Der Bauherr und Generalkonsulent Vasko+Partner orientierte sich bei der Ausführung an den strengen Intentionen der Raiffeisen Klimaschutz-Initiative. Unter der Devise „Nutzung der Standortressourcen“ werden die Elemente Sonne, Wasser, Erde, Luft sowie energiebewußte Bautechnik und moderner Materialeinsatz bestmöglich kombiniert. Eine biogasbetriebene Kraft-Wärme-Kälte-Kopplungsanlage produziert den Großteil der im Haus benötigten Energie zum Heizen, Kühlen und Lüften sowie für den Hausbetrieb selbst. Über diese einmalige Kombination von verschiedenen, die Energieeffizienz steigernden Systemen wird der Energieverbrauch im Vergleich zu ähnlichen Bürohochhäusern um über 50 Prozent reduziert.

„Uns war besonders wichtig, daß sich die Mitarbeiter wohlfühlen. Dazu gehören ein gutes Raumklima ebenso wie die Ergonomie und natürlich die gesamte Infrastruktur“, erklärte Klaus Buchleitner, Generaldirektor der Raiffeisen-Holding und Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien. Das RHW.2 beherbergt beispielsweise einen Betriebskindergarten mit insgesamt 80 Betreuungsplätzen, der auch Kindern aus dem umliegenden Gebiet offensteht. Das Kaffeehaus im Lobbybereich soll, neben der hauseigenen Bankstelle, zu einem Ort der Begegnung werden.

84 Millionen Euro investiert

Die Gesamtinvestitionskosten beliefen sich auf 84 Mio. Euro. Sowohl der Kosten als auch der Zeitplan konnten optimal eingehalten werden. Rund sieben Prozent des Ge-



Foto: rhnoew / Manfred Burger

BM Nikolaus Berlakovich (r.) überreichte Erwin Hameseder, die Klima.aktiv-Plakette in Gold.

samtinvestitionsvolumens flossen in Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz. Damit gelingt es, die Energiekosten, die für ein herkömmliches Bürohaus anfallen, auf die Hälfte zu reduzieren.

Raiffeisenhaus 3

„Und wir bauen schon wieder“, freute sich Buchleitner im Rahmen der Eröffnung des RHW.2. Allerdings handelt es sich dabei nicht um ein drittes Bürohochhaus für unsere Mitarbeiter, sondern um ein neues SOS-Kinderdorfhaus in der Hinterbrühl. „Wir setzen damit ein klares Zeichen.“ Nachdem für Raiffeisen NÖ-Wien ein neues Bürogebäude errichtet wurde, wolle man auf jene nicht vergessen, die durch ihre persönlichen Schicksale an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden.

<http://www.rhnoew.at>



Foto: rhnoew / Manfred Burger

Salz und Brot für die Hausherren (v.l.): Bgm. Michael Häupl und LH Erwin Pröll mit GD Klaus Buchleitner, Präs. Christian Konrad und Obmann Erwin Hameseder

Mikroorganismen zur Stromspeicherung

Innovatives Verfahren zur Erdgasproduktion aus CO₂ und Wasserstoff marktreif

Ein innovatives Verfahren zur Speicherung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen ist jetzt mit einer vierten Patentanmeldung fertig für den Markt. Das auf Mikroorganismen basierende Verfahren der österreichischen Krajete GmbH erlaubt die hocheffiziente und umweltschonende Umwandlung von klimaschädlichem CO₂ und Wasserstoff in – speicherbares – Methan.

Prozeß ist nun für die Industrie nutzbar

Vier Milliarden plus vier Jahre hat es gedauert, jetzt ist es fertig: ein industriell nutzbares Verfahren zur direkten Umwandlung von CO₂ und Wasser in hochwertiges Methan: Die ersten vier Milliarden Jahre erfolgte die Entwicklung des natürlichen Prozesses durch sogenannte Archäa – Mikroorganismen, die zu den ältesten Lebensformen der Welt zählen. Die letzten vier Jahre machte sich die österreichische Krajete GmbH daran, den umweltverträglichen Prozeß für den großindustriellen Einsatz nutzbar zu machen. Erfolgreich. Mit einer vierten Patentanmeldung ist der gesamte Prozeß nun optimiert und fertig für die Auslizenzierung.

Der Bedarf für diesen hocheffizienten Prozeß zur Herstellung reinsten Methans ist dabei groß und vielfältig, wie Alexander Krajete, Geschäftsführer der Krajete GmbH, erläutert: „Neben der als ‚Power to Gas‘ bezeichneten Speicherung erneuerbarer Überschussenergie aus Sonnen-, Wind- und Wasserkraftanlagen eignet sich unser Prozeß für gleich zwei weitere industrielle Anwendungen: Zur Veredelung von rohem Biogas zu reinem Erdgas sowie zur Produktion von Biotreibstoffen der so genannten fünften Generation.“ Die Produktion von Biotreibstoffen hat im Vergleich zur aktuellen Herstellung aus (Nahrungsmittel-)Pflanzen dabei den großen Vorteil, keine Konkurrenz um Anbauflächen zu verursachen.

Umwandlung zu Erdgas im Bioreaktor

Tatsächlich erfolgt die Umwandlung des Klimagases CO₂ (und Wasserstoff) zu Erdgas in einem Bioreaktor – einem regulierten System, in dem spezielle Stämme der als Archäa bezeichneten Mikroorganismen CO₂ umwandeln. In der Natur hingegen kommen



Foto: Krajete GmbH

Archäa-Mikroorganismen zählen zu den ältesten Lebensformen der Welt



Foto: Krajete GmbH

Die Umwandlung des Klimagases CO₂ (und Wasserstoff) zu Erdgas erfolgt in einem Bioreaktor.

Archäa meistens an Standorten mit extremen Umweltbedingungen vor.

Dazu Krajete: „So attraktiv dieser Prozeß auch für die Energiebranche ist, so schwierig war er zu ‚zähmen‘, also für eine konkrete Nutzenanwendung maßzuschneidern. Genau das ist uns gelungen. Denn dank unseres exklusiven Know-hows in der Prozeßführung, können wir für jede Anwendung einen ökonomisch optimierten Umsatz erzielen.“ Es gelang dem Unternehmen, den Prozeß der Methanherstellung unter kontrollierten Bedingungen im Bioreaktor insgesamt zu perfektionieren – hohe Ressourceneffizienz und Umsatzgeschwindigkeiten zeichnen ihn nun genauso aus wie seine Robustheit und die Fähigkeit, mit rasch wechselnden Bedingungen fertig zu werden.

Speicherung von Überschußstrom aus erneuerbaren Energiequellen

Gerade seine hohe Anpassungsfähigkeit macht den Prozeß auch ideal für die Speicherung von Überschußstrom aus erneuerbaren Energiequellen. Also jene Menge Strom, die bei günstigen Bedingungen – zum Beispiel bei hoher Sonneneinstrahlung oder Windgeschwindigkeit – über den Bedarf hinaus produziert wird. Kann diese nicht ins Netz eingebracht werden, geht sie verloren. Daß Überschußstrom aber unvermittelt und unregelmäßig anfällt, stellt hohe Anforderungen an jedes System zu seiner Speicherung, ein rasches Umschalten aus dem Ruhezustand in den vollen Produktionsmodus ist daher gefragt. Eine Anforderung, die der Prozeß von Krajete optimal erfüllt. Zusätzlich verbraucht die eigentliche Speicherung selber kaum Energie. Einmal umgewandelt, kann das Methan bis zum Gebrauch passiv gelagert werden – ein wichtiges Unterscheidungskriterium zu anderen Speicherprozessen.

Insgesamt ist es der Krajete GmbH weltweit erstmals gelungen, diesen vielversprechenden Prozeß zur industriellen Einsatzreife weiterzuentwickeln. Mit der Anmeldung von insgesamt vier Patenten ist die Firma nun in der Position, den gesamten Prozeß an Kunden aus der Energiewirtschaft, Chemiebranche und dem Maschinenbau zu lizenzieren. ■

<http://www.krajete.com>

Bessere Pharmaprodukte aus lebenden Zellen

Biopharmazeutische Produktion war bisher von Versuch und Irrtum abhängig, nun sollen die Prozesse auf solider wissenschaftlicher Basis untersucht und verstanden werden – mit einem neuen Christian Doppler Labor an der TU Wien.

In der sogenannten „roten Biotechnologie“ setzt man lebende Zellen für die Herstellung von therapeutischen oder diagnostischen Pharmaprodukten ein. Dabei handelt es sich oft um sehr komplizierte Moleküle, die sich nur mit Hilfe biotechnologischer Prozesse herstellen lassen. Bei der Entwicklung dieser Prozesse war man bisher auf Versuch und Irrtum angewiesen, doch das soll sich nun ändern. Am 17. April wurde an der TU Wien ein vom Wirtschaftsministerium unterstütztes CD-Labor eröffnet, an dem in den nächsten sieben Jahren ein mechanistisches und physiologisches Verständnis dieser Prozesse erarbeitet werden soll, um sie in Zukunft schneller entwickeln und für die industrielle Produktion nutzen zu können.

Es funktioniert, und niemand weiß warum

Mit der Entwicklung neuer biotechnologischer Herstellungsverfahren, etwa für Antikörper oder rekombinante Enzyme, ist immer großer Aufwand verbunden: Unzählige Versuchsreihen, zeitaufwändige Tests in Bioreaktoren, Unmengen an gemessenen Daten gehören dazu. „Man probiert viele unterschiedliche Varianten aus und mißt, welcher Satz an Prozeßparametern am erfolgreichsten ist“, erklärt Prof. Christoph Herwig. Danach weiß man zwar, wie der Herstellungsprozeß funktioniert, aber nicht warum. Herwig wird in den nächsten Jahren das „CD Labor für mechanistische und physiologische Methoden für leistungsfähigere Bioprozesse“ leiten, wo die heutigen Ansätze des „Know-How“ in der Biotechnologie durch das nötige „Know-Why“ ergänzt werden sollen.

Das Problem der Skalierbarkeit

„Die rote Biotechnologie bietet viele Chancen, doch viele Firmen haben in diesem Bereich Schwierigkeiten, ihre Produkte zur Marktreife zu bringen“, sagt Herwig. Wenn nur empirische „Kochrezepte“, nicht aber die zugrundeliegenden Mechanismen bekannt sind, erlebt man oft unangenehme Überras-



Foto: TU Wien

Im Labor der Forschungsgruppe für Bioverfahrenstechnik



Foto: TU Wien

Prof. Christoph Herwig

sungen, wenn eine neu entdeckte Methode auf industrielle Größenordnungen hochskalieren will: Was sich im kleinen Versuchsreaktor bewährt hat, läßt sich nicht unbedingt auf Industriemaßstäbe anwenden. So entsteht oft großer finanzieller Schaden für Industrieunternehmen, da gesamte Produktionschargen entsorgt werden müssen.

Biotechnologie ist wie Flugzeugbau

Untersucht werden im neuen CD-Labor der TU Wien ganz unterschiedliche biotechnologische Verfahren: Man forscht an Bakterien und Hefe genauso wie an filamentösen Pilzen und sogar Säugetierzellen. „Wir wol-

len einen breiten Bereich der Biotechnologie auf ein solides Fundament stellen“, sagt Herwig. Er vergleicht das Projekt mit dem Flugzeugbau: Die ersten Flugversuche hat man mit simplen Flugmaschinen unternommen, die durch simples Ausprobieren verbessert wurden. Heute setzt man die Erkenntnisse der Ingenieurwissenschaften und die Gesetze der Aerodynamik ganz bewußt und gezielt ein und erzielt von Anfang an bessere Ergebnisse. Auf ähnliche Weise, so hofft Herwig, soll durch das Verstehen der grundlegenden physiologischen Prozesse bald auch die Biotechnologie abheben und Erfolge bringen.

Das Wirtschaftsministerium unterstützt

Mit finanzieller Unterstützung des Wirtschaftsministeriums fördert die Christian Doppler Forschungsgesellschaft die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft durch die Einrichtung von Christian Doppler Labors mit festen Laufzeiten. Derzeit sind an der TU Wien elf aktive Christian Doppler Labors verankert – mehr als an jeder anderen Universität in Österreich. ■

http://www.vt.tuwien.ac.at/biochemical_engineering/cd_mib/

Autos mit Vergangenheit

Ein neues Kapitel in der Verkehrsgeschichte Österreichs wird erforscht.

Im Rahmen eines internationalen, vom Wissenschafts- und Forschungsministerium finanzierten „forMuse“-Projekts am Technischen Museum Wien (TMW) haben ForscherInnen seit 2009 wichtige Quellen zum Kraftfahrzeugbesitz in Österreich in den 1930er und 1940er-Jahren ausgewertet und damit ein neues Kapitel der Verkehrsgeschichte im 20. Jahrhundert erforscht. In einem gemeinsamen Pressegespräch im TMW präsentierten Wissenschafts- und Forschungsminister Karlheinz Töchterle, Rektorin Eva Blimlinger (Kommission für Provenienzforschung), Direktorin Gabriele Zuna-Kratky sowie Projektleiter Christian Klösch und Verena Pawlowsky vom TMW die zentralen Ergebnisse.

„Wir setzen mit dem Förderprogramm ‚forMuse – Forschung an Museen‘ einen gezielten Impuls, um die Forschung an Museen zu stärken und weiterzuentwickeln“, so Töchterle. Sein Ministerium hat 2009 bis 2012 rund zwei Mio. Euro für zwölf qualitativ hochwertige Forschungsprojekte zur Verfügung gestellt. In allen Projekten war mindestens ein Museum Kooperationspartner. Ziel ist es, die Forschungskultur an Museen zu stärken und Kooperationen zwischen Forschungseinrichtungen und Museen zu steigern. Der Forschungsminister unterstreicht ein weiteres Anliegen: „Wir konnten mit ‚forMuse‘ die Wertschätzung und öffentliche Aufmerksamkeit für Forschung an Museen merklich erhöhen.“ Gerade auch Projekte wie „Autos mit Vergangenheit“ tragen neben den wertvollen Forschungsergebnissen auch dazu bei, Öffentlichkeit für die engagierte Forschungsarbeit an Museen zu schaffen.

„Wir freuen uns, daß die umfangreichen Forschungsarbeiten zu den historischen Fahrzeugdatenbanken nun abgeschlossen sind und wir diese für alle Interessierten auf unserer Website zu Recherchezwecken zur Verfügung stellen können. Mit der Rückgabe bzw. dem Rückkauf einiger Objekte aus dem Technischen Museum Wien und der Veröffentlichung der Datenbanken, ist ein wichtiger Schritt zur Aufarbeitung der Vergangenheit vollendet. Der Stellenwert der Provenienzforschung für das Technische Museum Wien zeigt sich auch darin, daß dieses Thema – als erstes Museum in Wien – in der Schausammlung durch die Restitutionsfälle

Rosa Glückselig, Hugo Theodor Horwitz und Ernst Sonnenschein präsent ist. Die Provenienzforschung wird am Technischen Museum auch in Zukunft weitergeführt werden“, meint Gabriele Zuna-Kratky.

„Das Förderprogramm ‚forMuse‘ hat Grundlagenforschung in den Museen ermöglicht, die mit den vorhandenen Mitteln nur schwer möglich ist. Die Kommission für Provenienzforschung erarbeitet jene Informationen, die für den Kunstrückgabebeirat die Entscheidungsgrundlage bilden. Online-Daten-

banken wie die zu Kraftfahrzeugen in Österreich in den 1930er und 1940er-Jahren ermöglichen vertiefte Recherchemöglichkeiten vor allem für die Kommission für Provenienzforschung, aber auch für jene die weltweit nach entzogenen Gütern recherchieren“, faßt Eva Blimlinger zusammen.

Durch dieses „forMuse“-Forschungsprojekt konnten Kraftfahrzeugsverzeichnisse digitalisiert und wissenschaftlich ausgewertet werden. Das Ergebnis ist eine Online-Datenbank zum Kraftfahrzeug-Besitz in Öster-

technisches museum wien

Startseite >> Datenbanken zu Kraftfahrzeugen in Österreich in den 1930er und 1940er Jahren >> NS-KFZ-Raub

NS-KFZ-Raub

KFZ: Steyr 50, Besitzerin: Freud

Symbolfoto

Fahrzeug
 Kennzeichen: A3523
 Typ: Steyr 50
 Geflüg: PKW

NS-KFZ-Raub
 Entzugsvorgang: beschlagnahmt
 Entzieher: Gestapo

Anmerkung: „Sehr geehrter Herr Doktor! Ich habe eben erfahren, daß die Schenkung des Autos an unsern (sic) ehemaligen Chauffeur Malina nicht durchgeführt werden kann. Dr. Seusenwald hat bei der Staatspolizei erfahren, daß der Wagen nicht ausgeführt wird. Uns tut das sehr leid, denn wir haben gehofft, daß dieser sehr brave Wiener Arter sich damit eine neue Existenz gründen kann. Wenn wirklich nichts in dieser Sache zu machen ist, so bitte ich Sie, ihm statt dessen (sic) von unsern zur Schuldentilgung erliegenden Geld eine Abfertigung von M. 300,- auszuschütten. Er wird sich in der Kanzlei melden. (...)“ Anna Freud an Alfred Indra v. 23.6.1936, London, Österreichische Nationalbibliothek, Handschriftensammlung, NS 1154, S/11. (Mitteilung von Dr. Christiane Rothländer)

Besitzerin
 Name: Freud
 Vorname: Sigmund
 Titel: Prof. Dr.
 Berufsbranche: Psychoanalytiker
 Bundesland: Wien
 Bezirk: 9
 Adresse: Berggasse 15

Suche zurücksetzen

Suche

« Vorheriger Eintrag zurück zur Liste Nächster Eintrag »

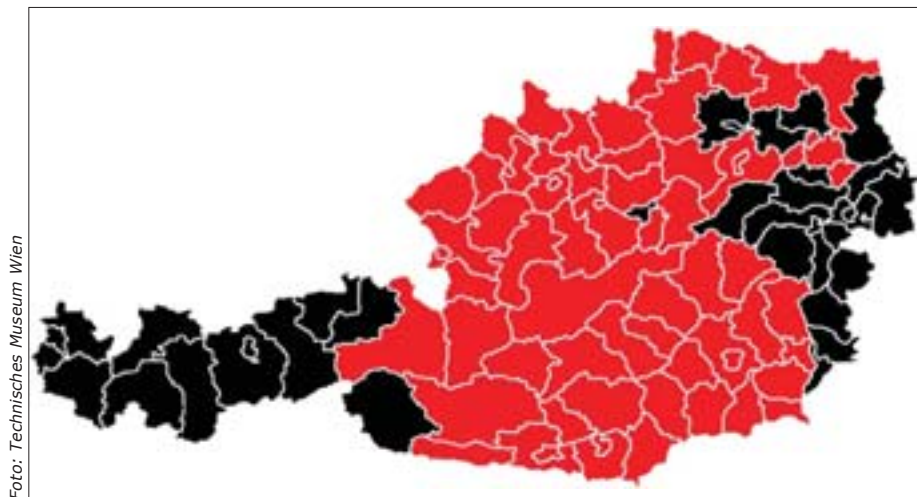
Foto: Technisches Museum Wien

Datenbankeintrag zum Automobil von Prof. Sigmund Freud

reich vor 1938, die nun auf der Website des TMW abgerufen werden kann. Die Datenbank „Historische KFZ-Verzeichnisse“ enthält derzeit ca. zwei Drittel aller damals zugelassenen Kraftfahrzeuge.

Diese Datenbank war die Grundlage weiterer Recherchen zur Identifizierung von NS-Raubgut in öffentlichen und privaten Sammlungen. In Zusammenarbeit mit der Israelitischen Kultusgemeinde Wien und dem Deutschen Museum München wurden in Österreich und Deutschland Informationen zu über 3000 entzogenen Kraftfahrzeugen gesammelt, die nun in der Datenbank „NS-KFZ-Raub“ der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. ■

<http://www.technischesmuseum.at>



Die Grafik zeigt die erfaßten (rot) und fehlenden (schwarz) KFZ-Verzeichnisse an.

Expertise im Schienenverkehr

Weltkongreß zu Aus- und Weiterbildung im Eisenbahnwesen an der FH St. Pölten

Von 24. bis 26. April 2013 fand an der FH St. Pölten der zweite UIC World Congress on Rail Training statt. Über 150 ExpertInnen aus dem Eisenbahnsektor diskutierten über die Verbesserung von Sicherheit, Nachhaltigkeit und Kundenservice durch eine höhere Qualität in der Ausbildung von EisenbahnmitarbeiterInnen. Gäste kamen aus 29 Ländern von fünf Kontinenten.

„Ausbildung ist eine der zentralen Aufgaben für Unternehmen, um mit notwendigen Veränderungen zurecht zu kommen. Um für die Zukunft gewappnet zu sein, braucht es neue Technologien und neues Wissen“, sagt Jean Pierre Loubinoux, der Generaldirektor der International Union of Railways (UIC), in seiner Eröffnungsrede zum Kongreß im vollbesetzten großen Festsaal der FH St. Pölten. Ziel sei es, die jungen Talente der Zukunft zu entwickeln.

Der Kongreß fördert das Potential der Beschäftigten im Eisenbahnwesen durch den Austausch bewährter Schulungspraktiken im gesamten Sektor. Dies umfaßt neben den richtigen Ausbildungsmethoden auch den Einsatz entsprechender Technik und den Austausch über aktuelle Forschungsergebnisse im Bereich und deren Anwendung in der Praxis. Im Zuge des Kongresses wurden Best-Practice-Modelle sowie neue Herausforderungen und Technologien für die Aus- und Weiterbildung vorgestellt und diskutiert.

„Es ist eine große Ehre für die FH, diesen internationalen Kongreß zu beherbergen“, sagte FH-Geschäftsführerin Gabriela Fernan-

des. FH-Geschäftsführer Gernot Kohl verwies in seiner Begrüßungsrede auf die Ausbildungsmöglichkeiten im Schienenbereich an der FH St. Pölten: „Der Bachelor- und Masterstudiengang Eisenbahn-Infrastrukturtechnik sowie der Weiterbildungslehrgang MSc Europäische Bahnsysteme sind in Österreich einzigartig.“

„Themen des Kongresses waren nicht nur neue Lernmethoden und -technologien wie Simulatoren, Multimediatechnik und E-Learning, sondern auch Sicherheit und ArbeitnehmerInnenschutz, TrainerInnenausbildung und mögliche Maßnahmen gegen den Verlust von Kompetenz und Fachwissen im Unternehmen“, sagt FH-Prof. Georg Barta, FH-Dozent am Department Technologie.

Insbesondere fanden Europäische Initiativen und Standardisierungen, die Rolle der Hochschulen in der Eisenbahnausbildung und internationale Kooperationen Beachtung. Ergänzt wurde das Programm durch drei technische Exkursionen in das Bildungszentrum Wörth der ÖBB, deren Betriebsleitzentrale Wien und auf die Baustelle des Hauptbahnhofs in Wien sowie den Schienenfahrzeugbau von Bombardier in Wien-Donaustadt.

Franz Hammerschmid, bei der ÖBB Infrastruktur für Unternehmensstrategie verantwortlich, betonte, daß die Vorteile der Bahn der breiten Bevölkerung noch besser kommuniziert werden müßten und verwies auf die neue, schnellere Zugverbindung Wien-St. Pölten: „Von Wien hierher zu fahren, ist dadurch fast wie U-Bahn-Fahren“, so Ham-

merschmid. Während in den letzten Jahren im Bereich der Bahn privatisiert worden ist, sei es ihm zufolge jetzt an der Zeit zu harmonisieren, einheitliche Standards zu setzen und die Sicherheit zu erhöhen.

Alexander Netolicky von der ÖBB-Produktion GmbH und Präsident der Expertise Development Platform der International Union of Railways (UIC) zeigte sich begeistert von den lebhaften Diskussionen zwischen den TeilnehmerInnen und lobt die FH St. Pölten als Gastgeberin: „Die Fachhochschule konnte sich eindeutig gegen andere internationale Bewerber als Austragungsort durchsetzen.“

Lynne Milligan, Customer Service Director bei Arriva Trains Wales, referierte zu Ausbildung, Kundenorientierung und Service und betonte, wie wichtig der Servicegedanke bei den Bahnbetrieben ist: „Dann könnten Kundinnen sagen, treffen wir uns auf ein Essen im Zug statt fahren wir gemeinsam von A nach B.“

Im Zuge des Kongresses wurde auch das neue Forschungslabor der Studiengänge für Eisenbahn-Infrastrukturtechnik, das railLAB, für interessierte TeilnehmerInnen des Kongresses geöffnet. Präsentiert wurden unter anderem eine Stellwerkssimulation, wie sie auch von großen Eisenbahnunternehmen für die Ausbildung von Fahrdienstleitern verwendet wird, ein Lokfahrersimulator und eisenbahnspezifische Software, welche etwa für Fahrplankonstruktionen genutzt wird. ■

<http://fhstp.ac.at>

Trendige Taschen und Rucksäcke erzeugen Solarstrom

Energy Globe Austria Award 2013 geht an Wiener Firma Solar Fidelity

Foto: Energy Globe / Plus Agency



Gruppenbild mit alle glücklichen Gewinnern – die nominierten Projekte kommen aus allen Bundesländern und reichen von High-Tech bis zu smarten Ideen mit Fokus auf Energie sparen, Energieeffizienz und Einsatz erneuerbarer Energien.

Das Wiener Unternehmen Solar Fidelity (so-fi) holte sich am 24. April bei der Energy Globe Austria Award Verleihung im Linzer Power Tower der Energie AG die goldene Austria Trophäe 2013. Für trendige Rucksäcke und Taschen, die sich über einen integrierten USB-Anschluß den Strom zum Aufladen von Mobilgeräten direkt aus der Sonne holen. Weltweit neu dabei ist die Design-Solarzelle. Bernhard Lehner, Pressesprecher des Unternehmens, nahm sichtlich stolz den Austria Globe von den Laudatoren Wirtschaftslandesrat OÖ, Michael Strugl, und Gemeindebund-Präsident Bürgermeister Helmut Mödlhammer in Empfang. Die zukunftsweisende Solarmode hat das Publikum überzeugt: beim Voting aus den fünf Kategoriensiegern war Solar Fidelity (Sieger in der Kategorie Feuer) klarer Favorit. Energy Globe Gründer Ing. Wolfgang Neumann gratulierte den Siegern und Nominierten zu ihren „wegweisenden Projekten für die Umwelt mit großem Wirtschaftspotential“. Die Award Verleihung fand in Kooperation mit der Energie AG statt. Für Generaldirektor Leo Windtner deckt sich die Intention des Energy Globes mit der Unternehmensphilosophie der Energie AG, „die unser Bekenntnis und unsere Aktivitäten zum effizienten Einsatz von Energie unterstreicht“.

Die nominierten Projekte kommen aus allen Bundesländern und reichen von High-Tech bis zu smarten Ideen mit Fokus auf Energie sparen, Energieeffizienz und Einsatz

erneuerbarer Energien. 16 Projekte in den fünf Kategorien Erde, Feuer, Wasser, Luft und Jugend wurden mit spannenden Filmen vorgestellt. Das breit gestreute, rot-weiß-rote Innovationspotential beeindruckte das Publikum sichtlich. Für großes Staunen sorgte der Grazer Jonglage-Künstler Albert Tröblinger – vielen bekannt aus Supertalent –, als er mit seinen Kristallkugeln atemberaubende Akrobatik auf die Bühne zauberte. Die Energy Globe Austria Verleihung ist ein jährliches Highlight zur Auszeichnung österreichischer Umweltinnovationen. Mit in Summe 160 teilnehmenden Ländern und jährlich über 1000 Projekteinreichungen ist der Energy Globe heute die weltweit größte Plattform für Nachhaltigkeit.

Kategorie Luft

Wolf Nudeln im Südburgenland stellt ihre Teigwaren CO₂-neutral her. Eier, Futter für Hühnerstallungen und Grasschnitt für die Biogasanlage kommen aus der eigenen Landwirtschaft. Es wird mehr Energie erzeugt als verbraucht, der Überschuß geht ins Netz. <http://www.wolfnudeln.at>
Laudator: LR Rudi Anschober, Land OÖ.

Kategorie Feuer und Gesamtsieger

Solarmode der Marke Solar Fidelity (so-fi) ist Fashion der Zukunft aus Wien. Die trendigen Rucksäcke und Taschen holen sich über einen integrierten USB-Anschluß den Strom zum Aufladen von Mobilgeräten di-

rekt aus der Sonne. Weltweit neu ist die Design-Solarzelle. <http://www.so-fi.com>
Laudator: GD Leo Windtner, Energie AG.

Kategorie Wasser

Der Reinhaltungsverband Trattnachtal in Oberösterreich produziert energieautark aus Stickstoff der Kläranlagen-Abwässer Ammoniak zur Düngernerzeugung. Das vermeidet den Einsatz von 90.000 Litern Erdöl. <http://www.rhy-trattnachtal.at>
Laudator: VDir Franz Meingast, Wüstenrot

Kategorie Jugend

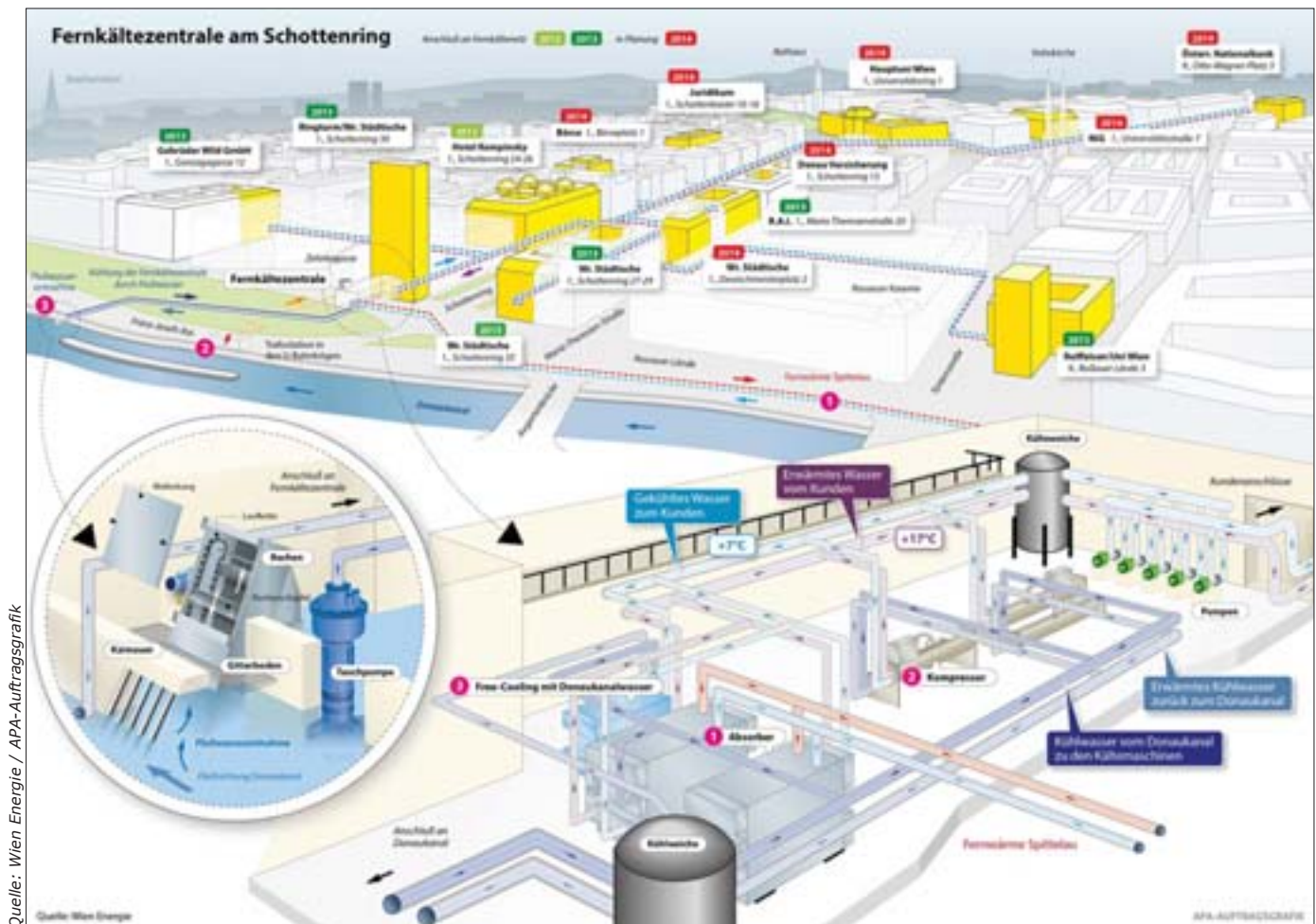
Mit der patentierten Steuerung des HTL Braunau Absolventen Lukas Bernhofer aus Tumeltsham in Oberösterreich kann man Sonnen- oder Windstrom sofort im Haushalt nutzen. Würden alle Waschmaschinen in Österreich mit dieser Methode betrieben, könnte man einen CO₂ Ausstoß von 421.200 Tonnen vermeiden.
Laudatorin: GS Anna-Maria Hochhauser, Wirtschaftskammer Österreich.

Kategorie Erde

Ein von der Love architecture und urbanism Ziviltechniker Ges.m.b.H. in Graz umgesetzter Spar Supermarkt ist Paradebeispiel für umweltfreundliches Bauen. Aus nachwachsenden Rohstoffen errichtet, produziert das Gebäude mehr Energie als es braucht und ist für Mitarbeiter und Kunden eine Wohlfühl-oase. <http://www.love-home.com>
<http://www.energyglobe.at>

Der größte Kühlschrank Wiens ging ans Netz

Die Fernkältezentrale Schottenring ging offiziell in Betrieb. Rechtzeitig zu Beginn der warmen Jahreszeit macht sie umweltschonende Gebäudekühlung für die Wiener Innenstadt verfügbar.



Quelle: Wien Energie / APA-Auftragsgrafik

Die Fernkältezentrale Schottenring befindet sich unterirdisch. Sie grenzt an die Tiefgarage Gonzagagasse/Ecke Zelinkagasse und hat etwa ein Viertel ihrer Gesamtgröße. Dort wird in drei Verfahren Fernkälte produziert. Das Hauptverfahren ist die Erzeugung von Kälte aus der Abwärme der thermischen Abfallbehandlung Spittelau. Absorptionsmaschinen erzeugen die Fernkälte mit der gelieferten Fernwärme. Zweitens kann Fernkälte mit elektrischer Energie in Kompressoren erzeugt werden. Außerdem gibt es noch das »Free Cooling«, dabei wird das Donaukanalwasser zur Kühlung genutzt. Die erzeugte Kälte gelangt in einem separaten Netz zu den Kunden. Teil der Fernkältezentrale Schottenring ist ein Entnahmehauwerk am Donaukanal. Dort strömt Donaukanalwasser ein, wird in die Fernkältezentrale gepumpt und nach der Rückkühlung der Kältemaschinen wieder zurückgegeben. Diese Art der Rückkühlung ist sehr effizient. Es werden dadurch Kühltürme in den teilweise denkmalgeschützten Gebäuden in der Wiener Innenstadt vermieden.

Die neue Fernkältezentrale am Schottenring von Wien Energie ging nach mehr als einjähriger Bauzeit am 29. April offiziell in Betrieb. Rund 15 Mio. Euro wurden investiert, insgesamt waren etwa ein Dutzend Unternehmen und rund 50 Personen an dem Projekt beteiligt. Die Kältezentrale Schottenring ist auf eine Gesamtleistung von 15 Megawatt ausgelegt. Damit ist die Anlage ähnlich dimensioniert wie die Fernkältezen-

trale in der Spittelau und hat eine Kühlleistung von umgerechnet 100.000 (!) im Handel erhältlichen Kühlschränken.

Wiens Vizebürgermeisterin Renate Brauner erklärte bei der Eröffnung: „Mit der Inbetriebnahme der Fernkältezentrale Schottenring geht Wiens größter Kühlschrank ans Netz. Mit dem weiteren Ausbau von Fernkälte investiert Wien in eine zukunftsweisende Infrastruktur. Darüber hinaus leisten wir

mit dem Fernkälteausbau einen wichtigen wirtschaftlichen Beitrag für Arbeitsplätze, Innovation und Klimaschutz.“

Fernkälte ist eine Energieeffizienzmaßnahme

Gewerbekunden wie Hotels, Universitätsgebäude und Unternehmen können Fernkälte nutzen – ähnlich, wie das bei Fernwärme funktioniert. Ein separates Netz,

durch welches die Fernkälte in die Ringstraßengebäude gelangt, wird nun auf 2,4 Kilometer Trassenlänge sukzessive ausgebaut. Bei voller Auslastung können rund 25.000 Personen in diesen Betrieben von der umweltfreundlichen Gebäudeklimatisierung profitieren. Insgesamt können mit der Fernkältezentrale 1.447 Tonnen CO₂ jährlich eingespart werden.

Wiener Stadtwerke-Energievorstand Marc Hall: „Fernkälte ist eine Energieeffizienzmaßnahme. Sie spart gegenüber herkömmlichen Klimaanlage elektrischen Energie, CO₂ und Geld – einerseits durch einen wesentlich effizienteren Einsatz der Kältemaschinen, andererseits durch die Verwendung von Abwärme als Antriebsenergie. In Summe wird für die Fernkälte rund 50 Prozent weniger Primärenergie eingesetzt als das bei dezentralen Lösungen der Fall ist.“

**Exzellente Zukunft:
200 Megawatt bis 2020**

Wien Energie-Geschäftsführer Robert Grüneis: „Die globale Klimaerwärmung bekommen auch wir in Wien zu spüren. Angesichts der ökologischen und wirtschaftlichen Vorteile hat Fernkälte eine exzellente Zukunft vor sich und wird in den nächsten Jahren stark ausgebaut werden. Derzeit sind

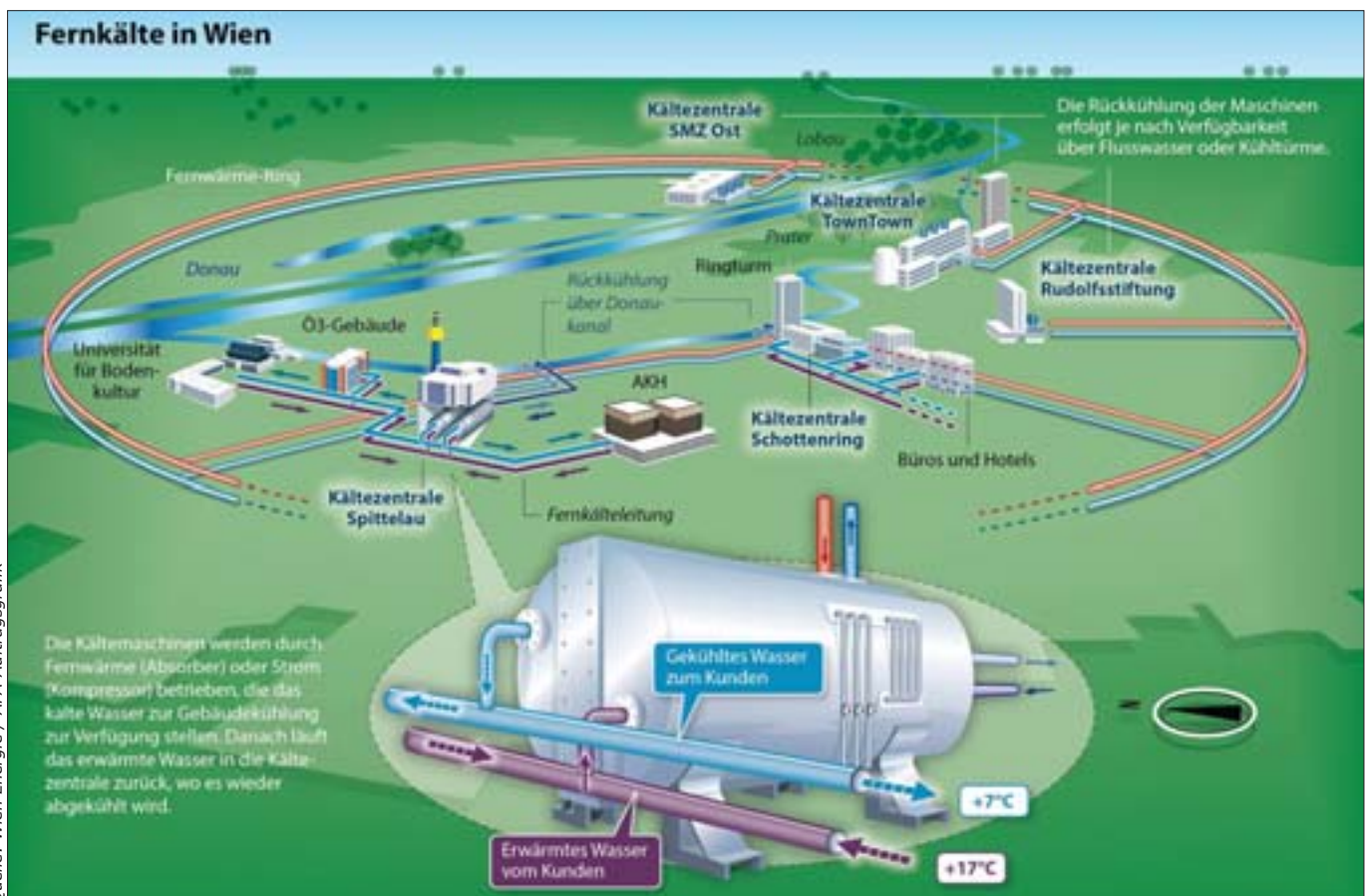


Bei der offiziellen Inbetriebnahme des »Kühlschranks« (v.l.): Wien Energie Geschäftsführer Robert Grüneis, Vbgm.in Renate Brauner, Wiener Stadtwerke Energievorstand Marc Hall und Wiener Städtische Generaldirektor Robert Lasshofer

57 Megawatt in Betrieb, bis 2020 ist ein Ausbau um fast das Vierfache auf 200 Megawatt geplant.“

2009 ging die erste Fernkältezentrale in der Spittelau ans Netz, die unter anderem das Allgemeine Krankenhaus der Stadt Wien (AKH Wien) sowie das Immobilienprojekt Skyline, die Hochschule für Bodenkultur

(BOKU) und den Radiosender Ö3 in der Muthgasse versorgt. Mittlerweile gibt es auch noch weitere Kältezentralen bzw. -anlagen von Wien Energie im Krankenhaus SMZ Ost, am Schwarzenbergplatz, bei der Rudolfsstiftung bzw. am Bürostandort TownTown im dritten Wiener Gemeindebezirk. Für dieses Jahr sind weitere Projekte, zum Beispiel am



Quelle: Wien Energie / APA-Auftragsgrafik

Hauptbahnhof Wien oder in der Innenstadt im goldenen Quartier geplant.

Fernkältenachfrage im Steigen: preislich attraktiv und platzsparend

Daß der Bedarf an Fernkälte in den inneren Bezirken vorhanden ist, zeigt die Liste der bestehenden und geplanten Betriebe: vorwiegend Büros, Hotels und Gewerbeimmobilien. So setzt das Hotel Kempinski im Palais Hansen bereits seit dem Probebetrieb im Dezember des Vorjahres auf Fernkälte aus der Zentrale am Schottenring. 2013 wird die Wiener Städtische und die Vienna Insurance Group mit dem Ringturm und zwei weiteren Standorten sowie die bei der Roßauer Lände entstehende „Uni Wien Roßau“ ans Netz gehen. Auch Raiffeisen, die Gebrüder Wild GmbH und das Unternehmen R.A.I. werden noch dieses Jahr an das Fernkältenetz am Schottenring angeschlossen.

Wiener Städtische Versicherung-Generaldirektor Robert Lasshofer: „Fernkälte ist für uns die ökologische und platzsparende Kühlalternative zu konventionellen Klimaanlage. Mit der Versorgung von einer zentralen Station aus können wir in unseren Gebäuden wertvollen Platz für andere Büro- und Nutzflächen sparen. Darüber hinaus ist die Fernkälte für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ringturm eine komfortable Lösung.“

Die Fernkältezentrale Schottenring im Überblick

- Probebetrieb: Ende 2012
- Eröffnung: 29. April 2013
- Kälteleistung: 15 MW
- Kälteerzeugung: 15.000 MWh / Jahr
- CO₂ Einsparung: 1.447 t / Jahr
- Trassenlänge: 2400 m

Initiative »Bewußte Kühlung« unter der Schirmherrschaft von Bürgermeister Michael Häupl

Während der letzten Jahre stieg die Anzahl der Tage, an denen die Bevölkerung Wiens unter hohen bis extrem hohen Temperaturen litt. Um der damit verbundenen Belastung zu entgehen, werden in stetig wachsender Anzahl Lösungen entwickelt und eingesetzt, um in Wohn- und Dienstleistungsbauten angenehme Temperaturen zu erzielen. Vielfach sind diese Lösungen mit einem hohen Stromverbrauch verbunden und die Klimaschutzverantwortlichen der Stadt Wien verzeichnen einen kontinuierlich wachsenden Endenergieverbrauch für Kühlanwendungen. ExpertInnen rechnen mit einer Verdopplung der durch Gebäudekühlung ge-

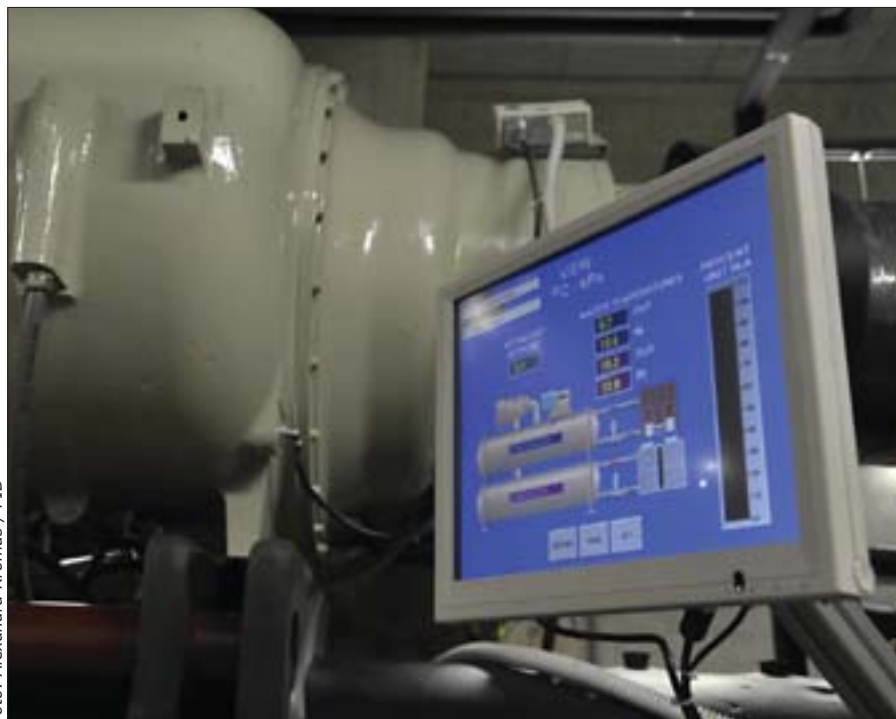


Foto: Alexandra Kromus / PID

Ein Blick ins Innere des »Kühlschranks«: Eines der Aggregate, Vordergrund die Visualisierung des Ist-Zustandes mit Angabe von Temperatur, Leitungsdruck usw.

nerierten CO₂-Emissionen in den nächsten 20 Jahren allein im Wohngebäudebereich.

Um diesem Trend entgegenzuwirken und das Klimaschutzziel Wiens bis 2020 zu ermöglichen, startete die Magistratsdirektion-Klimaschutzkoordination unter der Patronanz des Bürgermeisters der Stadt, Michael Häupl, die Kühlkampagne »Bewußte Kühlung«.

Im dieser Kampagne sollen der Wiener Bevölkerung energieeffiziente und damit klimagerechte Möglichkeiten aufgezeigt werden, um während der in Zukunft vermehrt auftretenden Hitzeperioden adäquate Temperaturen in Wohnungen und Dienstleistungsbetrieben zu erreichen. Der Bogen spannt sich dabei von alternativen Kühlkonzepten bei Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben über Tipps, wie in Wohnung auch ohne den Einsatz von strombetriebenen Ventilatoren oder Standklimageräten behagliche Temperaturen erzielt werden können, bis zum Einsatz von Fernkälte bei Spitälern und betrieblich genutzten Gebäudekomplexen.

Wien vermeidet jährlich 3,7 Mio Tonnen CO₂-Äquivalente. Schon seit 1999 hat die Stadt Wien ein Klimaschutzprogramm (KliP Wien), das bis 2020 gültig ist. Dem Wiener Gemeinderat wird regelmäßig ein Bericht über die Umsetzung vorgelegt. Bisher konnten bereits 3,7 Mio. CO₂-Äquivalente an jährlichen Treibhausgasemissionen vermieden werden. Diese beeindruckenden Zahlen

belegt der jüngste Evaluierungsbericht zum KliP Wien.

Außerdem löste das Klimaschutzprogramm auch beträchtliche positive volkswirtschaftliche Effekte aus. So konnten mit den gesetzten Investitionen allein im Jahr 2011 mehr als 58.600 Arbeitsplätze gesichert werden, so die Klimaschutzkoordinatorin der Stadt Wien Christine Fohler-Norek.

Infolder Folder »Fernkälte in Wien«



Foto: Magistrat der Stadt Wien, MDKLI

Der Folder »Fernkälte in Wien« der Magistratsdirektion-Klimaschutzkoordination steht als Download zur Verfügung.

<http://www.wien.gv.at/umwelt/klimaschutz/publikationen/index.html>



Foto: Christanell

Smart City Wien. Intelligent ist, was das Leben einfacher macht. Mobilität neu denken, Umwelt schonen, intelligente Technologien, Lebensqualität.

► Nicht nur an heute denken, sondern auch für zukünftige Generationen planen. Jetzt schon überlegen, was Menschen in zehn, zwanzig, dreißig oder sogar vierzig Jahren brauchen und die richtigen Schritte setzen. Intelligente Städte müssen vor allem in den Bereichen Stadtplanung, Mobilität und Energieversorgung neue, innovative Wege gehen und sich kontinuierlich modernisieren. Smart City Wien- das heißt mit Innovationen die Lebensqualität der Menschen erhöhen, gleichzeitig Ressourcen und Umwelt schonen. So wird Wiens Zukunft! <http://www.smartcity.wien.at>

StaDt+Wien
Wien ist anders.

Das Land hören und Sound designen

Ein Projekt der FH St. Pölten erfaßt und analysiert akustische Umwelt

Hörschäden, Tinnitus, Herz-Kreislauf-Krankheiten: sie alle können Folge der (immer stärker werdenden) Lärmbelastung unserer zunehmend technisierten Welt sein. Laut einer aktuellen Studie der Weltgesundheitsorganisation kosten Beeinträchtigungen durch Lärm den EuropäerInnen jährlich in Summe mehr als eine Million gesunde Lebensjahre. Kinder, die in einer lärmbelasteten Umgebung aufwachsen, beginnen später zu sprechen. Doch akustische Ereignisse sind mehr als Lärm. Denn Klänge, Geräusche, Sprache und Musik sind seit jeher wichtige Träger menschlicher Kultur.



Foto: FH St. Pölten, Foto Kraus

Akustische Ereignisse wurden bisher nur in vergleichsweise geringem Ausmaß in wissenschaftlich strukturierter Form gespeichert.

»Klänge der Regionen«

Das Projekt „Klänge der Regionen“ der FH St. Pölten erforscht und dokumentiert die Klänge niederösterreichischer Regionen. Teil des Forschungskonzepts ist es, verschiedene Bevölkerungsschichten in die Forschungsarbeiten zu integrieren, zum Beispiel durch Workshops, Interviews oder durch das Mitwirken bei Dokumentation und Aufnahme der Klänge. Dies führt zu einem aufmerksameren Umgang mit der uns umgebenden Klangwelt und einem stärkeren Bewußtsein dafür, wie das eigene Land, der uns umgebende Lebensraum, klingt.

Im Projekt werden auch Richtlinien für den Umgang mit der akustischen Umwelt entwickelt, etwa für eine Raum- und Landschaftsplanung, die akustische Kriterien berücksichtigt. Daher werden im Projekt auch ArchitektInnen, RaumplanerInnen und PolitikerInnen eingebunden.

Die Erfahrung aus dem Projekt läßt sich aber auch für Sounddesign in halböffentlichen Räumen nutzen, zum Beispiel in Thermalbädern, Supermärkten oder Fußballstadien. Erste Interessenten und potentielle Partner haben bereits ihr Interesse bekundet.

Flüchtige Klänge – unbelebte Stille

Während visuelle Sinneseindrücke bzw. Bilder statische Objekte repräsentieren, die sich schon in ihrer ursprünglichen Form vergleichsweise einfach speichern, archivieren, analysieren und ausstellen lassen, sind akustische Ereignisse grundsätzlich flüchtig. Klang ist Ausdruck von Veränderung und

Bewegung. Nur in einer völlig statischen und somit leblosen Umgebung herrscht „Totenstille“.

Doch akustische Ereignisse wurden bisher nur in vergleichsweise geringem Ausmaß in wissenschaftlich strukturierter Form gespeichert, nach verschiedenen akustischen, kulturwissenschaftlichen, soziologischen, historischen und anderen Kriterien analysiert, kategorisiert und der Gesellschaft in geeigneter Weise wieder zugänglich gemacht. Dies hängt vor allem mit der Tatsache zusammen, daß Schallspeicherung bis vor rund 135 Jahren völlig undurchführbar war und erst seit wenigen Jahrzehnten in ansprechender Qualität zu überschaubaren Kosten technisch möglich ist.

Durch die strukturierte Dokumentation und Erforschung der akustischen Umwelt im Projekt „Klänge der Regionen“ wird die uns umgebende Klangumwelt Stück für Stück aufgearbeitet, intensiv erlebt und für spätere Generationen bewahrt.

Klänge der Regionen im Klangturm St. Pölten

Wichtiger Teil des Projekts ist auch die Vermittlung und Präsentation der Ergebnisse. In der Wissenschaftskommunikation gibt es dafür im Bereich der Akustik bisher aber nur wenig Erfahrung. Nun werden Zwischenergebnisse des Projekts – in klanglicher und multimedialer Form – bei der Ausstellung im Klangturm St. Pölten der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Präsentationen erfolgen mit dem neuesten Stand der Technik und bezie-

hen innovative und interaktive Methoden sowie pädagogische Ansätze mit ein.

Die Ausstellung im Klangturm präsentiert unter anderem die Medieninstallation „Mund.Art“. Sie geht den umgangssprachlichen bzw. dialektalen Unterschieden in verschiedenen österreichischen Regionen in Niederösterreich, Vorarlberg, Tirol, Wien, der Oststeiermark, dem Salzkammergut und anderen Regionen nach und lädt anhand zahlreicher fast schon vergessener Dialektwörter zum Entdecken von Begriffen ein. Die Installation zeigt die Wechselwirkungen zwischen kultureller und regionaler Prägung und sprachlichen Äußerungen. Die BesucherInnen können auf spielerische Weise die verschiedenen Dialekte und Wörter der unterschiedlichen Regionen miteinander vergleichen.

Eine „Klang.Schatzkarte“ präsentiert besondere Hörplätze Niederösterreichs in den Kategorien Umwelt, Handwerk und Musik – vom Wildkatzengehege im Nationalpark Thayatal über Viergesang aus Annaberg bis zum Geräusch gärenden Weins in der Wachau. In einer sogenannten Klangschatztruhe können BesucherInnen Wünsche für weitere Orte zur klanglichen Dokumentation hinterlegen – die dann wissenschaftlich erfaßt und in der nächsten Saison der drei Jahre laufenden Ausstellung im Klangturm präsentiert werden könnten.

Das Projekt wird finanziert von der Abteilung Kunst und Kultur des Amtes der niederösterreichischen Landesregierung. ■
www.fhstp.ac.at

Wir portraituren in dieser Serie heimische Universitäten und Fachhochschulen. In der Folge 2:

Die Universität Innsbruck

ist die größte Bildungs- und Forschungseinrichtung Westösterreichs und bietet an den 16 Fakultäten eine Vielzahl an unterschiedlichen Studien.



Foto: Universität Innsbruck

Nach langem Hin und Her wird 1914 endlich mit dem Bau eines neuen Hauptgebäudes am Innrain begonnen. Kriegsbedingt verzögerte sich die Fertigstellung allerdings. Nach Ende des Ersten Weltkriegs 1918 diente das Gebäude vorerst als Reservespital und als Unterkunft für die italienische Besatzung, erst 1924 wurde das Gebäude der Universität übergeben.

Die Universität Innsbruck wird 1669 gegründet, der Unterricht in die Hände des seit 100 Jahren bestehenden Jesuitenordens gelegt. Mit dem Studienjahr 1669/70 beginnt der erste Universitätskurs in Logik, der Grundstein für die Philosophische Fakultät ist damit gelegt. 1671 nehmen die Theologische und die Juristische Fakultät ihren Betrieb auf, das medizinische Studium beginnt 1674. Damit besitzt die neue Universität jene Fakultätsstruktur, die sie (mit Unterbrechungen) die nächsten rund dreihundert Jahre behalten sollte.

Heute ist die Universität Innsbruck die größte Bildungs- und Forschungseinrichtung Westösterreichs mit 4400 MitarbeiterInnen und rund 28.000 Studierenden. Mit einem breiten Studienangebot, ausgezeichneten ForscherInnen sowie einem umfassenden Wei-

terbildungsangebot bildet die Innsbrucker Alma Mater die nächste Generation von AkademikerInnen aus.

Die Universität Innsbruck hat alle Vorteile einer Volluniversität. Studierende können an den 16 Fakultäten aus einer Vielzahl von unterschiedlichen Studien aus den Bereichen der Geistes-, Natur- und Rechtswissenschaften, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Theologie, Architektur sowie Technik wählen und entsprechende Forschungskompetenzen der Tiroler Alma Mater nutzen. „Als Rektor der Universität Innsbruck ist es mir ein Anliegen, die Vielfalt der Wissenschaften zu erhalten und zu fördern. Ziel ist es auch, die Spitzenposition der Universität Innsbruck österreichweit und international zu halten und auszubauen“, betont Rektor Tilmann Märk.

Marktführend

Neben der Vielfalt der Disziplinen stellt die forschungsgeleitete Lehre ein weiteres markantes Alleinstellungsmerkmal der Universität Innsbruck im tertiären Bildungsbereich dar. Die Lehrveranstaltungen an der Universität Innsbruck werden zum größten Teil von WissenschaftlerInnen abgehalten, die mitten im Forschungsprozeß stehen und ihre Forschungserfahrungen in die Lehre einbringen. Internationale Rankings bestätigen die bedeutende Rolle der Universität Innsbruck in der Grundlagenforschung. In diesem erfolgreichen Umfeld wird an den 16 Fakultäten eine breite Palette von Studien über alle Fachbereiche hinweg angeboten.

Jedes Jahr verzeichnet die Uni rund 20 Habilitationen, 25 Berufungen und 3500 Publikationen. Fünf Forschungsschwerpunkte, vier

ÖJ-Serie: Forschung und Lehre in Österreich

Fotos: Universität Innsbruck



1981 werden die neuen Gebäude der Geistes- und der Naturwissenschaftlichen Fakultät am Innrain ihrer Bestimmung übergeben.

Forschungsplattformen und 33 Forschungszentren sind an der Universität angesiedelt. In den relevanten Rankings führt die Universität Innsbruck gemeinsam mit der Universität Wien das Feld der österreichischen Universitäten an und international ist sie laut der wichtigsten Rankinginstitution der „Times Higher Education Supplement“ mit Platz 207 unter weltweit rund 17.000 Hochschulen ebenfalls im Spitzenfeld zu finden.

Vielfältig

Bei den Studien der Universität Innsbruck wird sowohl auf klassische Studien als auch auf ein breites Spektrum an aktuellen Angeboten Wert gelegt. Die Universität bietet Bachelor-, Diplom-, Lehramts-, Master- sowie Doktoratsstudien an, die zusammen mehr als 125 Studienmöglichkeiten ergeben. Allein 36 verschiedene Bachelorstudien ermöglichen eine solide Grund(aus)bildung, die im Rahmen eines weiterführenden Masterstudiums in speziellen Bereichen vertieft werden kann. Das Spektrum reicht von Spezialisierungsmöglichkeiten in den Bereichen der Geistes-, Natur- und Rechtswissenschaften, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Theologie, Architektur sowie Technik. Neu hinzugekommen sind im Wintersemester 2012/13 die beiden Bachelorstudien Europäische Ethnologie und Vergleichende Literaturwissenschaft, die Masterstudien Mechatronik (Masterstudium an der privaten Universität UMIT, das mit Hilfe der Uni-

versität Innsbruck durchgeführt wird und welches 2013/2014 ein gemeinsames Masterstudium werden soll) und Klassische Philologie – Latein sowie das PhD-Doktoratsstudium Italienisches Recht/Dottorato di ricerca in materie giuridiche (in Kooperation mit der Universität Padua).

Fortschrittlich

Mit der Einführung des Bachelorstudiums Mechatronik, das als gemeinsames Studium der Universität Innsbruck und der privaten UMIT angeboten wird, hat man den Nerv

der Zeit getroffen. Damit kommt die Universität auch dem starken Interesse der in diesem Bereich tätigen Unternehmen im Raum Tirol nach, da die Nachfrage nach AbsolventInnen dieses Studiums aktuell sehr groß ist. Das Bachelorstudium Mechatronik verbindet Ansätze zur Entwicklung von mechanischen, elektronischen sowie informationsverarbeitenden Systemen und ist wesentlicher Bestandteil der Technologie-Offensive des Landes Tirol. Die Fakultät für Technische Wissenschaften wird in den nächsten Jahren das Fachgebiet Mechatronik mit den



Im Herbst 1998 war es fertig, ab März 1999 wurde es offiziell eröffnet: Das neue Gebäude der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät.

ÖJ-Serie: Forschung und Lehre in Österreich

Schwerpunkten Werkstoffwissenschaften mit Schwerpunkt Mechatronik sowie Fertigungstechnik aufbauen und entwickeln. Dazu werden mit diesem Themenbereich zusammenhängende universitäre Forschungszentren und Forschungsplattformen wie „Advanced Materials“ und „Computational Engineering“ ausgebaut und in Richtung Mechatronik weiterentwickelt.

International

Die zwei erfolgreich eingeführten Masterprogramme aus dem Bereich der Astro- und Teilchenphysik und der Altertumswissenschaften setzen einen Schwerpunkt auf internationale Beziehungen: Erasmus Mundus Joint Master Program in Astrophysics und European Master in Classical Cultures. In beiden Studien wird großer Wert auf Kooperationen mit ausländischen Universitäten und somit auf internationale Vernetzung der TeilnehmerInnen gelegt. Studierende dieser Fachrichtungen haben die Möglichkeit, Teile ihrer Masterausbildung an europäischen Partneruniversitäten zu absolvieren. Durch die Ausbildung an mehreren Universitäten bringen AbsolventInnen dieser Studienrichtungen wertvolle Erfahrungswerte mit, die bei der Berufswahl von entscheidendem Vorteil sein können.

Identitätsstiftend

Mit der Gründung der School of Education erhält die Universität Innsbruck als erste Hochschule Österreichs eine eigenständige Fakultät zur Professionalisierung von LehrerInnen. Damit setzt sie einen ambitionier-



Foto: www.mariorabensteiner.com

Das RektorInnenteam (v.l.): o.Univ.-Prof. Roland Psenner (Vizekanzler für Lehre und Studierende), Rektor Univ.-Prof. Tilmann Märk, Univ.-Prof. Anke Bockreis (Vizekanzlerin für Infrastruktur), Ass.-Prof. Wolfgang Meixner (Vizekanzler für Personal) und Univ.-Prof. Sabine Schindler (Vizekanzlerin für Forschung)

ten Schritt in Richtung einer wissenschaftlich fundierten Ausbildung künftiger LehrerInnen; mit dieser institutionellen Verankerung signalisiert die Universität daß sie die Besten für den Lehrberuf gewinnen will. Die stark fragmentierte LehrerInnenausbildung, die Fach, Fachdidaktik, Schulpraxis, Bildungswissenschaft sowie Schulpädagogik umfaßt, stellt bis heute eine Herausforderung für die Studierenden dar – ein Problem, das an allen deutschsprachigen Universitäten existiert. Diese möglicherweise verwirrende Vielfalt –

an der Uni Innsbruck gibt es 19 verschiedene Unterrichtsfächer – ist gleichzeitig eine Stärke der Volluniversität, ein Ziel der School of Education ist deshalb die Vernetzung von pädagogischer und fachdidaktischer Forschung sowie wissenschaftlicher und professionsbezogener Qualifikation.

Lebensbegleitend

Neben Lehre und Forschung ist die Weiterbildung eine wichtige Aufgabe der Universität. Einmal erlernte Berufe, ein hoher Wissensstand und abgeschlossene Ausbildungen sind keine Garantie mehr für einen erfolgreichen Karriereverlauf. Kompetenzen, Fertigkeiten und Qualifikationen müssen lebensbegleitend neu erworben und auf den neuesten Stand gebracht werden. Daher bietet die Uni Innsbruck ein vielfältiges und international anerkanntes Weiterbildungsprogramm. In Universitätslehrgängen und -kursen können Zusatzqualifikationen in den an der Universität vertretenen Disziplinen erworben werden. Die Lehrgänge vereinen ein qualitativ hohes, universitäres Ausbildungsniveau und Praxisorientierung – angepasst an die Bedürfnisse der TeilnehmerInnen. Das Programm der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck enthält ein weites Spektrum an Universitätslehrgängen und zeichnet sich durch sein interdisziplinäres und berufsbezogenes Angebot aus. Zur Wahl stehen derzeit 19 Lehrgänge. Zusätzlich bietet die Universität Innsbruck gemeinsam mit



Foto: Universität Innsbruck

Die Universitäts- und Landesbibliothek Tirol (ULB) ist mit einem Gesamtbestand von über 3,5 Millionen Bänden, zahlreichen Zeitschriften und Datenbanken, sowie ihren wertvollen Sondersammlungen die drittgrößte Bibliothek Österreichs.

ÖJ-Serie: Forschung und Lehre in Österreich

der Volkshochschule Tirol bereits seit Jahren uni.com – Wissen für alle an. Vor allem das darin enthaltene „Studium generale“ wird zunehmend ausgebaut und ist seit dem Wintersemester 2012/13 online abrufbar. Das Programm richtet sich an alle Interessierten und vermittelt forschungsgeleitetes Wissen für alle. Als uni.regio-partnerin veranstaltet die Universität bereits seit 12 Jahren am ersten Adventwochenende die „Universität im Dorf“. Zwei Tage lang referieren Innsbrucker WissenschaftlerInnen über ihre Forschungsschwerpunkte und tauschen sich mit der Dorfbevölkerung aus.

Die Universität als Wirtschaftsfaktor

Mit, wie eingangs bereits erwähnt, 4400 MitarbeiterInnen und rund 28.000 Studierenden ist auch der Einfluß auf die Region allein durch den Transfer von Wissen und Technologie in Gesellschaft und Wirtschaft nicht zu unterschätzen. Eine wichtige Rolle in diesem Wissenstransfer spielen nicht zuletzt die zahlreichen Spin-off-Unternehmen der Universität. Insgesamt ist die Universität Innsbruck derzeit an 14 unterschiedlichen Unternehmen und Institutionen beteiligt. Auch in ihrer Rolle als Arbeitgeberin ist sie ein bedeutender Wirtschaftsfaktor.

„Die Universität bringt der Stadt und der Region rund eine Milliarde Euro pro Jahr. Ich finde, das ist eine beeindruckende Zahl, die unsere Bedeutung abseits des reinen Lehr- und Forschungsbetriebes zeigen – ein Aspekt, der oft vernachlässigt wird“, erläutert Rektor Tilmann Märk. Diese Summe setzt sich aus dem Budget der Universität, Ausgaben der

Studierenden und Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekten zusammen: Zwischen 2007 und 2011 verfügte die Universität Innsbruck über ein Gesamtbudget von rund 1,1 Milliarden Euro; darin sind neben den Mitteln des Bundes auch Drittmittel und sonstige von der Universität erwirtschaftete Einnahmen enthalten. Dieses Budget wird auch in der Region ausgegeben – die Universitäten sind zu ausgeglichenem Wirtschaften verpflichtet. Ein weiterer Faktor sind die

Summen, die Studierenden zur Verfügung stehen: Nimmt man als Basis das Höchststipendium, ergeben sich auf vier Jahre etwa 976 Millionen Euro. Dazu kommen Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte, die mit etwa 2,1 Milliarden Euro wirksam sind. In Summe ergeben sich so rd. 4,2 Milliarden Euro auf einen Zeitraum von vier Jahren – rund eine Milliarde Euro, die die Universität der Region jedes Jahr bringt. ■

<http://www.uibk.ac.at>



oben: Einer der Hörsäle mit modernster multimedialer Ausstattung

unten: Der Große Lesesaal der Universitäts- und Landesbibliothek Innsbruck



Fotos: Universität Innsbruck

Das modernste Opernhaus Europas

Am 11. April wurde das Musiktheater am Volksgarten in Linz feierlich seiner Bestimmung übergeben



Foto: Musiktheater Linz / Sigrid Rauchdobler

Das neue Musiktheater am Volksgarten in Linz soll, so Architekt Terry Pawson, zum »Wohnzimmer der Stadt« werden.

In der Größe des neuen Linzer Opernhauses liegt auch seine Effizienz, da nebst dem Bühnen- und Zuschauerraum sämtliche Produktionswerkstätten, Depots, Proberäume und Neben Bühnen unter einem Dach vereint sind. Die unterschiedlichen Bauteile sind dabei schalltechnisch völlig voneinander getrennt, um die parallele Nutzung ihrer jeweiligen Funktion entsprechend zu gewährleisten. So kann in der Montagehalle, die an die Hinterbühne anschließt, ein Bühnenbild aufgebaut werden, während auf der Hauptbühne selbst eine Vorstellung stattfindet. Eine Prämisse war, daß eine Gleichzeitigkeit von Produktion und Darstellung möglich ist.

Den Kern des Gebäudes bildet die Transportdrehbühne mit den anschließenden Räumlichkeiten und dem Zuschauerraum. Südost-

seitig liegen Werkstätten und Büros, nordseitig die Künstlergarderoben und Proberäume und eingeschnittene, mit einem Glasdach versehene Lichthöfe, sogenannte Voids, welche die natürliche Belichtung bis ins Untergeschoß (!) des Gebäudes gewährleisten. Die Anlieferung erfolgt an der Nordostseite. Im aufgesetzten Terrassengeschoß (4. Stock) befinden sich Büroräume, die Mitarbeiter-Kantine und das öffentliche Restaurant, das unabhängig vom Theaterbetrieb über ein eigenes Stiegenhaus zugänglich und über der Loggia beim Haupteingang, ebenfalls zum Park hin orientiert, situiert ist.

Die Autos der Theaterbesucher werden im zweiten und in einem Teilbereich des ersten UG geparkt. Im ersten Untergeschoß sind außerdem neben anderem Unterbühne, Orchestergraben, Instrumentendepot und

Stimmzimmer untergebracht. Weiters gibt es zwei zusätzliche Vorführsäle, die über ein unterirdisches Foyer separat zugänglich gemacht werden. Die Studiobühne ist in Schwarz gehalten und wird „BlackBox“ genannt. Der Raum ist trapezförmig und soll für divergierende Nutzung, von der Kinderoper bis zu experimentellen Ballettaufführungen aber auch Schauspiel-Abenden, flexibel genutzt werden können. Der Orchestersaal ist in Gold verkleidet und dient nicht nur zur Probe, sondern könnte auch als Spielstätte für konzertante Aufführungen, wie Kammermusikabende genutzt werden und hat ein angeschlossenes Aufnahmestudio. Im Halbstock zwischen Unter- und Erdgeschoß liegen die Publikums Garderoben, über die Treppe gelangt man weiter in das Eingangsfoyer.

Kultur

Der Zugang ins Opernhaus erfolgt für die Zuschauer über diese niedrig gehaltene Eingangshalle, wo der Kartenservice, das Café und ein Shop untergebracht sind. Eine breit angelegte Treppe führt einen Halbstock hinauf, wo sich der Raum weit nach oben bis zu einer Oberlichtverglasung erweitert und so mit Tageslicht erhellt wird. Die Stiege setzt sich links und rechts vom Podest aus fort und man gelangt ins Hauptfoyer im ersten Stock, das großzügig dimensioniert ist und durch die raumhohe Glasfassade visuell bis in den Grünraum des Parks erweitert wird. Von hier aus wird das Auditorium erschlossen. Der Zuschauerraum selbst ist als ein kompaktes, hufeisenförmiges Rangtheater konzipiert, um von allen Plätzen aus eine gute Sicht zur Bühne zu gewährleisten. Erstmals bei einem Opernhaus wurden innerhalb des Saales Verbindungstreppen zwischen den einzelnen Rängen hergestellt, was nicht nur räumliche Durchlässigkeit erzeugt, sondern sich auch auf die Akustik positiv auswirkt. Durch diesen Kniff erreicht man ein raumakustisches Volumen, das an die Mailänder Scala herankommt.

Das neue zehngeschoßige Musiktheater, das vor allem die Spielformen Oper, Ballett, Operette und Musical beheimaten wird, ist

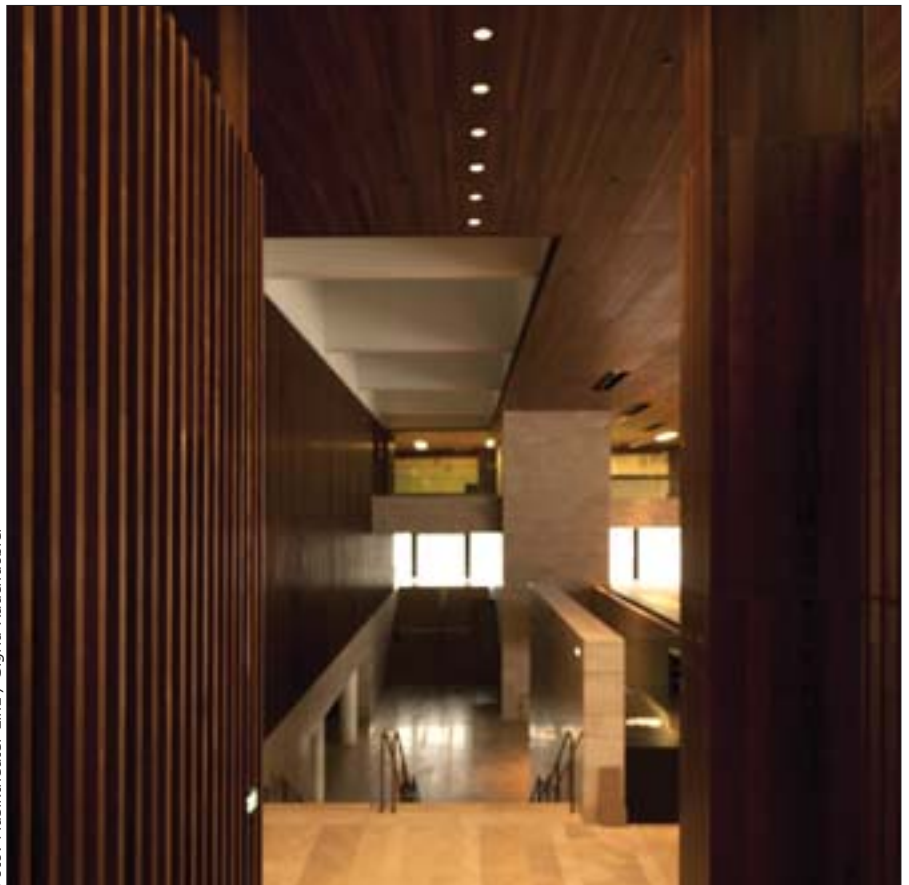


Foto: Musiktheater Linz / Sigrid Rauchdobler

Ein Blick in den Aufgang vom Foyer



Foto: Musiktheater Linz / Sigrid Rauchdobler

Der Zugang erfolgt für die Zuschauer über eine niedrig gehaltene Eingangshalle, eine breit angelegte Treppe führt einen Halbstock hinauf, wo sich der Raum weit nach oben bis zu einer Oberlichtverglasung erweitert und so mit Tageslicht erhellt wird.

Foto: Musiktheater Linz / Reinhard Winkler



Erstmalig bei einem Opernhaus wurden innerhalb des Saales Verbindungstreppe zwischen den einzelnen Rängen hergestellt, was nicht nur räumliche Durchlässigkeit erzeugt, sondern sich auch auf die Akustik positiv auswirkt. Durch diesen Kniff erreicht man ein raumakustisches Volumen, das an die Mailänder Scala herankommt.

am besten Weg ein Markenzeichen Oberösterreichs zu werden: Dank der Architektur (Entwurfsplanung: Terry Pawson Architects, London; Ausführungsplanung: ArchitekturConsult ZT GmbH und Archinauten – Dworschak + Mühlbacher Architekten ZT GmbH), bahnbrechender Standards in Sachen Ökologie und Energieeffizienz – das neue Musiktheater ist ein Niedrigstenergiehaus –, wegweisender Bühnentechnik, höchstem Komfort (bis zu 105 cm Sitzreihenabstand) und bester Akustik ist dieser innovative Theaterbau bereits heute weit über die Region hinaus bekannt.

Ein zentraler Dreh- und Angelpunkt ist die Lage des Theatergebäudes am Linzer Volksgarten. Das neue Musiktheater wurde von Terry Pawson städtebaulich so konzipiert, daß der Park quasi als Vorgarten des Theaters fungiert. Das Gebäude selbst wirkt als dramatische Kulisse für den Park, was das Theater – so Pawson – zum „Wohnzimmer der Stadt“ macht.

Die Architektur

Das Musiktheater Linz ist als in sich ruhender Baukörper angelegt, klar strukturiert und trotz seiner enormen Größe über-

schaubar, und besticht formal durch eine zeitlose Moderne klassizistischer Prägung. Wie eine doppelte Kolonnade zieht sich ein Raster aus weißen Betonfertigteilen – von Terry Pawson als metaphorisch „umlaufender Vorhang“ geplant – schützend rund ums Haus. Mit diesem architektonischen Kunstgriff einer äußeren Schicht, die begrenzend und gleichzeitig durchlässig ist, wird das Gebäude dem Anspruch gerecht, als Kulturinstitution mit dem Stadtgeschehen vernetzt zu sein. In die Betonfertigteile sind teilweise Travertinplatten eingelegt, um fallweise eine massive Außenhaut zu erzeugen. Die Freundlichkeit des Farbtones der Travertinplatten an der Fassade und die dunkle Färbung der Messingpatina bei den Fensterfeldern werden als formale Elemente auch im Inneren des Opernhauses eingesetzt. „Architektur Consult“ und „Archinauten“ wählten als Bodenbelag im Eingangsfoyer einen geschliffenen, hellen Untersberger Marmor, der sich auch über die Treppen zieht, und dunkles, gedämpftes Akazienholz für Wandverkleidungen und den Raumteiler in vertikaler Lamellenform. Im Auditorium wird die Schale aus matten Holzoberflächen durch die golden schimmernden Balkons

kontrastiert. Diese sind mit einer glatten Oberfläche aus Flüssigmetall versehen, die bei künstlichem Licht durch die Reflexion tiefenwirksam erstrahlt. Die Treppen der internen Erschließung der Ränge im Zuschauerraum sind durch schmal dimensionierte, goldene Metallstäbe abgetrennt, die vom Boden bis zur Decke gespannt sind und die Wirkung eines Perlvorhangs erzielen. Somit findet sich auch hier ein „Vorhang“, der sich als gestalterisches Leitmotiv von der Fassade bis ins Herzstück des Musiktheaters, ins Auditorium, zieht.

An der Detailausführung ist die Handschrift der österreichischen Architekten verstärkt ablesbar, womit man die Gestaltung des Bauwerks als ein produktives Zusammenspiel von internationaler und nationaler Architektenkompetenz bezeichnen kann.

Die Bühnentechnik

gewährleistet Verwandlungszauber und Wirtschaftlichkeit in einem Ausmaß, das kaum sonst in einem Repertoire-Haus zu finden ist. Ihr Herzstück ist die multifunktionale Transportdrehbühne mit 32 Metern Durchmesser. Sie ist eine der größten ihrer Art in Mitteleuropa und erlaubt es, mehrere Büh-

Kultur

nenbilder zugleich zu bewegen und zu verfahren, sowie vollständige Dekorationen aus der Montagehalle der Hinterbühne nach vorne zu transportieren. Dies bietet einerseits eine außergewöhnliche Vielfalt an szenischen Verwandlungsmöglichkeiten, zum anderen erlaubt es, das Know How und die Ressourcen der Bühnentechniker des Hauses auf die Vorstellungen fokussieren zu können, anstelle dies für ständiges Auf- und Abbauen von Kulissen verwenden zu müssen.

Beispiellos sind auch die vollautomatisch computergesteuerten Dekorations- und Prospektlager, die sich nicht ausgelagert, sondern direkt im Theatergebäude befinden - ein weiteres Argument für das Prädikat „modernstes Opernhaus Europas“. Diese Lager-systeme wurden zuvor auf Flughäfen erprobt und kommen nun erstmalig auch in einem Theaterbetrieb zur Anwendung. Die buchstäbliche Erleuchtung im Großen Saal garantiert eine maßgefertigte LED-Lichtdecke. Das ringförmige Licht-Oval ist mit 24.000 LED-Lichtpunkten bestückt, die auch szenisch eingesetzt werden können, zudem energieeffizient sind und ihn rundum zu einem Lüster der Zukunft machen.

Ökologie

Aber nicht nur im Bereich der Bühnentechnik werden neue Maßstäbe gesetzt. Es ist auch ein ökologisches und energieeffizientes Vorzeigeprojekt und hat sich den Beinamen „grünes Theater“ verdient.

Das neue Musiktheater verfügt über ausgezeichnete thermische Gebäudequalität und wurde im Zusammenwirken mit dem oberösterreichischen Energiesparverband als Niedrigstenergiegebäude konzipiert. Dies bedeutet, daß der Energieverbrauch erheblich reduziert sowie aus erneuerbaren Quellen gedeckt wird. Was die EU ab 2019 für alle öffentlichen Neubauten vorsieht, wird 2013 im Musiktheater schon umgesetzt.

Es ist mit Photovoltaik, Solarenergie, Fernkälte, hochwirksam dämmenden Fenstern sowie Wärmerückgewinnungssystemen ausgestattet. Allein durch die Einsparung könnte man 80 Einfamilienhäuser mit Energie versorgen. Damit wird das neue Musiktheater in jeder Hinsicht ein Vorzeigeprojekt. Kultur trifft Ökologie – eine erfolgreiche Premiere.

Identifikation

Bislang konnten 5,5 Millionen Euro Sponsorengelder lukriert werden. Entscheidend bei der Investition der Sponsoren in den „weichen“ Standortfaktor ist aber auch,

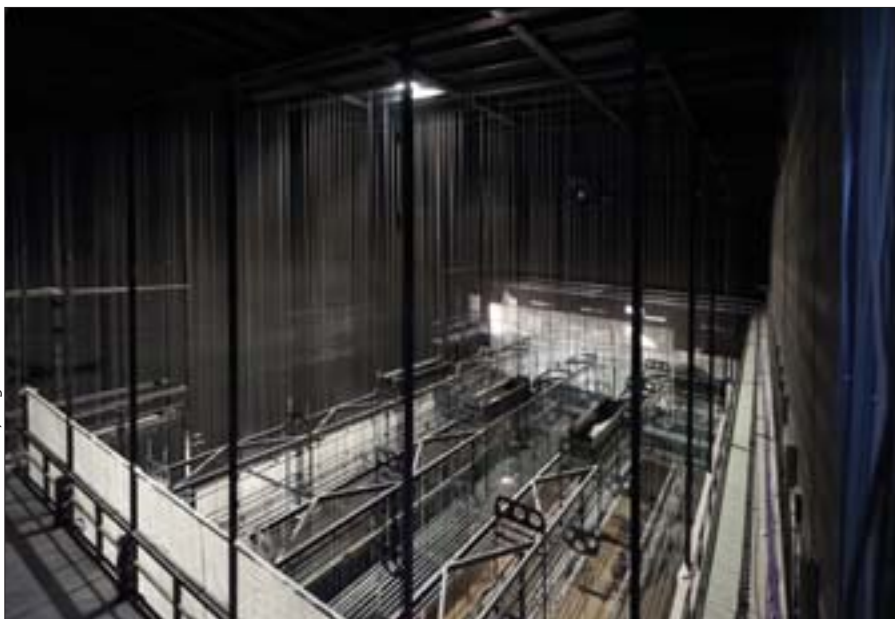


Foto: Musiktheater Linz / Sigrd Rauchdobler

Die Bühnentechnik gewährleistet Verwandlungsauber und Wirtschaftlichkeit in einem Ausmaß, das kaum sonst in einem Repertoire-Haus zu finden ist. Ihr Herzstück ist die multifunktionale Transportdrehbühne mit 32 Metern Durchmesser.

daß damit eine Identifikation der Unternehmen mit dem Theater zustande kommt.

Dies ist zum einen wichtig zur Entlastung der öffentlichen Hand, aber auch als Erweiterung der Möglichkeiten des Landestheaters Linz und damit auch wieder des Landes Oberösterreich zu sehen, das sich dadurch wiederum stärker als Kulturland positionieren kann.

Ein Musiktheater für alle

Bereits im Vorfeld war die Neugier und das Interesse an der ehemals größten Kulturbaustelle Österreichs und der zweitgrößten Kulturbaustelle Europas riesig. 25.000

BesucherInnen sind seit Mai 2011 über die Baustelle des neuen Musiktheaters gelotst worden. Die Theaterleitung freut sich darüber, wie gut das Angebot von der Bevölkerung angenommen wird: „Jede Oberösterreicherin, jeder Oberösterreicher – sei sie oder er Opernfan oder nicht – soll die Möglichkeit haben, sich über das Musiktheater zu informieren. Durch aktives Zugehen auf die Bürger setzen wir ein Zeichen: Das Musiktheater entsteht nicht neben den Menschen, sondern mit den Menschen.“ Dieses Credo steht über vielen Entwicklungsambitionen des neuen Musiktheaters am Volksgarten, etwa dem künftig tagsüber offenen Foyer oder



Foto: Musiktheater Linz / Sigrd Rauchdobler

An die Hauptbühne sind zwei Seitenbühnen und eine Hinterbühne mit nochmals dahinter angebauter Montagefläche angeschlossen.

Kultur

der Bespielung mit einer breiten Vielfalt an Programmen. „Wir wollen keinen Elfenbeinturm der Kunst“, so der kaufmännische Vorstandsdirektor Thomas Königstorfer, „dazu sind die Gelder der öffentlichen Hand zu wertvoll, als daß sie in etwas investiert werden, das nur einer kleinen Zielgruppe vorbehalten sein sollte.“

Gerade in der Eröffnungsphase will man das neue Musiktheater deshalb als „Haus für alle“ einführen. Die feierliche Eröffnung am 11. April wurde live in Fernsehen und Rundfunk und auch in den Volksgarten übertragen. Nach dem Festakt wurde dem jungen Opernhaus noch ein „Einweihungsritual“ ganz besonderer Güte zuteil: die weltberühmte Truppe La Fura dels Baus spielte mit „Ein Parzival“, ihrer ganz eigenen, spektakulären Version von Richard Wagners Parsifal vor, auf und rund um das neue Opernhaus – bei freiem Eintritt.

Landeshauptmann Josef Pühringer

Die Begrüßung nahm Landeshauptmann Josef Pühringer vor, der eingangs auf den Beginn einer neuen Zeitrechnung für das Kulturland Oberösterreich hinwies: „Vor 210 Jahren ist das Linzer Landestheater eröffnet worden. Mit dem neuen Musiktheater bauen wir auf dieser Tradition auf. Gustav Mahler sagte richtig: ‚Tradition ist nicht das Anbeten der Asche, sondern die Weitergabe des Feuers.‘ Feuer, Begeisterung hat heute jeder gespürt, der dieses Haus betreten hat – Begeisterung über den Bau, Begeisterung für die Musik. Musik ist ein großes Angebot an jede und jeden, sie kennt keine Unterschiede nach Alter, Herkunft und Nationalität. Denn die Musik spricht für sich allein. Sie ist die Beschreibung der Welt ohne Worte und Begriffe. Ludwig van Beethoven hat zu Recht gesagt: ‚Die Musik ist die einzige Sprache, die keinen Dolmetscher braucht.‘ Damit gehört sie zu den großen Brückenbauern. Brücken, die gerade wir Oberöreicher nutzen. Wir begnügen uns nicht damit, Waren zu exportieren, sondern zu unserem Exportportfolio gehört auch die Musik, die damit weltweit eine unserer besten Visitenkarten ist“, so Pühringer. Hier, in Oberösterreich selbst, bekomme die Musik mit diesem Haus eine zeitgemäße Bühne. Damit werde ein mutiges Zeichen des Aufbruchs gesetzt. „Denn die Freiheit von Kunst und Kultur sind wesentliche Fortschrittsfaktoren“, so der Landeshauptmann weiter. „Freiheit bedeutet nicht nur gewähren und treiben lassen, Freiheit bedeutet auch zulassen, unterstützen, fördern, vorantreiben, im



Foto: Peter Lechner / HBF

Bundespräsident Heinz Fischer (l.) und Landeshauptmann Josef Pühringer mit Gattin Christa vor dem Festakt zur Eröffnung des Musiktheater.

Großen wie im Kleinen. Das ist für mich das Wesen erfolgreicher Kulturpolitik. Gestaltungsräume schaffen, ermutigen und das Unbekannte, Neue wagen. Kunst ist immer ein Möglichkeitsraum, dem es frei stehen muß, alle Facetten auszuloten. Der entscheidende Maßstab an diesem Ort ist die Qualität.“

Natürlich sei ihm auch bewußt, daß das Musiktheater nicht denkbar wäre ohne die Breite und Dichte des gesamten Kulturlandes. In diese Breite sei das Zeitgenössische, die freie Szene genau so integriert, wie die Volkskultur. „Wir haben in den letzten Jahren vieles getan, um diese Breite bestmöglich abzustützen. Stellvertretend nenne ich hier das europaweit einzigartige Landesmusikschulwerk. In dieser Breite des Kulturlandes bezieht das Musiktheater heute seinen Platz. Als ein kultureller Mittelpunkt, als ein Zentrum des geistigen Lebens und nicht zuletzt: als prägendes Element unserer Gesellschaft, denn Theater hilft uns, die Welt mit anderen Augen zu sehen und gibt uns die Freiheit, in neue Welten einzutauchen.“

Die Stunde der Eröffnung sei natürlich eine Stunde der Freude, aber vor allem auch großer Dankbarkeit, fuhr Pühringer fort und richtete sein erstes Dankeschön an die Steuerzahler, „denn sie finanzieren mit ihrem Geld dieses großartige Musiktheater, das darf nie vergessen werden. Mit dem Dank verbinde ich aber auch die Einladung – nützt die Fülle dieses künstlerischen Angebots, es ist Euer Haus, nicht nur das Haus einiger Kunstinteressierter, es ist das Haus aller Oberöreicherinnen und Oberöreicher.“

Zugleich gab er aber auch seiner ganz festen Überzeugung Ausdruck, daß auch die Rechnung stimme. Dieses Haus würde den

Standort aufwerten, die Internationalität stärken, die Wertschöpfung heben und habe eine große Umwegrentabilität. „Ich bin daher sicher, daß die eingesetzten Gelder mit Zinsen zurückkommen. Da schaue ich den Steuerzahlern und der nächsten Generation ganz offen in die Augen, ganz abgesehen davon, daß 75 Prozent aller Aufträge dieses Großbaus an oberösterreichische Firmen gegangen sind, womit gerade in den Krisen-jahren ein wesentlicher Beitrag für Beschäftigung geleistet wurde.“

Die angestellte volkswirtschaftliche Analyse zeige die positiven ökonomischen Dimensionen dieser Kultureinrichtung. Es solle damit aber nicht suggeriert werden, daß Kultur sich ökonomisch rechnen oder gar rechtfertigen müsse. Sie sei ein Wert an sich.

„Ja, Kultur kostet Geld, sehr viel Geld sogar, aber die Schäden, die die Unkultur anrichtet, sind um vieles teurer und sie können in aller Regel mit Geld nicht gut gemacht werden. Daher sind Investitionen in Bildung und Kultur Investitionen in die Zukunft unseres Landes. Ich danke denen, die für die Vergabe öffentlicher Gelder verantwortlich sind“, so der Landeshauptmann, der erst dem Landtag dankte, denn Oberösterreich trage etwa zwei Drittel der Gesamtkosten. Die nächste Dankadresse richtete er an den Bund, der mit 25 Mio. Euro am Projekt beteiligt ist. Er dankte dem Stadt- und Gemeinderat von Linz, die 35 Mio. Euro beitragen – die Stadt erfahre durch diesen Bau eine große Aufwertung, städtebaulich und natürlich auch vom kulturellen Angebot. „Ich bedanke mich, denn gerade im Kulturbereich funktioniert die Zusammenarbeit mit der Stadt Linz ganz besonders gut!“

Kultur

Weiters dankte Pühringer dem Magistrat für die rasche Abwicklung der Behördenverfahren und für die Zusammenarbeit bei vielen Fragen, die gemeinsam gelöst werden mußten.

„Mein Dank gilt der oö. Wirtschaft und dem Förderverein unter Präsident KR Ludwig Scharinger, wo es gelungen ist, 6 Mio. Euro aufzubringen. Damit können Maßnahmen finanziert werden, die dieses Haus bereichern. Ich danke in dieser Stunde aber auch den Bauarbeitern und Handwerkern, die, egal ob bei Hitze, Regen oder Kälte, mit ihrer Hände Arbeit und Fleiß dieses Werk letztlich geschaffen haben. Gerade sie dürfen in dieser Stunde nicht vergessen werden. Ich danke auch dem lieben Gott, daß dieser Großbau ohne große Unfälle abgelaufen ist. Ich danke allen Planern, vor allem aber dem geistigen Vater, Architekt Terry Pawson, der stolz darauf sein darf, wie großartig sein Entwurf in der Realisierung nun im Stadtbild wirkt. Ebenso herausstreichen darf ich gleichzeitig die ausführenden Architekten, die Arbeitsgemeinschaft aus Architektur Consult GmbH und der Archinauten Dworschak und Mühlbacher Architekten GmbH“, so Pühringer. Er dankte den politischen Verantwortungsträgern, den Mitgliedern des Oö. Landtags und der Landesregierung sowie dem Aufsichtsrat der TOG. Es sei keine Selbstverständlichkeit, daß in Zeiten wie

diesen politische Gremien mit großer Mehrheit (ÖVP, SPÖ, Grüne) ein so großes Kulturprojekt gemeinsam verantworten. Sein Dank galt auch den Politikern, „die vor uns Verantwortung getragen haben. Ich nenne namentlich Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Ratzénböck – durch seine solide und zugleich erfolgreiche Kultur- und Finanzpolitik sind die Voraussetzungen geschaffen worden, daß wir uns über dieses große Vorhaben getraut haben.“

„Diese Stunde ist auch eine wichtige Stunde für die oö. Politik, weil deutlich wird, daß letztlich in Oberösterreich Großprojekte, sogar solche der Kultur noch durchsetzbar sind und nicht der grenzenlose Populismus am Ende siegt“, so der Landeshauptmann. Es sei kein einfacher Weg gewesen – und er freute sich, daß der Volksmund einmal mehr Recht bekomme, der sage, „daß aus einer schweren Geburt die schönsten Kinder werden. Ich verhehle aber nicht, daß diese Stunde der Eröffnung auch für mich persönlich eine ganz besonders schöne Stunde ist! Über 35 Jahre Diskussion sind zu Ende und die Politik hat Entscheidungsfähigkeit bewiesen.“

„Sie sehen heute einen sehr zufriedenen Landeshauptmann, einen noch zufriedeneren Kulturreferenten und einen entspannten Finanzreferenten. Auch wenn die Endabrechnung begreiflicherweise noch nicht vorge-

legt werden kann, ist sicher, daß jene, die einen Finanz-Skandal erwarten, enttäuscht sein werden!“

Dann wandte sich der Landeshauptmann an die Freunde des Linzer Musiktheaters, die von Anfang an hinter dieser Idee gestanden sind. „Mein Dank gilt allen Repräsentanten dieses Vereines, ganz voran dem Ehepaar Prof. Gerhard und Gerda Ritschel, die sich in ganz besonderer Weise für dieses Projekt engagiert haben. Ihre Hartnäckigkeit, ihre Unbequemheit und ihr Engagement haben es der Politik gar nicht ermöglicht, sich von diesem Projekt zu verabschieden. Zu Recht haben wir daher beschlossen, Herrn Prof. Dr. Gerhard Ritschel eine ganz, ganz seltene Auszeichnung, nämlich die eines Ehrenmitglieds unseres Landestheaters zu verleihen.“

Schließlich gedachte Pühringer dem ersten Obmann Prof. Leopold Mayer und vor allem dem unvergessenen Intendanten des Landestheaters, Prof. Alfred Stögmüller, der Theatergeschichte geschrieben habe und dessen Name mit der Geschichte dieses Hauses auch immer verbunden bleiben werde – neben vielen anderen verdienten Persönlichkeiten.

„Ein ganz großes Dankeschön gebührt auch den heute für dieses Haus Verantwortlichen, unserem ausgezeichneten Team: Intendant Rainer Mennicken, dem kaufmännischen Direktor Dr. Thomas Königstorfer,



Foto: Peter Lechner / HBF

Zum Abschluß des großen Eröffnungsabends am 11. April kamen alle rund 200 KünstlerInnen und MitarbeiterInnen des Musiktheaters auf die Bühne – und konnten sich über langanhaltenden Beifall des Publikums freuen.

Foto: Peter Lechner / HBF



Bundespräsident Heinz Fischer: »Ich wünsche diesem Haus, daß es von allen Musikfreunden angenommen wird und einen angesehenen Platz im Kulturleben der Stadt Linz, des Landes Oberösterreich und auch von ganz Österreich finden wird.«

Dennis Russell Davies, dem Opern- und Orchesterchef sowie allen Führungspersonlichkeiten unseres Hauses und des Brucknerorchesters. Sie sind derzeit Tag und Nacht im Haus! Daher auch danke ihren Partnerinnen für das große Verständnis.“ Natürlich seien auch die MusikerInnen, die SchauspielerInnen und alle anderen MitarbeiterInnen zu nennen. Sie hätten an der Promenade durch ihr Können den Beweis geliefert, daß Oberösterreich ein neues Haus brauchte. „Die Bühne an der Promenade ist Ihrem Können nicht adäquat. Ihr Können und Ihr Engagement waren letztlich auch der Grund für diesen Bau. Sie haben am alten Standort unter schwierigsten Bedingungen großartige Arbeit geleistet. Danke!“

„Mein Dank gebührt weiters in ganz besonderer Weise dem für den Bau verantwortlichen Geschäftsführer, Kommerzialrat Otto Mierl, der bereit war, auf Pensionsjahre zu verzichten und die Verantwortung für diesen großen Bau übernommen hat. Lieber Otto, das ist keine Selbstverständlichkeit, das wissen wir sehr zu schätzen. Herzlichen Dank dafür. In den Dank schließen wir Deine Mitarbeiter mit ein, insbesondere Prokurist Günther Schab, der gerade in der letzten Phase für Dich eine großartige Stütze war.“

Abschließend dankte er auch den bildenden KünstlerInnen, die mit ihren Kunstwerken das Haus bereichern würden, den Verantwortlichen der Gastronomie, die gute Gastgeber für unsere Gäste sein werden.

„Ich wünsche diesem Haus, daß es mit Qualität überzeugt, daß es auf- und anregt, daß es ein Ort ist, der – in jeder Hinsicht – barrierefrei einlädt und nicht zuletzt ein Ort der Gemeinsamkeit und des besonderen Erlebnisses wird. Gelingt das, dann haben wir unser gemeinsames Ziel mehr als erreicht.“

Bundespräsident Heinz Fischer

war nach Linz gereist, um die offizielle Eröffnung des neuen Musiktheaters vorzunehmen. Opernhäuser hätten es nicht leicht. Bauherren auch nicht, sagte er einleitend. Wer etwa die Baugeschichte der Wiener Staatsoper kenne, werde wissen, daß von ungeteilter Zustimmung zu diesem Bauvorhaben keine Rede gewesen sei. „Nichts desto weniger ist die Wiener Staatsoper heute nicht nur eines der besten Opernhäuser der

Welt, sie ist auch ein Gebäude von größter Bedeutung für Wien und für das Selbstverständnis der Österreicherinnen und Österreicher.“

An diesen Umstand an diesem Abend zu erinnern, sei deswegen sinnvoll, da das neue Musiktheater in Linz ebenfalls – wie bereits zu hören gewesen sei – trotz seiner „Jugend“ bereits auf eine bewegte Geschichte zurückblicken könne. Und sei daher auch naheliegend, daß ich zunächst allen Verantwort-



Foto: Musiktheater Linz / Sigrid Rauchdobler

Ziga Jereb und Anna Šteřbová tanzen auf dem großzügig angelegten Vorplatz zum neuen Musiktheater

Kultur

lichen für diesen Kulturbau danke und ihnen wünsche, daß diesem Haus eine der Wiener Staatsoper entsprechende Zukunft bevorstehe. Eine Zukunft mit einem erstklassigen Programm, eine Zukunft mit einem erstklassigen Ensemble, eine Zukunft mit einem zufriedenen, interessierten Publikum.

„Österreich ist keine Insel der Seligen. Zu diesem Realismus haben wir uns trotz größtem Respekt für den Autor dieses Zitates durchgerungen. Aber am ehesten ist es im Hinblick auf die Vielfalt und das breite Angebot im Teilbereich der Musik und des Musiktheaters eine Insel der Seligen“, so der Bundespräsident weiter. „Wie sonst läßt sich erklären, daß alleine in den letzten 15 Jahren mehr als 13 wichtige Neubauten für diese Kunstsparte errichtet wurden, die für etwa 12.000 Menschen Platz bieten? Daß über 400 Millionen Euro in die Errichtung dieser Gebäude investiert wurden? Daß tagtäglich um ein Vielfaches mehr Menschen Theater und Konzertsäle besuchen als Fußballspiele? Daß Kultur in Österreich ein Massenphänomen ist und nicht der Freizeitvertreib einer kleinen Elite? Diese Insel der Seligen, der Österreich zumindest im Bereich von Kunst und Kultur nahekommt, manifestiert sich auch darin, daß selbst in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Kulturausgaben des Bundes nicht gekürzt wurden und daher – anders als in vielen anderen europäischen und auch außereuropäischen Ländern – renommierte Kulturinstitutionen nicht das Handtuch werfen müssen. Im Gegenteil: Zu Bewährtem kommt Neues hinzu – so wie

hier und heute in Linz“, so Heinz Fischer. Das musikalische Erbe unseres Landes sei so reich, daß Österreich wohl zurecht als das Musikland schlechthin gelte. Wohin immer man komme und frage, was Menschen mit Österreich verbinden würde, werde die Musik an prominenter oder sogar an erster Stelle genannt. Das sei erfreulich und ein Faktum, das nicht gering geachtet werden dürfe. Gleichzeitig werde dadurch mitunter der Blick auf die Gegenwart und die Zukunft verstellt oder zumindest erschwert. „Wir verfügen nämlich auch über eine lebendige, spannende und international anerkannte Gegenwartsmusik. Diese wird ebenfalls im Rahmen von eigenen Festivals oder am Rande so genannter klassischer Festspiele präsentiert. Neue zeitgenössische Produktionen finden aber weit weniger Eingang in die Spielpläne renommierter Häuser. Dieser Umstand bewirkt, daß in erster Linie jene Menschen mit dem zeitgenössischen Musikschaﬀen vertraut werden, die sich ohnedies bereits dafür interessieren“, so das Staatsoberhaupt. „Wenn ich als jemand, dessen Musikprofessor im Gymnasium vor fast 60 Jahren Friedrich Cerha hieß, an diesem heutigen Tag einen besonderen Wunsch formulieren darf, dann ist es der, daß im Repertoire unserer wichtigsten und angesehensten Musiktheater dem heutigen kompositorischen Schaffen ein höherer Stellenwert eingeräumt wird, als das momentan der Fall ist.“

Er sei überzeugt, daß eine solche gut vorbereitete Veränderung oder Ergänzung sich nicht negativ auf die Auslastung und damit

die wirtschaftliche Situation auswirken müsse. In jenem Sinn nämlich, daß Tradition eine starke Wurzel ist, aus der Zeitgenössisches wachsen könne, halte er die verstärkte Berücksichtigung des heutigen Musikschaﬀens für außerordentlich wichtig. Jede klassische Musik sei einmal zeitgenössische Musik gewesen.

„Linz, das in seinem kulturellen Engagement über Jahre hindurch bewiesen hat, daß es zeitgemäß und aufgeschlossen denkt und handelt, kommt dabei eine bedeutende Rolle zu. Das ist auch der Grund, weswegen ich diese Überlegungen hier formulieren wollte, ohne – wie ich meine – Gefahr zu laufen, der künstlerischen Leitung des neuen Musiktheaters ungebetene Ratschläge zu erteilen.“

Das neue Musiktheater Linz sei ein in vielerlei Hinsicht bemerkenswertes Haus. „Zahlreiche Menschen haben sich im Vorfeld der Eröffnung davon bereits überzeugt und die Präsentation am heutigen Abend hat weitere Informationen geboten. Ich wünsche diesem Haus, daß es von allen Musikfreunden angenommen wird und einen angesehenen Platz im Kulturleben der Stadt Linz, des Landes Oberösterreich und auch von ganz Österreich finden wird. Behalten wir also den 11. April 2013 als einen Tag im Gedächtnis an dem das künstlerische und musikalische Schaffen in Österreich einen neuen starken Impuls erhalten hat“, so Heinz Fischer. Und gerne kam er „der freundlichen Einladung nach“ und erklärte das Musiktheater Linz für eröffnet.

<http://www.musiktheater-linz.at>



Foto: MTG

Ein zentraler Dreh- und Angelpunkt ist die Lage des Theatergebäudes am Linzer Volksgarten. Das neue Musiktheater wurde von Terry Pawson städtebaulich so konzipiert, daß der Park quasi als Vorgarten des Theaters fungiert.

Von oben her betrachtet.

Dächer und Dachlandschaften von Egon Schiele bis Alfons Walde, von Inés Lombardi bis Gerhard Richter in der Sommerausstellung des Museum Kitzbühel / Sammlung Alfons Walde von 9. Mai bis 31. Oktober 2013

Von Wido Sieberer *)



Museum Kitzbühel / Sammlung Alfons Walde / VBK, Wien

Alfons Walde (1891 Oberndorf - 1958 Kitzbühel) »Stadt im Tauschnee«, um 1927, Öltempera auf Leinwand

Im architektonischen Erscheinungsbild von Städten gibt es eine fünfte Schauseite, die, weil nur aus der Vogelschau sichtbar, nur wenig wahrgenommen wird: Die Dächer und die Dachlandschaften. Dabei gibt die Perspektive von oben den Blick frei auf unterschiedliche Dachformen, verschiedene Dek-

kungsmaterialien, Kamine und anderes Dachmobiliar und damit gute Auskunft über die soziale und bauliche Entwicklung ländlicher wie urbaner Räume. Viele Dachlandschaften sind heute zum Weltkulturerbe erklärt und daher gerade in historischen Städten wie Bamberg, Toledo, Prag, Krumau oder Salzburg auch eine permanente Herausforderung an die Städteplanung und den Denkmalschutz.

Ein erster Impuls zur bewußten Beachtung von Dächern erfolgte in der Renaissance, als mit der „Erfindung“ der Vogelperspektive auf Städte auch deren Dächer ins Blickfeld rückten. Ihrer selbst willen werden die Dächer aber erst im Laufe des 19. Jahrhunderts beachtet, als mit dem Aufkommen des Alpinismus und dem kontemplativen Blick von oben nicht nur die Landschaft entdeckt, sondern auch die „Dach-Landschaft“ bewußt

*) Wido Sieberer ist Leiter des Museums und des Archivs der Stadt Kitzbühel



Leopoldmuseum-Privatstiftung Wien

Egon Schiele (1890 Tulln – 1918 Wien) *Die kleine Stadt II*, 1913, Öl / Bleistift auf Leinwand

wahrgenommen wird. Im Laufe des 20. Jahrhunderts führen Luftfahrt und Satellitentechnik dazu, daß die Vogelperspektive selbstverständlich wird und Dach und Dachlandschaften im Blickfeld bleiben.

Die Ausstellung setzt diesem Umstand entsprechend im beginnenden 20. Jahrhundert ein und entwirft einen kulturhistorischen wie zeitgenössischen Blick auf das Thema „Dächer und Dachlandschaften“ in Malerei, Zeichnung, Fotografie, und Film. Daß sie in Kitzbühel stattfindet, ist in mehrfacher Hinsicht kein Zufall. Der charakteristische Bogen der Kitzbüheler Altstadthäuser bietet sich von oben betrachtet als geschlossene Dachlandschaft dar, die von der um 1900 neu erschlossenen Bergwelt aus in Fotografie und Kunst wahrgenommen wurde. Ihren konstruktiven Reiz hat der österreichische Maler Alfons Walde in seinen in

Auseinandersetzung mit Schieles Krumauer Dachlandschaften entstandenen Gemälden wie „Stadt im Tauschnee“ entdeckt und eindrucksvoll festgehalten. Aber schon ziemlich genau drei Jahrhunderte vor ihm hat Andreas Faistenberger Kitzbühel als eine der ersten Tiroler Städte in der Tradition der Renaissance-Ansichten aus der Vogelperspektive dargestellt. Kitzbühels Dächer sind als besonderes „Gustostückerl“ für die Dauer der Ausstellung von einer erhöhten Dachterrasse aus einsehbar und auf werden auf diese Weise selbst zum Exponat.

Egon Schiele ist mit den Bleistiftzeichnungen „Rattenberg“ (1917) und „Krumauer Stadtviertel“ (1914) in Faksimiles und dem großformatigen Ölgemälde „Die kleine Stadt II“ (1913) vertreten, die – sozusagen als berühmtes Pendant zu Walde – als international bekannter Ausgangspunkt der von

Günther Moschig kuratierten Schau gelten dürfen. Von Schiele und Walde spannt sich der Bogen über die Tiroler und Vorarlberger Zeitgenossen Wilhelm Nikolaus Prachensky und Rudolf Wacker zu jüngeren Positionen etwa eines Gerhard Richter. Seine 1968/1969 entstandenen Serie von Städtebildern, in Kitzbühel vertreten mit Stadtbild (1969, WVZ 224-8), steht unter anderem im Zeichen der Abkehr „vom interessanten Inhalt und von der illusionistischen Malerei“ (zitiert nach: Dietmar Elger, Gerhard Richter, Maler, Dumont: Köln 2003, S. 203).

Zeitgenössische Arbeiten lassen das breite Spektrum des Themas hervortreten. Zeigt etwa Hubert Schmalix in in Isabel Drive, Fresno 02 die von Eigenheimen der weißen Mittelschicht geprägten Vorstädte der 3,8 Millionenstadt Los Angeles und ruft damit gesellschaftliche Konstellationen ebenso ins

Kultur

Bewußtsein wie David Goldblatt, der mit Cosmo City, 15. August (2009) die Machtverhältnisse in Südafrika widerspiegelt, macht Bas Jan Ader in *All my clothes* (1970) mit seiner Kleidung am Dach seines Hauses in Claremont das Privat öffentlich und damit auf die Funktion des Daches als Grenze zwischen privatem und öffentlichem Raum aufmerksam. Erwin Wurms modellhafte Hauskulpturen *Dismiss* oder *Docile* lassen wiederum als eng mit dem Individuum verbundene Hülle Rückschlüsse über die Nutzerin, den Nutzer zu.

Es sind nicht zuletzt die hier angesprochenen sozialen Implikationen die den besonderen Reiz der von einem Katalog begleiteten Kitzbüheler Ausstellung ausmacht mit Werken von Bas Ader, Andreas Faistenberger, David Goldblatt, Siggi Hofer, Thoralf Knobloch, Ines Lombardi, Alois Mosbacher, Wilhelm Nikolaus Prachensky, Olaf Quantius, Gerhard Richter, Egon Schiele, Nikolaus Schletterer, Hubert Schmalix, Alexandra Wacker, Rudolf Wacker, Alfons Walde, Hans Weigand und Erwin Wurm.

Von einer anlässlich der Ausstellung errichteten Dachterrasse gewährt das Museum Ausblick auf die Dächer Kitzbühels. Zur Ausstellung erscheint ein Katalog.

Alfons Waldes Sicht der Kitzbüheler und Tiroler Winterlandschaft und des Winter-

sports erfreuen sich seit jeher größter Beliebtheit. Gemälde wie „Almen im Schnee“, „Auracher Kirchl“, „Kristiana“ oder „Der Aufstieg“ haben entscheidenden Anteil am Bild Tirols als verschneites Bergland, das zu aktiver sportlicher Betätigung herausfordert.

Später entdeckt, inzwischen aber ebenso anerkannt, sind Waldes grandiose Akte und Stilleben und sein im Zeichen der Wiener Sezessionskunst, Gustav Klimts und insbesondere Egon Schieles stehendes Frühwerk. <http://www.museum-kitzbuehel.at>



Privatsammlung Österreich, courtesy Georg Kargl Fine Arts, Wien

Oben: Ines Lombardi (* 1958 Sao Paulo), *Untitled (S.P. Downtown)*, 1996-98, Farbfotografie auf Acrylglas.

Unten: Siggi Hofer (* 1970 Bruneck/Südtirol) »Demokratie«, 2010, Buntstift auf Papier



Sammlung Raiffeisenbank Kitzbühel

Museum der Völker in Schwaz

Waren es bisher hauptsächlich die Exponate von Gert Chesi, die dem Haus der Völker zur Verfügung standen, so werden es künftig drei Sammlungen sein, die im Ausstellungsbetrieb und in Sonderausstellungen zu sehen sein werden.



Foto: haus der völker

Bau und die Außenkonzeption des neuen Museums der Völker in Schwaz lagen in den Händen von Peter Mayrhofer.

Am 12. April öffnete das neue Museum der Völker seine Pforten. Vor 18 Jahren begann in Schwaz in Tirol das Abenteuer eines Völkerkundemuseums, dessen Werdegang sich über die Jahre hinweg zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt hat. Gert Chesi, Fotograf, Journalist und Autor, hatte im Zeitraum von 50 Jahren mehr als 1000 Exponate aus aller Welt gesammelt, die zur Basis des Ausstellungsbetriebs wurden. 48 Sonderausstellungen wurden in Zusammenarbeit mit europäischen Museen und privaten Sammlern veranstaltet, Vorträge und Konzerte erweiterten das Programm. Das ursprüngliche Haus der Völker verließ seinerseits Hunderte Objekte an andere Veranstalter, sodaß ein florierendes Netzwerk entstanden ist, das bis zum heutigen Tage sicherstellt, daß es keine Engpässe im Ausstellungsbetrieb gibt.

Das neue Museum der Völker zeigt ab April ethnografische Exponate aus vier Themenkreisen: Afrika, Asien, Archäologie und ein Sektor, der sich mit dem afro-amerikani-

schen Synkretismus beschäftigt. Darüber hinaus stehen zwei Räume für Sonderausstellungen zur Verfügung, die temporär ethno-



Foto: haus der völker

*Khmer, Löwenkopf im indischen Stil
Kambodscha, Prä-Angkor-Periode
(7./8. Jh. u. Z.), Sandstein*

grafische Sammlungen und moderne außer-europäische Kunst bis hin zu fotografischen Arbeiten präsentieren. Das fotografische Werk von Gert Chesi zieht sich durchs ganze Haus und zeigt die ausgestellten Objekte am Ort ihres Gebrauchs. Diese Ergänzung führt zu einer idealen Symbiose, die den Zugang zu den Exponaten erleichtert und das Umfeld einbezieht, in dem bis heute tradierte Kulturen lebendig sind.

Eine Reihe hochwertiger Kunstwerke bestimmt das Niveau des Hauses. Seltene Steinskulpturen der Khmer, bedeutende Buddha-Bildnisse aus vielen Epochen, Terrakotten der Nok und Ahnenfiguren der Dajak, Grabfunde aus China und alte Bronzen aus Südostasien gesellen sich zu zeitgenössischen Voodoo-Figuren und Utensilien des Animismus. Dieser Mix aus unterschiedlichsten Artefakten zieht sich über einen Zeitraum von 4000 Jahren und gibt einen Einblick in das kultische und künstlerischen Schaffen der Menschheit.

Kultur

Foto: haus der völker



Der Asiensaal zeigt seltene Steinskulpturen der Khmer, bedeutende Buddha-Bildnisse aus vielen Epochen und vieles mehr.

Als Autor von 20 Büchern und zahlreichen Artikeln hat Gert Chesi das Museum mit Informationen ausgestattet, die nicht nur die weltweiten Zusammenhänge der Traditionen verständlich machen, sondern darüber hinaus diese akribisch erklären.

In den vergangenen 18 Jahren hat sich das „Haus der Völker“ zu einer Institution entwickelt. Diesem Umstand wurde von der öffentlichen Hand Rechnung getragen. Das neue Museum der Völker, das dem Haus der Völker folgt, wurde mit Hilfe der Stadt Schwaz und des Landes Tirol errichtet. Ausschlaggebend für den Entschluß, das Museum mit einem Neubau auszustatten, waren die bisher geleistete Arbeit und die breite Zustimmung seitens der Öffentlichkeit.

Neben den Objekten von Gert Chesi wurde ein bedeutender Teil der Hanns Schell-Collection integriert, außerdem eine Reihe hochwertiger Exponate aus der Münchner Stiftung Lindner, die hier einen neuen Platz gefunden hat.

Während Bau und Außenkonzeption in den Händen von Peter Mayrhofer lagen, war die Innengestaltung von Gert Chesi zu verantworten. Hier zeigte sich sehr bald, daß das Museum der Völker zwar die gleichen Ausstellungsflächen zur Verfügung hat, daß aber die wachsenden Möglichkeiten und die Verfügbarkeit von 2000 Exponaten eine neue Bescheidenheit verlangen. Der Verzicht auf wichtige Objekte war schmerzhaft, und der

gewählte Kompromiß erwies sich als Gratwanderung, an deren Ende das wohl überfüllteste Museum Europas stand. Die Kunst des Reduzierens ging mit einem Prozeß einher, der in die Entscheidung mündete, in einigen Bereichen mit basarähnlicher Fülle aufzuwarten, um den BesucherInnen nichts vorzuenthalten. Schlußendlich – so wünsch-

ten es sich die Verursacher – sollte eine opulente Schau den Interessenten die Kulturen der Welt näherbringen. Das aktuelle Konzept sieht, wie das alte, Sonderausstellungen vor. Es werden künftig mehr als bisher sein, damit der Bildungsauftrag erfüllt und der Neugierde Genüge getan ist.

<http://www.hausdervoelker.at>



Foto: haus der völker

Die Archäologie-Abteilung im Museum der Völker

Die Rotunde

Eine Sonderausstellung im Bezirksmuseum Wien-Leopoldstadt widmet sich der Geschichte der Weltausstellung 1873 und dem Brand der Rotunde.

Foto: Archiv Bezirksmuseum Leopoldstadt



Unter den Hochrufen der Menge fuhren am 1. Mai 1879 um 12 Uhr der Kaiser und seine Gemahlin Kaiserin Elisabeth am Südportal des Industriepalastes vor und wurden dort von den bereits wartenden Ehrengästen aus aller Welt erwartet.

Die Idee, in Wien eine Weltausstellung abzuhalten, stieß nicht nur bei österreichischen Industriellen, sondern auch bei Kaiser Franz Joseph I. auf großes Interesse. Nach zwei verlorenen Kriegen (gegen Preussen und Sardinien) mit großen Gebietsverlusten hatte die Habsburgermonarchie an Bedeutung und Ansehen im deutschsprachigen Raum verloren. Gleichzeitig nahmen die nationalen Bestrebungen innerhalb der Donaumonarchie zu und schließlich wurde im Österreichisch-Ungarischen Ausgleich 1867 das k.k. Kaisertum Österreich in die k.u.k. Doppelmonarchie Österreich-Ungarn umgewandelt. Nach der absolutistischen Ära unter Metternich und der Revolution von 1848 entwickelte sich in Österreich ein starker Liberalismus mit unterschiedlichen Strömungen. Gemeinsam war ihnen der Glaube an Fortschritt und Darwinismus und die Ablehnung von Religion und staatlichen Eingriffen in wirtschaftliche und sozialpolitische Belange. In der Folge kam es zu weitreichenden sozialen Veränderungen, zu denen auch die wirtschaftliche Entwicklung beitrug. In der so genannten Gründerzeit herrschte ein

unglaublicher Optimismus, es wurden viele neue Banken und Firmen gegründet und die technische Entwicklung wies einen großen Aufschwung auf. Die enorme Bautätigkeit zog viele Menschen in die Städte – vor allem nach Wien, wo sie meist unter schlechten Bedingungen lebten. In diesem „Proletariemilieu“ entwickelten sich Strömungen, die über die Bildung von Arbeiterbildungsvereinen letztendlich zur Entstehung der Sozialdemokratie führten.

Private Eisenbahnlinien, wachsende Schifffahrt und Untersee-Telegraphenkabeln verbanden Länder und Kontinente miteinander. Die dadurch beginnende Globalisierung, die zunehmende Industrialisierung und die verbesserten Verkehrsbedingungen führten dazu, daß Firmen ihre Produkte auf Ausstellungen mit überregionaler Bedeutung präsentierten, weil sie dadurch auf größere Absatzmöglichkeiten hofften. In Wien organisierten und finanzierten Wiener Bürger 1835, 1839 und 1845 Gewerbe- und Gewerbsprodukte-Ausstellungen. Die erste vom 1. bis 30. September 1835, an der 594 Fabrik- und Gewerbebesitzer teilnahmen, wurde in der Hof-

reitschule der Hofburg veranstaltet, in der Folge diente das neu erbaute k.k. Polytechnische Institut (Technische Universität) als Ausstellungsort. 1857 gab es im Augarten in der Leopoldstadt die erste landwirtschaftliche Ausstellung, hinter der die österreichische Regierung stand, auch mehrere Gartenbauausstellungen fanden hier statt.

Der Anstoß kam aus Niederösterreich

Pläne für die Durchführung einer Weltausstellung in Wien gab es bereits Jahre davor. Weltausstellungen hatte es erstmals in London 1851 und nochmals 1862 und in Paris 1855 und 1867 gegeben. Große österreichische Firmen waren daran als Aussteller beteiligt.

Bereits 1862 stellten der Niederösterreichische Gewerbeverein und die Niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer das Thema „Weltausstellung in Wien“ öffentlich zur Diskussion. Zwei kaiserliche Entschlüsse zur Durchführung von internationalen Ausstellungen in den Jahren 1863 und 1866 wurden wegen innen- und außenpolitischer Probleme nicht verifiziert.

Kultur

Ab 1867 gab es einen starken wirtschaftlichen Aufschwung. Durch die Initiative des Industriellen Franz von Wertheim, dem Präsidenten der Niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer und des Niederösterreichischen Gewerbevereins, begann man nun ernsthaft mit der Planung. 1869 wurde auf Anweisung des Handelsministers eine Kommission zur Ausarbeitung von Vorschlägen zu Organisation und Finanzierung der Weltausstellung gebildet. Nachdem 1870 von mehreren Industriellen ein Garantiefonds für die Finanzierung gebildet worden war, genehmigte der Kaiser das Vorhaben. Nun konnten die eigentlichen Vorbereitungen beginnen.

Erzherzog Karl Ludwig wurde Protektor und Erzherzog Rainer Präsident der Weltausstellung.

Was kostete eine Weltausstellung?

Die meist im Niederösterreichischen Gewerbeverein organisierten namhaften Industriellen und Gewerbetreibenden, die hinter der Idee der Weltausstellung in Wien standen, orientierten sich an den vorangegangenen Weltausstellungen in London und Paris und schätzten die Kosten für die Wiener Ausstellung auf 6 Millionen Gulden (*ein Gulden entspricht ungefähr heutigen 10 Euro*). Eine tatsächliche Berechnung der zu erwartenden Ausgaben erfolgte nicht. Hingegen

berechnete man zu erwartende Einnahmen aus Platzmieten, dem Erlös von $3\frac{1}{4}$ Millionen verkaufter Eintrittskarten, dem Verkauf von Baumaterial der abgetragenen Ausstellungsgebäude und der Maschinen nach Beendigung der Ausstellung auf 3,35 Millionen Gulden.

Im Juli 1871 bewilligte die Regierung sechs Millionen Gulden und legte gesetzlich

fest, daß dieser Maximalbetrag unter keinen Umständen überschritten werden dürfe. Zu diesem Zeitpunkt war noch nicht einmal der Ausstellungsplatz bestimmt, es gab kein definitives Programm, keine Festlegung der Ausdehnung der Ausstellung oder der umbauten Räume.

Das Ausstellungskomitee ging sofort munter ans Werk, mußte sich an keinerlei



Foto: Archiv Bezirksmuseum Leopoldstadt

Die im Bau befindliche Maschinenhalle (oben und unten) in einer Aufnahme vom 25. Juli 1872 gibt einen gewisse Vorstellung von den beeindruckenden Ausmaßen.



Foto: Archiv Bezirksmuseum Leopoldstadt

Foto: Archiv Bezirksmuseum Leopoldstadt / Inv 1146, Nr 683,



Das Südportal des »Industriepalastes« (oben) und das Westportal des »Kunstpales« (unten) auf Postkarten von 1873

Foto: Archiv Bezirksmuseum Leopoldstadt / Inv 3303-20, Nr 157



Voranschläge halten und hatte binnen kurzer Zeit den Kreditrahmen ausgeschöpft. Allein die Rotunde hatte diese ersten sechs Millionen verschlungen. Da man aber dieses großartige Unternehmen jetzt nicht mehr absagen konnte, mußte die Regierung weiteres Geld bewilligen. Insgesamt wurden 15,7 Millionen Gulden von der Regierung aufgebracht. Nicht berücksichtigt sind dabei die Ausgaben der Stadt Wien, der Länder und der teilnehmenden Unternehmen. Eine endgültige Abrechnung gab es nie...

Global und erstmals umfassend

Das offizielle Ziel war es, die Entwicklung und Leistung der gesamten Menschheit zur Darstellung zu bringen. Frühere lokale Gewerbeausstellungen standen vorrangig im

Zeichen realwirtschaftlicher Anliegen wie Informationsaustausch, Präsentation technischer Neuheiten und Absatzförderung. Die Weltausstellung in Wien sollte darüber hinaus in größerem Umfang der geistigen Kultur und ihrer Förderung sowie der Kulturge-schichte Rechnung tragen.

Diese umfassenden Ansprüche, die enorme Anzahl von 53.000 Ausstellern, der Bogen von alltäglichen Belangen bis zu höchstentwickelten Gebieten der Technik waren eine enorme Herausforderung und sollten auch in der Architektur Ausdruck finden. Drei große Ausstellungshallen, nämlich eine Industrie-, eine Maschinen- und eine Kunsthalle, drei kleinere „Agriculturhallen“ und eine Vielzahl von zusätzlichen Gebäuden und Pavillons waren geplant, so daß der Ein-

druck einer riesigen Ausstellungsstadt entstehen sollte.

Der repräsentative Kaiserpavillon wurde von 73 Wiener Industriellen und Gewerbetreibenden gestiftet. Er wurde von bekannten Firmen wie Lobmeyr (Glas), Biró (Kunstschlosserei), C. Bühlmayer (Vergoldungen), Philipp Haas und Söhne (Teppiche, Möbelstoffe), Paulik (Kunsttischler) und Bösendorfer (Klaviere) ausgestattet und erst am 26. August 1873 dem Herrscherpaar übergeben.

Rund 200 weitere Pavillons und Gebäude bildeten diese fast unüberschaubare Ausstellungsstadt. Einen besonderen Reiz übten die nach thematischen Gesichtspunkten geordneten Gebäudegruppen wie das orientalische Viertel mit der Ägyptischen Moschee, der japanische Garten oder das „Ethnographische Dorf“ aus mehreren Bauernhäusern aus.

Der Bau der Rotunde

Bis auf den Kristallpalast von London, der nach Ende der ersten Weltausstellung 1851 umgebaut und an einen anderen Standort versetzt wurde, waren alle bei den vorhergehenden Weltausstellungen errichteten spektakulären Ausstellungsbauten nur kurzfristig in Verwendung.

Das zentrale Gebäude bei der Wiener Weltausstellung 1873 war die Rotunde. Das Gebäude war eine Eisen-Holzkonstruktion und war ursprünglich der Mittelteil des sogenannten Industriepalastes. Sie war ein quadratischer Bau mit vier umlaufenden, 190 m langen und 12,63 m breiten Seitengalerien, die durch sogenannte Transepte, hallenartige Verbindungsgänge, mit dem von einer riesigen Kuppel gekrönten runden Mittelteil verbunden waren. Einer dieser Transepte von 25,26 m Breite diente als Haupteingang mit einem triumphbogenartigen Portal, das nach Entwürfen von Ferdinand Laufberger, die von Bildhauer Vinzenz Pilz ausgeführt wurden, geschmückt war. Dort konnte man auch den Leitsatz des Kaisers, „Viribus Unitis“ (Mit vereinten Kräften) lesen.

Das Dach des Zentralbaus ruhte auf 32 Säulen, die einen Kreis bildeten, dessen innerer Durchmesser 101,73 Meter betrug. Die Säulen wurden durch einen kastenförmigen Ring verbunden, auf dem ein weiterer Ring und darauf das kegelförmige, tauben-grau gestrichene Dach ruhten. Dieses wurde von zwei „Laternen“ übereinander gekrönt. Zuoberst thronte eine über fünf Meter hohe Nachbildung der Kaiserkrone aus feuervergoldetem Schmiedeeisen, angefertigt vom

Schlossermeister Johann Gschmeidler und dem k. k. Hofvergolder Konrad Bühlmayer. Die Nachbildungen der Edelsteine, bunte Glassteinen und Glasperlen, kamen von der Firma Lobmeyr.

Der höchste Punkt der Rotunde lag 85 m über dem Boden. Das Dach konnte betreten werden, es gab einen Aufzug und Treppen in zwei Säulen. Die Spannweite der Kuppel betrug 108 m, die innere Bodenfläche 9100 m². Mehr als 206.000 Personen bestiegen während der Weltausstellung das Dach der Rotunde, von dem aus man einen herrlichen Ausblick über Wien hatte. Den riesigen Zentralraum konnte man von einer Galerie in 23 m Höhe überblicken.

Ursprünglich sollte die Rotunde nach Ende der Weltausstellung abgerissen werden, doch dies erwies sich als zu kostspielig und kompliziert, also blieb sie stehen und fand 64 Jahre lang für Ausstellungen und Veranstaltungen Verwendung. Die Wiener spotteten anfangs über die lampenschirmartige Kuppel und nannten die Rotunde auch „Käseglocke“, „Blechhaufen“, „Gugelhupf“ oder „umgekehrter Blechtrichter“. Doch bald war der riesige Bau eines der weit sichtbaren und beliebten Wahrzeichen der Stadt Wien.

Die Weltausstellung wird eröffnet

Zum Zeitpunkt der geplanten Eröffnung Anfang April waren viele der Gebäude noch nicht fertig und Tausende von Kisten mit Ausstellungsobjekten und Ausstattungen noch auf Schiffen und in Eisenbahnzügen unterwegs nach Wien.

Mit einem letzten Kraftakt wurde die Ausstellung soweit fertig gestellt, daß am 1. Mai, dem traditionellen Tag der Praterfeste, der feierliche Festakt zur Eröffnung stattfinden konnte. An diesem Tag herrschte ausgesprochen schlechtes Wetter. Festgäste und Schaulustige kämpften gegen Kälte, Wind und Regen, gegen schlammige Zufahrtswege und den eklatanten Mangel an Verkehrsmitteln an.

Trotzdem begann um 11 Uhr die „große Praterauffahrt“. Den Wienern wurde Dank der in Nationaltrachten erschienenen Festgäste ein buntes Schauspiel geboten: Schotten mit Kilt und nacktem Knie, Beduinen mit Burnus, Deutsche mit Frack und Orden, englische Offiziere mit rotem Rock und mächtiger Bärenmütze, österreichische Beamte in Galauniform, Türken mit Fez, Juden mit langem Seidenkaftan, Armenier in reich besticktem Kleid, wehende Federbüsche ungarischer Magnaten, Angehörige des europäischen Hochadels, der Außenminister und un-



Foto: Archiv Bezirksmuseum Leopoldstadt / Inv 2750-6

Der Verlag der Wiener Photographen-Association bietet uns einen Blick in einer der Ausstellungshallen.

garische Ministerpräsident Graf Gyula Andrássy in leuchtender Honveduniform (ungarische Husarenuniform), japanische Prinzen in grüner Seide ... und die kaiserliche Familie.

Unter den Hochrufen der Menge fuhren um 12 Uhr der Kaiser und seine Gemahlin Kaiserin Elisabeth am Südportal des Industriepalastes vor und wurden von Generaldirektor Schwarz-Senborn zusammen mit dem deutschen Kronprinzen und dessen

Gemahlin, dem Prinzen von Wales, dem Kronprinzen von Dänemark, den Erzherzögen und den Brüdern des Kaisers, Vertretern des österreichischen Hochadels und Mitgliedern des Reichstages und Regierungsvertretern in die Rotunde geführt.

Das Hofopernorchester und 600 Chorsänger unter der Leitung von Johann Strauss Sohn intonierten „Gott erhalte...“. Erzherzog Karl Ludwig überreichte den Generalkatalog. In einem kurzen Statement erklärte

Kultur

der Kaiser die Ausstellung für eröffnet. Adolf Fürst von Auersperg, Ministerpräsident von Cisleithanien (österreichische Reichshälfte), und Bürgermeister Felder würdigten in kurzen Ansprachen die Ausstellung als „völkerverbindendes Friedensfest“ und „Beitrag zum Wohle der gesamten Menschheit“. Mit dem Festgesang von Friedrich Händel, für den für die Weltausstellungseröffnung ein eigener Text verfaßt worden war, endete der Festakt. Er hatte eine knappe Viertelstunde gedauert. Nun begann der erste Rundgang durch die Ausstellung mit den Ehrengästen...

Insgesamt war Kaiser Franz Joseph auf dem diplomatischen Parkett sehr erfolgreich. Die diplomatischen Kontakte in der Vorbereitungszeit und auf der Weltausstellung, die zahlreich anreisenden Monarchen, Kron-

prinzen, Staatsoberhäupter, Diplomaten und Wirtschaftsmagnaten sowie die Unterzeichnung des „Dreikaiserabkommens“ zwischen Preußen, Rußland und Österreich rückten Österreich in den Mittelpunkt europäischer Friedenspolitik und halfen die Isolierung nach den demütigenden Niederlagen im Krieg gegen Preußen und Italien zu überwinden.

Der schwarze Freitag – der Börsenkrach am 9. Mai 1873

Die Zeit vor der Weltausstellung war geprägt von enormem Fortschrittsglauben und unerschütterlicher Wirtschaftseuphorie. Neue Aktiengesellschaften mit zu geringer finanzieller Ausstattung wurden etabliert. Neue Banken wurden gegründet, die Kredite auf halbfertige Häuser gaben, die man von den zu erwartenden Kursgewinnen fertigbauen

Superlative

Die Wiener Weltausstellung war geplant als größtes Szenario von Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Kunst.

Das Areal umfaßte 2,330.631 m², davon waren 160.000 m² überdacht. Damit war es fünfmal größer als die Weltausstellung in Paris 1867 und zwölfmal größer als die Weltausstellung in London 1862. Die Länge des Industriepalasts betrug fast 1 km. 194 Pavillons wurden errichtet. Das Gelände war so riesig, daß nach Berechnung der Generaldirektion ein Besucher 40 Tage benötigte, um alles zu sehen. 12.000 Fauteuils und Stühle waren am Gelände verteilt. Die Wiener Möbelfabrik Fischer+Meyer fertigte eigene „Rollsessel“ an, die man mit livriertem Lenker um 10 fl/Tag mieten konnte

Die Bauzeit betrug 21 Monate für alle Bauten, Konstruktionen und Ausstattungen. (Planungsphase ab Juli 1871, Fertigstellung der Pläne September 1871, Eröffnung 1. Mai 1873). 5000 Arbeiter und K.K. Genietruppen (Pioniere) wurden für den Bau beschäftigt.

Die Rotunde war die größte Kuppel der Welt. Bei der Ausstellungseröffnung waren 12.000 Menschen darin versammelt und sie war nicht voll!

35 Länder beteiligten sich an der Weltausstellung in Wien. Insgesamt gab es 53.000 Aussteller, davon 9104 aus Österreich (17 %).

Die Jury hatte 956 Mitglieder. Es wurden 25.572 Medaillen verliehen, davon 6158 für Österreich

Erwartete Besucher: 10,000.000

Tatsächliche Besucher: 7.255.000

Der Eintrittspreis am Eröffnungstag betrug 25 Gulden (davon mußte eine vierköpfige Arbeiterfamilie etwa eine Woche leben)

Geplante Kosten: 6.000.000 Gulden

Tatsächliche Kosten: 19.123.270 Gulden

Einnahmen: 4.256.349 Gulden

Defizit: 14.866.921 Gulden

Die Gründe für das enorme Defizit lagen einerseits in der enormen Kostenüberschreitung bei den Vorbereitungen zur Weltausstellung, andererseits in der bei Weitem nicht den Erwartungen entsprechenden Besucherzahl.



Foto: Bezirksmuseum Leopoldstadt / Österreich Journal / Michael Mössmer

Die Rotunde als Motiv für unzählige Souvenire – einige davon sind im Bezirksmuseum Leopoldstadt ausgestellt

Kultur

wollte. Dank der neuen Telegrafie wurden Aktien an den aufgeheizten Börsen ganz Europas gehandelt. Spekulation wurden zum Sport weiter Bevölkerungsschichten.

Man mißachtete die ersten Warnzeichen einer steigenden Zahl von Insolvenzen, bis schließlich am 9. Mai – nur 8 Tage nach Eröffnung der Weltausstellung – die Wiener Börse völlig zusammenbrach. In der Folge verschwanden ein Großteil der neugegründeten Banken und Aktiengesellschaften. Die nachfolgende wirtschaftliche Depression war langfristig gesehen nicht so dramatisch wie befürchtet, erfaßte aber ganz Europa. Die konjunkturelle Hochstimmung der Gründerzeit war dahin und die liberale Wirtschaftspolitik hatte an Vertrauen eingebüßt.

Ursprünglich war vorgesehen, die für die Weltausstellung errichteten Gebäude wieder abzureißen. Dies geschah auch mit den meisten. Auch die Rotunde sollte im Herbst 1873 demontiert werden, doch dieses Vorhaben erwies sich als zu schwierig und zu teuer. Also blieb sie noch 64 Jahre lang stehen und wurde für weitere Ausstellungen und die unterschiedlichsten Veranstaltungen verwendet – und wurde ab 1921 für die Wiener Messe genutzt.

Der Brand der Rotunde

Nach 64 Jahren, in denen die Rotunde die unterschiedlichsten Ausstellungen und Veranstaltungen beherbergte, kam das Aus für das einzigartige Gebäude im Prater. Am 17. September 1937 fiel sie innerhalb weniger Stunden einem Brand zum Opfer.

Da die Rotunde als sehr brandgefährdet galt – alleine in der Kuppel waren ca. 400 Tonnen Holz verbaut – gab es darin Feuer-schutzeinrichtungen wie Handfeuerlöschgeräte, Hydranten und eine automatische Feuermeldeanlage. Während der Ausstellungen wurden zusätzlich Brandsschutzwachen und ein regelmäßiger Patrouillendienst im Gebäude eingerichtet, und mehrmals konnten kleinere Brände gelöscht werden. Doch zuletzt blieben alle Maßnahmen wirkungslos.

Am 17. September 1937 gegen 12.30 bemerkte ein Arbeiter, der noch mit dem Abbau nach der letzten Herbstmesse beschäftigt war, an der Nordseite des Mittelbaus an der Säule Nr. 17 ein Feuer und schlug sofort Alarm. Zuerst war das Ausmaß des Brandes nicht erkennbar, da er sich in den zwischen dem Blech und Stuck liegenden Hohlräumen ausbreitete und dort rasant nach oben wanderte. Bald stiegen Rauch und Flammen aus der Kuppel auf.



Foto: Bezirksmuseum Leopoldstadt / Österreich Journal / Michael Mössner

Eine der Virtrinen im Bezirksmuseum Leopoldstadt ist der großangelegten Ausstellung der Wiener Photographen-Association gewidmet – einem damals gerade vor seinem rasanten Aufstieg stehenden sehr jungen Gewerbe.

Die Wiener Berufsfeuerwehr erhielt die Meldung vom Rotundenbrand um 12.36, der erste Löschzug traf um 12.41 ein. Die ersten Feuerwehrleute kamen von den Feuerwachen Donaustadt, Prater und Landstraße. Um 12.45 waren drei Schlauchanlagen in Betrieb, weitere fünf Löschzüge folgten. Von unten wirkte der Brand anfangs nicht besonders bedrohlich. Erst als die Feuerwehrleute auf das Kuppeldach der Rotunde stiegen, erkannten sie, wie weit die Flammen schon Besitz von dem Gebäude ergriffen hatten. Das von außen auf die Kuppel gespritzte Löschwasser war wirkungslos, da es durch des Eisendach nur schwer zum eigentlichen Brandherd vordringen konnte.

Um 13.30 erhielten die Feuerwehrleute auf dem Dach durch ein Hornsignal den Befehl, sich zurückziehen. Sie entgingen knapp einer Katastrophe, denn um 13.33 stürzte die Kuppel in sich zusammen und tausend Tonnen Eisen fielen auf den Mittelteil der Ro-

tunde. Nun breiteten sich die Flammen auf die seitlichen Teile des Gebäudes aus und gefährdeten auch Gebäude im Umfeld. Ein nahe gelegenes Lagerhaus der Stadt Wien, einige Wohnhausdächer und der Übungsturm der Feuerwache „Prater“ fingen durch Flugfeuer zu brennen an, konnten aber schnell gelöscht werden. Weitere Gebäude – darunter die Stallungen der nahe gelegenen Trabrennbahn – wurden mit Hilfe der Feuerwehr, die sie vorsorglich mit Wasser bespritzte, bewahrt. Um 18.15. waren die letzten Teile der Rotunde niedergebrannt. Neue Feuerwehrleute lösten ihre erschöpften Kollegen ab und hielten Brandwache bis zum Ende des nächsten Tages.

Die Nachricht vom Brand verbreitete sich rasch durch mündliche Information und durch das Radio. Viele Politiker – u.a. Bundespräsident Wilhelm Miklas, Bundeskanzler Kurt Schuschnigg und der Vizebürgermeister der Stadt, Fritz Lahr – und mehrere

Kultur

tausend schaulustige Wiener eilten in den Prater, um sich selbst ein Bild zu machen. Das Militär mußte das Gelände absperren, damit die Feuerwehr nicht behindert wurde.

Bei der Brandbekämpfung waren nicht nur alle erreichbaren Wiener Feuerwehrleute, sondern auch mehrere Hundert Soldaten des Infanterieregiments Nr. 5 aus der Erzherzog-Albrecht-Kaserne im Einsatz. Insgesamt waren 250 Feuerwehrleute mit 88 Feuerwehrfahrzeugen im Einsatz, 14.000 Meter Schläuche und 30 Rohre wurden verwendet, aber die Rotunde war nicht mehr zu retten. Die 2000 Liter Wasser, das pro Minute zur Verfügung stand, reichten nicht aus, man hätte 150.000 Liter/Minute benötigt, wie der Bericht der Feuerwehr vermerkt.

Die Brandursache blieb trotz der sofort eingeleiteten polizeilichen Untersuchung unter der Leitung von Hofrat Barber vom Sicherheitsbüro bis heute ungeklärt. Glücklicherweise mußten keine Menschenleben beklagt werden.

Der finanzielle Schaden war enorm, zumal die Rotunde, die dem Staat gehörte, nicht versichert war. Nur die Wiener Messe A.G., die einen Mietvertrag bis 1945 abgeschlossen hatte, hatte das Gebäude um 250.000 und die eingebauten Kojen um 800.000 versichert, wobei insgesamt 22 Versicherungsgesellschaften beteiligt waren, welche wiederum Rückversicherungen im Ausland hatten.

Am 22. September 1937 begannen die schwierigen Aufräumarbeiten. An die 300 Arbeiter demolierten die Mauer- und Eisenreste. Über eine Million Nietenköpfe wurden abgeschlagen und fast fünf Millionen Kilo-

gramm Eisen wurden zerteilt – Ende November waren die Arbeiten beendet.

Das endgültige Aus für alle Pläne

Bereits im Jänner 1938 gab es eine Ausschreibung für die Neugestaltung des Messegeländes, doch ehe man mit der Umsetzung beginnen konnte, wirkten sich die politischen Veränderungen aus. Die Nationalsozialisten hatten den Plan, das Gelände als Aufmarschplatz zu verwenden, daher wurden für die ersten Messen nach dem Brand, die bis 1942 stattfanden, nur Zelte und provisorische Hallen errichtet. Während des 2. Weltkriegs wurden die noch vorhandenen Ausstellungsbauten im Prater fast vollständig zerstört.

Heute ist nur noch der Name „Rotunde“ erhalten. Die über den Donaukanal führende Rotundenbrücke, über die heute die Straßenbahnlinie 1 entlang der Rotundenallee im Prater zur Hauptallee fährt, der Rotundenplatz, an dem der Haupteingang lag, und eine Haltestelle der Liliputbahn erinnern daran, daß in dieser Gegend des Praters einst die größte Kuppel Europas auftrug – die einst eines der Wahrzeichen von Wien war.

Das Bezirksmuseum Leopoldstadt

widmet sich in einer aktuellen Sonderausstellung der Geschichte der Rotunde, die bis 30. Juni 2013 während der Öffnungszeiten des Museums zu besichtigen ist (*Link zu allen Informationen siehe unten*). Es ist im Amtshaus für den 2. Bezirk untergebracht. Durch einen eigenen Eingang von der Karmelitergasse betritt der Besucher das Stiegenhaus, in welchem bereits einige Schaustücke, ein

Grenzstein aus dem Prater aus dem Jahr 1691, ein Weichenstellbock vom Nordbahnhof, eine Praterordnung mit Verhaltensregeln und einige Ölbilder früherer Bezirksvorsteher ausgestellt sind.

Dort befindet sich auch ein großflächiges Bild vom Maler Ernst Paar, das die ereignisreiche Bezirksgeschichte in Episoden darstellt. Durch einen weiteren Vorraum erreicht der Besucher den großen Ausstellungsraum, der ganze Stolz des Museums. Das Anliegen der ehrenamtlichen MitarbeiterInnen ist es, die lange und wechselvolle Geschichte der Leopoldstadt, unter Verwendung von Modellen, Dioramen und originalen Schaustücken, spannend darzustellen und den interessierten BesucherInnen näherzubringen.

Der Themenbogen spannt sich von der ersten Besiedelung durch Fischer und Fährleute im 12. und 13. Jahrhundert, über verheerende Überschwemmungen bis zur Donaukanal- und Donauregulierung. Weitere Themen sind Brücken, das Theaterleben im II. Bezirk, der Nordbahnhof und weitere Eisenbahnstrecken, die Dampftramway mit Straßenbahn, Kirchen und Klöster, der Hafen, Persönlichkeiten des Bezirks, Künstler, der Prater mit dem Riesenrad, das Judenghetto, das Vergnügungsviertel „Venedig in Wien“, die Weltausstellung, die Revolution von 1848, die Türkenkriege und die Lebensumstände um 1900. ■

<http://www.bezirksmuseum.at/default/index.php?id=28>

Das „Österreich Journal“ bedankt sich beim Team des Bezirksmuseums einerseits für die Überlassung der umfangreichen Informationen, aus denen die vorstehende Zusammenfassung entstehen konnte!



Foto: Bezirksmuseum Leopoldstadt / Österreich Journal / Michael Mössner

Schließlich noch ein kurzer Blick in den großen Ausstellungsraum im Bezirksmuseum – der ganze Stolz der MitarbeiterInnen.

Kunst und Natur

Faszinierende Symbiose auf dem Wilhelminenberg in Wien

Von Michael Ellenbogen *)

Foto: »Österreich Journal« / Michael Mössmer



Die »Villa Aurora« aus dem Jahre 1785 ist wichtige Vertreterin der weitreichenden Architekturgeschichte der Donaumetropole

Kunst und Natur beinhalten Begriffswelten von nahezu unendlich scheinender Bandbreite, in der individuelle Fantasien und Träume ihren Platz finden können, wobei die künstlerische Ebene aktiven Formens in steter Entwicklung immer wieder neue Gestaltungschancen für die Kreativität hervorzurufen vermag, während die Natur seit Äonen einem eigenen Regelwerk gehorcht, in dem auch der Mensch mit seinem Erscheinen, als Teil des Systems, bestimmte Funktionen erfüllt.

Eine große Herausforderung besteht aber in einer sehr behutsamen Verschmelzung beider Bereiche, die besonderes Einfühlungsvermögen voraussetzt, wie dies gerade bei manchen LandArt-Projekten der Fall ist.

LandArt ist eine in Interaktion mit der Natur kunsthistorisch langsam gewachsene Kunstgattung mit vielen Facetten, in denen die Individualität und subjektive Sichtweise der KünstlerInnen ganz besonders hervortreten und ästhetische Denkmuster als wesentliche Grundlagen bei der Realisierung von Projekten berücksichtigt werden.

Die altehrwürdige Wiener „Villa Aurora“ aus dem Jahre 1785 als wichtige Vertreterin der weitreichenden Architekturgeschichte der Donaumetropole bietet auf dem weitläufigen Predigtstuhlplateau des Wilhelminenbergs die idealen Voraussetzungen, um sensiblen Objekten der LandArt spezifische Auftrittsvarianten im Verlauf der Jahreszeiten zu ermöglichen, ohne die bestehenden ökologischen Strukturen zu beeinträchtigen. Das Gegenteil ist der Fall – der Park dient einer nahezu perfekten Vereinigung origineller Exponate mit unverfälschter, also naturbelassener Umgebung.

Die BesucherInnen haben die Möglichkeit, sich aktiv mit jedem der Kunstwerke auseinanderzusetzen, wobei gerade die philosophischen Hintergründe der einzelnen Schöpfungen eine besondere Herausforderung für sensitive und kunstaffine Gäste darstellen.

Meilenstein auf einer Gedankenbahn

Der Wiener Objektkünstler Friedrich Robert Falkner hat es auf eine genial anmutende Weise zustande gebracht, viele das Refugium „Villa Aurora“ mit seinem entzückenden „K & K Restaurant“ aufsuchende

AusflüglerInnen zunächst zu einer gemütlichen Zeitreise in die Vergangenheit einzuladen, um sie dann auf Pfade durch die Natur zu führen. Jedes Kunstobjekt in diesem Wundergarten kann als Meilenstein auf einer Gedankenbahn angesehen werden.

„Plaudern im Hain“ könnte man vielleicht das Stilleben bezeichnen, in dessen Mittelpunkt jene weiße Outdoor-Sitzgarnitur des französischen Stardesigners Philippe Starck zu finden ist, die zu allen Jahreszeiten eine nahezu magische Wirkung auf jeden Liebhaber edler und doch einfacher Gestaltungsideen ausübt. Das heimelige Licht der Stehlampe wärmt auch bei Schnee und Eis innerlich auf und läßt Unbill von Wettereinflüssen vergessen. Das heißt konkret: Auch bei einem Schneesturm würde man gerne Platz nehmen und persönliche Perspektiven genießen.

Der Rundgang geht weiter und führt zu einer eigenwilligen Attraktion, einem übergroßen Holzrahmen, der alle Vorstellungsreserven der Staunenden mobilisiert: Gelangt man doch mit einem Blick durch dieses „Fenster“ mit der Kraft der Fantasie in eine Traumstadt – in ein ganz privates Wien, einen Ort, in dem plötzlich neue Aspekte entdeckt werden können.

*) Michael Ellenbogen lebt und arbeitet als freier Journalist in Wien und hat sich auf Geschichte und militärhistorische Themen spezialisiert.

Kultur

„Lebendes Panorama einer besonderen Natur-, Stadt- und Menschenlandschaft“, so die ausführliche und zum Nachdenken animierende Namensgebung dieses Werkes, das im Sinne einer leichteren Verständlichkeit auch „Du schönes Wien, Du!“ genannt werden will.

Gleich darauf stolpert man fast über einen grauen Steinriesen, der sanft auf einem Kiesbett ruhend, verwundert auf das Häusermeer blickt. Worauf wartet der gigantische Mann? Woher kommt er? Er scheint seine nunmehrige Heimstatt, das Plateau, zu beschützen.

„Das Erwachen. Adams zweite Chance?“ lautet der Titel des Kunstwerks. Jetzt wird klar: Seine Eva könnte bald kommen und ihn – im Sinne der Geschichte – vielleicht nochmals verführen wollen.

Die Besichtigung führt noch weiter zu einem offensichtlich gestrandeten Wasserfahrzeug, das, vielleicht vom Urmeer getragen, hier seinen endgültigen Ankerplatz gefunden hat. Die „Arche Aurora“, jedoch als Fischkutter einst auf den Wogen der Nordsee vor der dänischen Küste unterwegs, gelangte auf abenteuerlichen Routen an den Predigtstuhl und weist mit seinen Positionslichtern verirrt Wanderern den Weg. Das Schiff hat hier die Funktion eines Leuchtturms am Rande des Wienerwalds, als Orientierungspunkt sowie Metapher und dient auch dazu, die Beschaulichkeit und Anmut einer Landschaft näher zu bringen, in der Architektur, Kunst und Natur in so einzigartiger Weise zueinander gefunden haben.

Seit 2012 ist schließlich auch ein Symbol der Musik zu einem überdimensionierten sechs Meter hohen Wegweiser dieses künstlerisch geprägten Areals geworden: „Der Notenschlüssel“. Er ist gleichsam hier auf einen Baum geflogen und blickt auf Wien, eine Weltstadt der Musik, wo schöne Klänge manchmal in der Luft zu schweben scheinen. Abend für Abend lädt dieses hell-leuchtende Sinnbild auch zum „Konzert der Natur“ ein, in dem die wogenden alten Kastanienbäume vom ausklingenden Tag singen und deren Blätter und die Vögel das Arrangement einer Waldsymphonie vollenden. An windstillen Sommerabenden kann man noch andere Kompositionen der Natur genießen: Wenn die Grillen zirpend aufspielen und die Lichter der Großstadt zugleich fern und nah sind, will man das Plateau der „Villa Aurora“ gar nicht mehr verlassen.

LandArt-Park der Villa Aurora
Wilhelminenstraße 237
1160 Wien



Die weiße Outdoor-Sitzgarnitur des französischen Stardesigners Philippe Starck



Der graue Riese scheint seine nunmehrige Heimstatt, das Plateau, zu beschützen.



Die »Arche Aurora« als Leuchtturm der Beschaulichkeit am Rande des Wienerwalds

Fotos: Michael Eilenbogen

Wiener Festwochen 2013

Von 10. Mai bis 16. Juni



Foto: Mike Ranz

Das Wiener Rathaus bietet die glanzvolle Kulisse für die Eröffnung der Wiener Festwochen (das Bild zeigt die von 2012).

Auf Initiative von Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny haben sich die Intendanten der Wiener Festwochen, des Konzerthauses und des Musikvereins gemeinsam mit der Stadt Wien Ende 2012 auf eine neue Form der Ausrichtung und Finanzierung des Musikprogramms der Wiener Festwochen geeinigt. Die bisher getrennten und alternierend von Musikverein und Konzerthaus ausgerichteten Programmschienen „Musikfest der Wiener Festwochen“ und „Frühlingsfestival“ sowie ihre Ressourcen werden gebündelt. Der Schwerpunkt der neugestalteten Musikreihe der Festwochen wird wie bisher jährlich wechseln, beginnend 2014 mit dem Musikverein. Das jeweils andere Haus wird „Programm-Inseln“ anbieten, die thematisch mit dem Hauptprogramm verknüpft werden.

„Durch die Zusammenführung der Mittel können wir dem neuen Musikfest der Wiener Festwochen für die Jahre 2014 bis 2016 1,2 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Wir erreichen so bei gleichbleibendem Budget

eine stärkere Wirkung und Sichtbarkeit“, erklärte Mailath. „Ich freue mich, damit Markus Hinterhäuser eine weitere Gelegenheit geben zu können, seine besondere Stärke zu zeigen – mit den Wiener Festwochen eine große Geschichte zu erzählen. Musikverein und Konzerthaus zeigen damit ihre Kooperationsbereitschaft und die Verantwortung, für die Stadt gemeinsam Neues zu erkunden.“

Der designierte Intendant der Wiener Festwochen, Markus Hinterhäuser, sieht mit dieser Neuorientierung einen wichtigen Mosaikstein gelegt: „Für die Zeit meiner Intendanz bietet diese neue Partnerschaft Gestaltungskraft. Sie öffnet die Möglichkeit, den Festwochen perspektivisch auch musikalisch Kohärenz zu verleihen, und die Chance, gemeinsam mit den beiden großen Häusern ein eigenes Profil zu entwickeln.“

„Gemeinsam sind wir stark, gemeinsam setzen wir einen wichtigen Impuls für Neues und Aufregendes, und mit den gebündelten Ressourcen können wir das auf dem ge-

wohnt höchsten Niveau tun – eine für die internationale Strahlkraft aller drei Partner unabdingbare Exzellenz“, so der Intendant des Musikvereins Thomas Angyan.

„Es ist erfreulich, wenn sich wesentliche Akteure so freundschaftlich auf eine zukunftsweisende und für unser Publikum sehr attraktive Neuformulierung dieser wichtigen Initiative einigen können“, hob Bernhard Kerres, Intendant des Wiener Konzerthauses, hervor. „Und das Angebot der Stadt Wien, die Unterstützung des neuen Musikfestes der Wiener Festwochen auf drei Jahre festzuschreiben, gibt uns die Planungssicherheit, die wir im internationalen Produktionszusammenhang brauchen.“

Das Musikprogramm 2013

Der 200. Geburtstag Verdis (und Wagners) 2013 ist ein passender Anlaß, die gegenseitige Faszination von Kunst und Macht in den Mittelpunkt des Festwochen-Musikprogramms zu stellen, die Fragestellung nach

Kultur

dem inhaltlichen und ästhetischen Verhältnis von Kunst und Politik. In den Werken dieser Saison liegt der Fokus auf zwei Hauptpolen, die in einem unendlich nuancenreichen Prisma miteinander in Spannung gesetzt werden: einerseits die Kunst, die das Politische imitiert, es der Macht gleichtut, ihre Kraft beweisen will, nämlich jene des Revolutionierens; andererseits die Kunst, die das Politische verweigert, sich am Rande des Realen und seiner Kämpfe behauptet, auf der Suche ist nach einer anderen Macht, jener des Erkennens.

Mit zwei internationalen musikdramatischen Produktionen und zwei Uraufführungen von Wiener Musiktheatergruppen steht das Musikprogramm 2013 für die zweifache, die internationale wie lokale, Verankerung der Wiener Festwochen.

Il Trovatore in der Regie von Philipp Stölzl beschließt nach Luc Bondys Rigoletto und Deborah Warners La Traviata unseren Zyklus mit späten Verdi-Werken. Am Pult steht der israelische Dirigent Omer Meir Wellber, einer der jungen Stars im Graben der größten internationalen Opernhäuser. Mit der Sensation der heurigen Opernsaison, dem im Sommer beim Festival d'Aix-en-Provence uraufgeführten Writen on Skin von George Benjamin mit einem Text von Martin Crimp, kommt eine Oper nach Wien, der das schier Unmögliche gelungen ist, die Erwartungen der unterschiedlichsten Publikumskreise zu erfüllen – von den vom hohen Können des Komponisten begeisterten Liebhabern der klassisch-romantischen Oper bis zu den Fans des zeitgenössischen Theaters, die der „poetische Realismus“ des Librettos und seine eindrucksvolle dramatische Umsetzung in der Inszenierung von Katie Mitchell faszinierten. Die Uraufführungen der Musiktheaterprojekte JOIN! (Oper von Franz Koglmann nach einem Libretto von Alfred Zellinger) und Die Ballade von El Muerto (Musiktheater von Diego Collatti mit einem Text von Juan Tafur im Rahmen der Programmschiene Into the City), koproduziert mit den Ensembles netzzeit und progetto semiserio, demonstrieren den Willen der Wiener Festwochen, der innovativen zeitgenössischen Wiener Szene jene Bühne zu bieten, auf der diese im Blickfeld der Welt den Blick auf die Welt richten kann.

Die Reihe Into the City widmet sich dem Thema music and politics und stellt in unterschiedlichen Formaten und Zusammenhängen die gesellschaftliche Bedeutung von Musik in unserer Zeit heraus. Workshops und Konzerte in verschiedenen Einrichtun-



Foto: Nick Mangarfas

Die Ballade von El Muerto



Foto: Nikolay Oleynikov

Into the City Festivalzentrum: »Revolutionary Folk Ensemble« Arkadiy Kots Band

gen und Örtlichkeiten verbinden das diesjährige Into the City Festivalzentrum im Wien Museum Karlsplatz mit der Stadt.

Stéphane Lissner

Das Schauspielprogramm 2013

„How to get from here to there“, die Frage des indischen Künstlerkollektivs Raqs Media, von dem das diesjährige Bildmotiv der Wiener Festwochen stammt, ist politisch inhaltlich und formal künstlerisch zu verstehen. Wie kommen wir aus unseren Zusammenhängen, historischen und ideologischen Vorbestimmtheiten heraus, und wohin wollen wir denn kommen? Ist das „there“ überhaupt anders als das „here“? Inwieweit ist Kunst in der Lage, immer wieder ein „Alles anders“ zu behaupten? Mehr denn je will man – oder will ein gedachtes „Wir“ einer

gedachten, manchmal auch erlebten kritischen Community – sich gegen das behaupten, was schon akzeptiert scheint, wie es offenbar in der „kommenden Gesellschaft“ mit den Menschen gemeint ist. Künstlerische Praxis darf ihr irritierendes, unauflösliches Anderssein nicht aufgeben, sonst ist sie keine. Wie kann sie sich trotzdem politisch artikulieren, und in welchen neuen Formen? Diese Fragen stellen sich sowohl viele Künstler eines Installations- und Performanceparcours in Ausstellungsräumen als auch die Künstler der Inszenierungen in Theaterräumen. Wer und was ist das politisch Subjektive in uns, in anderen und in den scheinbar betonierten, unentrinnbaren Verhältnissen? „Alle Dinge sind verzauberte Menschen“, sagt Alexander Kluge. Kann Kunst das Lebendige aus dem Verdinglich-

Kultur

ten lösen? Kann man ein komplett machtbezogenes Reagieren wieder in fragendes Denken verwandeln?

Mit den fatalen ideologischen Potentialen des 20. Jahrhunderts und ihren Wirkungen in der Gegenwart beschäftigen sich Martin Kušej's Inszenierung von Miroslav Křelík's *In Agonie* und ein neues Musik-Theaterprojekt von Christoph Marthaler: *Letzte Tage. Ein Vorabend. Křelík's Trilogie* beschreibt den Zerfall des Habsburgerreichs von Kroatien aus. In Marthaler's Musiktheater geht es um Verlust und Bruch mit der Zivilisation. Im Zentrum stehen Kompositionen aus Wien vertriebener Komponisten und Texte, welche die nationale Aufrüstung vor dem Ersten Weltkrieg im populären Rassismus und Atavismus der Gegenwart spiegeln. Der Überforderung der Ansprüche der puren politischen Gegenwart stellt sich Nicolas Stemmann in einem politischen Denkraum mit einer mehrere Tage währenden Dauerperformance *Kommune der Wahrheit. Wirklichkeitsmaschine*.

Angélica Liddell und Philippe Quesne erkunden im Grenzbereich von Performance, Tanz, Schauspiel die Beziehungen zwischen privatem Erleben und politischem Raum. Beide Produktionen entstehen im Auftrag der Wiener Festwochen und sind, wie auch die Premieren von Bruno Beltrao und Mariano Pensotti, wirklich neue Arbeiten. Die junge brasilianische Regisseurin Christiane Jatahy erzählt in der teils theatralischen, teils filmischen Arbeit *Julia*, daß überkommene patriarchale Machtstrukturen in einer segregierten Gesellschaft stärker sind als die Gefühle. Der junge australische und gerade zu entdeckende Regisseur Simon Stone verhandelt in einer heutigen Ibsen-Wildente die private und soziale Krise der abstürzenden Middle Class. Eine Reihe neuer, fragiler Performances befragt die eigenen Voraussetzungen: des Raumes, der Repräsentanz und des Zuschauers. Romeo Castellucci mit seiner berühmten und bewegenden Arbeit *Sul concetto di volto nel Figlio di Dio* und Christian Marclay mit seiner visuellen Konzert-Performance *Everyday* zeigen eine theatraalisierte, nicht repräsentative Kunst im großen Raum. Alle Projekte zwischen Erzählung und abstrahierender Verkürzung, zwischen konzentrierter Geschlossenheit und dezentraler Ausgestellttheit könnten zusammen einen Zustand der Beunruhigung und künstlerisch-politischen Selbstbefragung ergeben.

Stefanie Carp

<http://www.festwochen.at>



Foto: Armin Smilovic

Kommune der Wahrheit. Wirklichkeitsmaschine



Foto: Klaus Lefebvre

Österreich-Premiere »Über das Konzept des Angesichts von Gottes Sohn«

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In der **64. Folge** portraitiert er

Frederick (Friedrich) Kohner

Autor



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Frederick (Friedrich) Kohner

Friedrich Kohner, am 25. September 1905 im nordböhmischen Teplitz-Schönau (heute Teplice, CZ) als zweitältester von drei Söhnen des Kinobesitzers und Herausgebers einer der ersten Filmzeitschriften im Lande, Julius Kohner und seiner Gattin Helene geboren, studierte an der Pariser Sorbonne und promovierte 1929 im Fach Literaturgeschichte an der Universität Wien. Sein damals ungewöhnliches und provokatives Dissertationsthema „Ist Film Kunst?“ (bezogen noch auf den Stummfilm) erschien später unter dem Titel „Film ist Dichtung“ in Buchform. Kohner, vorbelastet durch den Beruf seines Vaters, ging im Oktober 1929 als Korrespondent Berliner Filmzeitschriften mehrere Monate nach Hollywood, wo er die Zeit der künstlerischen und wirtschaftlichen Umstellung auf den Tonfilm miterlebte. Er interviewte Größen wie Greta Garbo, Marion Davies, Charlie Chaplin oder Douglas Fairbanks und verdingte sich studienhalber als Statist bei Lewis Milestones Kriegsdrama „All Quiet on the Western Front“ („Im Westen nichts Neues“). Bei den Dreharbeiten zur Paramount-Komödie „Monte Carlo“ führte ihn der deutsche Regisseur Ernst Lubitsch in das Filmwesen ein.

Kohner etablierte sich Mitte 1930 in Berlin, 1931 erschien bei Reclam in Leipzig sein erster Roman „Fünf Zimmer in Hollywood“. Er war im selben Jahr Regieassistent Stefan Székelys bei der Verfil-

mung der Komödie „Seitensprünge“ (Cicero Film), schrieb 1932 die Vorlage für Erich Kobers „Die Wasserteufel von Hiefiau“ sowie mit Koautoren die Drehbücher zu Géza von Bolvárys musikalischem Lustspiel „Ein Lied, ein Kuß, ein Mädel“ und Robert Siodmasks „Brennendes Geheimnis“ (Tonal-Film) in Bearbeitung einer Novelle von Stefan Zweig. Der Streifen lief nach der Uraufführung am 31. März 1933 noch zwei Tage ohne Nennung Friedrich Kohners wie auch der Namen aller jüdischen Mitarbeiter und wurde danach von den neuen Machthabern verboten. Ebenso blieb seine Mitarbeit an der Filmbiografie über das Leben des italienischen Tenors Giacomo Lauri Volpi, „Das Lied der Sonne“ (D 1933, italienische Version „La canzone del sole“, Regie: Max Neufeld) ungenannt. Kohner, umgehend zum Weggang entschlossen, setzte trotz sprachlicher Schwierigkeiten seine Skriptarbeit zunächst in Paris unter Pseudonym fort, mit Curt Siodmak entstand die Story zu Robert Siodmasks etwas altmodischem Musical „La Crise est finie“ (1934) und in der Schweiz mit Alfred Polgar die erste Drehbuchfassung zu Knut Hamsuns Drama „Viktor“, die Carl Hoffmann dann 1935 in Berlin verfilmte, wobei man in diesem Fall die Autorennamen passend ersetzte. Ab 1934 in London, zur gleichen Zeit wie etwa andere durch die Nazis gefährdete Österreicher, Stefan Zweig, Paul Elbogen und Gina Kaus, erarbeitete Kohner mit dem Russen Ossip Dymow die Adaption zu „Sins of Man“ nach Josef Roths Roman „Hiob“, die Verfilmung erfolgte 1936 durch 20th Century Fox in Hollywood.

Die kalifornische Filmindustrie war inzwischen auf ihn aufmerksam geworden, 1936 bot ihm Columbia einen Halbjahresvertrag, da das Studio ein Remake des Films „Brennendes Geheimnis“, der im damals noch freien Wien mit großem Erfolg lief, plante. Um aus Europa herauszukommen, folgte Kohner mit seiner Familie dem Ruf Hollywoods, wo Bruder Paul bereits seit Anfang der 20er-Jahre tätig



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Frederick Kohner schrieb 1943 die Originalstory und mit Lawrence Kimble das Drehbuch zur Republic-Romanze »Tahiti Honey«, produziert und inszeniert vom Österreicher John (Hans) Auer.

Serie »Österreicher in Hollywood«

Foto: Archiv Rudolf Ulrich



Willi Forst und Hilde Wagener in »Brennendes Geheimnis«, der 1933 entstand und 1936 im damals noch freien Wien mit großem Erfolg lief.

war und in der Community zu den Arrivierten zählte. Das Remake kam nicht zustande, der Neuankömmling befand sich dennoch bald auf der Erfolgsstraße. Bereits die erste mit Marcella Burke verfaßte Story zur Joe Pasternak-Produktion »Mad About Music«

(1938) für Universal Pictures brachte ihm eine Oscar-Nominierung ein. Der Teplitzer, nun mit angliertem Vornamen Frederick, lieferte als freier Autor für verschiedene Produktionsfirmen zu über 20 Filmen im leichten Fach, darunter »It's a Date« (1940),

»The Man in Her Life« (1941, »Roman einer Tänzerin«), »Tahiti Honey« (1943), »Lake Placid Serenade« (1944), »Pan-Americana« (1945), »Bride for Sale« (1949), »Hollywood Story« (1951) oder »The Toy Tiger« (1956), außerdem zu einigen Episoden bekannter TV-Serien die Originalgeschichten, infolge der Gepflogenheiten in Hollywood entstanden jedoch die Endfassungen der meisten seiner Ausgangsideen und Scripts in Zusammenarbeit mit amerikanischen Autoren.

Aufgrund von Angeboten durch Arthur Braurers Berliner CCC-Film kehrte Frederick Kohner 1955/56 vorübergehend nach Deutschland zurück, um an den Drehbüchern für drei Filme – »Stern von Rio« (Remake des Tobis-Films von 1940), »Liebe, Tanz und 1000 Schlager« (mit Caterina Valente und Peter Alexander) und »Studentin Helene Willfuer« (nach Vicki Baums Roman) – mitzuwirken.

Neben der letztlich als einengend empfundenen Filmtätigkeit versuchte sich Kohner auch als Dramatiker. Die 1947 mit Albert Mannheimer erstellte Komödie »The Bees and the Flowers« lief am Broadway und wurde im Jahr darauf von MGM unter dem Titel »Three Daring Daughters« (»Drei kleine Biester«) mit Jeanette MacDonald und

Foto: Archiv Rudolf Ulrich



Die »Kohner Brothers« vor einem Fresko mit Movie Stars in der Nähe des Hollywood Boulevards (v.l. Paul, Frederick und Walter)

Serie »Österreicher in Hollywood«

Foto: Archiv Rudolf Ulrich



Frederick Kohner wirkte 1955/56 in Berlin unter anderem am Drehbuch von »Liebe, Tanz und 1000 Schlager« mit Caterina Valente und Peter Alexander mit.

José Iturbi verfilmt, die gleichfalls mit Mannheimer 1956 verfaßte Politsatire „Stalin Allee“, ein kleinerer Erfolg, kam im Margo Jones Theatre in Dallas zur Aufführung. Inspiriert durch das Engagement seiner Tochter Kathie in der Surfszene am Strand von Malibu, entstanden seine berühmten „Gidget“-Romane, lebenswürdige Geschichten über „America's favorite teenager“, mit denen ihm der Durchbruch zum Romancier und zu belletristischen Massenerfolgen gelang. Einige der Bücher erreichten Millionen-Auflagen und eroberten ab 1959 unter den Titeln „Gidget“ (1959) und „Gidget Goes Hawaiian“ (1961, „April entdeckt Hawaii“) die Filmleinwand und mit den TV-Filmen „Gidget Grows Up“ (1969) und „Gidget Gets Married“ (1972) sowie vom September 1965 bis März 1968 in fast 30 Episoden im Rahmen der TV-Sitcom „Gidget“ den Bildschirm, wofür Kohner als „script consultant“ fungierte. Die Wortschöpfung „Gidget“ (aus der Zusammenziehung von Girl = Mädchen und Midget = Zwerg) fand Aufnahme im „Dictionary of Word and Phrase Origins“ und in die amerikanische Umgangssprache.

In der in Deutschland übersetzten Biografie „Der Zauberer vom Sunset Boulevard“, untertitelt „Ein Leben zwischen Film und Wirklichkeit“ (1974, US-Ausgabe „The

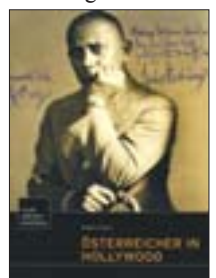
Magician of Sunset Boulevard“), schilderte er informativ anhand des Aufstiegs seines Bruders Paul zu einer Schlüsselfigur der Traumfabrik, Begebenheiten, Persönlichkeiten und die Atmosphäre Hollywoods. Zu vorangegangenen Werken gehören die Romane „The Gremmie“ und „Kiki of Montparnasse“ von 1967. Er arbeitete am Sachbuch des 1939 nach Hollywood gekommenen Bruders Walter „Hanna und Walter“ mit (eine berührende authentische Lebensgeschichte), gestaltete Artikel u. a. für die „Los Angeles Times“ und hielt Gastvorlesungen an den Filmabteilungen der Universitäten UCLA und USC. Kohner, der wie seine Brüder in Hollywood ein altes Stück Österreich verkörperte, gehörte damit zu jenen Emigranten, die sich beruflich voll in Amerika integrierten.

Seine Ferien verbrachte der Drehbuch-, Bühnen- und Romanautor bis zuletzt mit der gleichfalls aus Teplitz-Schönau stammenden Ehefrau „Mimi“ (Fritzi Klein, gest. 1996) fast jedes Jahr am Wolfgangsee im Salzkammergut. Frederick Kohner starb am 7. Juli 1986 in seinem Wohnort Brentwood, einem westlichen Stadtteil von Los Angeles am Fuße der Santa Monica Mountains, die Beisetzung erfolgte im Plot „Garden of Jerusalem“ im Hollywood Memorial Park (seit 1998 Hollywood Forever Cemetery). ■

Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über zwölfjährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüber hinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.

Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, in den kommenden Monaten im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.

Rudolf Ulrich
„Österreicher in Hollywood“; 622 Seiten, zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1; <http://www.filmarchiv.at>



Musikstadt Wien

In keiner anderen Stadt haben so viele berühmte Komponisten gelebt und gearbeitet wie in Wien. Walzer und Operette sind hier zuhause, aber auch Musicals haben das internationale Publikum erobert. Ein Überblick über die wichtigsten Wiener Musikinstitutionen.

Foto: Österreich Journal / Michael Mössmer



Die Wiener Staatsoper, einer der ersten Prachtbauten auf der neu angelegten Ringstraße – einmal von der Rückseite gesehen

Das Gebäude der **Staatsoper** wurde als einer der ersten Prachtbauten auf der neu angelegten Ringstraße errichtet. Entworfen von den Wiener Architekten August Sicard von Sicardsburg und Eduard van der Nüll wurde es 1869 mit Mozarts „Don Giovanni“ eröffnet. Die Wiener Staatsoper gilt als eines der wichtigsten Opernhäuser der Welt und vor allem als das Haus mit dem größten Repertoire. An fast 300 Abenden im Jahr bietet diese Musikinstitution Produktionen auf höchstem Niveau mit herausragenden KünstlerInnen. Direktor ist seit September 2010 Dominique Meyer, Generalmusikdirektor Franz Welser-Möst. Mit „Oper live am Platz“ bietet die Staatsoper in den Monaten April, Mai, Juni und September klassische Musik zum Nulltarif. Ausgewählte Opern und Ballette werden live auf eine 50 m² große Leinwand vor dem Opernhaus übertragen. Die Staatsoper ist zudem Schauplatz des Wiener Opernballs, der als wichtigster Treff-

Foto: WienTourismus / Christian Stemper



Die Volksoper ist Wiens zweitgrößtes Opernhaus

ÖJ-Reisetip

punkt Österreichs für Künstler, Politiker und Unternehmer aus aller Welt gilt. Über 100 Debütanten-Paare eröffnen im langen Abendkleid bzw. im Frack diesen Ball der Bälle.

Die **Volksooper** ist Wiens zweitgrößtes Opernhaus und bietet vielfältige Bühnenkunst, von der Oper über die Operette bis zu Musicals, Ballett und zeitgenössischen Tanz. 1898 wurde das Haus zunächst als reine Sprechbühne eröffnet, 1903 wurden auch Opern und Singspiele in den Spielplan aufgenommen. Bei ausgewählten Operetten und Musicals bringen heute englische Übertitel nicht-deutschsprachigen BesucherInnen die Handlung der Stücke näher.

Das **Theater an der Wien** ist nicht irgendein Theater, sondern das Haus, das Emanuel Schikaneder, vielseitiges Genie, Schauspieler, Organisationstalent und vor allem Librettist der „Zauberflöte“, 1801 im Geiste Mozarts in Wien erbauen ließ. Seit 2006, dem Jahr der Jubiläumsfeiern zu Mozarts 250. Geburtstag, präsentiert sich das Theater an der Wien als drittes Wiener Opernhaus mit jährlich rund zehn Premieren von der Barockoper bis zur Moderne. Seit Herbst 2012 bespielt das Theater an der Wien auch die **Wiener Kammeroper**, die unter anderem Opera buffa, Kammer-Musicals und zeitgenössisches Musiktheater zeigt.

Konzerte & Musicals

Wiens klassisches Konzertleben wird von zwei großen Häusern dominiert: dem **Musikverein** und dem **Konzerthaus**. Den Musikverein kennen Musikfreunde aus aller Welt als eines der traditionsreichsten Konzerthäuser, in dem KünstlerInnen allerersten Ranges gastieren. Eigentlich bezeichnet der Musikverein zweierlei: das 1870 am Karlsplatz eröffnete Konzertgebäude und den Verein, dem dieses Haus gehört, die Gesellschaft der Musikfreunde in Wien. Architektonisches Glanzstück des Hauses ist der Große (Goldene) Musikvereinsaal, der als einer der schönsten und akustisch besten Säle der Welt gilt. Dort zelebrieren die Wiener Philharmoniker alljährlich ihr Neujahrskonzert mit Werken der Strauß-Dynastie und deren Zeitgenossen, das von einem Millionen-TV-Publikum rund um den Globus mitverfolgt wird. Auch an den übrigen Tagen im Jahr bietet der Musikverein wunderbare Konzerterlebnisse mit bedeutenden Orchestern und Dirigenten. Das Konzerthaus wurde 1913 eröffnet und ist die Hauptspielstätte der Wiener Symphoniker, des Wiener Kammerorchesters und des Klangforums Wien. Seit 1913 hat auch die Wiener Sing-



Foto: VBW / Rupert Steiner

Das Theater an der Wien, 1801 erbaut von Emanuel Schikaneder, vielseitiges Genie und vor allem bekannt als Librettist von Mozarts »Zauberflöte«



Foto: WienTourismus / Peter Koller

1932 trat die legendäre Josephine Baker im legendären Ronacher auf.

akademie im Konzerthaus ihre permanente Heimstätte. In Eigenveranstaltungen der Wiener Konzerthausgesellschaft sind neben den Wiener Philharmonikern auch andere internationale Orchester, Solisten und Kammermusikensembles regelmäßig zu Gast.

Das in der Innenstadt gelegene **Ronacher** hat eine wechselvolle Geschichte. 1872 als „Wiener Stadttheater“ für ein bürgerliches Publikum eröffnet, brannte es bereits zwölf Jahre später komplett ab. Nach seiner Wiedereröffnung 1888 diente es unter anderem als „Concert- und Ballhaus“ und als Variététheater, 1932 trat die legendäre Josephine

Baker dort auf. Nach dem Krieg erlebte das Haus unterschiedliche Nutzungen und wurde schließlich vom Musicalproduzenten Vereinigte Bühnen Wien übernommen. Seit seiner Generalsanierung 2008 dient das Ronacher hauptsächlich als Musical-Bühne. Auch das 1893 eröffnete **Raimund Theater** im 6. Bezirk ist eine der Spielstätten der Vereinigten Bühnen Wien.

Wiener Philharmoniker und Wiener Sängerknaben

Unverzichtbarer Bestandteil des klassischen Musiklebens der Stadt sind die 1841

ÖJ-Reisetip



Tourneen und durch Übertragungen wie die des Neujahrskonzerts und des Sommer-nachtskonzerts, eines Open-Air-Konzerts bei freiem Eintritt vor dem Schloss Schönbrunn.

Die Anfänge der Wiener Sängerknaben liegen im Jahr 1498, als Kaiser Maximilian I. den Grundstein für die Wiener Hofmusik-kapelle legte. Heute besteht die Hofmusik-kapelle aus einem Chor der Wiener Sängerknaben sowie Mitgliedern des Staatsopern-chores und -orchesters. Die rund 100 Wiener Sängerknaben sind zwischen zehn und 14 Jahren alt und in vier Konzertchören organi-siert. Sie geben jährlich rund 300 Konzerte weltweit vor fast einer halben Million Zu-schauern. In Wien kann man die Sängerkna-ben bei den sonntäglichen Heiligen Messen in der Hofburgkapelle (September bis Juni) und in ihrem Ende 2012 eröffneten Konzert-saal „MuTh“ im Augarten hören. Der gleich neben dem Stammsitz der Sängerknaben gelegene Neubau für „Musik und Theater“ bietet ausgezeichnete Akustik und Platz für 400 BesucherInnen. Die Sängerknaben prä-sentieren sich im MuTh vom Kindergarten bis zur Oberstufe (es sind auch Mädchen dabei), mit klassischem Programm von Weltmusik über Pop bis zur Kinderoper. Da-neben wird das neue Haus auch von Festi-vals und anderen musikalischen Ausbil-dungsstätten genutzt

Musikerwohnungen & Museen

In der Domgasse hinter dem Stephans-dom befindet sich die einzige von einem Dutzend Wiener Wohnungen Wolfgang Amadeus Mozarts, die bis heute erhalten ist.

Foto:

oben: Den Musikverein kennen Musikfreunde aus aller Welt als eines der traditionsreichsten Konzerthäuser, in dem KünstlerInnen allerersten Ranges gastieren.

rechts: Das Konzerthaus wurde 1913 eröffnet und ist die Hauptspielstätte der Wiener Symphoniker.

vom Komponisten Otto Nicolai gegründeten Wiener Philharmoniker. Sie gehören zu den besten Orchestern der Welt, viele halten sie sogar für das beste. Zahlreiche Instrumente der Wiener Philharmoniker sind speziell für sie gebaut, darunter die Klarinette, das Fagott oder das besonders schwer zu spielende Wiener Horn. Mit dem Wiener Streicher-klang dazu stellt sich ein unverwechselbares Klangerlebnis ein, das schon immer beeindruckte. Die Wiener Philharmoniker tragen die Musik aus Wien als Botschafter rund um den Globus: auf Konzerten in Wien, auf

Foto: Wiener Konzerthausgesellschaft



ÖJ-Reisetip

Foto: Mozarthaus Vienna / David Peters



Zum 250. Geburtstag am 27. Jänner 2006 wurde das Mozarthaus Vienna eröffnet. Auf sechs Etagen zeigt es Mozarts Welt, inklusive der original erhaltenen Wohnung.

In der Wohnung im ersten Stock logierte der Komponist von 1784 bis 1787, sein Domizil war mit vier Zimmern, zwei Kabinetten und einer Küche geradezu herrschaftlich. In diesem Haus gelangen Mozart einige seiner besten Kompositionen, darunter „Die Hochzeit des Figaro“. Zum 250. Geburtstag am 27. Jänner 2006 wurde das **Mozarthaus Vienna** eröffnet. Auf sechs Etagen zeigt es die Welt Mozarts, inklusive der original erhaltenen Wohnung. Auch einer Reihe anderer großer Musiker, die in Wien lebten und arbeiteten, sind Gedenkstätten gewidmet. In den Wiener Musikerwohnungen sind neben dem Mobiliar und Gegenständen aus dem persönlichen Besitz der Künstler meist auch Faksimiles von Partitur-Autographen, Gemälde und Fotos zu besichtigen und die wichtigsten ihrer Werke über Kopfhörer zu genießen. Vom Wiener Walzerkönig Johann Strauß sind besonders viele Erinnerungstücke erhalten. Sie sind in dem Haus in der Praterstraße im 2. Bezirk ausgestellt, in dem er den berühmten Donauwalzer komponierte. Das goldene Johann-Strauß-Denkmal im Stadtpark gehört übrigens zu den weltweit meistfotografierten Denkmälern. Das Haus, in dem Ludwig van Beethoven unter anderem seine 4. Symphonie und sein „Heiligen-

städter Testament“ schuf, befindet sich im 19. Bezirk. Auch die letzte Wohnung von Joseph Haydn ist erhalten geblieben und dient heute als „**Haydnhaus**“ zur Erinnerung an den Komponisten.

Das **Arnold Schönberg Center** beherbergt nicht nur den Nachlass des Erfinders der Zwölftonmusik und Begründers der „Neuen Wiener Schule“, sondern zeigt auch Sonderausstellungen und ist zudem ein aktives Forschungszentrum. Das im Jahr 2000 eröffnete Haus der Musik logiert in einem historischen Altstadt-Palais. Auf sechs Stockwerken lädt das einzigartige „**Klangmuseum**“ zu einer Entdeckungsreise durch die Welt der Musik ein. Interaktive und multimediale Präsentationen führen von den Anfängen der menschlichen Klangerzeugung bis zur Musik unserer Zeit. Die Sammlung alter Musikinstrumente in der Hofburg verfügt über den weltweit bedeutendsten Bestand an Renaissance- und Barockinstrumenten sowie zahlreiche Instrumente, die von berühmten Musikern und Komponisten gespielt wurden. Der Großteil der Bestände stammt ursprünglich aus Habsburgischem Besitz. In eigenen Matineen können die BesucherInnen die Instrumente nicht nur sehen, sondern auch hören. ■

Die Adressen

Staatsoper

Opernring 2, 1010 Wien
<http://www.wiener-staatsoper.at>

Volksoper Wien

Währinger Straße 78, 1090 Wien
<http://www.volksoper.at>

Theater an der Wien

Linke Wienzeile 6, 1060 Wien
<http://www.theater-wien.at>

Kammeroper

Fleischmarkt 24, 1010 Wien
<http://www.theater-wien.at>

Musikverein

Musikvereinsplatz 1, 1010 Wien
<http://www.musikverein.at>

Konzerthaus

Lothringerstraße 20, 1030 Wien
<http://www.konzerthaus.at>

Ronacher

Seilerstätte 9, 1010 Wien
<http://www.musicalvienna.at>

Raimund Theater

Wallgasse 18-20, 1060 Wien
<http://www.musicalvienna.at>

Wiener Philharmoniker

<http://www.wienerphilharmoniker.at>
<http://www.sommernachtskonzert.com>

Wiener Sängerknaben

Obere Augartenstraße 1c, 1020 Wien
<http://www.wsk.at>

MuTh - Konzertsaal der Wiener Sängerknaben

Obere Augartenstraße 1e, 1020 Wien
<http://www.muth.at>

Mozarthaus Vienna

Domgasse 5, 1010 Wien
<http://www.mozarthausvienna.at>

Wiener Musikerwohnungen

<http://www.wienmuseum.at>

Arnold Schönberg Center

Schwarzenbergplatz 6,
 Eingang Zaunergasse 1, 1030 Wien
<http://www.schoenberg.at>

Haus der Musik. Das Klangmuseum

Seilerstätte 30, 1010 Wien
<http://www.hdm.at>

Sammlung alter Musikinstrumente

Neue Burg, Heldenplatz, 1010 Wien
<http://www.khm.at>